

# DAS ARGUMENT 144

---

Editorial	177
Für Michel Pécheux	180
Ruth Rehmann: Erste Liebe mit Brahms	183
<b>Arbeitsteilung und Frauenpolitik</b>	
Hilary Rose: Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit	185
Cynthia Cockburn: Weibliche Aneignung der Technik	199
Kornelia Hauser: Frauen — Macht — Politik	210
Regine Meyer: Zum Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik	224
* * *	
Theodor Bergmann: Thalheimers Beitrag zum Marxismus	233
Georg Bollenbeck: Vom Nutzen eines weiten Kulturbegriffs	245
Raymond Williams: Mobile Privatisierung	260
Eckard Holler: Wie können soziokulturelle Zentren überleben?	264
* * *	
Rolando de Castillo: Wie man in Guatemala zum Guerillo wird	268
Dokumentation: Muttertag in Bonn	270
<u>Kontroverse</u> : Zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus	271
Jung, Schleifstein, Peter, Haug, Labica	
<u>Intervention</u> : Brief an die Frauenredaktion	275
<u>Friedensbibliographie (9)</u> : Warschauer Pakt (S.Tiedtke)	277
<u>Kongreßberichte</u> : Methoden der Frauenforschung; Feministische Rhetorik; IMSF Alternativen der Alternativen; 6. Bloch-Treffen in Salecina	283
<u>Besprechungen</u> : Marx-Diskurse; Politische Literatur; Weibsbilder; Internationale Sozialgeschichte; Subsistenzökonomie/Imperialismus	291
<u>Verfasser/innen</u> ; Zeitschriftenschau; Summaries	342
26. Jahrgang März/April 1984	

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Ursula Blankenburg, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Dr. Sigrid Pohl, Renate Prinz, Nora Räthzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Dr. Silke Wenk, Heike Wilke

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Flechteim, Ossip K. (Hrsg.): Marx heute. Pro und contra (W.F. Haug)</i> .....	291
<i>Rohrmoser, Günter: Geistiger Umbruch. Bilanz der marxistischen Epoche (U.-H. Brockner)</i> .....	294
<i>Liebscher, Heinz: Georg Klaus zu philosophischen Problemen von Mathematik und Kybernetik (M. Weingarten)</i> .....	296
<i>Kofler, Leo: Der Alltag zwischen Eros und Entfremdung (W. Schönleiter)</i> .....	297
<i>Zurhorst, Günther: Gestörte Subjektivität. Ein kritischer Vergleich von Sartre und Holzkamp (R. Konersmann)</i> .....	299
<i>Karádi, Eva, und Eva Fekete (Hrsg.): Georg Lukács. Briefwechsel 1902-1917 (W. Jung)</i> .....	300

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1984 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m.Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108, BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend März/April 1984. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.  
**Beilagenhinweis:** Dieses Heft enthält in Teilaufgabe einen Prospekt des Verlags Ästhetik + Kommunikation.

## Editorial

Im November 1983 fand in Bielefeld die Tagung »Zukunft der Frauenarbeit« statt (vgl. *Das Argument* 143). Am Ende einigten sich die Teilnehmerinnen auf einen weiterführenden Kongreß mit dem Ziel, neue Politikformen für sich zu (er)finden. Statt also — wie man vermuten könnte — über *Arbeitskonzepte* oder die Aneignung neuer Technologien nachzudenken, kamen die Frauen zu dem Schluß, daß zunächst Macht-, also Politikfragen behandelt werden müßten, um überhaupt das Problem angehen zu können. Frauenarbeit ist gespalten in gesellschaftliche und privatförmig organisierte. Über letztere zu sprechen heißt auch, Privates zu ver-öffentlichen, zu politisieren; zunehmende Arbeitslosigkeit und verstärkte Re-Privatisierung (d.h. Familiarisierung) gesellschaftlicher Aufgaben, greifen für Frauen auf verhängnisvolle Weise ineinander. Die Arbeit in der Familie tun die Frauen nicht des Geldes oder des öffentlichen Einflusses wegen, sondern unmittelbar an Gebrauchswerten orientiert wird aus »Liebe« ge- und versorgt. Auf der Reproduktion dieser in Privatform gefesselten gesellschaftlichen Arbeiten und der in gesellschaftlicher Ohnmacht verharrenden Subjekte bauen kapitalistisch-paternalistische Strategien auf, nehmen sie indienst, bedienen die Strukturen.

In diesem Heft geht es eher um Frauenlohnarbeit, die jedoch, verhandelt man sie wie Hilary Rose, im Weltmaßstab Familienzusammenhänge und -aufgaben zerstört und aufsaugt. Rose zeigt uns, wie flexibel rassistische und sexistische Kapitalstrategien sind: In die Länder der Dritten Welt werden Fertigungsunternehmen exportiert, in denen in kürzester Zeit massenhaft Frauen verbraucht werden. Gleichzeitig wird den Frauen in den Metropolen klargemacht (auch von konservativen Regierungen), wie sehr sie zu Hause gebraucht werden. Aber nirgendwo mischen sich Frauen in großem Ausmaß in die Politik. So ist es kein Wunder, daß auch alternative sozialistische Wirtschaftspolitik ohne Analyse der ökonomischen Lage der Frauen in der Welt entworfen wird.

Cynthia Cockborn geht ins Detail: Die männlichste der männlichen Arbeiten ist immer noch die technische; nicht nur, weil Frauen gehindert werden und nicht, weil sie unfähig sind, diese Arbeit zu tun. Frauen verweigern sich selbst der Technik, weil sie ihren historisch gewachsenen Bedürfnissen und Lebensweisen widerspricht. Aber technische Produktivkräfte sind die Basis für gesellschaftliche Macht. Sie fragt sich, unter welchen Bedingungen Frauen sich Technik als nutz- und veränderbare aneignen und sie »verweiblichen« oder, perspektivisch gesprochen, vermenschlichen können?

Um hegemoniale Frauenpolitik geht es Kornelia Hauser. Arbeitsteilungen auch als Resultat gesellschaftlicher Bereichstrennungen zu begreifen, heißt in politischen Artikulationen die Trennungen selbst zum Gegenstand zu machen und *in* allen Bereichen auch politische Handlungsfähigkeit zu erzielen. In produktiver Spannung zu dem Vorschlag, eine autonome Frauenpolitik zu begründen, steht der Aufsatz von Regine Meyer, die im Hauptvorstand der IG Metall arbeitend, die Frauenpolitik innerhalb einer »gemischtgeschlechtlichen« Organisation referiert. Versucht Kornelia Hauser sich einer femini-

stisch-sozialistischen *Politik* anzunähern, zeigt Regine Meyer die positiven Resultate, die allein durch die Anwesenheit von Frauen — mit durchaus geschlechtsunspezifischen Forderungen — als politische *Subjekte* zu erzielen waren. Was man lernen kann: Frauenthemen bedürfen ebenso der Politisierung, wie die Subjekte, die sie tragen. Laßt uns weiter streiten! Es gibt keine asphaltierten Straßen, auf denen die organisierte und unorganisierte Frauenbewegung sicher in Richtung Befreiung wandern kann.

Erste Schritte in Richtung auf die Vernetzung von sehr verschiedenen *Politikformen* und -inhalten gingen Hamburger Frauen. Der sozialistische Frauenbund organisierte ein Treffen, um sich über das Projekt von regionalen und überregionalen Weiberräten und Frauenlisten auseinanderzusetzen (vgl. den Beitrag »Frauen-Macht-Politik« in diesem Heft). 150 Frauen waren gekommen und viele von ihnen waren schon als »Vernetzerinnen« tätig; sie organisierten in Bildungszentren und Frauenwochen Bedingungen, unter denen auch (noch) vereinzelt lebende (Haus-)Frauen lernen und sich verändern können. Gewerkschafts- SPD- und DKP-Frauen begeisterten sich für ein organisiertes, verbindliches Forum (Weiberrat), wo die Punctualität der einzelnen Kämpfe politisch überwunden werden könnte. Zweifel blieben, ob ein multi-zentrischer Kampf, der bei sonst vorhandenen Zusammenschlüssen zugunsten von Minimalkonsens ausgeschlossen wird, möglich und wirksam sein kann. Die Diskussionen werden in großem Rahmen auf der Hamburger Frauenwoche weitergeführt. Dort soll sich auch der erste Weiberrat gründen.

### Verlagsmitteilungen

#### *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik (AS 110)*

Begriffe wie Unterdrückung, Ausbeutung und Herrschaft geben Verhältnisse an; wenn die unterworfenen Subjekte Frauen sind, müssen sie sich bei ihren Befreiungsversuchen sich selbst und dem Verhältnis zum anderen Geschlecht zuwenden, es reicht nicht sich selbst zu verändern, historisch z.B. das »Weibliche« zu finden, ohne das einander bedingende Magd-Herrschaftsgefüge insgesamt zu zerstören. In dem Band »Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik« (AS 110) wird das »geschlechterspezifische« als Herrschaftsweise in ein spezifisches Verhältnis der Geschlechter zueinander übersetzt: Überlegungen zur internationalen Marxismus-Feminismus-Diskussion, mit ihren theoretischen und politischen Vorschlägen; Blockierungen in der Politik der Arbeiterbewegung durch ein männliches Revolutionärsbild; die positive Besetzung der Familie durch die Arbeiterbewegung als Verhinderung von umfassenden Veränderungen; die Hausfrau in der Anrufung von rechts; das Problem, das die Berufung auf Klara Zetkin für eine Frauenpolitik heute bedeutet.

#### *Literatur im historischen Prozeß NF 11: Feministische Literaturwissenschaft (AS 120)*

»Feministische Literaturwissenschaft — zum Verhältnis von Frauenbildern und Frauenliteratur« lautete der Titel einer Tagung, die im Mai 1983 in Hamburg stattfand. In den letzten Jahren ist die Forschungstätigkeit von Frauen

zur Rekonstruktion weiblicher Kulturgeschichte immer umfangreicher, sind die Themen und Fragestellungen immer differenzierter, ist die theoretisch-methodische Selbstverständigung immer intensiver geworden. Es ist kaum mehr möglich, einen Überblick über Publikationen und Forschungsprojekte zu gewinnen. Eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Forschungen vermitteln die Beiträge der Tagung, die wir in diesem Band dokumentieren. Die Schwerpunkte liegen auf historischen Forschungen zur Literatur des 18., 19. und 20. Jahrhunderts, Beiträgen zu einer »Kulturgeschichte des Weiblichen« und auf der Diskussion von Erfahrungen und Perspektiven der Institutionalisierung und Organisierung von feministischer Forschung und Lehre.

T.L.

*Klaus Jochem: Widerstand und Ästhetik bei Peter Weiss (SH 60)*

»Über dieses Buch kann es nur vorläufige Nachrichten geben« — so Alfred Andersch über das Weiss'sche Werk »Die Ästhetik des Widerstands«. Klaus Jochem will eine weitere Nachricht hinzufügen: er zeichnet nach, wie Weiss die Geschichte der Kunst- und Kulturentwicklung zusammendenkt mit der Geschichte der Befreiung der Unterdrückten.

H.K.

*Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der »Alternativen« (AS 104)*

Was tun gegen die Arbeitslosigkeit, ohne einfach fortzufahren mit der Zerstörung von Natur und Lebenschancen? Die SPD hätte, käme sie heute an die Regierung, keine überzeugende Antwort. Die Grün-Alternativen brauchen eine, um die SPD über die Grenzen des Bestehenden hinaustreiben zu können. Im Band 5 der Reihe »Alternative Wirtschaftspolitik«, kommen Vertreter kontroverser Positionen zu Wort: von jenen, die einen Bruch mit dem Industriesystem wollen, bis zu jenen, die über gesellschaftliche Planungssysteme die Ökonomie mit ökosozialer Zielsetzung steuerbar machen wollen.

M.-E.P.

*Gulliver 14: »1984« (AS 105)*

Die Beiträge dieses Bandes versuchen, »1984« als Provokation für materialistische Analysen ernstzunehmen. Sie prüfen für zentrale Bereiche der Wirklichkeit kapitalistischer Gesellschaften, was an Orwells Negativutopie dran ist. Sie wenden sich gegen Horror-Visionen von 1984, indem sie mit den Kontrollmächten zugleich ihre Subversion und Versuche der Aneignung von unten untersuchen. Beiträge zum historischen und literarischen Wirkungszusammenhang des Romans sowie eine *Unterrichtseinheit* mögen Studenten, Lehrer und interessierte Zeitgenossen rüsten und motivieren, selbst noch einmal nachzulesen.

W.E.

---

**Erratum**

zu Judith A. Cook/Mary M. Fonow: Methoden feministischer Soziologie (in: *Das Argument* 143, 57-69):

S. 64, letzte Zeile von Absatz 3.2. qualitativer Methoden (statt quantitativer)

Korrespondenzadresse: Judith A. Cook, University of Chicago, Committee on Human Development, 5730 South Woodlawn Avenue, Chicago, IL 60637, USA

---

## Für Michel Pêcheux (1938-1983)

Michel Pêcheux ist tot. Im Dezember des vorigen Jahres ist er mitten aus dem Wissenschaftsbetrieb am Centre National de Recherche Scientifique (CNRS), an dem er als Maître de recherches arbeitete, verschwunden; sein Auto wurde an einem Fluß gefunden, Wochen später sein Körper. Seine Absicht, eines Tages einfach spurlos wegzugehen, sich selbst zu beseitigen, hat er den Freunden und der Familie in den Monaten zuvor öfter angedeutet. Neben den quälenden Enttäuschungen über die politische Situation in seinem Land und den Enttäuschungen einer nur theoretischen Praxis infizierten wohl auch die todbringenden Ereignisse in seiner unmittelbaren Umgebung seinen Lebenstrieb (der Fall Althusser und sein Ende in einer psychiatrischen Klinik, Poulantzas' Freitod und anderes). Wie ein Schatten legte sich der Todeswunsch über sein Denken. Ihm hat er jetzt nachgegeben.

Im *Argument* konnte man über Pêcheux erstmals vor 7 Jahren lesen (106/1977, 825): in einer längeren Fußnote versteckt ein Hinweis auf sein Buch »Les vérités de la Palice«. Diese für die aktuelle französische Diskursanalyse grundlegende und systematischste Arbeit über das Verhältnis von Diskurs und Ideologie, 1975 erschienen, ist entscheidend geprägt von den theoretischen Vorbildern Althusser (mit seinem Aufsatz über »Ideologie und Ideologische Staatsapparate«), dessen Schüler und Freund Michel Pêcheux war, Benveniste (mit seiner linguistischen Äußerungstheorie), Foucault (mit seiner »Archäologie« des Wissens) und Lacan (mit seiner linguistisch-semiologisch beeinflussten Definition des Unbewußten).

Seit der Gründung des Projekts Ideologietheorie (PIT) an der FU Berlin (1977) gab es eine intensive und kontinuierliche Diskussion im *Argument* nicht nur über, sondern immer mehr *mit* Pêcheux. Sein letzter Beitrag, dessen Druckfahnen er noch wenige Tage vor seinem Tod telefonisch korrigierte, erschien dieser Tage in dem AS-Band 98 »Das Subjekt des Diskurses«.

Michel Pêcheux' theoretische Obsessionen bestanden darin, das Verhältnis von Ideologie und Subjekt zu bestimmen, die ideologische Subjektion als paradoxen Vorgang von Unterwerfung und Subjekt-/Bewußtwerdung zugleich zu verstehen. Und da für Ideologie- wie Subjekttheorie der Begriff des Unbewußten eine konstitutive Rolle spielt, wurden ihm je länger je mehr die Zerrissenheit, Brüchigkeit und Heterogenität des Subjekts wichtig, die Lücken, Ränder und Überschreitungen in den ideologischen Prozessen. Weil die Psychoanalyse bei ihm mehr als nur eine theoretische Bedeutung bekam, weil er sich selbst ihren unberechenbaren Gefahren aussetzte, geriet ihm diese Haltung nie zur modischen Attitüde wie bei so vielen satten Akademikern, die es sich in dieser emphatisierten Zerrissenheit ganz gut gehen lassen.

In seinem verzweifelten Bemühen, den bequemen, bekannten Schablonen, der »historischen Befangenheit der Kategorien, Denkmuster usw.« (Pêcheux) zu entgehen, argumentierte er seit »Les vérités ...« immer wieder gegen die bloß abstrakte Negation der herrschenden Ideologie, gegen die »symmetrisierende Gegenidentifikation« (*Argument* 139, 381), gegen das falsche Verständnis vom freien Subjekt als dem »mauvais sujet«, das sich in seiner Rebellion

erfolgreich gegen das »bon sujet« (den braven, funktionierenden Untertanen) stellen könnte.

Einer seiner letzten Aufsätze im *Argument* trägt den bezeichnenden Titel »Ideologie — Festung oder paradoxer Raum«. Pêcheux hatte entschieden, im Paradox den Grund zur Existenz zu suchen, er hatte sich entschieden für die ständige Spannung, Widersprüche aushalten zu müssen. Ein zufriedenes Leben hat ihm diese Entscheidung wohl nicht gebracht, so freundlich, ja herzlich er in seiner Persönlichkeit, bei aller inneren Resignation, doch war. Das Dilemma, ein schreckliches Dilemma, so scheint sein Freitod zu beweisen, besteht vielleicht darin, daß die Festungskrieger, gegen die er argumentiert hat, hinter ihren politischen Schutz- und Trutzmauern wenigstens eine Heimat finden: »Meine Gefängniszelle — meine Festung« (Kafka). Draußen aber bleibt nur der ungeschützte Raum, ohne Vergangenheits- oder Zukunftsutopie, das Leben einer »verlorenen Generation«, in einem »immer fortgesetzten Augenblick der Plage« (Kafka). Michel Pêcheux scheint sich vom selbstgewählten Auszug aus dem Leben, diesem Zustand des »Vermummt- und Verschollen-seins« (Bloch), dieser »Verbürgerlichung des Nichts«, wie Kafka es umschrieb, die Ruhe und das Glück erhofft zu haben, die Aufhebung aller Spannungen. Wie vergeblich hört sich da der beschwörende Appell von Thomas Mann im »Zauberberg« an: »Der Mensch soll um der Güte und Liebe willen dem Tode keine Herrschaft einräumen über seine Gedanken.« Harold Woetzel

#### Veröffentlichungen von Michel Pêcheux (Auswahl)

Analyse automatique du discours. Paris 1969

La sémantique et la coupure saussurienne, in: *Langages* 24, 1971 (zus. mit Cl. Haroche und P. Henry)

Recherches sur le discours illuministe au XVIII<sup>e</sup> siècle: Claude de Saint-Martin et les circonstances, in: *Annales E.S.C.*, mai-août 1971 (zus. mit G. Gayot)

Etude expérimentale de conditions déterminant la plausibilité d'une théorie psychologique, in: *Bulletin de Psychologie* XXV, 1971-72

A propos du mouvement étudiant et des luttes de la classe ouvrière: trois organisations étudiantes en 1968, in: R. Robin, *Histoire et linguistique*. Paris 1973 (zus. mit J. Wesselius)

Un exemple d'ambiguïté idéologique: le rapport Mansholt. *Vervielf. Ms.*, CNRS, Paris 1974

Mises au point et perspectives à propos de l'analyse automatique du discours, in: *Langages* 37, 1975 (zus. mit C. Fuchs)

Les Vérités de La Palice. Paris 1975

Remontons de Foucault à Spinoza! Beitrag zur Konferenz »Der politische Diskurs: Theorie und Analysen« an der Univ. Mexico, 7.-11.11. 1977

Are the masses an inanimate object? In: *Linguistic variation*, New York/San Francisco/London 1978

L'énoncé: enchâssement, articulation et dé-liaison, in: Conein/Courtine/Gadet/Maraudin/Pêcheux (Hrsg.): *Matérialités discursives*. Lille 1981

L'étrange miroir de l'analyse de discours, in: *Langages* 62, 1981

La langue introuvable. Paris 1981 (zus. mit F. Gadet)

Ideology: Fortress or Paradoxical Space, in: S. Hänninen/L. Paldán (eds.): *Rethinking Ideology*. *Argument-Sonderband AS 84*, Berlin/West 1983

Sur la (dé)construction des théories linguistiques, in: *DRLAV* 27, 1982

Auf Deutsch sind erschienen:

Das Subjekt und der Sinn, in: *Alternative* 104, 1975 (zus. mit C. Fuchs)

Überlegungen zur Wissenschaftsgeschichte. Frankfurt/M. 1977 (zus. mit M. Fichant)

Zum theoretischen Status der Semantik, in: *Alternative* 118, 1978

Sprachtheorie und Diskursanalyse in Frankreich. Harold Woetzel und Manfred Geier interviewen Michel Pêcheux und Françoise Gadet, in: *Das Argument* 133, 1982

Ideologie — Festung oder paradoxer Raum?, in: *Das Argument* 139, 1983

Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. Ein Forschungsprojekt im Rahmen der Diskursanalyse und Archivlektüre, in: M. Geier/H. Woetzel (Hrsg.), *Das Subjekt des Diskurses*. Argument-Sonderband AS 89, Berlin/West 1983

Metapher und Interdiskurs, in: J. Link/M. Wülfing (Hrsg.): *Bewegung und Stillstand*. Stuttgart 1984

Zu rebellieren und zu denken wagen!, in: *KultuRRRevolution* 5 und 6, 1984

• • •

Als Beispiel für eine deutsche Rezeption: Annette Runte, *Subjektkritische Diskurstheorie. Narratologische Textanalysen von »Erlebnisgeschichten« in der neuen deutschen Frauenpresse am Beispiel von »Emma« und »Meine Geschichte«*. Köln 1982

Zusammengestellt von Peter Schöttler und Thomas Laugstien



Geier/Woetzel (Hrsg.):  
Das Subjekt des Diskurses

Beiträge zur sprachlichen Bildung von  
Subjektivität und Intersubjektivität  
von Authier, Doppler, Gdaniec, Lipo-  
watz, Nothdurft, Pêcheux, Strecker u.a.  
Argument-Sonderband AS 98, 1983  
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Rethinking Ideology

Positionen und Kontroversen in  
der internationalen Ideologie-  
Diskussion. Cotten, Haug, Holzkamp,  
Laclau, Pêcheux u.a. (engl.)  
Argument-Sonderband AS 84, 1983  
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Ruth Rehmann

## Erste Liebe mit Brahms\*

Wenn die Maestra von ihrer ersten Liebe spricht, nimmt ihr Gesicht einen träumerischen Ausdruck an. Immer wieder betont sie, daß dieses große Gefühl ihr anders begegnet sei als anderen Mädchen ihres Alters. Unter einem Schleier von Ironie, der nur für mich, die Chronistin, aufgezogen ist, sieht sie sich als traumäugiges Kind unter gierigen Backfischen, als scheue Nymphe auf der Flucht vor dem verfolgenden Gott, entrückt, unberührt von der strammen Mode ihrer Zeit. Keine Stiefel, Kniestrümpfe, Baskenmützen, Trenchcoats, Poloblusen für Clara Schumann! Sportlich war nicht ihr Stil. »Mädel« hat keiner zu ihr gesagt, hätte auch nicht gepaßt zu den leichten Stoffen, den schwingenden Röcken, in die sie sich kleidete, Blumen im langen Haar, Strohüte mit breitem, federndem Rand zum Schutz der altmodisch-blassen Haut. Wenn andere ihre stramm-bezopften Köpfe zusammensteckten, um vulgäre Geheimnisse auszutauschen, ist Clara allein durch verzauberte Gärten gewandelt, träumend, singend (Kennst du das Land ...), Gedichte rezitierend (Rilke). Nicht auf Stiefeln, hackenzusammenschlagend, steifgewinkelten Arm bietend, auch nicht schwülstammeln, in Ecken herumschmusend, ist die erste Liebe zu ihr gekommen, sondern mit dem Brahmslied »Wie bist du meine Königin«, gesungen von dem weichen Bariton eines Sängers und Pianisten, der Heinrich hieß und Enrico genannt wurde und nur für sie, für Clara, von Liebe sang.

Wo das war? wann? Ihre Hand beschreibt einen offenen Bogen nach nirgendwo, nirgendwann, nimmermehr — ein Ferienort, den sie nie auf der Landkarte gefunden hat; ein von Glyzinien und wildem Wein überwuchertes Haus; eine Burgruine, auf der sie in einer Vollmondnacht mit anderen jungen musikbegeisterten Menschen »Lasciate di morire« von Monteverdi gesungen hat ...

Enrico war älter, fast schon ein Mann, Student wahrscheinlich. Danach hat sie ihn nie gefragt, so zart war die Beziehung, so ätherisch, daß Fragen das schwebende Netz zerrissen hätten. Keine Informationen über Familie, Stand, Ausbildung, Konfession. Keine Pläne für die Zukunft. Keine Verabredungen. Sie trafen sich, wie das Schicksal es wollte, glitten aneinander vorüber, ohne sich zu berühren außer durch Blicke und Lächeln.

Als die Musik ihn ins Haus brachte, ist Clara fast in Ohnmacht gefallen, weil sie es genau so gewünscht hatte, und nun war er da, ganz ohne ihr Zutun. Der Wunsch hatte ihn herbeigezaubert, oder das Schicksal.

Um ihr Zittern zu verbergen, ist sie auf die Terrasse geflüchtet, ins Dunkle. Im Duft der in Trauben herabhängenden Glyzinien, im Kerzenschein, im Nachtfalterschwirren und -sterben hat sie zum ersten Mal das Brahmslied gehört. So hört sie es heute noch. Anfangs hat sie sich geweigert, mit Enrico zu musizieren. Er war so viel besser als sie, spielte alles vom Blatt, Konzerte, Symphonien. Clara war damals sehr schwach im Blatt-Spielen. Wenn sie anfing, ein

\* Aus dem Roman »Abschied von der Meisterklasse«

Stück zu studieren, teilte sie es in einzelne Passagen, übte und lernte beim Üben auswendig, brauchte die Noten nicht mehr. Das Entdecken unbekannter Werke im gemeinsamen Prima-Vista-Spiel hatte sie nicht gelernt.

Es hat eine Weile gedauert, bis sie Enricos Drängen nachgab und zu spielen versuchte, was er ihr vortetzte: Schubert, Brahms, César Franck. Später, als sie die Angst überwunden hatte, ist ihr die A-Dur-Sonate von Brahms zur Sprache dieser Liebe geworden, weil sie nur im Zusammenspiel lebte, beim einsamen Üben abstarb. An diesem Stück Musik hat sie das »Wir« gelernt, so überwältigend, herzsprengend, daß sie nie Worte für dieses Gefühl gefunden hat. Wortlos haben sie einander geliebt in den weiten Bögen des Andante tranquillo, im Übermut des Vivace, im friedlichen Miteinander-Gehen des Allegretto gracioso quasi andante. An einem dieser Sternstundenabende hat Enrico ihr ein Armband ums Handgelenk gelegt — ein alter Silberschmuck mit einem klaren blauen Stein in der Mitte. Das sollte die Verlobung sein.

Kurz darauf ist er im Osten gefallen.

Sie haben einander nie geküßt. Nur ein Brief ist geblieben. Von einem vergilbten Feldpostblatt liest sie mir vor, was nicht Enrico, nicht der Soldat Heinrich Zöllner an das Mädchen Clara Schumann geschrieben hat, sondern Hölderlin an die Parzen:

Nur einen Sommer gönnt, ihr Gewaltigen!  
 Und einen Herbst zu reifem Gesange mir,  
 Daß williger mein Herz, vom süßen  
 Spiele gesättigt, dann mir sterbe!

Sie liest nicht weiter. Wendet sich ab.

Nachtrag:

Gestern — im Café gegenüber der Hochschule — habe ich von Professor Poensgen erfahren, daß Heinrich Zöllner lebt. Leicht hinkend (eine Kriegsverwundung! flüstert Poensgen mir ins Ohr) tritt ein älterer Herr an unseren Tisch — reinseidenes Halstuch im blütenweißen Hemdkragen, marineblaue Jacke mit Goldknöpfen, eben vom Tennis hereingeschneit — erkundigt sich nach dem Befinden der verehrten Meisterin. Sobald er den Rücken dreht, gibt Poensgen gedämpft seine Informationen: Claire Schumanns erste Liebe hat die Musik an den Nagel gehängt, leitet eine angesehene Steuerberatung in dieser Stadt. Meiner erschrockenen Frage (Weiß die Maestra davon?) begegnet er mit mildem Spott. Habe ich denn immer noch nicht begriffen, daß das Leben dieser außerordentlichen Frau sich auf verschiedenen Ebenen abspielt? Jede für sich wirklich und wahr, man darf sie nur nicht zusammenbringen: Enrico mit Hölderlin auf den Lippen gefallen — Heinrich Zöllner einer profanen aber einträglichen Beschäftigung nachgehend. Was die Maestra betrifft — er ist auch ihr Steuerberater!

Als ich seine tröstende Hand abwerfe, schüttelt er den Kopf: Was ist denn, Kindchen?

Hilary Rose

## Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit\*

Das Problem der Frauen besteht darin, daß die Diskussion über Armut im Wohlfahrtsstaat — trotz ständiger Angriffe durch Feministinnen und deren Verbündete — in erster Linie geschlechtsneutral geführt wird. Gleichwohl trifft die kontinuierlich wachsende Krise mit besonderer Härte Frauen, sowohl national als auch international. Frauen tragen die Last der Armut. Sie sind es, die in mühseliger Arbeit mit unzureichenden Mitteln ihre Familien und sich selbst erhalten, sowohl in den verfallenden, von Industriebetrieben verlassenen Städten der Ersten Welt als auch in den sich ungleichmäßig entwickelnden Nationen der Dritten Welt. In der ersten Welt bestimmt die Ideologie der Neuen Rechten, daß der Platz der Frau naturgemäß im Haus ist. Aber gleichzeitig wird sie dort wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt. Hingegen ist es in der Dritten Welt natürlich richtig für junge Frauen, in den neuen Betrieben der multinationalen Konzerne zu arbeiten — ohne oder mit geringen Gesundheits- und Arbeitssicherheitsbestimmungen —, wo sie Objekte der Überausbeutung werden können.

Auf der Weltfrauenkonferenz der UN 1980 in Kopenhagen wurde die Realität der Frauenarmut offengelegt:

»Wir erfuhren, daß Frauen die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, aber nur ein Drittel der offiziellen Arbeiterschaft bilden. Obwohl sie mehr als 60% der Weltarbeitsstunden leisten, erhalten sie nur 10% der Löhne und Gehälter, die in der Welt insgesamt gezahlt werden, und sie besitzen weniger als 1% des Weltreichtums, gemessen in Land- und Grundbesitz, Kapital und Produktionsmitteln.« (Mackintosh 1981)

Diese Zahlen unterstreichen nicht nur dramatisch die weltweiten Erfahrungen von Frauen, die für wenig Geld schwer arbeiten, sie weisen uns auch darauf hin, daß das Thema Wohlfahrtsstaat — insbesondere in bezug auf Frauen — nicht unabhängig von der weltweiten Umstrukturierung der Produktion gesehen werden kann.

Die mögliche Zukunft des Wohlfahrtsstaats der traditionellen Industrienationen, die gegenwärtig einen Prozeß der Entindustrialisierung durchmachen, und die Wohlfahrt in den neuen Industriegesellschaften werden durch diese Umstrukturierungen beschränkt oder können durch sie beschränkt werden. Die besondere Kombination institutioneller Einrichtungen, die wir Wohlfahrtsstaat nennen — eine zwischen Kapital und einer männlich dominierten Arbeiterbewegung erzielte Übereinkunft —, erreichte ihre höchste Reife in den Nachkriegsjahren in Westeuropa und möglicherweise auch in den USA; sie entstammt einer spezifischen Phase der kapitalistischen und imperialistischen Entwicklung.

Die gegenwärtige Umstrukturierung beinhaltet nicht weniger als eine neue internationale Teilung von Produktion und Arbeit (vgl. Fröbel u.a. 1980).

\* Vortrag auf der internationalen Konferenz »Transformation des Wohlfahrtsstaates: Gefahren und Möglichkeiten für Frauen« in der Villa Serbaloni, Bellagio, 23.-27. August 1983. Übersetzung und Kürzung von Ursula Czock und Nora Rätzhel.

»Frauen haben keine Heimat« — dieses Wort Virginia Woolfs ist uns als Feministinnen inzwischen in Fleisch und Blut übergegangen. So verstehen wir manches leichter als viele Männer, die über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates schreiben. Was als doppelter Angriff auf Frauen erfahren wird, auf bezahlte und unbezahlte Arbeiterinnen im Wohlfahrtsstaat, sehen wir als Teil eines grundlegenden internationalen Umstrukturierungsprozesses, in dem Frauen auf der ganzen Welt zu verlieren scheinen. Was wir in unserem eigenen Leben erfahren, finden wir in den Erfahrungen anderer Frauen wieder. Unsere Gefühle, unsere Theorie sind weniger in der Konstruktion eines nationalen Wohlfahrtsstaates verwurzelt. Obwohl seine Existenz das Leben von Frauen strukturiert, spielten Frauen kaum eine Rolle bei seiner Strukturierung. Es ist im Grunde eine Welt, die wir nicht gemacht haben.

Diskussionen über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates berücksichtigen zunehmend die »Forderungen« von Frauen und bedenken, daß neue Strukturen nicht die Zwänge der alten wiederholen sollten. Aber nur wenige erkennen die weltweit zentrale Bedeutung der Frauen in der gegenwärtigen Krise (vgl. Glenister [Hrsg.] 1981 und Himmelstrand u.a. 1981). Daß sich die industrielle Produktion in den sich entwickelnden und neu industrialisierenden Regionen der Welt — besonders in Asien, aber nicht nur dort — ausbreitet und daß dort der Anteil der Frauen an den neuen Produktionsarbeitern vorherrscht, hängt eng mit der Krise in den alten Wohlfahrtsstaaten zusammen. Die neuen Produktionsstrukturen sind transnational. Das Produkt durchläuft die verschiedenen Stadien seines Produktionsprozesses jeweils in verschiedenen Niedriglohnländern. Technologisch wird dies möglich durch Mikroprozessoren, hochentwickeltes Transportsystem und durch die wirtschaftliche und politische Macht der multinationalen Konzerne. Diese qualitative Veränderung begann bereits im langen Boom der Nachkriegszeit mit der Entwicklung von Freihandelszonen und beschleunigt sich jetzt. Während daher die Industrieproduktion in den alten Zentren stagniert oder abnimmt, nimmt sie in den neuen zu. Die Beziehungen zwischen den Ländern der Ersten und Dritten Welt durchlaufen Veränderungen, die nicht nur eine neue internationale Teilung der Lohnarbeit mit sich bringen, sondern auch eine neue Geschlechtertrennung, denn es sind Frauen, insbesondere junge Frauen im Alter zwischen 14 und 25, die in den Fabriken der Dritten Welt arbeiten (vgl. Elson und Pearson 1981a).

Im alten Kapitalismus und Imperialismus produzierten die Industrienationen Endprodukte und die Entwicklungsländer die Rohmaterialien. Produktionsarbeit, besonders diejenige, die als Facharbeit definiert wurde, war durch entsprechende Gesetzgebung beinahe ausschließlich eine Domäne der Männer geworden. Die scheinbare Atomisierung der Arbeiterschaft in der Anfangsphase des Kapitalismus, in der Kinder, Frauen und Männer um Arbeit konkurrierten, ist durch die bedeutsame Einrichtung des Familienlohns nach und nach verändert worden. Verstärkt durch die Strukturen der öffentlichen Wohlfahrt, entwickelte sich ein System, das vorrangig Männern Zugang zu dem sich nun entwickelnden »ersten Arbeitsmarkt« verschaffte.

In der gegenwärtigen Krise laufen zwei Prozesse ab. Die alten Produktionsstätten brechen mit zunehmender Geschwindigkeit zusammen. Wenn Vollbe-

schäftigung die Vorbedingung für das Modell des Wohlfahrtsstaates von Keynes/Beveridge ist, wird die Arbeitslosigkeit ein zentrales soziales Problem für die alten Industrieländer. Einige Länder, insbesondere Großbritannien, das sich ein Jahrhundert lang in einem langsamen industriellen Abstieg befand, stürzen nun kopfüber in einen industriellosen Zustand. Durch die Wirtschaftspolitik Margret Thatchers wird dieser Prozeß noch unterstützt. Die Folge ist eine Massenarbeitslosigkeit von 3 bis 4 Millionen Menschen mit geringer Aussicht auf Verbesserung. Die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates war die »Umverteilung zwischen den produktiven und nichtproduktiven Sektoren« (vgl. Kaufmann und Leisering 1981). Bleibt man bei dieser Aufgabedefinition, entsteht eine Überbevölkerung. Zu ihr gehören diejenigen, die durch Alter oder Behinderung als »abhängig« (d.h. ohne eigenes Arbeitseinkommen; die Übersetzerinnen) definiert sind, aber auch ein erheblicher Teil (ungefähr 10 bis 15%) der potentiellen Arbeitskräfte. In einer Situation, in der es aufgrund steigender Lebenserwartung immer mehr ältere »Abhängige« gibt, sind die Arbeitslosen eine zu große Last für die geringer werdende Arbeitsbevölkerung. Die Definition des Problems als »Überbevölkerung« entstammt einem spezifisch kapitalistischen Konzept des Wohlfahrtsstaates. Nichtsdestoweniger ist sie eine einleuchtende Ideologie, zumal sie bei beträchtlicher Zunahme der »Abhängigen«-Zahlen in materiellen Praxen von Ablehnung, Ausschluß und Erniedrigung verwurzelt ist. Selbst die bisher viel stärkeren Ökonomien der USA, der BRD oder Japans sind nicht gefeit gegen den Umstrukturierungsprozeß. Die Schwierigkeit, die Profitabilität innerhalb der Hochlohnländer zu sichern, veranlaßte eine steigende Anzahl von Firmen, in Billiglohnländern mit einem übergroßen Arbeitskräftereservoir nach neuen Produktionsorten zu suchen.

Diese internationale Reorganisation fand nicht von heute auf morgen statt. Ursprünglich gab es während der Periode des langen Nachkriegsbooms zwei scheinbar widersprüchliche Verhaltensweisen. Zunächst versuchten Firmen und öffentliche Dienste ihre Arbeitsprobleme auf eine sehr traditionelle Weise zu lösen. Sie zogen billige ausländische Arbeiter (und einheimische verheiratete Frauen) auf den Arbeitsmarkt der fortgeschrittenen Industrieländer. Die neuen ausländischen Arbeiter, die Gastarbeiter Westeuropas und die legalen und illegalen Einwanderer aus Mexiko und Puerto Rico in den USA, waren männlich; Frauen und Kinder kamen langsamer nach und oft gegen großen Widerstand der Gastländer. Die sozialen Kosten der Reproduktion blieben noch in den Heimatländern der Gastarbeiter. Darüber hinaus boten sie den nicht zu überbietenden Vorteil, jederzeit rücksendbar zu sein, sollte der technische Wandel oder eine wirtschaftliche Rezession ihre Arbeit überflüssig machen. Der tiefverwurzelte Rassismus westlicher Gesellschaften fragte kaum nach den sozialen und ökonomischen Nachteilen für die ausländischen Arbeiter; noch weniger wurde die Stimme der Frauen gehört (vgl. Wilson 1978).

Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch die Verlagerung der Produktion: in der Regel an die Peripherie der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, aber auch von Hochlohnwirtschaften wie den USA nach Westeuropa mit seinen niedrigeren Löhnen. Pharmazeutische Firmen der USA fanden es zum

Beispiel nützlich, ihre Forschungslaboratorien nach Westeuropa zu verlagern, wo die Arbeitskosten für Wissenschaftler niedriger waren.

Bis dahin betrafen diese Veränderungen Männer, denn sie waren noch die vorherrschenden Arbeiter in der Produktion. In der gegenwärtigen Phase, in der die Produktion in völlig neue Regionen der Welt verlagert wird, sind die Frauen besonders hart betroffen. Die Industrieproduktion, die an Export und Weltmärkten orientiert ist, breitet sich nicht nur in Asien, sondern auch in Südamerika, Zentral-Afrika und auf besondere Art in Osteuropa aus. Fröbel u.a. (1980) untersuchen im Detail die Entwicklung der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie und zeigen die Verbindungen auf zwischen dem Zusammenbruch der Produktion in Westdeutschland und der Produktionsausweitung in asiatischen Billiglohnländern, die hauptsächlich junge weibliche Arbeitskräfte beschäftigen. Etwa 43% dieser auswärtigen Arbeitskräfte sind unter 20 Jahre alt, und über 90% sind Frauen. 1975 beschäftigte die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie allein circa 80000 junge Frauen in Niedriglohnländern.

Die rassistische und sexistische Stereotypisierung erklärt scheinbar, warum sie von den multinationalen Konzernen so bevorzugt werden: »Die Fingerfertigkeit der orientalischen Frauen ist in der ganzen Welt berühmt. Ihre Hände sind schmal, und sie arbeiten schnell und mit äußerster Sorgfalt. Wer also ist durch seine Natur und Veranlagung besser qualifiziert, zur Rentabilität der Fließbandarbeit beizutragen, als ein orientalisches Mädchen?« Das genetische Argument dieser malaysischen Werbebroschüre ignoriert aber, das solche Mädchen und junge Frauen vorher schon in Nadelarbeiten ausgebildet worden sind. Auf sehr praktische Art haben diese jungen Frauen, als Teil ihrer Geschlechtererfahrung, Fertigkeiten erworben, die sie für die Betriebe in der Dritten Welt nutzbar machen (vgl. Elson und Pearson 1981b). Hier sind sie stundenlang damit beschäftigt, haarfeine Drähte an Leiterplatten von der Größe eines Kinderfingernagels anzubringen. Oft wird diese Tätigkeit mit Mikroskopen ausgeführt, aber eine besonders sorgfältige Auswahl aus dem Arbeitskräftepotential ermöglicht es Firmen in Mexiko zum Beispiel, junge Arbeiterinnen einzustellen, die eine Zeitlang in der Lage sind, eine solche Arbeit ohne die Hilfe eines Mikroskops, oft nicht einmal mit einer Brille, auszuführen (vgl. Fröbel u.a. 1980, 349, und Baerresen 1971). Unter diesen Bedingungen überrascht es dann auch nicht, daß sich das Sehvermögen einer »Arbeiterin verschlechtert und sie ihre Produktionsquote nicht mehr einhalten kann«, wie Grossman berichtet (in: Sivanandam 1982). Zu diesem Zeitpunkt — die Arbeiterin kann noch eine sehr junge Frau von vielleicht 25 Jahren sein — wird sie wahrscheinlich durch eine frische Arbeitskraft mit perfektem Sehvermögen, das bei der ersten zerstört wurde, ersetzt. Ähnliche Risiken beinhaltet die Arbeit mit den neuen Chemikalien bei der Leiterplattenbestückung. Die »South East Asia Chronicle« berichtet:

»Arbeiter, die Bauteile in Säuren tauchen und sie mit Lösungen abreiben, leiden häufig unter ernststen Verbrennungen, Benommenheit, Übelkeit, manchmal verlieren sie sogar ihre Finger bei Unfällen ... Zehn oder fünfzehn Jahre werden wohl vergehen, bevor sich mögliche krebserzeugende Auswirkungen bei den Frauen, die jetzt damit arbeiten, zeigen.«

Ähnliche Arbeit wird auch in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern durchgeführt, wie zum Beispiel in Silicon Valley in den USA. Dort begannen Arbeiterinnen gegen die schädlichen Auswirkungen der Arbeit mit diesen Chemikalien zu protestieren. Frühgeburten und mißgebildete Kinder sind anscheinend die verborgenen Gefahren der Arbeit in den neuen elektronischen Firmen (Sunday Times v. 31. Juli 1983).

Diese jungen Frauen in der Dritten Welt sind nicht nur Opfer von Überausbeutung, sie sind buchstäblich nicht imstande, sich zu reproduzieren (ganz zu schweigen von etwaigen Angehörigen). Darüber hinaus sind sie sehr früh von weiterer Berufstätigkeit ausgeschlossen und damit auch außerstande, weiterhin ihren Teil zur Produktion von Superprofiten beizutragen. Sie müssen sich daher eine andere Tätigkeit suchen, und das in Produktionsweisen, in denen die Landwirtschaft modernisiert wurde — die Grüne Revolution —, die traditionelle arbeitsintensive Landwirtschaft kaum noch vorhanden ist und arbeitslose Landarbeiter in die Städte getrieben werden. In den überbevölkerten Städten gibt es einen verzweifelten Wettkampf um Arbeitsplätze, an dem sich alle, Kinder eingeschlossen, beteiligen. Hongkong zum Beispiel hat eine besonders große Anzahl von arbeitenden Kindern. In Südkorea, einem der sich am schnellsten industrialisierenden Länder, arbeiten 12- und 13jährige Mädchen in einer 7-Tage-Woche 18 Stunden pro Tag. Wenn sie am Ende aus der Fabrik und durch die Fabrikarbeit auch aus dem traditionellen Familienleben ausgeschlossen sind, bleiben diesen immer noch sehr jungen Frauen kaum andere Möglichkeiten, als sich zur wachsenden Zahl der Prostituierten zu gesellen. Die Zunahme der Prostitution wird unterstützt durch die Reisebüros, die Sex-Reisen für ausländische Geschäftsleute in den exotischen Orient organisieren.

Wenige Berichterstatter, die die Entwicklung verfolgen, sehen in der neuen Industrialisierung Perspektiven für sozialen Fortschritt, obwohl die UN die Entwicklung von Freihandelszonen unterstützt. Das unerschöpfliche lokale und internationale Arbeitskräftepotential nimmt den örtlichen Gewerkschaften die Voraussetzungen, einen kollektiven Selbstschutz durchzuhalten. Manchmal gibt es wilde Streiks, aber die Aussichten auf eine Stärkung der Gewerkschaften sind schlecht. Daß die neuen Produktionsarbeiter junge Frauen sind, schwächt die Möglichkeiten der Gewerkschaften zusätzlich. Der Druck der patriarchalischen Strukturen einer vorkapitalistischen Gesellschaft wird oft innerhalb der Fabrik sehr geschickt aufrechterhalten, um die soziale Stabilität und Unterwürfigkeit zu erhalten. Die herrschenden männlichen Eliten bilden die Hauptnutznießer der neuen Industrialisierung. Ihre Arbeit besteht darin, die Anwesenheit der Fabriken in der Dritten Welt zu unterstützen, die Geschlechterbeziehungen der alten Gesellschaft aufrechtzuerhalten, Steueroasen zu garantieren und durch Repression die Entstehung von Gewerkschaften zu verhindern.

Die Geschichte dieser neuen Industrialisierung, die gegenwärtig in das Leben und die Körper der Menschen, besonders der Frauen, eingeschrieben wird, unterscheidet sich somit qualitativ von der ursprünglichen Entwicklung des Kapitalismus. Denn jener Prozeß schuf durch sein unersättliches Verlangen nach Arbeitskräften große Arbeitermassen und damit zugleich die Möglichkeit ihrer

kollektiven Selbstverteidigung. Die Verbesserung der Lebensbedingungen für Arbeiter, ihre politische Teilnahme an den demokratischen Formen eines liberalen Kapitalismus und die Schaffung von öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen wurde durch den Bedarf an Akkumulation und an Legitimität im Rahmen des Nationalstaates möglich. Wenn wir auch Feministinnen sind, begreifen wir jetzt, daß der Prozeß, in dem die Arbeiter mit ihren Gewerkschaften und Parteien ins öffentliche Leben eintraten, zugleich die Frauen und ihre Interessen aus der Öffentlichkeit ausschloß. Aber selbst diese Sichtweise der Geschichte des Wohlfahrtsstaates — als Gewinn für die männliche Arbeiterklasse und als Opfer für die Frauen, also bestenfalls als einen Teilfortschritt — wird in den neuen Formen der Industrialisierung verhindert.

In Großbritannien erhielt die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat einen besonders starken Schub durch den Zweiten Weltkrieg. Der Krieg machte zudem überlebensnotwendig, daß auch die Frauen Zugang zum Arbeitsmarkt erhielten. Der zentrale Punkt ist aber: Was die Frauen während der Kriegsjahre auch immer für sich gewinnen konnten — sei es auf dem Arbeitsmarkt oder hinsichtlich ihrer Ansprüche an Sozialleistungen —, es gab keine politische Bewegung, die sicherstellte, daß das Erreichte auch im Frieden erhalten blieb. Die Ideologie, daß Mann und Frau einander ergänzende Rollen einnehmen, wurde erfolgreich wieder hergestellt: Frauen als Sorgende — Männer als Versorger. Eine solche Ideologie erleichterte den Ausschluß und Selbstausschluß von Frauen aus der Lohnarbeit. Sie sicherte die politischen Ziele des Programms der Vollbeschäftigung von Beveridge<sup>1</sup> — oder schien dies mindestens zu tun — ungeachtet der Tatsache, daß die Gesellschaft, in der dies gesichert wurde, den Frauen keineswegs viele Freiheiten bot. Nach dem Krieg wurde es notwendig, daß verheiratete Frauen an den Herd zurückkehrten und alleinstehende Frauen in den weiblichen Sektor des Arbeitsmarktes. Sie mußten den entlassenen Soldaten deren angestammte Plätze überlassen. In der ersten Phase der Nachkriegszeit erleichterten die nach dem patriarchalischen Prinzip organisierten Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates das Funktionieren des Arbeitsmarkts. Aus Gegendarstellungen von Frauen wissen wir, daß nicht alle Frauen damit einverstanden waren, die sorgenden und dienenden Tätigkeiten wieder aufzunehmen. Dieser Aspekt konnte zu jener Zeit erfolgreich ignoriert werden. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik ging davon aus, daß das Heim der beste Platz für die Frauen ist, und versuchte ihre dortige Anwesenheit sowohl durch Anreize als auch durch Ausschluß abzusichern.

Da diese frühe Periode den Höhepunkt des Beveridge-Modells widerspiegelte (ungefähr bis in die Mitte der 50er Jahre, als die Wirtschaft aufzublühen begann und sich die engen Bindungen zwischen Wohlfahrtspolitik und Arbeitsmarkterfordernissen lockerten), ist es wichtig, den massiven und unbezahlten Beitrag der Frauen zur gesellschaftlichen Reproduktion zu erkennen, der in das Modell eingebaut wurde. Die sorgende Arbeit wurde fast allen Frauen als vorrangige Arbeit abgerungen, und ihr wurde sogar die bescheidene Wahl zwischen Berufstätigkeiten verweigert, die für Männer offenstanden. Die Kategorie Ehefrau/Mutter als Arbeitende gehört als solche in die formale Definition unfreier Arbeit; ihre Situation entspricht der von Sklaven und Dienstboten.

Daß diese Arbeit nicht als Teil gesellschaftlicher Arbeitsteilung gesehen wurde, sondern als Entwicklung von Weiblichkeit, spiegelt das tief naturalistische Denken von Marxisten und Liberalen gleichermaßen wider. Das politische und wirtschaftliche Beveridge-Programm, *Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft*, das auf breite Zustimmung einer Bevölkerung traf, die noch an der Erinnerung an die Not der Vorkriegszeit litt, stützte sich erfolgreich auf die unfreie — und unbezahlte — Arbeit von Frauen.

### *Die »produktive« Arbeit von Frauen*

Der Begriff produktive Arbeit ist so, wie er gewöhnlich benutzt wird, eine in hohem Maße inadäquate und sexistische Kategorie. Der größte Teil der Frauennarbeit erscheint darin ökonomisch bedeutungslos; er bietet allerdings einen Indikator für die wachsende Teilnahme von Frauen an der anerkannten und bezahlten Arbeit. Es bedurfte übrigens der gegenwärtigen Krise, damit Männer ihr Interesse an der informellen Ökonomie entdeckten. Die Art, wie Frauen die Ökonomie bewältigen, blieb wie üblich sozial unsichtbar. Dabei reichte ihre Tätigkeit von der Putzfrauenarbeit in anderen Häusern über die Arbeit im eigenen Haushalt, die Zimmervermietung und das Nähen bis hin zur Prostitution — all dies machten sie natürlich neben ihrer Haupttätigkeit, für ein Heim zu sorgen und für Kinder und Ehemann dazusein. Wenn akademisch gebildete Männer Yoghurt herstellen oder ihre Häuser anstreichen, dann ist diese Tätigkeit sofort sichtbar und erfordert soziologische Erläuterungen.

Abgesehen von der Entwicklung und Anerkennung der informellen Ökonomie ist klar, daß während der letzten dreißig Jahre der Frauenanteil auf dem Arbeitsmarkt bedeutend angestiegen ist. Nachdem beinahe ein Jahrhundert lang ungefähr 30% der Frauen zur offiziellen Arbeiterschaft gehörten, sind zur Zeit 40% der Arbeitskräfte weiblich. Zugleich ist es wichtig, hervorzuheben, wie begrenzt das Arbeitskräfteangebot für Frauen war und ist. Auswertungen von Bevölkerungsstatistiken von Hakim (1978) zeigen, daß sich während dieses Jahrhunderts ein zunehmend enger definierter Arbeitsmarkt entwickelt hat. Die Arbeitsmarktaufspaltung durch Geschlechterzugehörigkeit war 1971 ausgeprägter als 1911. Während 1911 24% der höher qualifizierten Tätigkeiten von Frauen erledigt wurden, waren es 1971 nur 13,5%. Ihr Anteil an unqualifizierten Tätigkeiten wuchs entsprechend: 1911 waren es 15,5%, 1971 37,2%. So ist es nicht überraschend, daß niedrige Bezahlung mit Frauen in Verbindung gebracht wird. Die überwiegende Mehrzahl der 7 Millionen Arbeitenden, die ungefähr zwei Drittel des männlichen Durchschnittslohns erhalten (das sind in Großbritannien ca. 90£ ≈ 360 DM pro Woche), sind Frauen (vgl. Bassett und Weir 1983). Eine Lohngesetzgebung, die das Ziel hatte, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen, ist in unterschiedlicher Form und mit wechselndem Erfolg von den meisten fortgeschrittenen Industriestaaten eingeführt worden. Nach den EG-Statistiken erhalten die Frauen in den meisten Ländern 70% des durchschnittlichen Stundenlohns von Männern. Lediglich in Italien und Frankreich wird behauptet, sie erhielten 80%. Daß Frauen als minderwertige Arbeitskräfte beschäftigt sind, ist offenbar für männliche Arbeiter

wie für männliche Unternehmer von so großem Vorteil, daß jede Gesetzgebung dagegen machtlos ist. Sogar dort, wo Frauen gleichen Lohn für gleiche Tätigkeiten bekommen, können die betrieblichen Zuwendungen für männliche und weibliche Beschäftigte oft auffallend unterschiedlich sein. Die betrieblichen Altersversorgungssysteme sind so organisiert, daß Witwen automatisch Anspruch auf Rente haben, Witwer aber nicht.

Aber während es überall Kämpfe der Lohnarbeiterinnen gibt und man ihnen widerwillig Zugeständnisse macht, gibt es gleichzeitig eine tiefgehende Angst vor der Zukunft der Arbeit. Allen ist klar, daß die Schwerindustrie, die fast völlig eine Domäne von Männern ist, rapide zurückgeht. Der Einfluß der neuen Technologien ist ungewiß. Wird der neue Investitionsschub im Bürobereich den Frauen die Arbeitsplätze wegnehmen, so wie die Roboter die Männer aus der Autoindustrie verdrängt haben? Oder werden die Arbeitskräfte nicht nur reduziert, sondern wird die Arbeit auch zunehmend von Männern übernommen? Wird der Büroangestellte des 19. Jahrhunderts mit dem Federhalter, der historisch der Frau mit der Schreibmaschine weichen mußte, plötzlich wieder als Fachmann am Schaltpult erscheinen? Es scheint realistisch, daß Frauen vor zwei Alternativen stehen werden: Entweder wird die Arbeitserteilung und Dequalifizierung fortgesetzt, dann wird es weiterhin Frauenarbeit geben, oder die neue Arbeit bzw. die übrigbleibende höher qualifizierte Arbeit wird aufgewertet, dann wird sie Männerarbeit. Die letzten Schätzungen des Warwick Institute for Employment Research — einer Gruppe, deren Voraussagen irgendwo zwischen dem Pessimismus der Neokeynesianer aus Cambridge und dem Optimismus der Monetaristen aus Liverpool liegen — prognostizierten fortdauernde Arbeitslosigkeit während des nächsten Jahrzehnts mit nicht weniger als 2,9 Millionen im Jahre 1990. Die versteckte Zahl der Arbeitslosen wird ungefähr bei 4 Millionen bleiben. Von den 560 000 neuen Arbeitsplätzen jedoch, die wahrscheinlich in den nächsten zehn Jahren geschaffen werden, werden mehr als 70% für Frauen sein. Inmitten des allgemeinen Beschäftigungszusammenbruchs hat sich Teilzeitarbeit relativ gut gehalten. Die Studie sagt voraus, daß mehr als die Hälfte der neuen Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze im Dienstleistungsbereich sein werden. Allgemein gesprochen, sehen sie voraus, daß der Anteil der Frauen an der bezahlten Arbeit wahrscheinlich ansteigt, während der der Männer abnimmt.

Die Einführung der Informationstechnologie im Dienstleistungssektor hat gerade erst begonnen. Ihr Einfluß auf die überwiegend weiblichen Arbeitskräfte und auf die Dienstleistungen selbst ist ungewiß. Die neue Technologie bietet weitere und effektive Kontrolle über die Bevölkerung. Sie baut auf Techniken auf, deren Entwicklung in Vietnam begonnen und in Nordirland fortgesetzt wurde. Dabei gingen Sozialdaten in die Computer der Spionageabwehr ein.

Die Diskussion über die Zukunft der Frauenarbeit in den sich zurückentwickelnden Ländern hat eine quantitative und eine qualitative Dimension. Die künftige Arbeitsmarktentwicklung scheint gegen eine Rückkehr der Frauen an den Herd zu stehen, trotz der ideologischen Angriffe der neuen Rechten auf die Ansprüche der Frauen auf Arbeit. (Ob sie bei Voll- oder Teilzeitarbeit weiter fortfahren, den größten Teil der Hausarbeit zu erledigen, ist ein besonderer,

aber damit zusammenhängender Kampf. Vergleichende Untersuchungen über die Geschlechterteilung in der Hausarbeit zeigen, daß die Frauenbewegung sich zwar dazu gratulieren mag, Hausarbeit und Kinderbetreuung zu einem politischen Thema gemacht zu haben, daß es aber voreilig wäre, das gleichzusetzen mit einem schon gewonnenen Kampf in der Praxis). Der Kernpunkt ist, daß hauptsächlich Frauen Teilzeitarbeit übernehmen. Den vollzeitbeschäftigten Männern überlassen sie es, das ideologisch zu rechtfertigen. Diese tun das übrigens mit den gleichen Argumenten, mit denen sie schon die Rolle der Frau in der informellen Ökonomie rechtfertigten. Wird dies weiterhin die Doppelbelastung von Frauen institutionalisieren und ihre Armut festschreiben? Durch so viel Arbeit überanstrengt, mögen einzelne Frauen voller Sympathie auf Job-Sharing und ähnliche Teilzeitarbeitsmöglichkeiten blicken. Aber es kann sein, daß die Auswirkungen für die Frauen insgesamt zunehmend negativ sind, solange nicht auch Männer verstärkt Teilzeitarbeitsplätze einnehmen. Bleiben die Männer weiterhin mehrheitlich vollzeitbeschäftigt, sind die Chancen, daß sie sich mehr an der Hausarbeit beteiligen und die Frauen mehr Zugang zum öffentlichen Leben erhalten, gering.

In dieser Situation wird Teilzeitarbeit Frauen nicht helfen, aus der Falle der Abhängigkeit herauszukommen. Wenn Frauen z.B. 20 Stunden arbeiten und weiterhin ungefähr 70% des männlichen Stundenlohns erhalten, wird ihr Verdienst dann 35% des männlichen Wochenlohns ausmachen. Entweder werden diese Frauen und die von ihnen Abhängigen äußerst arm sein, oder sie geraten in noch stärkere ökonomische Abhängigkeit, entweder von einem einzelnen Mann oder von zusätzlichen staatlichen Leistungen. In beiden Fällen ermöglicht diese erzwungene Abhängigkeit dem Mann oder dem Staat, weiterhin Kontrolle über sie auszuüben.

### *Veränderte Familienstrukturen*

Die sich wandelnden Familienstrukturen zeigen, wie wichtig der unbeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt ist. Die alte Familienstruktur von Beveridge — der Ehemann mit dem Familieneinkommen, die abhängige Ehefrau und die Kinder — ist überholt und repräsentiert heute nur noch eine Minderheit der Haushalte. Die Zahl alleinerziehender Elternteile, besonders der alleinerziehenden Frauen, stieg in den letzten Jahren stark an und steigt weiterhin. Man schätzt, daß die Hälfte der Kinder, die 1977 oder später in den USA geboren wurden, mit einem alleinerziehenden Elternteil leben werden, bevor sie 16 Jahre alt sind (vgl. Ross und Sawhill 1975). Die entsprechende Zahl von Rimmer für Großbritannien beträgt 12%, aber gerade im letzten Jahr gab es eine wachsende Anzahl alleinerziehender Eltern. In annähernd 9 von 10 solcher Familien handelt es sich um alleinstehende Mütter. Der große Unterschied zwischen »ihrer« und »seiner« alleinigen Elternschaft ist, daß sie arm ist. Er hat Probleme, aber in seinem Leben ist Armut nicht allgegenwärtig wie im Leben der meisten alleinerziehenden Mütter und ihrer Kinder.

### *Der Wohlfahrtsstaat und die Neue Rechte*

Der Feminismus und die libertären Strömungen innerhalb des Sozialismus haben seit der demokratischen Arbeiter- und Studentenrevolte 1968 die bestehenden Strukturen des Wohlfahrtsstaats als unangemessen, bürokratisch und zwangsausübend kritisiert und versucht, eine alternative Wohlfahrtspraxis innerhalb und außerhalb der existierenden Strukturen zu entwickeln. Überraschend stellten sie wie auch weite Teile der Bevölkerung fest, daß die Neue Rechte sich ihrer negativen Kritik als mächtiger und unerwünschter Verbündeter anschloß.

Der Angriff auf den Wohlfahrtsstaat ist nicht neu. Er war integraler Bestandteil im Monetarismus Callaghans, hat sich aber erst während des Thatcherismus voll entwickelt. Thatchers Kritik reflektiert die Angriffe der Radikalen auf den staatlichen Zwangsapparat und deren Freiheitsvorstellungen. Aber während Radikale mit Freiheit neue egalitäre Formen von Kollektivismus meinen, geht der Thatcherismus davon aus, daß der uneingeschränkte Individualismus den Bedürfnissen einer menschlichen Natur entspricht, in der die Angehörigen der verschiedenen Klassen, Geschlechter und ethnischen Gruppen ihren natürlichen Platz kennen und einnehmen (Rose und Rose 1981). Die Aufgabe des Staats besteht also einfach darin, ein Programm zur Wiederherstellung natürlicher und notwendiger Ungleichheit zu unterstützen. Praktisch-politisch gesehen, enthält solch ein Restaurierungsprogramm drei Dimensionen: 1. die Reduzierung umfassender Sozialleistungen auf Restdienste an sozialen Randgruppen, die zu arm und zu unselbständig sind, um für sich selbst zu sorgen; 2. die zunehmende Privatisierung im Wohlfahrtsbereich; und 3. die Nachbarschaftshilfe und vor allem die »Familie«. Auch wenn Nachbarschaftshilfe und Familie den Sozialwissenschaftlern viele begriffliche Probleme bereiten, bieten sie dennoch eine Welt von persönlicher Wärme und direkter Beziehungen, von Gemeinschaft und Gemeinschaftssinn gegen die Unpersönlichkeit der Bürokratie und die anmaßenden Ansprüche der Beamten. Wie Finch/Groves gezeigt haben, beruht die Philosophie der »Nachbarschaftshilfe« in der Praxis auf der unbezahlten Arbeit von Frauen, und es sind, wie Baldock bemerkt, überwiegend Frauen zur freiwilligen Arbeit bereit, deren informelle Fürsorgetätigkeiten in ihre Hauptbeschäftigung als Ehefrauen und Mütter integriert sind.

Für die rechten wie auch für die sozialdemokratischen Parteien ist die Nachbarschaftshilfe und die damit verbundene Politik um die unabhängige Familie enorm attraktiv. Sie bietet in der Finanzkrise eine preiswerte Lösung für die Wohlfahrtsfrage. Das Hauptinteresse der Gewerkschaften und Berufsverbände im Sozialbereich ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie werden die Wiederherstellung des alten Modells anstreben, in dem die Professionellen die Versorgungsdienste leisten und Nachbarschaft und Familie nur stützende Funktion haben. Die Gewerkschaften und Berufsverbände im Sozialbereich versuchen damit in erster Linie die bestehende Arbeitsteilung in der Sozialarbeit zu erhalten — ein Vorhaben, das feministischen Zielen höchst begrenzt zugute kommt. Der Druck auf die kommunale Sozialpolitik muß möglichst breit aus-

geübt werden, dafür sind Kompromisse, die die Lohnarbeitenden in diesem Bereich akzeptieren können, unumgänglich.

Feministinnen, die sich mit der neuen Labour-Regierung in Australien auseinandersetzen mußten, hatten, wie Feministinnen überall, enorme Mühe, die in der Nachbarschaftshilfe enthaltene sexistische Politik zu entlarven. Aber es gibt durchaus reale Chancen für eine Bewegung gegen diese Politik. Sowohl unter den Sozialarbeitern als auch in den sozialdemokratischen Parteien sind viele Frauen mit steigendem Bewußtsein für feministische Ansprüche, die auch von einigen Männern energisch unterstützt werden. Für die Rechte sind Nachbarschaftshilfen und Restauration der Familie, die Suche nach einem »natürlichen Netzwerk«, Teil des klaren politischen Ziels, die »naturgegebenen« sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern wiederherzustellen. Ökonomisch ausgedrückt: Mit dem »Roll-back des Staates« (in der Realität allerdings nur des Wohlfahrtsstaates, denn die öffentlichen Ausgaben, wie die für Militär und Polizei, wachsen beständig an) war beabsichtigt, die Krise zu mildern. Kürzungen von Sozialausgaben würden gesellschaftliche Ressourcen in die Industrie umleiten, die Wirtschaft würde sich sowohl von Stagnation als auch von Inflation erholen. Jeder, die Armen eingeschlossen, würde einen Nutzen davon haben. Die Demoralisierung der Nation würde überwunden werden, und zwar bei Unternehmern und Arbeitern gleichermaßen; die Armen und die Arbeiterklassen, die nicht mehr Opfer der Mildtätigkeit eines »Father-Christmas«-Staates wären, würden lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Arbeitsethik und Familienverantwortung, die durch den Wohlfahrtsstaat gelitten haben, würden wiederhergestellt werden.

Die neue marxistische politische Ökonomie war zum einen davon ausgegangen, daß die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats eine der Bedingungen für den langen Boom war. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus, besonders die sinkende Profitrate aber zeigten, daß die von den Rechten vorgebrachten Argumente auf der Basis dieser Analyse nur schwer zu widerlegen waren. Zum anderen betonten die Marxisten eine weitere zentrale Funktion des Wohlfahrtsstaates: politische Legitimität zu erlangen — man beachte, daß es sich hier um eine funktionalistische Analyse handelte. Es wird zunehmend klar, daß das Streben nach Legitimität und die Anwendung von Repression alternative Strategien sind, die sich mit demselben Problem befassen. Wenn also heute ein ökonomisches Programm des Roll-back des Wohlfahrtsstaates keinen Erfolg haben kann und wird, weil die Sozialausgaben durch die Arbeitslosigkeit steigen, so wird doch eine gefestigte und ideologisch erfolgreiche Regierung der Neuen Rechten mit wachsender Unterstützung der Bevölkerung damit fortfahren, die Höhe der Sozialausgaben abzubauen. Ein schrittweiser Abbau findet jetzt schon statt, auch wenn er noch nicht zur Verminderung der gesamten Haushaltsausgaben führt. Weil Arbeitslose und Arme eine Minderheit sind, kann eine rechtsgerichtete Regierung politische Unterstützung für Kürzungsmaßnahmen bekommen. Im gleichen Maß, wie die Regierung an Macht gewinnt, wachsen ihre Möglichkeiten, direkte Repressionsmaßnahmen anzuwenden. Nicht zufällig ist die Blüte des Friedmanschen Monetarismus im Chile Pinochets zu finden.

Trotz der rapiden Beschränkung bürgerlicher Rechte durch die Thatcher-Regierung und dem zunehmend autoritären Auftreten des Staates ist der politische Widerstand — von Frauen (einschließlich Frauen der Tory-Partei), von Schwarzen, von Gewerkschaften und am stärksten vielleicht von den sozialdemokratisch verwalteten Städten — zu groß, als daß die Einrichtung eines totalen Polizeistaates so leicht möglich wäre, wie ihn die politische Ökonomie der Neuen Rechten ins Leben rufen möchte (Edgar 1983).

Nach Meinungsumfragen aus Amerika zu urteilen, sind Frauen mehr für Sozial- als für Militärausgaben und durchschauen zunehmend die gegen ihre Bedürfnisse und Wünsche gerichtete Politik der Neuen Rechten. Die Linken und die sozialdemokratischen Parteien in England haben die zentrale Bedeutung der Frauenfrage nicht erkannt. Einem Programm, das auf Männer ausgerichtet ist, fügen sie lediglich hinzu, was sie als eine Teilforderung von Frauen wahrnehmen. Daher wird als Hauptalternative zur Strategie der Neuen Rechten die sogenannte Alternative Wirtschaftsstrategie (Alternative Economic Strategy — AES) angeboten. Ökonomisch bietet diese ein Gemisch von keynesianischer Nachfrageförderung und protektionistischer Handelspolitik. Obgleich die AES vorschlägt, den Protektionismus selektiv anzuwenden und dabei die Entwicklungsländer zu begünstigen, kann sie den Charakter der neuen internationalen Produktionsstrukturen und der Überausbeutung der darin beschäftigten jungen Arbeiterinnen nicht fassen. Die AES beinhaltet zwar einen Kniefall vor der Dritten Welt, aber die feministische Bewegung wird mit ihrer zunehmend universalistischen Verantwortung in der AES nur wenig Unterstützung von Fraueninteressen finden. Als sozialistische Analyse verbleibt die AES im Rahmen nationaler staatlicher Beziehungen, wogegen die Unterstützung des Kampfes von Arbeiterinnen in der ganzen Welt eine bessere und nützlichere Antwort für Sozialisten wäre.

In der Sozialpolitik verhält sich die AES ähnlich schweigsam; sie argumentiert, daß ökonomisches Wachstum zu einer Ausweitung in der Verteilung der Ressourcen, zu einer Reduzierung der Sozialausgaben und der Kosten für Arbeitslosigkeit und zur Kürzung der Militärausgaben führen wird. Um eine Inflation zu vermeiden, ist eine Lohnpolitik erforderlich, und um dies zu erreichen, bietet die AES der Arbeiterbewegung industrielle Demokratie an, so daß Industrie und Dienstleistungen einem umfassenderen Programm gesellschaftlicher Ziele unterworfen werden, die von den Arbeitenden eingebracht werden, sie also nicht mehr ausschließlich dem Profit dienen, wie das Kapital und seine Vertreter es wünschen. Das Problem für Frauen besteht darin, daß dieses Modell der Produktion den Vorrang gibt. Die Beschäftigung der Frauen mit der Reproduktion wird — selbst dann, wenn sie die Produktionsarbeiterinnen der Welt werden — lediglich als Nebengedanke gesehen. Obwohl es nirgends gesagt wird, haben Schwarze und Frauen doch das Gefühl, daß sie wahrscheinlich innerhalb der vorgeschlagenen demokratischen Formen nicht mehr als eine symbolische Vertretung haben werden. Die Arbeiterbewegung bewegt sich — aber zu langsam.

Die AES konnte kein größeres Interesse außerhalb der organisierten Arbeiterschaft und der Linken wecken. Wenn Frauen versuchten, etwas dazu zu sa-

gen, wurde ihre Kritik nicht beachtet oder abgetan. Wenn Kritikversuche in dieser Art behandelt werden, müssen wir Klartext reden: Die AES versagt darin, für Frauen interessant zu sein, weil sie ihren Interessen nicht zu dienen scheint. Sie berücksichtigt nicht die neu artikulierten Bedürfnisse und Wünsche von Frauen, die darauf dringen, daß die politische Tagesordnung anders aussieht. Die AES behandelt zwar bestimmte aktuelle Probleme der politischen Ökonomie (wobei allerdings fraglich ist, inwieweit dies auf sozialistische Weise geschieht), aber sie läßt ohne Zweifel das bestehende System der Geschlechterverhältnisse unangetastet. Daß die Linken und die sozialdemokratischen Parteien keine Perspektive für neue und gerechte soziale Beziehungen und entsprechende politische Strategien anbieten, bedeutet politisch, daß die Rechte mit ihrem klaren, an Hobbes orientierten Konzept der naturgegebenen sozialen Beziehungen das ganze Rennen machen wird.

Der Frauenbewegung ist es gelungen, vorbildliche gesellschaftliche Formen für neue soziale Beziehungen zu entwickeln, und mit einiger Fähigkeit und Geduld hat sie die sexistischen Zwangsstrukturen der bestehenden öffentlichen Wohlfahrt entlarvt. Dennoch hat sie es noch nicht erreichen können, potentielle Verbündete, wie z.B. eine veränderte, wenn auch nicht umgeformte Linke, zu zwingen, Frauen als neue politische Subjekte anzuerkennen. Bis uns dies gelingt, sehen wir uns wahrscheinlich ein Wohlfahrtssystem verteidigen, das wir kritisieren. Wir werden weiterhin laufen, um stillzustehen.

### Anmerkung

- Das von Beveridge entwickelte Modell des Wohlfahrtsstaates behandelte alleinstehende, arbeitende Frauen wie Männer. Sie erwarben sich durch eigene Arbeit ein Anrecht auf die Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Die verheiratete Frau erwarb nur aufgrund der Sozialbeiträge ihres Mannes ein solches Recht. Nach dem Gesetz war es ihr nicht möglich zu erfahren, ob er Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt hatte, so daß ihre Altersversorgung gesichert war. Ebenso wenig hatte sie das Recht zu wissen, wieviel er genau verdiente, um zum Beispiel beurteilen zu können, ob er genügend Haushaltsgeld zahlte.

### Literaturverzeichnis

- Baerresen, D.B., 1971: The Border Industrialisation Programme of Mexico. In: Fröbel u.a., 1980
- Baldock, Cora: Volunteer Work as Work. Some Theoretical Considerations. In: Baldock, C., und B. Caso (Hrsg.), Women, Social Policy and the State in Australia (erscheint demnächst)
- Bamford, Terry, 1983: Managing Social Work. o.O.
- Basset, Liz, und Stuart Weir, 1983: Ending Low Pay. In: New Socialist, Mai/Juni
- Calder, Angus, 1969: The People's War, Jonathan Cape. o.O.
- Corrigan, Philipp, 1977: Feudal Relicts or Capitalist Monuments. In: Sociology, 11, 3, 411-63
- Cloward, Richard, und Francis Piven, 1982: The Moral Economy and the Welfare State. In: Robbins, D., L. Cauldwell, G. Day, K. Jones und H. Rose (Hrsg.), o.J.: Rethinking Social Inequality. o.O.
- Elson, Diane, und Ruth Pearson, 1981a: The Subordination of Women and the Internalisation of Factory Production. In: Young, K., C. Wolkowitz und R. McCullagh (Hrsg.): Of Marriage and the Market. London
- dies., 1981b: Nimble Fingers make Cheap Workers. An Analysis of Women's Employment in Third World Export Manufacturing. In: Feminist Review, 7
- Finch, Janet, und Dulcie Groves: Community Care and the Family. A Case Study of Equal Opportunities. In: Journal Social Policy, 9 (4)

- Fröbel, Folker, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye, 1980: *The New International Division of Labour. Structural Unemployment in Industrialised Countries and Industrialisation in Developing Countries.* Cambridge
- Glennister, Howard, 1981: *The Future of the Welfare State.* o.O.
- Hakim, Catherine, 1978: *Sexual Division within the Labour Force.* In: D. of E. Gazette, No. V, 1264-68
- Himmelstrand, Ulf, u.a. 1981: *Beyond Welfare Capitalism.* o.O.
- Jordan, Bill, 1982: *Mass Unemployment and the Future of Britain.* Oxford
- Kaufmann, Franz-Xaver, und Lutz Leisering, 1983: *Demographic Challenges in the Welfare State.* Manuskript für den Kongreß »Zukunft des Wohlfahrtsstaates«, Bielefeld, Juni 1983
- Lazenby, Juliet, 1983: *The impact of new technology on women office workers.* Erscheint demnächst in: *New Socialist*
- Mackintosh, Mary, 1981: *Report on the Copenhagen World Conference of the UN Decade for Women, 1980.* In: *Signs, Journal of Women in Culture and Society.*
- Phillips, Anne, und Barbara Taylor, 1980: *Sex and Skill. Notes towards a feminist economics.* *Feminist Review*, 6
- Rose, Hilary, 1980: *Popular Self-Housing. The history of the postwar squatters' movement.* o.O.
- Rose, Hilary, und Steven Rose, 1982: *Moving Right Out of Welfare and the Way Back.* In: *Critical Social Policy*, 2,1,7-18
- Ross, Heather, und Isabel Sawhill, 1975: *Time of Transition. The Growth of Families Headed by Women.* Washington
- Sivanandam, A., 1982: *A Different Hunger.* London. Zuerst erschienen 1979 unter dem Titel: *Imperialism and Disorganic Development in the Silicon Age.* In: *Race and Class*, XXIV, 2
- Titmuss, R.M., 1950: *Problems of Social Policy.* H.M.S.O. o.O.
- Townsend, Peter, o.J.: *Poverty in the U.K.* Harmondsworth
- Wilson, Amrit, 1978: *Finding a Voice. Asian Women in Britain.* London
- Wolfenden Report, 1978: *The Future of Voluntary Organisations.* London



## Zerreißproben Automation im Arbeiterleben

Empirische Untersuchungen, Teil 4:  
Arbeit und Privatleben, Arbeits-  
beziehungen, Geschlechterverhältnisse  
Argument-Sonderband AS 79, 1983  
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Cynthia Cockburn

## Weibliche Aneignung der Technik\*

Jeder Mann, der etwas auf sich hält, weiß, daß »Frauen keine Ahnung von Maschinen haben«, daß sie »mit der Technik nicht umgehen können«. Die Tatsachen sprechen schließlich für sich. Frauen basteln nicht an Fernsehern herum, haben kein Oszilloskop in der Garage, wollen keinen Tornado-Düsenjäger fliegen. Jede Frau aber, die etwas auf sich hält, ahnt, daß an diesen Tatsachen etwas nicht stimmt. Wir wissen, daß es gute, kompetente und begeisterte Technikerinnen und Ingenieurinnen gibt — wir haben alle schon mal eine getroffen. Genausoviele Frauen wie Männer wachsen heran mit einem Interesse am Rechnen, Problemlösen, Entwerfen und Konstruieren. Warum beschränken wir uns in der Praxis darauf, Strickmuster zu interpretieren und Patchwork-Decken herzustellen? Hatten wir die Wahl oder wurden wir dazu gedrängt? Und wenn wir uns dazu entschieden haben — welche Alternativen hatten wir?

Neulich kaufte ich mir ein umfassendes Buch über die Geschichte von Maschinen und technischen Erfindungen. Beim Durchgehen des Stichwortverzeichnisses gab ich bei P (Ptolemäus IV.) auf, ohne eine einzige Frau unter den Erfindern zu finden. Zweifellos hatten wir Frauen auch unsere technischen Erfindungen, aber sie stehen nicht in den Geschichtsbüchern. Unsere Techniken erreichten nicht die kapitalistische Profitabilität im 18. und 19. Jahrhundert.

### *Bloß keine Ingenieurin*

Deshalb finden wir heute in der Maschinenbauindustrie leider nur wenig Frauen. Obwohl 13% der Erwerbstätigen in Großbritannien (1980) in dieser Branche beschäftigt sind, arbeiten dort nur 7% der weiblichen Beschäftigten. Und die 608.000 Frauen in Maschinenbauunternehmen sind in den untersten Lohngruppen. 93% von ihnen üben die weniger qualifizierten Tätigkeiten aus, sie sind Bürokräfte, einfache Arbeiterinnen oder Küchenpersonal und Putzfrauen. Das Engineering Industry Training Board (EITB; Ausbildungskommission für die Maschinenbauindustrie) bedauert, daß »der Anteil der beschäftigten Frauen in den verschiedenen Berufsgruppen extrem ungleich ist. Während 70% der Büroangestellten und 30% der Arbeiter Frauen sind, stellen sie nur 2% der Wissenschaftler. Der Frauenanteil in Techniker-Berufen beträgt auch nur 2%, bei den Facharbeiter-Berufen sogar nur 0,3%.« (EITB RP/4/79 und 1981)

Ich möchte zu den Fabrikarbeiterinnen etwas sagen, die fast die Hälfte der Frauen in diesem Industriezweig ausmachen. Diese Frauen haben zwar direkt »mit Maschinen zu tun«, ihre Tätigkeit besteht jedoch nur aus eintöniger Arbeit; der Umgang mit der Maschine ist sehr beschränkt. Häufig arbeiten sie ne-

\* Der Beitrag erschien zuerst in *Marxism Today*, November 1983 unter dem Titel »Caught in the Wheels«. Wir danken der Redaktion von MT für die Abdruckgenehmigung. Übersetzt von Claudia Gdaniec und Susan Steiner mit wesentlicher Unterstützung durch Sigrid Pohl und Nora Rätzkel.

ben angelernten Arbeitern aus höheren Lohngruppen, den »Maschineneinrichtern«, die die produktionsbedingte Einrichtung durchführen. Eine weitere Stufe über ihnen (bezüglich Bezahlung und Qualifikation) stehen Test-Techniker und Ingenieure, die die Maschinen installieren und warten, an denen die Un- und Angelernten arbeiten. Erstere sind ausnahmslos Männer. Ohne anerkannte berufliche Qualifikation — wie Facharbeiterin, Technikerin oder Konstrukteurin — können die zahlreichen Arbeiterinnen, die Fähigkeiten über die tatsächlichen Anforderungen ihrer Arbeit hinaus besitzen, in keine besseren Stellen aufsteigen.

Ein Blick auf die Tendenzen der jüngsten Vergangenheit zeigt wenig Veränderung. Es war klar, daß die Gesetze von 1970 zur Lohngleichheit wirkungslos bleiben, solange die geschlechtliche Trennung am Arbeitsplatz und die Tendenz, daß Frauen und Männer unterschiedliche und ungleiche Berufe besetzen, nicht aufhören. Das war einer der Gründe für das Antidiskriminierungsgesetz von 1975. Mit ihm wurde es ungesetzlich, uns aufgrund unserer Geschlechtszugehörigkeit den Zugang zu einem von uns gewählten Beruf zu verwehren. Dabei wurden zwei Hauptberufsgruppen als Gipfel gesehen, die wir erklimmen müßten, um die Gleichstellung zu erreichen: Managerberufe (die Spitzenpositionen) und wissenschaftlich/technische (die Intelligenz-)Berufe. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind nun acht Jahre vergangen. Genaue Beobachter/-innen berichten, daß es leichte geschlechtsrelevante Veränderungen auf den Ebenen des mittleren und unteren Managements gibt. Der Einzug von Frauen in die wissenschaftlichen und technischen Berufsgruppen ist jedoch außerordentlich langsam.

Das EITB bestätigt, daß »der Anteil der Frauen in der Maschinenbauindustrie in den letzten zehn Jahren im großen und ganzen konstant geblieben ist. Auch für die meisten Facharbeiterberufe gilt, daß der Anteil von Frauen gleich geblieben ist.« Das heißt, er ist sehr gering geblieben.

Was in den Statistiken kaum sichtbar wird, ist die Handvoll von Pionierinnen, die solche Berufe *doch* ergriffen haben. Darauf komme ich später zurück. Allerdings kann auf keinen Fall von einer Tendenz gesprochen werden, die für die durchschnittliche Frau gelten könnte.

### *Der Ausblick: ein langsamer Wandel*

Der beste Indikator für zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Präsenz von Frauen in diesem Bereich sind die heutigen Statistiken über technische Ausbildung. Hier müssen wir zunächst zwischen den Universitätsstudent/in/en und den weniger qualifizierten Techniker/inne/n (TEC Qualifikation) und Handwerker/inne/n (City & Guilds<sup>1</sup>) unterscheiden. An den Universitäten steigt der Anteil der Frauen im ingenieurwissenschaftlichen und technischen Bereich langsam auf 6 bis 7%. Während 2,3% aller Technikerstellen von Frauen besetzt sind, stellen sie einen geringfügig höheren Anteil der Auszubildenden in betrieblichen Ausbildungsprogrammen. Im Handwerk jedoch, wo es nur 0,4% Frauen gibt, sind sie unter den Auszubildenden sogar noch schwächer vertreten (0,3%, 1980). Wir sehen eine langsame Verbesserung, die sich auf den unteren Bildungsstufen am langsamsten vollzieht.

Die wirtschaftliche Entwicklung wirkt dieser Tendenz entgegen. Eine merkliche Änderung in der Maschinenbauindustrie ist ein drastischer Beschäftigungsrückgang auf Grund der Rezession, Frauen waren davon am stärksten betroffen. Zwischen 1964 und 1981 sank die Zahl der Beschäftigten hier um ungefähr 25%, bei den Frauen sogar um 34%. Dies lag daran, daß der Einsatz neuer Technologie zuallererst die eintönige Fließband- und Akkordarbeit abschaffte, die am häufigsten von Frauen gemacht wird. Hier zeigen sich wieder unterschiedliche Chancen: die Aussichten für Frauen, die keinen Schulabschluß haben, der ihnen als Sprungbrett für qualifiziertere Tätigkeiten dienen könnte, verschlechtern sich. Auf der anderen Seite erhöhte sich der Anteil der Ingenieurberufe zusammengenommen zwischen 1975/76 und 1980/81 um fast 30%. Wenn Frauen sich um diese Stellen bemühen würden, gäbe es theoretisch reichliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Statistik der schulischen Ausbildung zeichnet kein Bild einer Welle entschlossener junger Frauen, die durch das Schulsystem flutet und den Arbeitsmarkt der britischen Industrie überschwemmt. Auf der »O-level« Stufe<sup>2</sup> beträgt der Anteil der Mädchen, die die Mathematik-Prüfung bestehen, 42%, aber nur 21% in Physik, 22% in Informatik und ganze 3% im Technischen Zeichnen. Bis zum »A-level« Abschluß<sup>2</sup> ist ihr Anteil auf jeweils 25, 19, 20 und 2% zurückgegangen.

### »Chancengleichheit«?

An Chancengleichheit Interessierte beschäftigen sich mit dieser Statistik und suchen Wege, Frauen zu ihrem »gerechten Anteil« zu verhelfen. In dieser Absicht hat z.B. die Equal Opportunities Commission (EOC; die britische Gleichberechtigungsstelle) mehrere Projekte finanziert, die die Benachteiligung von Frauen im technischen Bereich untersuchen und versuchen, Frauen für die Technik zu gewinnen. Sie fördert mehrere Berufsinformationskurse für junge Frauen und finanziert ein Projekt, in dem Frauen mit Lehrer/inne/n und Schülerinnen in den Schulen zusammenarbeiten, um die Mädchen für technische Fächer zu interessieren.

Das EITB sieht die Sache von einem anderen Standpunkt aus: Frauen sind ein ungenutztes nationales Potential. In einer Situation, da es bei weitem nicht genug qualifizierte Ingenieurinnen und Ingenieure für die Wiederbelebung der britischen Industrie gibt, sind sie der Ansicht, daß keine Quelle ungenutzt bleiben darf. Aus diesem Grund unterstützen sie verschiedene Frauenprojekte.

Die meisten bisherigen Initiativen gehen davon aus, daß Frauen »selbstsicherer werden müssen«. Es wird behauptet, daß wir es immer noch nicht schaffen, in Berufe einzudringen, die als anspruchsvoll und gewinnbringend angesehen werden. Aber sind Frauen wirklich solche Nieten? Ich denke, wir Frauen wissen sehr gut, wo wir nicht willkommen sind und was wir ablehnen. Wir versagen nicht, wir verweigern uns.

### Technik: weder Neutrum noch neutral

Die herrschende Meinung über die Technik hält sie für neutral, für ein menschliches Erbe, das für uns alle gleichermaßen zugänglich und wichtig ist. Frauen müßten nur zugreifen. »Menschlich« bedeutet — wie fast immer — ei-

gentlich »männlich«. Technik ist alles andere als neutral. Dies sollte für Marxist/inn/en leicht nachvollziehbar sein, die unsere Technik als eine kapitalistische verstehen, die den Stempel der sie besitzenden Klasse trägt und ihren Interessen dient. Es bedarf nur eines kleinen weiteren Denkschrittes, um einzusehen, daß die Industrietechnologie dadurch geprägt und beschränkt ist, daß sie zugleich gesellschaftliches Eigentum von Männern und ein von ihnen geschaffener Prozeß ist. Die Technik in Industrie, Handel und Militär ist männlich in einem sehr konkret historischen und materiellen Sinn. Sie läßt sich nicht weiblich, noch nicht mal geschlechterneutral anwenden. Wir Frauen sind nicht einfach unfähig, uns die Technik anzueignen; einerseits werden wir abgewiesen und andererseits weigern wir uns.

Häufig wird die größere Durchschnittskörpergröße und -stärke von Männern als ein Grund für ihr Überwiegen in Berufen im Maschinenbau angegeben. Aber viele Maschinen, vom kleinsten Hebel bis hin zur größten technischen Anlage, sind doch gerade deswegen entwickelt worden, menschliche Körperkraft zu *ersetzen*. Die Männlichkeit der Technik und das Dominanzverhalten der Männer in bezug auf Maschinen müssen als Resultat der gesellschaftlichen und nicht der biologischen Geschichte betrachtet werden.

Für die Frage »Ist die Technik männlich?« müssen wir die Aneignung der Grundkategorie »Arbeit« durch Männer berücksichtigen. Die typische Arbeitskraft, von der Arbeitgeber und Gewerkschaft ausgehen, ist nach männlicher Definition ein Mann. In diesem Kontext wird die weibliche Physiologie als unzulänglich angesehen. Männer machen sich z.B. darüber lustig, daß manche Frauen eine Arbeit brauchen, die ihrem monatlichen Zyklus oder einer Schwangerschaft angepaßt werden kann. Frauen bekommen Schuldgefühle, wenn sie sich diesbezüglich eine »Schwäche« anmerken lassen. Es hätte aber doch zum Vorteil der gesamten Arbeiterklasse genutzt werden können, wie auch zum Vorteil der Frauen, hätten wir unsere kollektiven Forderungen an die Arbeitgeber auf Basis des schwächsten gemeinsamen Nenners gestellt. Daraus, daß dies nie der Fall gewesen ist, können wir nur eines schließen: Arbeit — unabhängig davon, welche Bedeutung sie für den Kapitalisten hat — ist auch für Männer ein wichtiger Bereich, in dem sie Macht über Frauen erlangen und bewahren.

### *Alles männliche Tugenden*

Wenn die Norm für die in der Industrie Arbeitenden im allgemeinen das Männliche ist, so gilt dies umso mehr für den qualifizierten Maschinenbauer und den technischen Facharbeiter. Der technische Bereich repräsentiert alles, was als männlich definiert ist: die Fähigkeit, die Natur zu beherrschen und zu beeinflussen; die Verherrlichung des Spiels von Muskel und Maschine gegenüber dem Rohstoff; das Ertragen von Schmutz, ja sogar das Vergnügen daran, nämlich an Schmiere zum Beispiel und Metallspänen. (Wir dürfen allerdings nicht vergessen, daß es andere Sorten Dreck gibt. Männer haben angeblich eine natürliche Abneigung gegenüber dieser anderen Art von Schmutz, gegenüber menschlichen Fäkalien, Blut, Erbrochenem, während Frauen angeblich eher geeignet sind, damit fertigzuwerden.) Ein technischer Beruf erfordert das

Akzeptieren von körperlichen Risiken — man ist der Gefahr von Unfällen, Schnittwunden und Quetschungen ausgesetzt. Er erfordert Bewegungsfreiheit rund um den Arbeitsgegenstand, dies ganz im Gegensatz zur körperlichen Einschränkung vieler Tätigkeiten, die Frauen verrichten. Technische Berufe implizieren Kontrolle — Lösungen für physikalische Probleme entwerfen, die Naturkraft für sich arbeiten lassen. Die ausschließlich männliche Fabrikhalle fördert und entwickelt männliche Beziehungsmuster, sie ist die Stätte der Kameradschaft, die auf dem Austausch von frauenfeindlichen Anekdoten und üblem Klatsch über Frauen beruht.

Zusätzlich ist die Maschinenbauindustrie, wie wir sie kennen, fest in der kapitalistischen Geschäftswelt und im Staat verwurzelt. Es herrscht eine Atmosphäre der Konkurrenz, es geht um Leistung: die Maschine Deiner Firma gegen die der anderen, die Waffen Deines Landes gegen diejenigen des Gegners. Kapitalistische Industrie und moderne Technik sind Ausdruck und Verkörperung von Werten, die einerseits aus dem Patriarchat heraus entstanden, die sich andererseits entwickelten, indem sie das Patriarchat zu dem machten, was es heute ist. Die technologischen Verhältnisse erneuern und erweitern ständig die männliche Hegemonie über uns. Die Entwicklung der industriellen Technologie muß als integraler Bestandteil der historischen Entwicklung des Geschlechterverhältnisses gesehen werden. Sie war konstitutiv für die Herausbildung der Klassenverhältnisse, aber ebenso war sie Bestandteil der Prozesse, die aus männlichen Menschen »Männer« und aus weiblichen »Mädchen« machen.

### *Weibliche Werte*

Wenn Maschinenbauberufe sich als Zentrum der männlichen Hegemonie herausgebildet haben, dann verwundert es in keiner Weise, daß Frauen nie ohne Mühe in diesen Bereich eindringen können. Frauen und Frauenarbeit bedeuten etwas völlig anderes. Wir akzeptieren körperliche und gesellschaftliche Einschränkungen, anstatt sie zu bekämpfen. »Männerarbeit« bedeutet, zielstrebig alle Kräfte aufzubieten, sei es in der Armee, im Bergwerk oder auf See. »Frauenarbeit« dagegen heißt, andere Menschen miteinzubeziehen. Männerarbeit setzt voraus, daß sich jemand um sie kümmert. Wir kümmern uns um uns selbst. Frauenarbeit bedeutet, notfalls zuhause zu bleiben, um kranke Kinder zu pflegen. Sie bedeutet, die Fürsorge für andere zum Beruf zu machen: Krankenpflege, Unterricht und Erziehung, Sozialarbeit. Anscheinend ist der soziale Sinn der Arbeit für Frauen wichtiger als für Männer.

Diesen *Unterschied* betonen heißt nicht, daß Frauen und Männer so geboren sind, unveränderbar. Wir müssen anerkennen, daß der Geschlechterunterschied und die Geschlechterkomplementarität über Jahrhunderte, wahrscheinlich Jahrtausende hinweg, gesellschaftlich konstruiert wurde und noch wird, innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt. Und viele Aspekte des Weiblichen sind gutzuheißen. Frauen (und auch viele Männer) schätzen sie mehr als Männlichkeit. Wir wollen unser Interesse an Gefühlen, an Menschen und an sozialem Sinn nicht aufgeben müssen, um es mit der Technik aufzunehmen. Wir wollen die Frauenwelt nicht gegen die Männerwelt eintauschen, um zu ihrem ungeschlechtlichen Satelliten zu werden.

Selbstverständlich schätzen die Männer ihren einzigartigen Besitz an Technik über alles. Viele Facharbeitergewerkschaften halten Frauen absichtlich aus traditionell männlichen Berufen heraus. Männer wehren sich individuell dagegen, daß Frauen auf Arbeitsplätze kommen, die mit ihren eigenen vergleichbar sind. Auch die Manager stellen Personal nach dem bestehenden Muster der Geschlechtertrennung ein, es sei denn, sie halten eine andere Politik gerade für nützlich. Viele von ihnen entmutigen Frauen von vornherein, sich um Technikerinnenstellen zu bewerben, andere diskriminieren sie ganz offen.

Andererseits wird von verschiedenen Maschinenbauunternehmen (in denen ich Interviews durchführte) behauptet, sie suchten qualifizierte Techniker/innen und würden selbstverständlich Frauen einstellen. Bei uns gibt es keine »Diskriminierung«, sagen sie. Ich bin auch davon überzeugt, daß sie die Wahrheit sagen. Die Frauen aber, sagen sie, bemühten sich nicht. Hin und wieder würde einer Frau eine Stelle angeboten, die sie dann nicht annimmt. Tatsache ist, daß es zwar eine Handvoll Frauen gibt, die entschlossen genug sind, sich nicht unterkriegen zu lassen, daß die übergroße Mehrheit jedoch jede Möglichkeit, die sich anbietet, ablehnt: Metallarbeitsunterricht im Schulunterricht, »O-level« Physik, Jugendbildungsmaßnahmen, Universitätsabschlüsse in technischen Fächern.

### *Unsere Wahl*

Vielleicht müssen wir die Vorstellung in Frage stellen, Chancenungleichheit und Diskriminierung könnten das »Versagen« der Frauen angemessen erklären. Wir sollten uns statt dessen die Lebensbedingungen der Frauen ansehen und untersuchen, wie sie möglicherweise aktiv entscheiden, sich fernzuhalten.

Zuerst sollten wir zwischen zwei Gruppen von Frauen unterscheiden: die einen versuchen, im technischen Bereich zu arbeiten, die anderen tun es nicht. Die große Mehrheit der Frauen setzt sich gar nicht erst ein solches Ziel. Sie müßten mobilisiert werden, wollten die Frauen wirklich »ihre Hälfte« der qualifizierten technischen Arbeitsplätze einnehmen. Gäbe es ein Wunder und alle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung würde über Nacht verschwinden, dann hätten wir morgen allein in der Maschinenbauindustrie weitere 33.000 Wissenschaftlerinnen/Konstrukteurinnen, 106.000 Technikerinnen und eine Viertelmillion Facharbeiterinnen. Diese Frauen, die *nicht* massenhaft in die Technik drängen, sollten trotzdem *nicht* für ungeeignet gehalten werden, einen solchen Beruf zu ergreifen. Viele von ihnen mögen eine Neigung zur Technik verspüren, trotz Behinderung und Entmutigung in Schule und zuhause. Viele Frauen, die in der Industrie als sogenannte unqualifizierte Arbeiterin arbeiten, bemühen sich, mehr von »ihrer« Maschine zu verstehen, haben aber keine Chance, ernsthaft als Technikerinnen in Betracht zu kommen, und hätten sie eine, müßten sie Opfer bringen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen können Frauen diese Seite ihrer Natur einfach nicht verwirklichen.

### *Die persönlichen Opfer unseres Einstiegs in die Technik*

Die andere Gruppe sind die wenigen Pionierinnen, die einen Schritt nach vorne machen und es versuchen. Mit ihren isolierten Anstrengungen haben sie in den

letzten zehn Jahren die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung um einen Bruchteil eines Prozents zugunsten der Frauen verschoben. Was unterscheidet nun die Pionierin von den anderen? Vielleicht entdecken wir in ihren Erfahrungen, wovor die Mehrheit zurückschreckt.

Vor kurzem wurde eine Untersuchung über die jungen Frauen durchgeführt, die am EITB-»Insight«-Lehrgang 1981 (EOC, 1982) teilnahmen. Es erwies sich, daß diese jungen Frauen, potentielle Diplomingenieurinnen, eine ganz besondere Gruppe von Frauen waren — nicht die durchschnittlichen Abiturientinnen. Mehr als die Hälfte von ihnen hatten einen Ingenieur, Naturwissenschaftler oder Pädagogen als Vater; 87,5% kamen aus der Mittelschicht. Sie waren überdurchschnittlich qualifiziert, hatten signifikant häufiger ihre »O-level«-Prüfung mit Auszeichnung bestanden als diejenigen, die andere Fächer studieren wollten. Eine Chemieingenieurin, mit der ich sprach, verdeutlichte beispielhaft die Probleme dieser Frauen: Sie liebt ihre Arbeit und will schließlich auch in den weniger einladenden Bereich der Fertigungstechnik einsteigen, ist aber gezwungen, sich in ihrem Verhalten dem kämpferischen männlichen Stil anzupassen, wenn sie sich in der Gewerkschaft oder am Arbeitsplatz durchsetzen will. Sie fühlt sich verletzt, weil die anderen Frauen im Betrieb sie ausstoßen, Sekretärinnen, die ihr übelnehmen, daß sie direkte Beziehungen zu den Ingenieuren hat. Wenn sie heiraten wolle, sagte sie niedergeschlagen, müsse sie einen Leonardo da Vinci finden; weniger intelligente Männer fürchten sich vor einer Verbindung mit einer einigermaßen kompetenten Ingenieurin.

Es gibt eine weitere Studie, und zwar über ein EITB-Stipendienprogramm für Frauen, das 1976 begann (EOC, 1982). Die Untersuchung zeigte die Technikerinnen als ungewöhnlich entschlossene junge Frauen. Auf die Frage nach den Eigenschaften, die Voraussetzung für Erfolg seien, antworteten sie, besonders wichtig seien Selbstvertrauen, Unabhängigkeit und »kompromißlose Hingabe« im Beruf. Sie mußten entmutigende Bemerkungen und negative Kommentare ertragen — besonders von Freundinnen und Freunden ihres Alters und speziell von befreundeten Männern. Sie mußten damit rechnen, daß andere Frauen sie mieden. Das galt bei der Arbeit, wo sie eine kleine Minderheit in ihrer Berufsgruppe waren, aber auch zu Hause. Die Technikerinnen stellten fest, daß ihnen Freundinnen oft übelnahmen, daß sie mit männlichen Bekannten so viel gemeinsam hatten und sich mühelos kompetent mit ihnen unterhalten konnten. Viele Technikerinnen berichteten, sie hätten »den Kontakt mit ihren ehemaligen Schulfreundinnen verloren«, ihre engsten Freundinnen seien nun die wenigen Frauen, die ähnliche Positionen wie sie selbst haben.

Vielleicht sind unter den gegenwärtigen Umständen die Opfer für die meisten Frauen einfach zu hoch. Vielleicht müssen wir etwas aufgeben, das wir schätzen. Solange sich herrschende Technikkultur und die Anwendung der Technik nicht ändern, würden wir uns von uns selbst verlangen, wichtige Wertvorstellungen zu verraten, wenn wir andere Frauen auffordern, in der Technik »Erfolg zu haben«.

### *Perspektiven*

Frauen befinden sich in einem Widerspruch, was die industrielle Technologie, ja, was die gesamte Technik angeht. Ich habe Frauen überlegen hören: sollen wir uns die Finger nicht schmutzig machen, uns in sicherer Entfernung von der Männertechnik halten und damit Gefahr laufen, das stereotype Vorurteil zu zementieren, wir seien schrullige Erdmütter? Oder brauchen wir Feuer, um Feuer zu bekämpfen, auf die Gefahr hin, uns die Finger zu verbrennen? Wir können uns nicht ohne große individuelle Opfer in der Männerdomäne der Industrie bewegen. Auch die Frauenbewegung würde es Opfer kosten: ständig würde sie starke und kompetente Frauen verlieren, die sich in die bloße Konkurrenz mit Männern und in die Kollaboration mit dem Kapital stürzen.

Demnach dürfen wir die Dinge nicht so lassen, wie sie sind. Warum nicht? Ob wir wollen oder nicht, wir leben in einer Welt, in der die Macht einerseits vom ökonomischen Eigentum an diesen technischen Produktivkräften abhängt (auch vom Eigentum an der Technologie der Zirkulation, der Reproduktion und des Krieges) und andererseits auf der politischen Herrschaft über diese Technik beruht. Wir können weder passive Opfer irgendeiner Technik bleiben wollen (z.B. als Konsumentinnen medizinischer oder militärischer Technologien, die wir statt dessen in Zweifel ziehen oder bekämpfen sollten) noch manipulierbare und ausgebeutete Bedienerinnen technischer Gegenstände (wie Schreibmaschinen und Waschmaschinen). Wir müssen uns technische Fähigkeiten und Fertigkeiten aneignen, und um sie zu lernen, müssen wir uns in das Feld hineinbegeben. Von außen, aus sicherer Entfernung, ist es nicht zu schaffen.

Außerdem steht die kulturelle Barriere zwischen Frauen und Technik in engem Zusammenhang mit anderen körperlichen Tabus, die uns einschränken und beschneiden. Wenn wir sehen, wie eine Frau mit einem Satz Schraubenschlüssel an ein Auto geht, werden wir uns plötzlich der vielfältigen informellen Zwänge gegen Frauen bewußt, die sie daran hindern, ihren Körper in der Öffentlichkeit zu benutzen, wie Männer es tun: Sie dürfen sich nicht dreckig machen, nicht schwitzen, auf nichts klettern, nicht auf der Erde liegen oder ihre Beine spreizen, ihre Muskelkraft nicht gebrauchen. Wollen wir endlich aufhören, die universellen Opfer zu sein, dürfen wir nicht darauf verzichten, metall- und holzbearbeitende Werkzeuge zu kennen, müssen wir lernen, Geometrie in Bewegung und Energie in Arbeit zu übersetzen. Wir müssen unseren Körper aus seinem Kokon befreien, und das schließt ein, physische Feigheit und Zurückhaltung, die negative Seite unserer Weiblichkeit, zu überwinden.

### *Zu unseren eigenen Bedingungen*

Gibt es eine feministische und sozialistische Strategie, um in die Welt der Technik einzusteigen, ohne uns und andere zu verletzen? Ich bin der Überzeugung, daß wir zuallererst den festen Zugriff einer Theorie brauchen, die die *Systematik* der Männerherrschaft erklärt und den Anteil der Technik darin. Nur auf der Basis können wir sachgerechte Entscheidungen treffen. Aber was soll geschehen, wenn es dann zu Entscheidungen auf praktischer Ebene kommt?

Das erste ist natürlich, daß wir unsere Bewertung des Sozialen nicht über

Bord werfen. Wir sollten uns die Technik auf eine Weise aneignen, die für uns einen Sinn ergibt. Wollten wir uns in die Luft- und Raumfahrt oder die Ballistik einschalten, würden wir höchstwahrscheinlich uns selbst und andere verletzen, also überlassen wir diese Marotten lieber den Knaben. Statt dessen entscheiden wir uns lieber bewußt für solche Industriesektoren, die für menschliche Bedürfnisse nützlich sind: Bauingenieurwesen, Funk- und Fernsichttechnik oder vielleicht Haushaltsgerätetechnik. Frauen scheinen solche Wege spontan einzuschlagen. Zum Beispiel ist die Anzahl der Physikerinnen, die im medizinischen Bereich arbeiten, überdurchschnittlich hoch, Medienexperten im Erziehungswesen, die für Video und Druck zuständig sind, sind häufig Frauen.

Andere gründen selbstverwaltete Kollektive, weil sie erkannt haben, daß die Arbeit in den kommerziellen Betrieben entfremdet ist. Es gibt bereits zahlreiche kleine Kooperativen, gemischte und reine Frauenprojekte, z.B. im Druck- und im Baugewerbe. Sie bieten einen Weg, die an sich schon schwierigen technischen Verhältnisse von denen kapitalistischer Lohnarbeit zu trennen.

### *Die Unabhängigkeit organisieren*

Meiner Ansicht nach ist das wirksamste Prinzip, das wir bis jetzt entwickelt haben, die reine Frauenorganisation. Nur sie ermöglicht es uns, zu lernen, ohne daß wir unterdrückt werden. Bietet den Mädchen in der Schule eigene Möglichkeiten, und die Jungen werden keine Chance haben, den Computer an sich zu reißen und die Mädchen vom Terminal zu verscheuchen. Bietet den jungen Frauen reine Frauenlehrgänge, damit sie in der Lage sind, sachkundig eine technische Laufbahn zu wählen. Die Organisation »Women in Manual Trades« ist eine autonome Initiative der Frauenbewegung, die auf diesem Grundsatz basiert. Einige progressive lokale Behörden fördern Frauenwerkstätten und Frauenlehrgänge. Ein Beispiel ist der Sheffielder »Tran-sister Workshop« (Wortspiel: »Transistor« = Transistor; »Sister« = Schwester — Anm. d. Übers.) mit Ausbilderinnen. Wir müssen eine massive Erhöhung der Mittel für selbstverwaltete reine Frauenprojekte vom Staat, von der Industrie und von den Industrieausbildungskammern fordern. Wo immer wir sie ausprobiert haben — sei es in Frauenversammlungen oder in Greenham Common —, die Autonomie wirkt Wunder für unsere Gefühle und unsere Stärke. Wir brauchen vor allem eine Erweiterung des autonomen Frauenbereichs in der Technik.

Obwohl die Autonomie notwendig ist, bleibt sie nicht die einzige Antwort, das haben wir inzwischen gelernt. Sie funktioniert nur in bestimmten Situationen und bringt uns daher nur bis zu einem bestimmten Punkt. Was im technischen Bereich passiert, ähnelt dem, was Frauen erlebt haben, die versuchten, sich in den männlich dominierten Gewerkschaften zu behaupten. Italienische Feministinnen haben das den Widerspruch zwischen »Verstümmelung und Marginalisierung« genannt. Es ist vielleicht der wesentlichste Widerspruch für Feministinnen. Zunächst stehen wir am Rand des Geschehens, wir sind marginal. Dann streben wir die Gleichberechtigung an und wählen, ob wir versagen oder zum Pseudomann werden: Verstümmelung. Dann werden wir uns unserer Unterschiede bewußt und organisieren autonome Frauengruppen, Kom-

tees und Demonstrationen. Das gibt uns ein großartiges Gefühl. Aber allmählich wird deutlich, daß die männliche Maschinerie der Gewerkschaften, der linken Politik, der Fabriken und Werkstätten, kurz, die ganze Welt sich unbeeindruckt weiter dreht. Wir stehen nach wie vor am Rand.

Was wir in Frauenprojekten verdienen und welche Technologien wir handhaben können, ist begrenzt. Auch unser Einfluß und unsere Lernmöglichkeiten sind beschränkt. Außerdem steht die Wahl Mittelschichtsfrauen eher offen als Frauen aus der Arbeiterklasse. Deshalb brauchen wir auch Strategien, um uns in die männliche und kapitalistische Arbeitswelt einzuschalten. Wir sollten Mechanismen entwickeln, die uns helfen, unsere Isolation dort zu verhindern. Progressive Lehrer/innen und Arbeitgeber/innen müssen dazu gebracht werden, nicht nur der Vorzeigefrau Platz einzuräumen, sondern jeweils einer ganzen Gruppe von Frauen. Dies gilt auch für Vorarbeiterinnen und Managerinnen. Wir selbst können in der Arbeit oder im Studium Frauengruppen gründen, um uns über unsere Minderheitssituation auszutauschen und besser mit ihr fertigzuwerden. Das YWCA (Young Women's Christian Association; Christlicher Verein Junger Mädchen) in London hat ein interessantes Programm, um isolierten jungen Technikerinnen zu helfen, die häufig erst sechzehn oder siebzehn Jahre alt sind. Hier können sie sich eine Woche lang treffen und einfach ihre Erfahrungen austauschen, über ihre Isolation sprechen und sich gegenseitig unterstützen.

#### *Unter der Leitung von Frauen — kann das funktionieren?*

Es gibt einen weiteren Schritt. Was verstehen wir unter gleicher Vertretung von Frauen und Männern in einem Beruf? Nie werden es genau 50% von beiden Geschlechtern sein. Heute überwiegen die Männer, und es gibt nur eine Handvoll Frauen. Wir sollten beginnen, uns einmal Situationen vorzustellen, in denen Frauen die Leitung haben. Wie unmöglich erscheint doch die Vorstellung, es gäbe einen Techniker/innenlehrgang, eine Fabrikhalle, einen Maschinenbaubetrieb, wo Frauen in der Mehrheit sind, wo sie Positionen haben, von denen aus sie die Arbeitsverhältnisse und die Formen der Kontrolle bestimmen! Wo haben wir denn schon mal Männer unter der Anleitung von Frauen gesehen? Männliche Jugendliche, die von Frauen lernen; Männer, die nach Frauensart arbeiten müssen? Das wäre revolutionärer als die Autonomie selbst.

Das als Ziel hätte interessante Konsequenzen. Der Geschlechterkampf am Arbeitsplatz würde sich verändern, das Gleichgewicht ein wenig zugunsten der Frauen verschieben. Die Weigerung der Männer, unter solchen Bedingungen zu arbeiten, würde schonungslos offengelegt. Wir würden sie als das erkennen, was sie sind: die eigentlichen Spalter.

Selbstverständlich gibt es da zahlreiche Probleme. Bevor nicht genug Frauen da sind, qualifiziert und erfahren, bereit und willens, sich in solche Situationen zu stürzen, ist eine solche Strategie unmöglich. Darüber hinaus beruht die Männerherrschaft nicht nur auf ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit. Sie hat Systemcharakter. Jeder Mann hat eine Männerorganisation, den Reichtum und die Ideologie der ganzen Gesellschaft hinter sich. Wie Beatrix Campbell vor kurzem kritisch schrieb (1983): »Noch haben wir es vor uns, in einer einzi-

gen gemischtgeschlechtlichen Organisation die Macht zu erringen, von City Limits<sup>3</sup> bis zur internationalen Finanzwelt der Londoner City.« Trotzdem kann das Zahlenspiel ein Anfang sein. Da, wo positive Diskriminierung von Frauen legal und erreichbar ist, sollten wir daran denken, daß es zwischen den Strategien der Vorzeigefrau und den reinen Frauenprojekten eine weitere Möglichkeit gibt: Drängen wir die Männer in die Minderheit und lassen wir der Kreativität von Frauen freien Raum, einen Raum, in dem Frauen lernen können und Veränderungen möglich sind.

### Anmerkungen der Übersetzerinnen

- 1 In etwa vergleichbar mit unseren Handwerkskammern.
- 2 »O-Level« (ordinary), entspricht ungefähr unserem Abschluß der Sekundarstufe I. »A-Level« (advanced) ist der Abschluß der Sekundarstufe II. Voraussetzung für das Universitätsstudium ist der Abschluß in mindestens zwei Fächern.
- 3 *City Limits* ist eine progressive illustrierte Stadtzeitung in London, vergleichbar etwa mit *Zitty* in Westberlin.

### Literaturverzeichnis

- Campbell, Beatrix, 1983: A Man's a man for all that. In: *City Limits*, 16.-22., September 1983  
Engineering Industry Training Board: Women in Engineering, RP/4/79  
dies., 1981: Updated Statistics, July  
Equal Opportunities Commission, 1982: The Report of the EOC/SSRC Conference. Women in Engineering



Michèle Barrett:  
Das unterstellte Geschlecht —  
Umriss eines materialistischen  
Feminismus

Zu den Bereichen Sexualität/  
Literatur/Schule/Familie/Staat  
240 S., frz. Br. DM 24,-/Ln DM 34,-



Frauenformen 2  
Die Sexualisierung der Körper  
Erinnerungsarbeit als Methode  
weiblicher Forschung: Wie wir uns zu  
Frauen formen.

Argument-Sonderband AS 90, 1983  
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

## Frauen — Macht — Politik\*

Aus den USA, aber auch aus Frankreich kommen entmutigende Gerüchte: Die Frauenbewegung ist, wenn nicht gar tot, so doch wenigstens in der Krise. Konkret: Der Rückzug der Linken, etwa ablesbar an dem vielfachen Bankrott linker Verlage, dem Einstellen vieler Zeitschriften, ist auch an der Frauenbewegung nicht spurlos vorübergegangen. Der Markt ist übersatt mit Frauenliteratur, Theorie wird schon gar nicht nachgefragt, die nachrückende Generation wächst in die von der Bewegung erstrittenen Freiräume hinein, ohne sich für Frauenfragen zu interessieren.

»Nach meiner Ansicht liegt der Hauptbeitrag der weiblichen Kritik darin, die historischen Möglichkeiten einer Praxis der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Kulturen, Geschichtsformen und Biografien sichtbar zu machen, die nicht Vermittlung/Vernichtung der wechselseitigen Unterschiede ist, sondern Suche nach verschiedenen möglichen Interessensüberschneidungen« (Bonacchi 1982, 155).

Die Frauen, überwiegend im Privatbereich, stellten die alten politischen Sphären in Frage: »Über das Private bildet sich die politische Subjektivität der Frau und mit ihr die Kritik der Politik als abgetrennter Machtsphäre« (Pasquinelli 1982, 162). Der bewegende Slogan hieß »das Persönliche ist politisch«. Er war das Einigende und Einheitsstiftende, nahm dem »Persönlichen« seine »private« Begrenzung, indem er ins Allgemeine behauptete, was in das individuelle Belieben der einzelnen gestellt war, wie z.B. die Regelung der Geschlechterverhältnisse in der Familie oder Ehe. Als das »Persönliche« Maßstab wurde, war dies in bestimmter Weise auch eine Negation traditioneller marxistischer Analysen. Solange die gesellschaftlichen Verhältnisse ausschließlich als solche zwischen Lohnarbeit und Kapital gedacht und aus ihnen Unterdrückungsformen abgeleitet wurden, wurde die Geschlechterfrage praktisch entnannt.

Das Persönliche war zunächst die Auseinandersetzung zwischen dem Menschen Mann und dem Menschen Frau (vgl. Ehrenreich 1977) — in diesem Verhältnis liegt Herrschaft, auf der auch andere Herrschaftsformen aufbauen können. Mit den zum Teil marxistischen »Organisationsfrauen« stritten die »Bewegungsfrauen« — nicht immer explizit — den Streit um das Verhältnis Individuum-Gesellschaft (vgl. z.B. die Opfer-Täter-Debatte im Argument-Studienheft 56).

Die Frauenbewegung — Ende der 60er / Anfang der 70er Jahre — stand vor der Tatsache, daß sie neue Formen und Austragungsorte für die Geschlechterkämpfe schaffen mußte. Klassen- und Rassenkämpfe waren organisiert, die Subjekte hatten Verbände, Lobbies geschaffen, gekämpft wurde in den Fabriken, auf den Straßen.

\* Der Aufsatz ist eine stark gekürzte und im aktuell-politischen Teil überarbeitete und erweiterte Fassung eines Textes, den ich zusammen mit Frigga Haug verfaßte: »Geschlechterverhältnisse — Zur internationalen Diskussion um Marxismus und Feminismus (in: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik, Argument-Sonderband 110, Berlin/West 1984)

Die Frauen hingegen, häufig aus den Mittelschichten kommend, mußten ihr Problem, ihren Interessengegensatz erst noch ermitteln, mußten »Betroffenheit« herstellen. Sexismus z.B. ist so selbstverständlich wie die gottgewollte Ehe und als Lust, Freude fest verknüpft in kulturellen Praxen. Daß die Frauen »zu Hause« bei den Kindern bleiben, bildete sich für die (Ehe-)Männer als Er rungenschaft ab; es ist Teil ihres Status. Sex, eingebunden in Warenwerbung, bringt Profit.

Heute — nach 15 Jahren — gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen Frauengruppen und -projekte, organisierte Selbsthilfe. Die Vorannahmen über das, was »Frauenunterdrückung« ist, sind dabei ganz unterschiedlich: während die einen gegen jegliche Normalisierungsdiskurse (Schlank-Schön-Verfügbar sein) streiten, halten die anderen die Lohndiskriminierung und/oder die Hausarbeit für das Entscheidende. Bis vor etwa zwei Jahren wurden diese Kämpfe unabhängig und voneinander abgeschottet gefochten: die einen kämpften autonom, die anderen in Gewerkschaften und Parteien. Es gab so viel zu entdecken und zu tun, daß eine gemeinsam geführte Auseinandersetzung um beste Wege für Veränderungen nicht notwendig schien, vielleicht sogar gestört hätte. Die politische Situation, daß bereits Erreichtes wieder verlorengelangen kann (z.B. die Kompromisse um den § 218) und daß es dem neu gesammelten Wissen an politischer Übersetzung und so auch an unmittelbar politischer Macht fehlt, wird von allen Fraktionen der Frauenbewegung aufgegriffen als dringliche Diskussion um politische Formen, die Einheit der Frauenbewegung und konkrete nächste Schritte. (Negativ formuliert es Alice Schwarzer auf jedem Kongreß: »Frausein ist noch kein Programm.«)

Im ersten Schritt ließe sich die »Krise der Frauenbewegung« als eine Suche nach neuer Formierung begreifen. In der Situation vielfältiger Resignation verdoppeln die sozialistischen und marxistischen Feministinnen ihre Bemühungen, eine Form zu finden, die die bloße Punktualität der Aktivitäten, das Im-Sande-Verlaufen verhindert und die Stärke der Bewegung als Macht konstituiert. Waren/sind sie organisiert, so hatten sie nach einer kurzen »feministischen Phase« in den (gemischtgeschlechtlichen) Organisationen die Erfahrung machen müssen, daß »Frauenprobleme« in ökonomischen Krisen und drohender Kriegsgefahr wieder an das Ende von Tagesordnungen und politischen Forderungslisten rückten.

International gibt es den Versuch der Formierung von Interessen im parlamentarischen Raum. Kanada, Belgien, Israel, Spanien, Island, Frankreich haben »frauenspezifische Einheiten«, zumeist Parteien, die zum Teil mit erheblichem Erfolg in diese Politiksphären eingreifen. Der Stand der Diskussion (vgl. Sargent, Lydia [ed.] 1981, *Marxisme/Feminisme* [ed.] 1981) macht auf jeden Fall eines deutlich: Die Frage einer gemeinsamen Politik hängt entscheidend ab von einem gemeinsamen Verständnis dessen, was eigentlich die Frauenfrage ist, oder anders: Was ist allen Frauen gemein, daß es Ausgangspunkt für eine gemeinsame Befreiungsstrategie sein kann?

*Frauen und parlamentarische Politik*

Wir finden an allen gesellschaftlichen Orten Frauenunterdrückung — das macht eine zusammenfassende und vereinheitlichte Erklärung dieses Phänomens so schwierig. Bisherige Versuche, die Familie (z.B. Barrett 1982), die Hausarbeit (von Werlhof 1978), den Ehevertrag (Delphy 1982), die Mutterschaft zum Fundament der Frauenunterdrückung erklären, beziehen sich implizit auf eine der großen Trennungen in unserer Gesellschaft: auf die von öffentlich und privat. Im öffentlichen Raum werden die Bedingungen für den privaten Raum (staatlich) geschaffen in der Form kontrollierender Einmischung, die die Grenzen befestigt. Die Opposition privat-öffentlich gibt faktische Trennungen an: die Abschottung der Privatsphäre vor der Öffentlichkeit ebenso wie die »Entprivatisierung« des Öffentlichen. Wir haben Männer und Kapital als Nutznießer von Frauenunterdrückung und als deren Vollstrecker; wir haben die Familienform, in der sich die Trennung von öffentlich und privat manifestiert und verewigt; den Staat, der die Grenzen besetzt hält und die Familie ideologisch reproduziert, ebenso die Kirche. Wir haben alle Mächte der Gesellschaft bei der Unterdrückung der Frauen versammelt, sehen den jeweiligen materiellen Nutzen und stehen dennoch vor dem Problem, irgendwie eine Verschwörung der Kapitalisten, Machthunger und Schlechtigkeit der Männer unterstellen zu müssen, wenn wir eine tragfähige Erklärung für die Dauerhaftigkeit der Frauenunterdrückung im Kapitalismus und über ihn hinaus geben wollen. Eine mögliche Antwort ist wohl, daß z.B. die Familie selbst, wie andere Formen, in denen Frauenunterdrückung reproduziert wird (etwa Berufssysteme), weit entfernt davon ist, einfacher Unterdrückungszusammenhang in der Hand von Unternehmern und Staat zu sein, vielmehr in ihrer heutigen Form selber ein Produkt von Klassenkämpfen zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, und zwar eines, das zu den Siegen der Arbeiterbewegung gehört. Die Befestigung der Familie und der staatliche Schutz im weitgehenden Einverständnis mit den Frauen ist dann Produkt eines Herrschaftsverhältnisses, in dem die Siege sehr stark die Male der Herrschaft tragen, unter der sie erstritten werden. Unter solchen Bedingungen leuchtet ein, daß die Arbeiterbewegung eine kulturell-männliche Bewegung ist. Zugleich finden wir einen Zusammenhang von Kapitalherrschaft und Frauenunterdrückung. Es ist ein Trennungszusammenhang, der folgeschwer für eine wirksame Frauenpolitik sein wird. Wenn im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital die den Unternehmern und dem Staat abgerungenen Vorteile für die Arbeiterklasse nicht etwa nur die Frauenfrage nicht berücksichtigen oder dies zuwenig tun, sondern die Siege sogar eingespannt sind in Formen, die Frauenunterdrückung festigen und ausbauen, so folgt daraus, daß die Kämpfe von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung in einigen Punkten sich antagonistisch zueinander verhalten müssen. Der Schutz der privaten Familie und ihre Entprivatisierung sind gegensätzliche Strebungen. Frauenpolitik verlangt nach dieser Seite den getrennten autonomen Frauenkampf. Wir denken, daß die Aktivitäten der Frauenbewegung auch die praktische Lehre brachten, daß Veränderungen in der *società civile* im Alltag in ihrer Verallgemeinerung dort an Grenzen stoßen, wo sie unmittelbar

Machtsphären berühren. Die Darstellung von Geschlechterverhältnissen in Schulbüchern, die Familiarisierung gesellschaftlicher Aufgaben und anderes mehr bedürfen machtvoller Kräfte, um verändert zu werden. Die Frauen müssen auch in den (ideologischen) Staatsapparaten und in »Entscheidungsgremien« wie dem Parlament vertreten sein, um in diese Kämpfe eingreifen zu können. Wir haben es mit unterschiedlichen — nicht einheitlichen — Mächten und Machtstrategien zu tun, die jede für sich eigene Gegenstrategien brauchen.

### *Zur politischen Situation*

Gegenwärtig ist es die anhaltende ökonomische Krise, deren »Bewältigung« von bürgerlich-konservativer Seite zu Lasten der Bevölkerung geht, die sich nicht nur in der ökonomischen Sphäre als verschärfter Klassenkampf, sondern ebenso in den Staatsapparaten austrägt.

»Wenn 'große Krise' bedeutet, daß die traditionellen Kompromißstrukturen nicht mehr tragfähig sind (Strukturbruch), dann erfordert die in jeder Krise implizierte Lösung der Widersprüche auch immer eine Restrukturierung des Konsenses und der Kompromißstrukturen, eine Formveränderung der gesellschaftlichen (einschließlich der ökonomischen und politischen) Produktion.« (Altwater 1982, 136; zur Sozialstaatsproblematik vgl. auch Hoffmann 1982, Westphal-Georgi 1982, Beer 1984)

Der Abbau des Sozialstaates bei gleichzeitiger Re-Privatisierung seiner Aufgaben ist zuallererst eine große Gefahr. Zugleich stellt er sich als Zwang, über Alternativen nachzudenken. Es wird darauf ankommen, nicht einfach die verhärteten (Staats-)Strukturen zu bedienen, die einen sozialen Sieg bei den gegebenen Machtverhältnissen verunmöglichen. Links- und rechtskeynesianische Modelle sind an Grenzen gestoßen; Umbrüche, die Zerstörung alter Strukturen mit sich bringen, wirken bereits. Wir brauchen Konzepte, Entwürfe alternativer Vergesellschaftungsformen, wenn wir in der Zerstörung des Alten Möglichkeiten einer Neukonstruktion finden wollen. Die Entöffentlichung und damit Entpolitisierung von Problemen, von gesellschaftlichen Aufgaben verschärft die Lage der Frauen in besonderem Ausmaß: Sie werden ja nicht »einfach zurückgeschickt an Heim und Herd«, sondern finden Bedingungen vor, die sie in den familiären Rahmen zwingen, in dem sie notwendig die Kinderaufzucht und -versorgung selbst übernehmen müssen. Die politische Handlungsfähigkeit wird entscheidend davon abhängen, inwiefern es der Frauenbewegung gelingt, auf die Verschiebung der Trennungslinie gesellschaftlich-privat einzuwirken.

Die vielfach diskutierten neuen sozialen Bewegungen organisieren sich in der BRD in alternativen Projekten und Parteien und mischen sich in die *società civile* (hier als »Bürgerliche Gesellschaft ..., d.h. die Gesamtheit aller gemeinhin 'privat' genannten Organismen« [Gramsci 1966, zit. nach Priester 1977, 524] begriffen, in Opposition zum Staat und zu unmittelbar politische Institutionen) wie in die staatlich-politische Sphäre. Würden wir ihren Wirkungsgrad an den Warnungen, die von rechts zunehmend gegen sie gesprochen werden, bemessen, müßten wir ihn hoch veranschlagen. So sind sie »keine progressive Verheißung, sondern ein Gefahrensignal«, die Gegenkultur sei »geprägt von hoher Homogenität und Geschlossenheit«, und »Explosiv aber wird

das Problem, wenn die Subkultur ihr Nest verläßt; wenn sich ... der gegenkulturelle Anspruch aggressiv nach außen wendet und politisch wird, indem er für die eigenen Positionen und Programme generelle Gültigkeit und darüber hinaus sogar den Anspruch auf Verbindlichkeit reklamiert« (Oberreuter, zit. nach FAZ v. 5.1.1984).

Die Frauenbewegung ist in dem Begriff »Subkultur« aufgehoben; gehen wir die Bewegungen durch auf das, was sie zu Bewegungen machte: Die Friedensbewegung hat »den« Frieden zum Gegenstand, die Grünen die Umwelt und alternative ökonomisch-ökologische Modelle, und die Frauen? Sich selbst und damit die ganze Welt — aber »die Welt« ist keine besonders klare »gemeinsame dritte Sache«.

Knapp zusammengefaßt, gehen wir von zwei »großen« politisch-gesellschaftlichen Bereichen aus, dem Alltag mit seinen Sitten, Kulturen, individuellen und kollektiven Überlebensstrategien, der — obgleich sich in einer staatlichen Verfügung befindend — auch einen Machtbereich (Machtbereiche) darstellt, weil in ihm und durch ihn gesellschaftliche Strukturen wirksam werden, indem sie angeeignet und dabei produziert, aber auch verändert werden (können). Der andere Bereich betrifft die staatlich-parlamentarische Sphäre, die als Regelungsinstanzen, als ideologische Staatsapparate, als Organisatoren von Alltagsformen auftreten (daß auch die Produktion ein politischer »Raum« ist, bleibt hier außer Acht). Um in den zur Zeit vielbeschworenen »Wertewandel« von rechts wirksam eingreifen zu können, braucht es die Beteiligung in allen Einflußsphären. Daß die alternativen Bewegungen sich um genau diese Eingriffe bemühen, wird von rechts realistisch als Kampfansage gegen traditionelle Ideologien begriffen.

»Diese Gegenkultur ist Trägerin eines alternativen Werteprofiles. Es unterscheidet sich radikal von dem der übrigen Bevölkerung. Insbesondere Einkommen, Besitz, wirtschaftliche Stabilität, Tradition und Ordnung werden für ziemlich unwichtig erachtet. Dagegen dominieren ideelle Werte und Zielsetzungen wie persönliche Selbstverwirklichung, soziale Gerechtigkeit, Mitwirkung an Entscheidungsprozessen, Toleranz, Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen und selbstverständlich die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen« (Oberreuter, zit. nach FAZ v. 5.1.1984).

Nach Oberreuter kommt der »Anspruch auf Verbindlichkeit« durch die Vertretung im Parlament und im Zusammenschluß als (grüne) Partei zustande.

Eines ist mit Sicherheit für die Frauenbewegung daraus zu lernen: Um die Veränderung der Alltagsstrukturen weiter vorantreiben zu können, nicht zurückgedrängt zu werden durch z.B. fehlende Gelder, re-privatisierte gesellschaftliche Aufgaben, braucht es eine »Doppelstrategie«, eine »doppelte Militanz«: zum einen den Zusammenschluß der Gruppen und Projekte der Frauenbewegung, ohne daß sie ihre dezentrale Arbeit aufgeben, zum anderen die Präsenz in den Staatsapparaten und im Parlament.

### *Rekapitulation bisheriger Versuche, plurizentrisch zu denken*

Die leitende Frage, die sich durch die marxistische und sozialistische Literatur zieht, ist die nach der *Hegemonie*, worunter wir die Fähigkeit begreifen wollen, daß sich *Menschenmassen* an die Lösungen der bestehenden Probleme setzen, und nach den hegemoniefähigen Subjekten.

Neue Probleme sind aufgetreten: Ökologiekrise, in bedrohliche Nähe gerückter Atomkrieg, anhaltende Wirtschaftskrise bei zunehmender Arbeitslosigkeit, eine revolutionäre Produktivkraftentwicklung (sogenannte dritte wissenschaftlich-technische Revolution: Automation), und es werden »die zerstreuten Produzenten ..., interklassistisch, als Konsumenten rekonstituiert. Die in den marxistischen Diskursen zäh weiter lebenden alten Namen der Klassenakteure werden immer abgehobener« (Haug 1983, 10). Marxistische Erklärungsweisen gerieten ins Wanken, das geflügelte Wort von der »Krise des Marxismus« ging um (vgl. »Aktualisierung Marx« und Sève 1980).

Um diese Probleme entstanden neue politische Subjekte mit alternativen Politik-Formen in anderen als traditionell politischen Bereichen:

»Doch die Krise dieses Dreiecks (Ökonomie/Politik/Regierung, K.H.) hat sich durch das Entstehen einer Politik außerhalb des Staates und des 'Parteien-Staates' bemerkbar gemacht, einer Politik, die aus den neuen Widersprüchen des Kapitalismus entstanden ist. Diese Ausweitung und Vervielfachung der Orte und Praxen im Bereich der 'società civile der Massen' und der Kultur hat historisch neue demokratische Subjekte entstehen lassen (Ökologiebewegung, Feministinnen) ...« (Buci-Glucksmann 1982, 55).

Buci-Glucksmann begreift die Frauenbewegung als Kraft, die die Politik der umfassenden Subjektivität, der Lebensweise, Reproduktion, Familie, der Körper fordere. Neu überdacht werden müsse »eine traditionelle Konzeption der politischen Praxis, die durch die Frauenbewegung in Frage gestellt wurde und die all den bekannten Dualismen und Entfremdungen ausgesetzt ist — Objekt/Subjekt, rational/irrational, öffentlich/privat, Männer/Frauen, Aktivität/Passivität« (ebd., 40). Sie gibt auch die Richtung an, indem sie das »System der Hervorbringung der Geschlechter« (Gayle Rubin) in die Produktionsverhältnisse theoretisch eingearbeitet sehen will.

Um konstruktive Politikbegriffe geht es auch Ingrao; Aggregation (Zusammenschluß, Vereinigung) ist ein solcher Begriff:

»Die Notwendigkeit, die Gehalte und Subjekte der sozialen Transformation neu zu denken, hängt in Wirklichkeit direkt mit den Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus zusammen, genau, mit den Formen, in denen sich heute Herrschaft der kapitalistischen Oligopole verwirklicht. Diese Veränderungen ändern auch die Forderungskataloge der Massen ... und verlangen eine Änderung der politischen Subjektivität.« (Ingrao 1982, 329)

Ingrao formuliert als Ziel die »Vergesellschaftung der Macht« (332), und wie Buci-Glucksmann sucht er nach der Gemeinsamkeit der theoretischen Subjekte.

Indem die gesellschaftlichen Problemanordnungen Lösungen fordern, die die politische Zentrierung auf nur einen Bereich (Ökonomie) verunmöglichen und eine »plurale Ausdehnung« beinhalten, wird der bestehende Pluralismus der politischen Subjekte in der internationalen Sozialismus-Diskussion mittlerweile nicht mehr als »notwendiges Übel«, sondern als mögliche Vernetzung im sozialistischen Projekt begriffen. Für die unterschiedlichen Bewegungen stellen sich die jeweiligen Probleme des Politischen unter anderem als Anforderung, traditionelle Bereiche zu überschreiten. Ellen Wood z.B. belegt, wie die ökonomischen Kämpfe unvollständig bleiben müssen, wenn sie nicht auch gegen den Staat geführt werden (vgl. Wood 1982). Wichtig an dem Gedanken ist uns, daß neu durchdacht werden muß, wie im Politischen Zuständigkeiten für Bereiche (die Arbeiter für die Produktion, die Frauenbewegung für die Kultur)

intensiviert werden können, indem sie überschritten und politisch artikuliert (gegliedert) werden können.

Neben den Bereichsüberschreitungen hin auf die unmittelbar politische Sphäre des Staates findet theoretisch eine Verarbeitung der Politisierung der »società civile« statt, dem Bereich also, der zwischen Staatsapparaten und Ökonomie vermittelt. Die Subjekte als Individuen in historischen Lebensweisen gewannen politische Brisanz, und zwar nicht zuletzt durch die Frauenbewegung.

Wenn wir den Blick nicht von den großen globalen Problemen nehmen und dennoch frauenspezifische Aufgaben re-formulieren wollen, stehen wir vor einer fast unlösbaren Aufgabe: Es wird nicht gehen, daß wir die Frauen separat — mit einem ganz eigenen Politikkonzept — verhandeln, wenn wir die Geschlechterverhältnisse als Teil der Produktionsverhältnisse begreifen.

Indem es keine »separaten«, klar abgrenzbaren »Frauenfragen« gibt, sondern diese immer in Verkettung, Überlagerung auftreten, braucht es Strategien, die das Ineinander von Herrschafts-, Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen mitangehen und trotzdem die die Frauen in spezifischer Weise betreffenden Effekte praktisch jetzt und hier behandeln und auch kurzfristige Lösungen erarbeiten.

Das Kunststück der Frauenbewegung würde darin bestehen, sich zwar autonom (separat) zu formieren, dies aber in scharfer Auseinandersetzung mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen — letztlich geht es darum, neue sozialistische Politik zu praktizieren, die das sozialistische Projekt *insgesamt* voranwirft.

Daß Problemanordnungen um Politik und Macht auch in nicht frauenspezifische Theoretisierungen Eingang fanden, zeigten die vorgestellten kurzen Diskussionsstücke. Begriffe wie »Vernetzung«, »neuer historischer Block« (Buci-Glucksmann 1982), »wider die Mikrophysik« (Pasquinelli 1982), »multizentrische Struktur« (Haug 1982), Polizentrismus, »Artikulation« und »Rekomposition« (des Politikfeldes und der politischen Subjekte, Ingrao) diskutieren das Problem als gesamtgesellschaftliches.

### *Krise der Parteiform — politische Alternativen in der BRD*

In welcher Form können die Frauen in der Bewegung die Frauenfragen öffentlich vertreten? Das Mißtrauen gegen männliche Politik im Parlament genügt offensichtlich nicht. Die Auseinandersetzung zwingt die Frauen auch auf den Boden und damit in die Verhältnisse, die sie verändern möchten. Für die Vertretung z.B. im Parlament müssen also wohl die üblichen Wege gegangen werden: entweder der Versuch, massenhaft in die dort vertretenen Parteien einzuziehen mit der Hoffnung, irgendwann auf diese Weise sich bis in die Zentren der Entscheidungen hochzuarbeiten, oder der direkte Weg, eine Frauenpartei zu gründen.

Trotz einiger Erfolge, die Frauenparteien in anderen Ländern für sich verbuchen können, ist uns die Vorstellung einer solchen Gründung in der BRD unsicher. Wir denken uns Parteien spontan als politische Einheiten entlang der Achse rechts/konservativ, links/fortschrittlich, und dies in einer Weise, daß

die Frauenfragen, von den Frauen her gesprochen, zwar einer Lösung nach vorn bedürfen, jedoch mit herkömmlichem »Links-Sein« noch nicht gefaßt sind. Ein zweites Problem ist das Verhältnis Partei/Bewegung und darin die Frage nach der Einheit der Bewegung oder ihre Pluralität. Beinhaltet eine solche Formierung und Organisation der Frauenbewegung, wie es eine Partei ist, nicht den Verzicht auf dezentrale Pluralität der Kräfte? Aber selbst wenn wir uns eine Partei in einem noch näher zu bestimmenden Verhältnis zur Bewegung denken würden, bräuchten wir doch eine »Einheit« in der Bewegung, die solch eine Formierung erlaubt. Welche Einheit aber könnte einer Frauenpartei zugrunde gelegt werden, wenn nicht einmal »die Frauenfrage« als einheitliches Phänomen ausgemacht werden kann? — In der Organisationsfrage können wir sicher von anderen sich formierenden (alternativen) sozialen Bewegungen lernen. »Ganz grob kann man unterscheiden zwischen i.e.S. 'alternativen' oder 'gegenökonomischen' Ansätzen, genossenschaftlich-selbstverwalteter Produktion und solchen, die eher im Kultur- und Reproduktionsbereich angesiedelt sind, doch sind die Grenzen fließend.« (Hirsch 1980, 122/123) Einigkeit findet sich in der Literatur, die Theoretisierung von politischen Alternativen zum Gegenstand hat, wenn es darum geht, positiv den Widerstand der Alternativbewegungen zu bestimmen: Es wird »aktiver Widerstand« (Roth 1980) geleistet, es gibt Forderungen nach »politischer Autonomie und Partizipation« (Kitschelt 1980) und praktizierte »Dezentralität« (ders.), es wird gegen den »Trott der Normalisierungsgesellschaft« gekämpft (Hirsch 1980), und daß die »politischen Willenskundgebungen [sich] mit den Erfahrungshorizonten des gesellschaftlichen Lebens der Beteiligten in Deckung befinden« (Offe 1980, 35), macht die »Praktiken der politischen Aktivitäten aus« (ebd.).

Die Art und Weise der *Bewegungen* der neuen politischen Subjekte wird mit Hoffnung beobachtet — sobald es um die *Wirkungen* dieser Bewegungen geht, finden wir eher Defensiv-Bewertungen und auch Resignation: »Politik mit und in den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft kann immer nur den Sinn haben, dafür Bedingungen zu schaffen oder zu erhalten, materielle oder legale Spielräume zu sichern, Repression abzuwehren.« (Hirsch 1980, 143) »Diese Verteidigungsarbeit bezieht sich auch auf die Erhaltung der Rahmenbedingungen, die den Bewegungsspielraum der Linken definieren« (Negt 1980, 152/153). Und es findet sich Hilflosigkeit bei der Formulierung von Perspektiven: »es gibt eine Verlegenheit, wenn wir die *Dynamik der Erzeugung* von 'formwidrigen' politischen Inhalten *durch die Herrschaft bestimmter politischer Formen selbst* rekonstruieren wollen« (Offe 1980, 35; Hervorhebungen im Text). Bei der Bestimmung einer neuen politischen Form, die das Alte verändert, ohne von ihm »absorbiert« zu werden, findet sich häufig der Konjunktiv: die Bewegungen »sollten«, »müßten«, »könnten« usw.; dann die Formulierung eines Maßstabs bei O. Negt: »Allerdings sollten alle Organisationsformen in ihrer Produktivität an zwei Maßstäben gemessen werden: inwieweit sie Interessen und Bedürfnisse der Individuen aufgreifen und zulassen und ob sie die Tendenz zur Verallgemeinerung dieser Interessen und Bedürfnisse in sich tragen, d.h. Machtverhältnisse wahrnehmen und gegen sie gerichtet sind« (Negt 1980, 178).

Es findet sich die eigentümliche Tendenz, daß, wann immer es um die kulturellen Elemente der Bewegungen geht, Perspektiven formuliert werden und politische »Frühlingsgefühle« sich bei den »ratschlagenden« Wissenschaftlern und Politikern einstellen; sobald um »Machtfragen« oder »Parteiförmigkeit« gestritten wird, also um das unmittelbar Politische, herrschen eher Zweifel und Verzweiflung vor und fehlende Theoretisierungen: »Sind die Grünen, Bunten und Alternativen noch sich selbst artikulierende, organisierende und wählende Bürger, oder zählen sie bereits selbst zu den Parteien, die sich dem Bürger gegenüber verhalten?« (Murphey 1982, 324)

Daß so viele sich bewegen, etwas tun, etwas ändern wollen, ihre individuellen Wünsche und Bedürfnisse in die »Spiele der Macht« werfen, scheint etwas Zerbrechliches zu sein. Sobald die Veränderungsversuche mit herrschender Macht (unmittelbar) konfrontiert werden, scheint die Bewegung gefährdet, zumal in der Sphäre der unmittelbar politischen Macht bestenfalls versucht werden könne, das Bestehende zu halten. So urteilt Kitschelt, daß »die Konstituierung des Ökologiekonflikts als Partei im parlamentarischen Konkurrenzsystem gegenwärtig nichts anderes bedeuten [würde], als ein abstraktes Organisationsstatut mit Handlungslogik über eine in sich selbst fragmentierte Bewegung mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen und Praxisansätzen zu stützen« (Kitschelt 1980, 111).

Uns führt das zu der Frage: Was macht die Bewegung aus? Offensichtlich keine Prinzipien, keine Linie — trotzdem gibt es massenhafte gemeinsam getragene Positionen, eine Art praktisches Konsensprinzip wie das »Nein« zur Raketenstationierung, zu den Kernkraftwerken. Diese Positionen sind noch keine politischen Strategien: Sie sagen wenig über eine mögliche Artikulation im Parlament durch Stellvertreter (wie die Grünen), nichts über den Weg, wie ein solches »Nein« durchzusetzen wäre und an welche positiven Bestimmungen es sich anbindet und so zu einer Linie werden könnte. Die Arbeit der Grünen z.B. ist bestimmt davon, auf der Basis eines solchen Antirüstungskonsenses positive Politik zu betreiben. Ihr regionales (vgl. Baden-Württemberg) und überregionales Streiten ist insofern nicht das »einfache« Scheitern von heterogener (linienloser) Politik, sondern weist vielleicht den Weg in Politik-Formen, die den Rahmen der »Konvergenz in der Differenz« (vgl. Haug 1981) haben.

Positiv brachten unseres Erachtens die Grünen als Partei Verschiebungen ins Parlament, die alle Parteien berühren und die politische Landschaft bewegen. Begriffe wie Konservatismus versus Fortschrittlichkeit, die Links/Rechts-Achse geraten ins Schwimmen und erklären nicht genug. Die Rechten sind nicht mehr im traditionellen Sinne konservativ, und die Linken führen einen defensiven Anti-Technik-Diskurs. Eine weitere Bewegung brachten die Grünen ins Parlament, indem sie die Basisdemokratie zu ihrem Prinzip erklärten. Dieses »Prinzip« ist eine Teilantwort auf einen allgemeinen Kompetenzzweifel an der Profession des Politikers und auf die Tendenz, Politik »stärker als Prozeß zu begreifen, an dem viele beteiligt sind. Politiker können in Zukunft immer weniger selbst Entscheidungen fällen« (Enquête-Kommission des Bundestages, Jugendprotest im demokratischen Staat, zit. n. FAZ v. 3.2.1982). Basisdemokratie wird erprobt als Rotationsprinzip der Parlamentarier und soll »explizit

eine Frage der Verbindung von Form und Inhalt« (Lommer und Barg 1983, 28) sein.

Für uns Frauen sind dies Bewegungen im parlamentarischen Raum, die unserer Tradition (Projektform der Frauenbewegung) entgegenkommen. Die Frauenfragen passen spontan nicht in ein herkömmliches links-rechts-Schema; ihre Lösungen müssen neue, linke, sozialistische Politik mitbegründen. Es geht darum, das Spektrum von bürgerlichen Gleichheitsansprüchen bis hin zur revolutionären Umgestaltung der Gesamtgesellschaft in sozialistischer Perspektive zusammenzubinden. Eine solche Uneinheitlichkeit braucht eine Form, oder Formen, die das »Gegeneinander im Miteinander« produktiv ins Verhältnis setzt.

### *Weiberräte und Frauenliste*

Die Idee, daß Frauen *separat* in das Parlament einziehen, wurde in Deutschland bereits 1919 in der Frauenbewegung diskutiert. Anita Augspurg und Lida Heymann warben für eine Frauenliste, auf der sich alle weiblichen Kandidaten aller Parteien sowie parteilose Frauen sammeln sollten. Hauptziel war, die Zahl der weiblichen Abgeordneten zu erhöhen. Diese Liste wurde nie realisiert. Daß die Frauen versuchen sollten, auch in die männlich beherrschte explizite Machtsphäre (Staat/Parlament) einzudringen, halten wir nicht nur für unabdingbar, sondern auch in diesem Augenblick für machbar. Frauen auch in alternativen Parteien (Grüne), in denen Listenplätze und Ämter quotiert werden, enthalten sich der Kandidatur. So wichtig Quotierungen sind, sie lösen keineswegs automatisch strukturelle Probleme. Die im Politikraum zu findenden männlichen Riten, Selbststilisierungen sind unnachahmlich für Frauen (z.B. die tiefen, lauten Stimmen, mit denen verglichen die der Frauen sich immer etwas fiepsig und leise ausmachen; das erhöhte Podium, die langen Gänge zum Mikrofon, die für Frauen zum »Laufsteg« werden: Man(n) sieht sie an, wie sie aussieht).

Die Frauen außerhalb der Parteien und Gewerkschaften, zuvor darauf bedacht, ihre Autonomie durch »Nicht-Organisation« zu begründen (vgl. etwa die Vorlesungsverzeichnisse der Frauen-Sommerunis Berlin), suchen ausdrücklich die Verbindung mit den Frauen in Organisationen. »Ich plädiere also für die Öffnung der autonomen Frauenbewegung nach außen — allerdings ohne unsere Autonomie in den eigenen Gruppen aufzugeben ... Wenn wir als autonome Frauenbewegung es in dieser Zeit versäumen, Kontakte zu den Frauen zu knüpfen, die um ihre eigene materielle Sicherheit kämpfen, wird es mit der autonomen Frauenbewegung bald am Ende sein. Und den Frauen in den Betrieben und Gewerkschaften werden die Erfahrungen fehlen, die wir schon machen mußten.« (Plogstedt 1983, 60) Um die »Sichtbarkeit der Frauenbewegung«, die Einnahme des Raumes, »den wir bisher nur symbolisch besetzt hatten« (ebd.), geht es allen. Unterschiedliche Probleme und Triebfedern bringen sie einander näher: Während die organisierten Frauen an die Grenzen von Frauenpolitik *in* den gemischten Organisationen stießen, die Frauenfragen dabei verloren und mühsam bemüht waren, sich »wenigstens« als Personen durchzusetzen (vgl. Jelpcke 1981), stoßen die autonomen Frauen an die Gren-

zen der fehlenden Organisation. Die erstgenannten brauchen eine stärkere Anbindung an die Bewegung, die letzteren machtvolle Formierung.

Mit »der Bewegung« ist hier die Radikalität im Alltag gemeint, die Möglichkeit, persönlich-private Fragen zu veröffentlichen, nicht-institutionalisiert Veränderungen zu probieren. Bisherige Bestrebungen, die verschiedenen Fraktionen der Frauenbewegung zusammenzubringen, sind mit dem »Makel« des Unpolitischen behaftet. Frauennetzwerke (regional, überregional) gründeten sich, z.B. um Projekten bei der Finanzierung zu helfen; da, wo es Frauen gelingt, sich über die von ihnen als Frauenfrage behandelten Problemstellungen zu vernetzen, geschieht dies für ein anderes Drittes, das Reibungspunkte ausschließt und allen nützt.

Unsere vorherige Bestandsaufnahme ergab, daß »die gemeinsame dritte Sache«, wenn wir sie konkret-politisch fassen wollen, sich nicht unmittelbar ergibt. Was könnte viele Frauengruppen, lokale Zusammenschlüsse, punktuell arbeitende Kollektive, Gewerkschafts- und Parteifrauen dazu bringen, sich auszutauschen und ihre Kräfte zusammenzubinden? Vielleicht ist es nützlich, zunächst über das Trennende sich zu verständigen. Die organisierten Frauen trennt von den autonomen, daß sie deren Unverbindlichkeit, ihre fehlende Kontinuität, die Arbeit in einer separierten Frauensphäre »unpolitisch«, »chaotisch« und »spontaneistisch« finden, insofern also nicht eingreifend genug. Zunehmend jedoch werden feministische Foren (Sommeruni, Frauenwochen) auch für Gewerkschaftsprobleme und Fragen über parteibezogene Frauenpolitik genutzt. Die autonomen Frauen wollen sich nicht in den »gemischtgeschlechtlichen« Strukturen »aufreiben«, ihre Energien nicht an Männer »verlieren«, insofern nichts an den hierarchischen Strukturen in den Organisationen ändern, die Hierarchie nicht akzeptieren. Zunehmend gehen autonome Frauen in andere soziale Bewegungen (vornehmlich die Friedensbewegung), weil ihnen angesichts der ökonomischen und sozialen Lage die Frauenbewegung zu uneinig und unentschlossen ist, um politische Änderungen herbeizuführen. Würden wir alle Splitterungen unter diese zwei »Blöcke« fassen, würde sich in einem Disput ergeben, daß Partei- und Gewerkschaftsfrauen keineswegs gegen eine Vergewaltigungskampagne wären, die autonomen Frauen auch nicht gegen das Streiten für Kinderkrippen oder Lohngleichheit — beide Blöcke hingegen würden ein großes »aber« anhängen und eine Erklärung, warum ihnen das jeweils vorgeschlagene zu diesem historischen Augenblick »zweitrangig« sei.

Eine Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, bestünde in der Diskussion und im Kampf um vorrangige Wichtigkeiten. Dieser Zusammenschluß bleibt solange ein »akademischer Vorschlag«, wie er sich nicht auf etwas Drittes bezieht: auf die Übersetzung in Machtfragen, in die Versuche, Einfluß zu gewinnen in Sphären, wo Entscheidungen fallen.

Abstrakt verbindet Frauen die Suche nach Einflußmöglichkeiten, konkret verbinden sie unterschiedliche Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen, mit unterschiedlichen Mitteln — das sie spontan Trennende ist zugleich das sie Verbindende, weil *alle* diese Erfahrungen und ihre Verarbeitungen, alle Strategien und alle Mittel gebraucht werden, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Um den Kampfplatz der expliziten Politikspäre zu betreten, müssen wir einen separaten Frauenkampfplatz einrichten.

Es geht bei unserer Suche nach *Politikformen* um die Verbindung zwischen den verschiedenen Sphären: das Persönliche politischer zu machen, die Politik persönlicher zu machen.

Versuchen wir einen Vorschlag an dieser Stelle: Frauen schließen sich in der *società civile* zu *Weiberräten* zusammen. Regional, überregional vielleicht mit einem Bundes-Weiberrat. Diese Räte diskutieren, beschließen, beraten. Wen? Zum Beispiel eine *Frauenliste*, die aus ihren Reihen zusammengestellt (gewählt) wurde. Die Frauenliste ist der Versuch, ins Parlament zu kommen, sie spiegelt die Fraktionierungen, Kämpfe, die Auseinandersetzungen um Themen wider und parlamentarisiert zugleich die Probleme, Fragen. Die Liste bildet quasi eine Klammer um die Räte, sie ist die Aufforderung, die Notwendigkeit, daß viele Frauen sich in den Räten zusammenfinden, denn sie vertritt Frauen. Die Räte sind unbedingt notwendig für die Liste, sie bilden die Basis, das Diskussions- und auch Kontrollforum für sie. In den Räten steckt die Möglichkeit, die Politik zu verwissenschaftlichen und politische Wissenschaft zu entwickeln, steckt also die Projektform von Frauenpolitik. Wie sind all diese Alltagsfragen und -veränderungen in politische Forderungen, Formen zu bringen? Was genau ist Frauenpolitik?

Wie anders als die von den grünen Frauen gefochtene würde eine Sexismus-Diskussion im Parlament aussehen, wenn eine große Anzahl Frauen darin säße und insofern die brüderliche — alle Parteien verbindende — »Aber-es-war-doch-nur-Spaß«-Atmosphäre erst gar nicht aufkommen würde. Weil die Anzahl der Frauen zum einen diese männliche Kultur schon durch pure Anwesenheit und Masse brechen würde und zum zweiten vielleicht deutlich gemacht werden könnte, daß es genau gegen diese Art Spaß geht und daß Spaß, Lust usw. keine »natürlichen«, unveränderlichen Gegebenheiten sind.

Vorstellbar ist auch das Wagnis einer von Frauen mitgeführten, an Bedürfnissen orientierten Diskussion um Militär- und Rüstungspolitik, Argumente, die während der Stationierungsdebatte ebensowenig fielen wie das Reden vom Geschäft bei der Rüstung.

Eine wichtige Aufgabe der Räte — die durch die parlamentarische Arbeit bestenfalls unterstützt, nicht aber übernommen werden könnte — wäre die organisierte Zurückweisung der sich im allgemeinen verschärfenden Reprivatisierungsmaßnahmen. Welche Auswirkungen es für Frauen hat, wenn Ganztags-(Gesamt-)schulen geschlossen werden, Erziehungsgeld vom Staat gegeben werden soll, wenn in Betrieben sich ein Einstellungsmodus durchsetzt, der besagt, daß nur *ein* Teil eines Ehepaares berufstätig sein soll (und dies überwiegend der Mann sein wird), muß zu öffentlichen Debatten führen. Da diese Kämpfe im Privaten stattfinden, die Folgen vereinzelt ausgetragen werden, braucht es ein starkes Netz, das für Veröffentlichung, Skandalisierung, Veränderung sorgt.

Die dezentrale und an bestimmten Punkten einsetzende Kampfweise der Frauenbewegung bleibt in diesem Modell unangetastet — ist sogar Voraussetzung. Das Ziel ist die Intensivierung der Kräfte durch Zusammenschluß und

geplantes Vorgehen. Räte in Verbindung mit Listen könnten die widersprüchliche Politik besorgen, die uns derzeit notwendig erscheint: starke Alternativen hier und heute schon zu organisieren versuchen und zugleich in der herkömmlichen Politik gegen Reprivatisierung für andere Verteilungen (bessere soziale Dienste) zu streiten, kurz, reformerisch vorzugehen.

Noch an diesem Aufsatz schreibend, verwirrt mich eine Mitteilung im Tagesspiegel (8.1.1984): In einem CSU-beherrschten 1200-Menschen-Ort stellt sich eine Frauenliste zur Wahl. Die Begründung, nicht auf einer CSU-Liste zu kandidieren, wird nicht mit politischen Differenzen angegeben, sondern mit Chancenlosigkeit; es soll auch kein ausformuliertes Wahlprogramm geben, die Frauen vertrauen auf die Kraft ihrer Anwesenheit, die einiges ändern soll. Interessant daran scheint mir der Weg der Politisierung — die Gründung einer überregionalen Frauenliste könnte in der Tat auch solche Frauen erreichen, die nicht länger frauenlose Parlamente hinnehmen wollen, und würde diesen Unmut und die Frauen politisieren. Eigentümlich verschoben ist auch die Begründung für die Gründung der Liste: Die Frauen, die zu Hause alles entscheiden müssen (die Männer sind Pendler), wollen auch »in gemeindlichen Dingen ein Mitspracherecht« (zit. n. Tagesspiegel). Die auch durch die Geschlechterverhältnisse hindurch konstituierten Produktionsverhältnisse, in denen die Geschlechter unter anderem an unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche gebunden sind, produzieren durch die Köpfe und Taten der handelnden Subjekte hindurch Negationen der Trennungen, bei der Re-Konstruktion eben dieser Trennungen. D.h. — das Beispiel als ein symptomatisches benutzend — Reprivatisierung kann Politisierung der Subjekte im Privaten beinhalten, indem die subjektiv als Macht und Handlungsnotwendigkeit eingesehene Lage in der Familie als Handlungsnotwendigkeit auf die ganze Gesellschaft (oder eben eine Gemeinde) übertragen wird. Solche Bewegungsweisen der Frauen machen sich auf jeden Fall abenteuerlich und hoffnungsvoll — auch in der feministischen politischen Landschaft.

Die bisherige Diskussion um Weiber(Frauen-)räte (vgl. Plogstedt 1983) und die Kombination von Räten und Listen (vgl. Hauser 1983, Ulla Naumann auf der Berliner Sommeruni 1983) erbrachte, daß die Frauen der Idee, Räte zu gründen, von sympathisierend bis begeistert, der Notwendigkeit hingegen, auch das Parlament zu »besetzen«, sehr zögernd gegenüberstehen. Es gibt eine merkwürdige Erhöhung und Mißachtung des Parlaments; dieselben Frauen können behaupten, daß es »unmöglich« sei, dort hineinzukommen oder dort etwas zu bewirken, und zugleich, daß es völlig »unnötig« sei, da dies sowieso kein Organ »wirklicher« Beschlüsse sei. Solche Fragen brauchen sicherlich weitere Klärung, vor allem aber eine Praxis. Das Zögern von SPD und Grünen Frauen äußert sich spontan in einem Zerrissensein: Wie sollen sie in ihrer Partei sich engagieren, wenn es eine Frauenliste daneben gibt? Und umgekehrt?

Entscheidungen hängen auch hier von der Entwicklung der Liste ab und werden wohl individuell Entscheidungen für eine Seite des Widerspruchs sein: daß es notwendig ist, in vorhandenen politischen, gewerkschaftlichen Organisationen zu kämpfen und sich als Frauen zu autonomen Organisationen zusammenzuschließen.

»Beim Planen zerstreitet man sich leichter als beim Ausführen und beim Ausführen fällt einem mehr ein als beim Planen.« (B. Brecht, *Me-ti*, GW 12, 507)

### Literaturverzeichnis

- Altwater, E., 1982: Umbau oder Abbau des Sozialstaates? In: *Prokla* 49, Berlin/W.
- Barrett, Michele, 1982: Die unsoziale Familie. In: *Das Argument* 135, Berlin/W.
- Beer, Ursula, 1984: Marxismus in Theorien der Frauenarbeit. In: *Feministische Studien* 2, Weinheim
- Bonacchi, Gabriella, 1982: Gibt es eine feministische Theorie? in: *Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderband 78*, Berlin/W.
- Brecht, B., 1975: *Gesammelte Werke (GW)*, Frankfurt/M.
- Buci-Glucksmann, Christine, 1982: Formen der Politik und Konzeptionen der Macht. In: *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin/W.
- Delphy, Christine, 1982: *Un féminisme matérialiste est possible*. In: *Nouvelles questions féministes*, Herbst
- Ehrenreich, Barbara, 1977: Zum Verhältnis von Sozialismus und Feminismus. In: *Pelagea*, Berlin/W.
- Haug, W.F., 1981: Strukturelle Hegemonie. In: *Das Argument* 129, Berlin/W.
- ders., 1983: Krise oder Dialektik des Marxismus? In: *Aktualisierung Marx. Argument-Sonderband 100*, Berlin/W.
- Hauser, Kornelia, 1983: Von den Listen der Frauen zur Frauenliste. In: *Die Tageszeitung* v. 6.12.1983, Berlin/W.
- Hirsch, J., 1980: Alternativbewegung — eine politische Alternative? In: Roth, R. (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/M.
- Hoffmann, J., 1982: »Das Ende der Fahnenstange«. Sozialdemokratie und keynesianischer Klassenkompromiß in der BRD. In: *Prokla* 49, Berlin/W.
- Ingrao, P., 1982: Elemente einer neuen Logik linker Politik. In: *Das Argument* 138, Berlin/W.
- Jelpcke, Ulla (Hrsg.), 1981: *Das höchste Glück auf Erden. Frauen in linken Organisationen*. Hamburg
- Kitschelt, H., 1980: Parlamentarismus und ökologische Opposition. In: Roth, R. (Hrsg.), s.o. Frankfurt/M.
- Marxisme/Feminisme 1981: *Elles voient rouge* (ed.), Edition Tierce, Paris
- Murphey, D., 1982: Grüne und Bunte — Theorie und Praxis »alternativer Parteien«. In: Raschke, G. (Hrsg.): *Bürger und Parteien*, Bonn
- Negt, O., 1980: Alternative Politikformen als politische Alternative? In: Roth, R. (Hrsg.), s.o., Frankfurt/M.
- Offe, C., 1980: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: Roth, R. (Hrsg.), s.o., Frankfurt/M.
- Pasquinelli, Carla, 1982: Feministische Bewegung, neue Subjekte und Krise des Marxismus. In: *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin/W.
- Plogstedt, Sybille, 1983: Wenn Autonomie zum Dogma wird. In: *Courage* 12, Berlin/W.
- Priester, Karin, 1977: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci. In: *Das Argument* 104, Berlin/W.
- Roth, R., 1980: Notizen zur politischen Geschichte der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik. In: Roth, R. (Hrsg.), s.o., Frankfurt/M.
- Sargent, Lydia (ed.), 1981: *Women and Revolution*, Boston
- Sève, L., 1980: Krise des Marxismus? In: *Das Argument* 122, Berlin/W.
- Westphal-Georgi, Ursula, 1982: Der Sozialstaat wird umgebaut — Perspektiven für die Frauen. In: *Prokla* 49, Berlin/W.
- Wood, Ellen Maiksins, 1982: Die Trennung von Ökonomie und Politik. In: *Das Argument* 131, Berlin/W.

Regine Meyer

## Überlegungen zum gegenwärtigen Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik\*

Die gewerkschaftliche Frauenarbeit hat in den letzten Jahren — parallel zur Frauenbewegung im allgemeinen — einen deutlichen Aufschwung genommen — trotz Massenarbeitslosigkeit, sozialpolitischer »Wende« und Forcierung frauenfeindlicher Ideologien. Die Entwicklung wird markiert durch die Wiederentdeckung des Internationalen Frauentages, aktive Streikbeteiligung, Aktionen für richtige Eingruppierung, für die Abschaffung bzw. überproportionale Anhebung der unteren Einkommensgruppen, für die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen und schließlich durch das Engagement für Frieden und Abrüstung, gegen Frauen in die Bundeswehr, gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. In diesen Aktionen gelang es, immer mehr Frauen, aber auch Männer zu mobilisieren, und gewerkschaftliche Frauenarbeit bekam allmählich einen ähnlichen Ruf, wie ihn traditionell die Jugendarbeit hat: aufmüßig, kontrovers, phantasievoll und vorwärtstreibend.

Hintergrund dieser Aktivitäten ist ein veränderter Lebensentwurf von Frauen auf der Basis lebenslanger Berufstätigkeit. Trotz Krise, die Frauen zuerst und am härtesten traf und trifft, sowohl was die Zahl der Ausbildungs- wie der Arbeitsplätze, der Arbeitsinhalte und -bedingungen angeht, lassen sich Frauen nicht mehr wie in früheren Krisen mehr oder weniger klaglos in die »Stille Reserve« drängen. Sie verharren sogar in immer größerer Zahl auf dem Arbeitsmarkt, auch wenn sie keine Leistungen von der Bundesanstalt für Arbeit bekommen. Gleichzeitig mit der Arbeitslosenquote steigt auch die Erwerbsquote. Berufstätigkeit ist heute keine vorübergehende Lebensphase mehr, sondern Basis für die eigene Lebensgestaltung, Selbstwertgefühl und soziale Kontakte. Untersuchungen ergaben, daß selbst Frauen mit miserablen Arbeitsbedingungen ihre Berufstätigkeit nicht missen wollen, und zwar nicht nur wegen des Zwangs zum Geldverdienen, sondern wegen der kollegialen Beziehungen anstelle eines isolierten Hausfrauendaseins. (Umso schlimmer ist es, daß heute aufgrund des Einsatzes der neuen Technologien soziale Isolation bei Arbeitern wie bei Angestellten rasant zunimmt und die elektronische Einsiedelei der Computer-Heimarbeit als das Non-plus-ultra der Frauenemanzipation angepriesen wird.)

Dies ist die reale Grundlage, auf der — ermutigt durch die zunehmende Diskussion von Frauenfragen in der Öffentlichkeit (das »Jahr der Frau« — so lächerlich es klingen mag — hat keine geringe Eisbrecherwirkung gehabt) und sicher auch angespornt durch die Frauenbewegung außerhalb der Gewerkschaften — trotz vieler Differenzen — immer mehr Aktionen entstanden. Charakteristisch sind die Basisorientierung, die direkte, kollektive Aktion der unmittel-

\* Die hier verarbeiteten Erfahrungen beziehen sich im wesentlichen auf die IG Metall, lassen sich aber im großen und ganzen verallgemeinern.

bar Betroffenen und der große Ideenreichtum der Aktionsformen. Ob es um betriebliche Eingruppierungsaktionen geht (die oft über Jahre hinweg durch den gerichtlichen Instanzenweg verfolgt werden, aber immer begleitet von gewerkschaftspolitischer Aktion — bestes Beispiel: die Heinze-Frauen), um Beteiligung an Warnstreiks und Demonstrationen für die Beseitigung der unteren Einkommensgruppen, um den §218, die Einrichtung bzw. Erhaltung von Familienberatungsstellen, um Kriegsspielzeugumtausch, Ostermarsch oder andere Friedensdemonstrationen — immer ist es das Engagement für die eigenen Interessen, das überzeugt, »ansteckt« und immer mehr — und nicht nur Frauen — mitreißt.

So bedeutsam die Basismobilisierung ist, es gab nie eine Konfrontation zwischen Basis und »Apparat«, sprich: hauptamtlichen Funktionären. Es gab und gibt sehr wohl harte Auseinandersetzungen in der Sache (wenngleich sie gelegentlich recht unsachlich geführt werden), aber die »Fronten« verlaufen immer quer durch haupt- und ehrenamtliche Funktionäre und Mitgliedschaft. Genauso wenig gibt es eine schematische Konfrontation zwischen Frauen und Männern, obwohl Anspruch (»Beschluslage«) und Wirklichkeit allzu häufig noch weit voneinander entfernt sind.

Festzuhalten bleibt, daß wichtige Anregungen und Initiativen von den hauptamtlich in der Frauenarbeit tätigen Kolleginnen und Kollegen und den Frauenausschüssen ausgingen, so wie sie umgekehrt die Wünsche der »Basis« (z.B. Abschaffung der unteren Einkommensgruppen) aufgriffen und in vielfältigen Diskussionsprozessen dazu beitrugen, daß sie von der Gesamtorganisation aufgenommen wurden. Diese Prozesse haben schließlich dazu geführt, daß Frauen über die Alibirolle in der von Männern dominierten Organisation hinausgewachsen sind und den ihnen traditionell überlassenen Bereich frauenspezifischer Sozialpolitik (so wichtig er ist) überschritten haben. In den letzten Jahren ist es den Gewerkschaftsfrauen nicht nur gelungen, unmittelbar Frauen betreffende Probleme wie die Abschaffung der unteren Einkommensgruppen, die Liberalisierung des §218, die Ablehnung einer weiteren Forcierung von Teilzeitarbeit oder den Internationalen Frauentag auch gegen große Widerstände der Männer in der Gesamtorganisation zu verankern, sondern sie haben mit ihrem Engagement für Frieden und Abrüstung auch in einer allgemeinpolitischen Frage die Position der Gesamtorganisation wesentlich geprägt. Die Annäherung der Gewerkschaften an die Friedensbewegung ist mit ihr Verdienst. Die Auseinandersetzung um die Ablehnung von Teilzeitarbeit als Instrument zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit verdient, hier noch einmal gesondert hervorgehoben zu werden als ein Beispiel, wie Frauen zunächst einmal in einem Selbstverständigungsprozeß bei sich selbst die Relikte eines patriarchalisch geprägten Selbstverständnisses (die Frau als »Zuverdienerin«; Teilzeitarbeit als Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, selbstverständlich von der Frau übernommen) überwandern und dann auch eine Mehrheit der männlichen Kollegen für diese Position gewinnen konnten. Auf der Frauenkonferenz der IG Metall in Augsburg 1979 gab es eine heiße Debatte über diese Frage, die die vorausgegangene örtliche und bezirkliche Diskussion fortsetzte und in dem Beschluß endete, einen weiteren Ausbau von Teilzeitarbeit abzulehnen, weil er

nur zu noch größerer Arbeitsplatzvernichtung führe, die traditionelle Frauenrolle befestige und die Arbeitszeitverkürzung für alle unterlaufe. 1980 beim Gewerkschaftstag in Berlin gelang es, diese Position für die Gesamtorganisation festzuschreiben, obwohl Frauen nur eine kleine Minderheit der Delegierten stellten.

Damit waren wichtige Weichen gestellt, um den heute propagierten Scheinlösungen »Arbeitszeitflexibilisierung« (in Wirklichkeit: Flexibilisierung des Arbeitskrafteinsatzes) und Computer-Heimarbeit entgegenzutreten. Für Frauen war nach der Debatte die Priorität der 35-Stunden-Woche bei vollem Einkommensausgleich klar begründet.

Diese Fortschritte sind umso bemerkenswerter, als sich die soziale Lage der Frauen seit 1975 erheblich verschlechtert hat und auch die gewerkschaftliche Organisation und Repräsentanz — trotz deutlicher Verbesserungen — noch immer unterdurchschnittlich ist:

- Arbeitslosenquoten um die 10 Prozent, überdurchschnittliche Gefährdung durch Rationalisierung, kahlschlagartiger Sozialabbau, Beseitigung erkämpfter Rechte, Wiederbelebung der »Doppelverdiener«-Ideologie und andere Spalterthesen kennzeichnen die soziale Lage der Frauen.
- Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Frauen ist nach wie vor unterdurchschnittlich. Nach einer Phase des Aufholens in den 70er bis Anfang der 80er Jahre schlägt die Arbeitsplatzvernichtung nun auch auf die Mitgliederbewegung bei Frauen durch.
- Außerhalb der Frauenausschüsse und -konferenzen sind Frauen nach wie vor in allen gewerkschaftlichen Gremien völlig unterrepräsentiert, insbesondere in den wichtigen Entscheidungsorganen wie Ortsverwaltungen, Tarifkommissionen, Gewerkschaftstag und Vorstand. Die prozentualen Steigerungsraten in den letzten Jahren sehen sich zwar auf den ersten Blick gewaltig an — bedingt durch das niedrige Ausgangsniveau; Anteile (bei der IG Metall) zwischen 3,2% bei der letzten Vertrauensleutekonferenz und 11,4% bei der letzten Angestelltenkonferenz sind auch dann bedauerlich gering, wenn von einem reinen Proporzdenken ausgegangen würde (14,3% der Mitglieder [1982] und 22,4% der Beschäftigten [1980] in der Metallindustrie sind weiblich). Einzig die Jugendkonferenzen fallen positiv auf: Mit zuletzt (1983) 20,2% weiblichen Delegierten lassen sie hoffen, daß es in nächster Zukunft größere Fortschritte gibt.
- Bei den hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären betrug der Frauenanteil auf der Vorstandsebene der IG Metall (Vorstandsverwaltung, Bezirke, Bildungsstätten — Stand Dez. 1981) 11,2%, bei den Organisationssekretären der Verwaltungsstellen nur 6,2%, bei den gewählten hauptamtlichen Bevollmächtigten und Kassierern der Verwaltungsstellen Null!
- In den (Metall-)Betrieben sieht es ähnlich aus: bei den Vertrauensleutewahlen 1982 wurden 10,4% Frauen gewählt; von den 1981 gewählten Betriebsratsmitgliedern war 11,5% weiblich.
- Schließlich ist zu bedenken, daß nicht alle diese (wenigen) Funktionärinnen zu den bewußtesten und aktivsten Frauen zählen. Nach wie vor gibt es in allen Bereichen — bei den »einfachen« Mitgliedern, bei ehrenamtlichen

und hauptamtlichen Funktionärinnen — Ängstliche, Angepaßte, Passive, aber auch solche, die das Ellenbogenverhalten und die Machtkämpfe der Männer nachahmen.

Wenn gewerkschaftliche Frauenpolitik trotz dieser ungünstigen Ausgangsbedingungen in den letzten Jahren solche Erfolge erzielen und soviel an Einfluß gewinnen konnte, muß es dafür Ursachen von großer Durchschlagskraft geben. Im folgenden hierzu einige vorläufige Überlegungen, die der weiteren Überprüfung bedürfen:

Auffallend ist der Mut, mit dem Frauen ihre Forderungen verfolgen, wenn sie einmal aktiv werden. Zu nennen ist als betriebliches Beispiel die aktive Beteiligung an Warnstreiks, obwohl Frauen als erste auf der Entlassungsliste stehen und die meiste Angst um den Arbeitsplatz haben müssen. Innerorganisatorisch ist an die Konsequenz zu erinnern, mit der kontroverse Diskussionen geführt wurden, auch gegen große Widerstände und trotz z.T. völlig unsachlicher Auseinandersetzungen, so z.B. auf der letzten IG Metall-Frauenkonferenz. Als Erklärung ist daran zu denken, daß Frauen sich weniger Illusionen über Aufstieg, Karriere oder das Erreichen bestimmter Posten machen, insofern nichts zu verlieren haben und begreifen, daß ein solidarisch geschlossener Kampf sie nur vorwärtsbringen kann.

Ein weiteres Charakteristikum ist die Beharrlichkeit, mit der sie viele der jüngsten Auseinandersetzungen führten, ohne sich durch Rückschläge entmutigen zu lassen. Seit Jahren wird die Anhebung der unteren Einkommensgruppen verfolgt; auch die betrieblichen Aktionen um richtige Eingruppierung erfordern oft einen sehr langen Atem — die Heinze-Frauen z.B. brauchten 5 Jahre, bis das Bundesarbeitsgericht positiv entschied. Das widerlegt schlagend das gängige Vorurteil, Frauen seien sprunghaft, impulsiv und nicht durchsetzungsfähig. Vielmehr zeigt sich eine so tiefgehende, existentielle Identifizierung mit den Zielen, daß die Frauen auch jahrelange, oft zermürbende Auseinandersetzungen auf sich nehmen, ohne nachzulassen. Das war nur möglich durch intensiven Zusammenhalt und ständige gegenseitige Ermutigung.

Zwei politisch sehr brisante Entscheidungen — die Wiederbelebung des Internationalen Frauentages und die positive Erwähnung des Krefelder Appells — wurden getroffen, weil sich die Frauen auch unter großem Druck nicht einschüchtern ließen, nicht taktierten, sondern sich der Auseinandersetzung stellten. Weder das Schreckgespenst angeblicher kommunistischer Unterwanderung noch der Vorwurf der Einseitigkeit bzw. Unausgewogenheit konnte sie beeindrucken. Der Internationale Frauentag — in den 70er Jahren zunächst vereinzelt wieder aufgegriffen — wurde zum Kristallisationspunkt weiblicher Selbstverständigung über die eigene Geschichte und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Als 1980 — anläßlich der 70. Wiederkehr — eine Menge Frauentagsveranstaltungen im Gewerkschaftsbereich geplant wurden, beschloß der DGB-Bundesvorstand plötzlich, die Durchführung von oder die Beteiligung an Veranstaltungen zum 8. März seien nicht mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft vereinbar (da der Internationale Frauentag eine kommunistische Tradition habe). Trotzdem fanden in den Einzelgewerkschaften viele Veranstaltungen statt. Im Herbst beschloß der 13. ordentliche Gewerkschafts-

tag der IG Metall (bei 8,8% weiblichen Delegierten), den 8. März jährlich zu begehen; im Dezember 1980 revidierte der Bundesvorstand seinen Beschluß, und 1981 beschloß auch die DGB-Bundesfrauenkonferenz, den 8. März zu fördern.

Die Heftigkeit der Debatte auf der 11. Frauenkonferenz der IG Metall im September 1982 über den im Grunde genommen harmlosen Satz eines Antrags: »Die Delegierten begrüßen alle Initiativen für Frieden und Abrüstung ... so z.B. den 'Krefelder Appell'«, ist überhaupt nur zu begreifen vor dem Hintergrund der Distanzierung maßgeblicher Teile der Gewerkschaftsführungen von der Friedensbewegung und ihren Massenaktionen, während immer größere Teile der Mitgliedschaft und auch der Funktionäre »als Privatpersonen« daran teilnahmen. Die Frauenkonferenz als die erste der Personengruppenkonferenzen vor dem Gewerkschaftstag hatte eine ganz wichtige Schrittmacherfunktion, um die Gewerkschaftsvorstände aus ihrer geradezu peinlichen Isolation in dieser existentiellen Frage herauszuholen. Mit der großen erfolgreichen Frauenfriedensdemonstration während der Konferenz hat die Frauenpolitik einmal mehr ihre mobilisierende Kraft bewiesen, und sie hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die Gewerkschaften 1983 dann endlich ihre Mitglieder offiziell zur Teilnahme am Ostermarsch und an der Friedenswoche im Oktober aufriefen sowie die eigenen Friedensaktivitäten erheblich verstärkten.

Wenn die Frauen sich hier gegen Begrenzung und Berührungängste entschieden, dann hat das möglicherweise auch mit einer so starken existentiellen Betroffenheit zu tun, daß das taktische Macht- und Blockdenken, die Abschreckungsphilosophie nicht mehr beeindruckt. Es ist vielleicht weniger eine besondere Friedfertigkeit von Frauen, als vielmehr die historische Erfahrung, daß Frauen immer am meisten unter Aufrüstung und Krieg gelitten haben und die heutige Erfahrung, daß der Sozialabbau zugunsten der Rüstung Frauen am härtesten trifft. — Hervorzuheben ist nicht zuletzt die Ideenvielfalt und Kreativität in den Aktionsformen, die sich auch in der engen Verbindung von Kulturarbeit und gewerkschaftspolitischen Aktionen ausdrückt und das Maß der emotionalen Beteiligung deutlich macht.

Faßt man/frau diese Überlegungen und Beobachtungen zusammen, so stellt sich die Frage, ob der weit über den zahlenmäßigen Einfluß hinausgehende Erfolg der Frauenpolitik nicht darin begründet liegt, daß in ihr schon Ansätze einer neuen politischen Kultur, von solidarischeren zwischenmenschlichen Beziehungen sichtbar und erfahrbar werden. Es scheint, daß individueller Erfolg, persönliche Eitelkeit und Konkurrenzverhalten eine geringere Rolle spielen, als dies sonst im politischen Tagesgeschäft der Fall ist. Gerade darin ist wohl die Überzeugungs- und Anziehungskraft der Frauenpolitik zu suchen, die viele ermutigt hat, überhaupt zum erstenmal in ihrem Leben ihre Interessen zu formulieren und aktiv zu vertreten.

Damit sind sowohl die traditionellen Vorurteile gegenüber Frauen widerlegt (was aber nicht heißt, daß sie auch verschwunden wären) als auch die Kritik aus dem Bereich feministisch-autonomer Frauengruppen, die Gewerkschaftsfrauen immer wieder als angepaßt, bürokratisch und hoffnungslos patriarchalisch bevormundet hingestellt haben.

Dennoch besteht kein Grund zur Euphorie: Noch ist das Neue längst nicht unumkehrbar verankert. Zum einen drohen Gefahren im politisch-ökonomischen Bereich. Staatlich geförderte und politisch forcierte Rationalisierung in den Unternehmen und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst bedrohen weitere Hunderttausende von Frauenarbeitsplätzen (Männerarbeitsplätze natürlich auch). Beispielsweise sind 600 000 Arbeitskräfte von Montageautomation betroffen, davon die Hälfte Frauen. Ein frei programmierbarer Bestückungsautomat in der Elektroindustrie ersetzt ca. 30 Montagearbeiterinnen. Ca. 2,4 bis 2,7 Millionen Arbeitsplätze werden bis 1990 durch den Einsatz von automatischer Textverarbeitung und neue Informations- und Kommunikationssysteme gefährdet, auch hier überwiegend Frauenarbeitsplätze. Mit der angestrebten flächendeckenden Verkabelung wird ein Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich, in den Verwaltungen und im Handel vorbereitet — Betroffene: vor allem weibliche Angestellte. Werden all diese Projekte ungehindert realisiert, droht der gewerkschaftlichen Frauenpolitik die Mitgliederbasis zu verschwinden — Arbeitslose und vereinzelt Heimarbeiterinnen am Computer sind kaum gewerkschaftlich zu organisieren, geschweige denn für Aktionen zu mobilisieren.

Auch die ideologische Großoffensive von rechts von »neuer Mütterlichkeit« über die »Doppelverdiener«-Ideologie bis zu neuen Elite-Theorien ist nicht zu vernachlässigen, zumal ihr durch verschärfte Sozialabbau und (Des-)Orientierung auf mehr Teilzeitarbeit, »Arbeitszeitflexibilisierung«, Computer-Heimarbeit u.ä. Nachdruck verliehen wird.

Mit der Friedensbewegung insgesamt haben auch die Gewerkschaftsfrauen durch die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen eine Niederlage erlitten, die sich zur Zeit in weitgehender Ratlosigkeit auswirkt. Ebenso schwerwiegend ist der praktisch ungebremste Sozialabbau, wobei der Widerstand dagegen — im Gegensatz zu den vielfältigen und massenhaften Friedensaktionen — sehr spät kam und relativ gering war. Schließlich ist auch innerhalb der Gewerkschaften mit der Verabschiedung fortschrittlicher Beschlüsse für die Frauenpolitik noch nicht alles »gelaufen«. Nach wie vor gibt es starke Vorurteile gegenüber Frauen; nach wie vor gibt es Kräfte, die die Frauenpolitik lieber auf ihren »eigentlichen« Bereich, nämlich eng frauenspezifische Themen beschränkt sähen, und es gibt natürlich auch Frauen, die sich mit dieser Rolle zufrieden geben. Daß die Kandidatin der Mehrheit der IG Metall-Frauen auf dem Gewerkschaftstag 1983 die Wahl in den Vorstand knapp verfehlte, hat nicht gerade zur Ermutigung beigetragen (obwohl 51% der Stimmen bei nur 10,2% weiblichen Delegierten wahrhaft kein schlechtes Ergebnis sind). So verständlich Mut- und Ratlosigkeit angesichts dieser Bilanz sind — der Handlungsbedarf wächst von Tag zu Tag; es muß weitergearbeitet werden. Rückschläge und Niederlagen müssen unter Zurückstellung momentaner Frustration nüchtern analysiert werden, um daraus für die Zukunft zu lernen. Bleibende Erfolge und Anknüpfungspunkte für die weitere Arbeit müssen herausgearbeitet werden.

Aus dem oben Gesagten leiten sich vier Schwerpunkte für die gewerkschaftliche Arbeit ab, die engstens miteinander verknüpft sind und nur zusammen verwirklicht werden können:

- die 35-Stunden-Woche bei vollem Einkommensausgleich,
- die Verhinderung der negativen Auswirkungen von Rationalisierung und neuen Technologien auf Arbeitsplätze, Arbeits- und Lebensbedingungen,
- die Bekämpfung des Sozialabbaus,
- Frieden und Abrüstung.

Keiner dieser Punkte ist ein frauenspezifischer, aber alle würden bei ihrer Verwirklichung über die allgemeinpolitische Bedeutung hinaus frauenspezifische Benachteiligungen abbauen helfen. Jetzt gilt es, die bisherigen positiven Aktionserfahrungen aufzugreifen und für diese Ziele nutzbar zu machen. D.h. es müssen mobilisierende Aktionsprogramme entwickelt werden, die die objektive existentielle Betroffenheit in allen diesen Punkten subjektiv erfahrbar machen. Viel ist hierfür schon geleistet worden, und die Kampagne für die 35-Stunden-Woche liefert ständig neue Beispiele. Für Frauen ist die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung auf 35 und weniger Stunden in der Woche aufgrund ihrer ständigen Überlastung durch Beruf und Familie, aber auch durch die häufig besonders belastende, monotone und intensive Arbeit und die hohe Arbeitslosigkeit völlig klar.

Um diesem Kampf die notwendige Schubkraft zu verleihen, muß er für die/den einzelne(n) eingeordnet werden in das Gesamtkonzept einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (was beschlußmäßig weitgehend vorhanden ist, für das konkrete Handeln aber noch zu wenig bestimmend), um konkret deutlich zu machen,

- daß die Arbeitszeitverkürzung nicht nur notwendig, sondern möglich, wirksam und überhaupt der erste Schritt auf dem Ausweg aus der Krise ist;
- daß es sich nicht um eine Mangel-, sondern um eine Überflußkrise handelt — dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung: Wer an Mangel glaubt, wird Alternativen weder für möglich noch für berechtigt halten und sich folglich auch nicht oder nur halbherzig engagieren;
- daß die von Unternehmern und Politikern behaupteten politischen, ökonomischen und technologischen Sachzwänge Schutzbehauptungen zur Herrschaftssicherung sind;
- daß es neben der Arbeitszeitverkürzung auch im Bereich Rationalisierung und neuer Technologien, in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik realistische Alternativen gibt,

wenn in solidarischen Massenaktionen die Verfügungsgewalt der Unternehmer eingeschränkt, die reaktionäre Politik bekämpft und der Rüstungshaushalt gesenkt wird.

Nur wenn das Konzept so greifbar ist, daß die/der einzelne sich mit den eigenen Wünschen, Hoffnungen, Sehnsüchten darin wiedererkennt, wird es handlungsbestimmend. In der Frage der Raketenstationierung ist dies gelungen, beim Sozialabbau noch nicht. Jetzt muß die Verknüpfung geleistet werden: der untrennbare Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung muß deutlich werden. Die (schon beschlossene) Forderung nach einer Senkung des Rüstungshaushalts um 10% jährlich könnte Kristallisationspunkt für die Verbindung der sozialpolitischen Forderungen mit der Abrüstung werden. Zusammen mit der Beteiligung an einer konsultativen Volksbefragung über die

Raketenstationierung könnte dies ein Weg sein, die Stagnation der Friedensbewegung zu überwinden, ihr durch gewerkschaftliche Initiativen neue Impulse zu geben und die gewaltige Massenmobilisierung wiederzubeleben.

Die gewerkschaftliche Frauenpolitik könnte hierbei eine wichtige vorwärtstreibende Rolle übernehmen. Was mit der DGB-Frauendemonstration gegen den Sozialabbau im September 1983 begonnen wurde, könnte durch vielfältige örtliche und regionale Aktionen aufgegriffen, vertieft und schließlich wieder in zentralen Aktionen zusammengeführt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist die Füllung der Überschriften »alternative Wirtschaftspolitik«, »qualitatives Wachstum«, »menschengerechte Arbeit«, »soziale Technikgestaltung« usw. mit konkreten Inhalten im Sinne von Aktionsprogrammen. Obwohl sich gewerkschaftliche Frauenarbeit auch bisher schon mit Rationalisierung und neuen Technologien beschäftigt hat, blieben Themen wie alternative Technikgestaltung und -einsatzmöglichkeiten, alternative Produkte (sowohl als Alternative für Rüstungsbetriebe wie für Krisenbranchen, strukturschwache Gebiete und zur Förderung qualitativen Wachstums) oder alternative Wirtschaftspolitik, sofern sie überhaupt behandelt wurden, Männerdomänen. Hier müssen sich Frauen schleunigst einschalten. Sie brauchen dazu nicht erst EDV- oder Wirtschaftsfachfrauen zu werden — eine Befürchtung, die sicher bislang viele davor hat zurückschrecken lassen. Gebraucht werden selbstbewusste, phantasievolle Frauen (und daß solche vorhanden sind, hat die Vergangenheit bewiesen), die ohne geistige Scheuklappen, ohne Denktabus und »Sachzwänge« ihre Bedürfnisse und Ansprüche an die Arbeits- und Lebensbedingungen von morgen entwickeln und formulieren, die die Frage stellen, was in ihrem Interesse wünschenswert für Art und Inhalt von Arbeit und Freizeit ist, wie eine menschenfreundliche, sinnvolle Nutzung von Wissenschaft und Technik aussehen kann, welche Art von Bildung und Ausbildung zur Heranbildung von selbständig entscheidenden, kreativen Persönlichkeiten notwendig ist, welche gesellschaftlichen Einrichtungen wünschenswert, welche Beteiligungs-, Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten in Betrieb und Gesellschaft notwendig sind usw. Punktuell werden diese Fragen an vielen Stellen in Gewerkschaft und Betrieb schon diskutiert. Darüber hinaus hat der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall einen Antrag beschlossen, der die Umsetzung der gewerkschaftlichen Grundsatzbeschlüsse »zur Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu einer Zukunftsperspektive« fordert, »die auf die Entwicklungsbedingungen und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisenprobleme eine konkrete, demokratische und soziale Antwort gibt« (Antrag 72). In diese Diskussionen müssen sich Frauen auf allen Ebenen der Organisation einbringen bzw. sie initiieren. Die Schreckvision des Orwell-Staates, der verödeten Welt vereinzelter, kontrollierter, manipulierter Computerbediener/innen ist nur zu verhindern, wenn dem eine konkrete Utopie einer menschenwürdigen Nutzung der neuen Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft entgegengestellt wird, die der/dem einzelnen erstrebenswert und realistisch erscheint.

Wenn die Stärke der Frauen bislang in ihrem unmittelbaren, persönlich-emotionalen Engagement, ihrem Mut, ihrer Beharrlichkeit und ihrer Phantasie

lag, dann brauchen wir genau diese Fähigkeiten, um Denkbarrieren, Angst und Kleingläubigkeit zu überwinden und uns klarzumachen — inmitten der ökonomischen, sozialen und politischen Misere, inmitten einer Welt voll mörderischer Kriege und noch verbrecherischerer Kriegsplanungen, von Hunger, Elend und Unwissenheit: Objektiv sind die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß Überfluß herrschen könnte, daß alle unsere Forderungen und Wünsche erfüllt werden könnten. Dies denkbar, vorstellbar, in Aktion umsetzbar zu machen — darin liegt die Aufgabe der Gewerkschaften (und aller anderen fortschrittlichen Kräfte) im allgemeinen, aber der gewerkschaftlichen Frauenpolitik im besonderen.



Westeuropäische Gewerkschaften

Krisenverarbeitung in Frankreich, Italien, Japan und BRD

Albers, Moynot, Trentin u.a.

Argument-Sonderband AS 85, 1982

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Deutsche Arbeiterbewegung  
vor dem Faschismus

Weltwirtschaftskrise u. Gewerkschaften.  
RGO-Politik. Wirtschaftsdemokratie.  
Arbeiterkulturbewegung.

Argument-Sonderband AS 74, 1981

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Theodor Bergmann

## August Thalheimers Beitrag zur Theorie und Strategie des Marxismus

Der 100. Geburtstag von August Thalheimer gibt Gelegenheit, der Beiträge zu gedenken, die dieser marxistische Philosoph und kritische Kommunist zur Theorie des Marxismus und zur Strategie des Kommunismus geleistet hat. Dabei ist es unmöglich, die gesamte Breite seiner Arbeiten darzulegen oder gar zu analysieren. Vielmehr können nur wenige ausgewählte Haupt- und Grundthemen behandelt werden, die noch und gerade heute von aktuellem Interesse für Marxisten sind, so die Analysen über Faschismus, bürgerliche Demokratie und antifaschistische Strategie, die Beurteilung der Sowjetunion, die Haltung gegenüber dem Krieg. Seine wichtigen Arbeiten zur Philosophie und Ästhetik müssen aus Raumgründen unbeachtet bleiben und vielleicht später dargelegt werden.

### 1. Bürgerliche Demokratie und Faschismus

Thalheimers bekannteste Beiträge zur Theorie und Strategie der deutschen Arbeiterbewegung stellen seine Artikel über den Faschismus dar. Soweit sie den Nationalsozialismus in Deutschland betreffen, sind sie in zahlreichen Arbeiten nach dem zweiten Weltkrieg wiederaufgenommen worden.<sup>1</sup>

Ende 1928 führt die endgültige Wendung der KPD zum ultralinken Kurs zum Ausschluß der oppositionellen »Rechten« und zur Gründung der KPD-Opposition. In der aus einer intensiven Diskussion hervorgegangenen und von Thalheimer wesentlich mitgestalteten Plattform der KPD-O werden die allgemeinen Merkmale des Faschismus, die besonderen der deutschen Spielart, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit der bürgerlichen Demokratie und die innen- und außenpolitischen Ziele klar herausgearbeitet. So heißt es 1930 in der 3. Auflage der Plattform (1930) als Antwort auf Frage 51, die bürgerliche Demokratie kann aufgehoben werden

»auf konterrevolutionärem Wege, durch die Großbourgeoisie, durch den Staatsstreich, in dem der faschistische Staat an ihre Stelle gesetzt wird. Die Großbourgeoisie wendet sich infolgedessen in steigendem Maße von der bürgerlich-parlamentarischen Republik ab, entwickelt faschistische Tendenzen, bereitet die faschistische Konterrevolution ideologisch und organisatorisch vor.« (23)

Folgende »Ziele der faschistischen Konterrevolution« werden herausgearbeitet:

»Die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie. Dies schließt ein die Aufhebung der Parlamente oder ihre Verwandlung in bloße Scheinparlamente; die Aufhebung der Versammlungsfreiheit, des Vereinsrechts, des Streikrechts; die Vernichtung der parlamentarischen Parteien oder ihre Umwandlung in vollständig vom Faschismus abhängige Bestandteile; die Vernichtung der proletarischen Massenorganisationen, vor allem der vom Staat unabhängigen Gewerkschaften.

An die Stelle der bürgerlichen Demokratie setzt der Faschismus die offene Diktatur des faschistischen staatlichen Apparates; alle gesellschaftlichen Organisationen werden in rein bürokratische Organisationen verwandelt, deren Leitungen von oben ein- und abgesetzt werden.« (23/24)

Die weltpolitischen Absichten werden in Frage 41 analysiert:

»Kann der neue deutsche Imperialismus seine Ziele auf friedlichem Wege erreichen?«

Antwort: »Nein. Er gebraucht einstweilen friedlich-diplomatische Mittel, er propagiert die allgemeine Abrüstung, um die Gleichberechtigung zur Aufrüstung für sich zu erlangen, er spielt den Vorkämpfer der nationalen Minderheiten und der unterdrückten Nationen usw. Aber er kann mit der vollen Beseitigung des Versailler Vertrages, der vollen imperialistischen Aufrüstung, der aktiven Teilnahme an einer neuen imperialistischen Weltverteilung nur rechnen im Gefolge eines neuen imperialistischen Krieges. Der neue deutsche Imperialismus bereitet sich für neuen imperialistischen Krieg vor.« (19)

Die wichtigsten innen- und außenpolitischen Ziele, Methoden und Instrumente des Nationalsozialismus sind hier im voraus beschrieben; niemand kann behaupten, man habe das nicht wissen können.

Die beiden großen Arbeiterparteien gaben sich vor und nach 1933 der Illusion hin, mit den »demokratischen Teilen des deutschen Kapitalismus« gegen Hitler kämpfen zu können. Demgegenüber werden nicht einige besonders reaktionäre Gruppen, sondern die deutsche Großbourgeoisie als Klasse als die entscheidende Kraft erkannt, die zuerst die inneren wirtschaftlichen und politischen Probleme auf faschistischem Wege lösen lassen will, um danach ihre weltpolitischen Großmachtvorstellungen ohne innere Opposition, also mit geballter Kraft zu realisieren.

SPD und KPD begnügten sich statt gründlicher Analyse mit Scheinthorien und Mißverständnissen und verkannten dabei die Größe der Gefahr. Die SPD verwies auf das höhere Kulturniveau Deutschlands gegenüber Italien und schließlich in ihrer politischen Hilflosigkeit auf den Feldmarschall Hindenburg, der als Reichspräsident keinen Unteroffizier zum Reichskanzler ernennen würde. Thalheimer begründete argumentativ, warum der Faschismus in Deutschland viel brutaler, barbarischer, aggressiver sein würde als in Italien (vgl.: *Der Faschismus 1973/1981*, 212-218)! — Die KPD setzte in verbalem Radikalismus bürgerliche Demokratie mit Faschismus gleich, aber auch Sozialdemokratie und Nazis, und blockierte damit jedes Verständnis der Entwicklung und eine erfolgreiche Widerstandsstrategie. Thalheimer wies demgegenüber sowohl die gemeinsamen Merkmale wie die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Hauptformen kapitalistischer Klassenherrschaft nach: Die Arbeiterklasse mußte die bürgerliche Demokratie als den für sie günstigeren Kampfboden verteidigen, aber zugleich über diese zur Räterepublik hinauszukommen versuchen. Aus der bürgerlichen Demokratie war und ist zwar ein Übergang zur faschistischen Diktatur — eine Machtübergabe — möglich. Diese aber ist ein dialektischer Wendepunkt, den man durch Verwischung der Unterschiede verkennt.

Besonders katastrophal wirkte sich die von der KPD gepflegte Sozialfaschismus-»Theorie« aus, die die SPD und die Massen der von ihr geführten organisierten Arbeiterschaft zu Helfershelfern der Faschisten erklärte. Diese führte direkt zur Beschränkung auf eine »Einheitsfront von unten«, womit die Einheitsfrontstrategie zur Farce, zum leeren Schlagwort gemacht wurde. In mehreren Artikeln legte Thalheimer den wirklichen Sinn dieser Strategie dar, die von der Grundtatsache auszugehen hatte, daß die SPD die Mehrheit der Arbeiterklasse führte und daß man den Faschismus nur gemeinsam mit dieser Mehrheit besiegen und damit die Katastrophe verhindern konnte (vgl. Thalhei-

mer 1930, in: *Der Faschismus 1973/1981*). Die Dialektik dieser Strategie ließ sich zum Teil aus der neuesten Geschichte ableiten: Einheit auf der Basis eines ideologischen Kompromisses vor 1914<sup>2</sup> — Anerkennung der historischen Spaltung von 1914 mit ihren organisatorischen Folgen — Wiedergewinnung der Einheit im Kampf gegen gemeinsame Klassenfeinde — schließlich aus der gemeinsamen Kampferfahrung Wiederherstellung der politischen Einheit auf höherer Bewußtseinssebene.

Aus dieser notwendig skizzenhaften Zusammenfassung der wichtigsten deutschen Faschismustheorie ergeben sich wesentliche Erkenntnisse.

1. Der Faschismus ist ein internationales Phänomen der spätkapitalistischen Gesellschaft in ihrer Krise, das auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie entstehen und zur Macht gebracht werden kann.

2. Mit einer selbständigen marxistischen Analyse ließ sich der Nationalsozialismus verstehen und »voraussehen«. Damit ist einerseits der prognostische Wert eines lebendigen Marxismus nachgewiesen. Zum anderen wird deutlich, daß der Faschismus nicht rätselhafter Zufall war, sondern erklärbar, voraussehbar, abwendbar war, aufhaltsam durch eine adäquate Strategie der Arbeiterbewegung.

3. Die Machtübertragung an die Hitlergardien war eine Klassenentscheidung, die Deutschland noch deutlicher in zwei große Lager schied, keine Entscheidung des »Volkes«. Daher war die These der Siegermächte von 1945 von der Kollektivschuld abzulehnen.

4. Ebenso ist die Totalitarismus-These zu verwerfen, die erst den »Radikalismus von rechts und links« gleichsetzte und schließlich fand, daß die nazistische Endlösung der Judenfrage humaner gewesen sei als die Handlungen der Sowjetunion.<sup>3</sup>

## 2. Die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien — Inhalt des Internationalismus

Internationalismus war für Marxisten seit den historischen Worten des kommunistischen Manifests von 1848 eine selbstverständliche Grundhaltung. Der offene Verzicht darauf führte unvermeidlich zur tiefen Spaltung der Arbeiterbewegung. Aber dieser Begriff hat seinen Inhalt immer wieder gewandelt und konnte keineswegs automatisch zu ständig gleichen Handlungsanweisungen führen.<sup>4</sup> Kritische Wendepunkte waren die Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen (Millerandismus), der erste Weltkrieg, aber auch die Entstehung von kommunistisch regierten Staaten. Diese mußten zur Zerteilung der neuen kommunistischen Weltbewegung führen in Parteien an der Macht und in andere, die die Macht noch erobern mußten. Aber auch die Einstellung kommunistischer Regierungen zu nicht regierenden Bruderparteien war häufigen Änderungen unterworfen, die ihrerseits mit der revolutionären Leistung der um die Macht ringenden Parteien zusammenhing und mit den diesbezüglichen Erwartungen der regierenden Parteien. Auf (sehr) weite Sicht konnten die gemeinsamen Zielsetzungen identisch definiert werden: Erhaltung der Sowjetmacht, Sieg der anderen Parteien in der Revolution. Kurzfristig dagegen waren unterschiedliche Interessen, Zugänge, Strategien selbstverständ-

lich. Die sich aus diesen Faktoren und Interessenlagen ergebenden Veränderungen in den Beziehungen der Teile der kommunistischen Bewegung können hier nicht nachgezeichnet werden.

Thalheimer folgte in dieser Frage der Tradition von Rosa Luxemburg<sup>5</sup>, die die Oktoberrevolution begeistert begrüßte, zugleich ihr erkennbare Mängel offen kritisierte und verdeutlichte, daß das sowjetische Modell sozialen Wandels für die anders strukturierte sozialistische Bewegung hochentwickelter Industrieländer nicht nachzuahmen sei. Eine ähnliche Relativierung findet sich übrigens bei Lenin (1920). In der »Plattform« (1930) werden die Faktoren der nun negativen Wirkung der KPSU auf die Komintern dargelegt:

1. Die Aufgaben des Aufbaus in der SU und der Revolution in den übrigen Parteien werden immer unterschiedlicher. Die Leitung der KI ist nicht mehr fähig, die internationalen Aufgaben zu lösen: »Sie sind überhaupt nicht mehr durch eine einzige Partei zu lösen.« (74)

2. Die international erfahrenen Führer werden durch unerfahrene Diener ersetzt. Die russischen Fraktionskämpfe werden internationalisiert und die KI für die bürokratische Auslese der »gehorsamen Dummköpfe« (ein Wort Lenins) für die außerrussischen Parteiführungen mißbraucht.

3. Die Disziplin aus Vertrauen und Überzeugung wird durch mechanische Disziplin, Kadavergehorsam ersetzt; die Autorität der russischen Revolution wird mißbraucht.

4. Die Parteiapparate werden materiell von Moskau abhängig.

5. Kritik von unten nach oben, Kontrolle der Führung durch die Mitglieder, Mitbestimmung der Parteien in der Internationale, Selbstbestimmung der Parteien werden abgeschafft.

Daraus ergab sich die Forderung nach einer Reform der KI:

1. »Das Monopol der KPSU in der KI ist ein Hemmnis geworden, ist überholt. Es muß fallen. Die KPSU kann nicht mehr die alleinige Führerin der KI sein, sondern nur noch die Erste unter Gleichen ... Nicht weniger gebührt ihr, nicht mehr ist mit der Erhaltung und dem Fortschritt der internationalen kommunistischen Bewegung vereinbar.

2. Die Führung der Kommunistischen Internationale muß eine wirklich kollektive internationale Führung werden ...

3. Die Fragen der KPSU müssen in der Internationale diskutiert werden.« (Plattform 1930, 75)

Diese Haltung zur KI im Jahre 1929 war sehr weitsichtig. Sie war getragen von einer weitgehenden Anerkennung der positiven Aufbauleistungen und von einer relativ zurückhaltenden Kritik an den inneren Verhältnissen der SU, von »einsichtiger Bewunderung«. Der sozialistische Charakter der SU wurde nicht bezweifelt.

Aber seit 1924 befand sich das politische System in einem Wandlungsprozeß, in einer Verhärtung und sozialen Verfestigung, deren Ausmaß von außen schwer zu erkennen war. Am schwierigsten war anfangs, die Moskauer Prozesse von 1936-38, die große »Säuberung« zu verstehen, zumal wegen der veröffentlichten Geständnisse der führenden alten Bolschewiki, in denen sie sich selbst und ihre Kampfgefährten der absurdesten Verbrechen gegen ihre eigene Revolution beschuldigten. Es dauerte einige Monate nach der ersten Moskauer Prozeß-Serie und bedurfte einiger handfester Beweise, bis Thalheimer seine Verurteilung der Prozesse und ihrer Methoden formulieren konnte.

Thalheimer erklärt die ungeheuren Spannungen in der SU aus dem Widerspruch zwischen

»der breiten Masse der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Klassen, (die) auf Grund des Aufbaus des Sozialismus ... kulturell und politisch gewachsen (sind, und) großen Teilen des Partei- und Sowjetapparates (die) stehengeblieben (sind) oder ... sich rückentwickelt haben oder entartet sind ... Hat einerseits Stalin den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion geleitet und insoweit unzweifelhaft eine progressive Rolle gespielt, wenn ihr auch in der besten Zeit negative Momente anhafteten, so hat er gleichzeitig das bürokratische Regime in der Partei und im Sowjetapparat planmäßig gefördert, begünstigt, ausgebaut und auf die Spitze getrieben. Die positiven Seiten der Stalinschen Leistungen sind mehr und mehr verdrängt und überwuchert worden durch diese ihre negativen Seiten. Diese sind jetzt vorherrschend.« (Thalheimer 1938, in: Bergmann 1978, 118-123)

Er definiert »Stalin und seine *Clique*« nicht als »eine besondere gesellschaftliche Klasse«. Dieser Kreis müsse von der Führung von Partei und Staat entfernt werden:

»Dieser historisch notwendige Prozeß kann sich in der Sowjetunion als einem Staate, in dem die Arbeiterklasse herrscht, und der Sozialismus durchgeführt wird, auf dem Wege der *Evolution* vollziehen, es bedarf dazu keiner neuen Revolution, das heißt nicht der gewaltsamen Beseitigung der in der Sowjetunion herrschenden Klasse durch eine andere Klasse ...« (ebd.)

Die Klassenanalyse der Sowjetunion beschäftigte Thalheimer immer wieder. In einer grundlegenden Arbeit von 1946 lehnt er die Begriffe Staatskapitalismus und Imperialismus als nicht zutreffend ab, spricht dagegen von Staatssozialismus und vom »Bedürfnis nach sozialistischer Ausdehnung der SU«. Diese wird aber im folgenden einer eingehenden Kritik unterzogen, u.a. weil sie »dem spanischen Bürgerkrieg ... durch seine Unterordnung unter die außenpolitischen vermeintlichen oder wirklichen Bedürfnisse der Sowjetunion das Rückgrat gebrochen« hat (22-23):

»Unsere Kritik geht dagegen aus vom Standpunkt der Demokratie der Werktätigen und des sozialistischen Internationalismus, der zugleich der Standpunkt des wirklichen Kommunismus ist, und der die lokalen sozialistischen Interessen vom Gesichtspunkt des revolutionären Gesamtinteresses aus einsetzt und behandelt. Die Stalinsche Methode der sozialistischen Ausdehnung schädigt und gefährdet nicht nur die sozialistische Ausdehnung, sondern auch den Bestand des Sowjetstaates selbst. Sie ruft in den werktätigen Klassen der Länder, die diesen Methoden unterworfen sind, das mit Füßen getretene nationale Selbstgefühl wie die Gewohnheiten der proletarischen Demokratie gegen sich auf. Sie arbeitet so den inneren und äußeren konterrevolutionären Kräften in die Hände. Sie sät den Wind der konterrevolutionären Intervention, des konterrevolutionären Krieges gegen sich selbst, und wenn nicht rechtzeitig eine Änderung dieser Methode erfolgt, so wird sie den Sturm des dritten Weltkrieges auf ihr eigenes Haupt herabbeschwören, und zwar unter den für sie und den internationalen Sozialismus ungünstigsten Bedingungen.« (22)

Das alles wurde 1946 gesagt, als die offiziellen kommunistischen Parteien den begonnenen Kalten Krieg der westlichen Allianzpartner noch totschweigen wollten und die Folgen sowjetischer Besatzungspolitik in Osteuropa bis zur Grenze der deutschen Westzonen nicht begriffen.

In einem Fragment gebliebenen letzten Versuch hat sich Thalheimer kurz

vor seinem Tode nochmals grundsätzlich mit dem Charakter der Sowjetunion befaßt (Thalheimer 1972). Um die Rolle der Kunst und ihre bürokratische Verkrüppelung zu verstehen, untersucht er erneut die Entwicklung der Klassen in der SU. Er sieht die positiven Aspekte der sozialen Transformation, die Abschaffung der Arbeiterklasse, die Annäherung der Arbeiter- und Bauernklassen, den Abbau ihrer Rolle als Klassen *an sich* (wie sie objektiv in ihrem Verhältnis zu anderen Klassen existieren). Als Klasse *für sich*, die entsprechend ihrem Bewußtsein kollektiv handelt, ist die Arbeiterklasse jedoch verschwunden:

»Alle ihre Organisationen: Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften, Partei usw. sind ihr entfremdet, sind aus Mitteln ihrer Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit zu Mitteln der Fremdbestimmung und der Befohlenen, erzwungenen Tätigkeit von oben und außen geworden ... Und es bedarf keines besonders tiefen Nachdenkens, um zu finden, daß die Atomisierung der Arbeiterklasse und die Verselbständigung der Regierungsmaschine ihr gegenüber in Wechselwirkung stehen, wobei aber die Initiative von der Regierungsmaschine ausgeht. Ähnliches gilt von den Kollektivbauern.« (73-74)

Sehr scharfsinnig wird der Zustand analysiert, der nicht zur klassenlosen Gesellschaft im marxistischen Sinne geführt hat, obwohl einige Vorbedingungen in bezug auf die Liquidierung der alten Ordnung erfüllt seien. Die positiven Bedingungen seien jedoch abgebaut oder vernichtet worden. Die inneren Widersprüche müssen sich auf Kunst und Literatur auswirken, die in der demokratischen Periode aufblühten, danach aber immer stärker reglementiert wurden. Die Aufgabe aller großen Kunst, gesellschaftlicher Entdecker und Pionier zu sein, sei so unmöglich zu erfüllen.

Thalheimers Position gegenüber der Sowjetunion ist von verschiedenen Seiten kritisiert worden. Sie war eine der Ursachen der gelegentlich heftigen Kontroversen mit Trotzki (vgl. u.a. Deutscher 1963, Bd.III, 51 und Trotzki 1971). Kritiker nach 1968 fanden Thalheimers Kritik nicht gründlich genug in ihrer Diagnose und nicht radikal genug in ihrer Therapie. Manche sehen auch die Mängel und Irrtümer der Stalin-Ära schon bei Lenin angelegt und als unausweichliche Folgen von dessen Organisationsprinzipien und Methoden. — Die Frage kann hier nicht erschöpfend behandelt werden. Aber folgende Punkte sind zu bedenken.

1. Die Zurückführung auf Lenin ist ebenso als mechanistische Geschichtsauffassung abzulehnen, wie die tautologischen Erklärungen, daß der »Stalinismus« aus diesem oder jenem Grunde eine historische Notwendigkeit gewesen sei. Wenn man behauptet, die Entwicklungen der Stalin-Ära seien 1917 unabänderlich angelegt worden, negiert man völlig politische Entscheidungen und Handlungen von Menschen und sozialen Gruppen und ignoriert die möglichen politischen und personellen Alternativen, die in jeder Phase erscheinen, aber meist liquidiert werden.

2. Die Brutalität der Moskauer Prozesse und die extreme Deformation der Sowjetunion durch den Stalinismus waren für jeden normalen Menschen ein Schock und 1924 oder 1928 unvorhersehbar.

3. Die Masse der Linken, bis weit hinein ins sozialdemokratische Lager, weigerte sich bis Kriegsende, Stalins Verbrechen zu denunzieren und zu verurteilen, zum Teil wegen der erhofften und dann realisierten Zusammenarbeit gegen die Achsenmächte.<sup>6</sup>

4. Die Generation deutscher und internationaler Kommunisten, die die Oktoberrevolution und die von ihr ausgelöste Begeisterung erlebt hatte, hatte große Schwierigkeiten, auf kritische Distanz zur SU zu gehen. Wäre Thalheimer weiter gegangen in seiner Kritik, hätten viele KPDO-Anhänger ihm damals nicht folgen können.

5. Neben seiner Kritik hat Thalheimer auch die Grenzen der Kritik abgesteckt. Das Imperialismus-Etikett wird abgelehnt; er spricht von Staatssozialismus, kritisiert die Atomisierung der Arbeiterklasse und sucht nach den Möglichkeiten reformierender, systemimmanenter Evolution.

Die jahrzehntelange Debatte *im* Kommunismus, von Rosa Luxemburg begonnen, von August Thalheimer und vielen anderen kritischen Kommunisten bis heute fortgesetzt, widerlegt einige Glaubenssätze der Gegner des Kommunismus wie auch der ängstlichen dogmatischen Kommunisten.

1. Bereits in den zwanziger Jahren gab es im Kommunismus Gegner des »Stalinismus«. Viele Kommunisten haben frühzeitig seine Fehler erkannt und sie kritisiert.

2. Stalinismus und Kommunismus sind nicht synonym. Ebenso wenig ist ein Kritiker der KPdSU per se ein Antikommunist. Der tatsächliche sowjetische Weg zum Sozialismus ist eher eine historisch erklärbare Deformation als das alleinige Modell.

3. Im Kommunismus gab und gibt es immer wieder politische und personelle Alternativen, Versuche der Erneuerung, Reform und Demokratisierung. Diese alternativen Denkrichtungen und Entwicklungsstrategien tragen dazu bei, die Schwierigkeiten des Aufbaus zu erkennen und zu überwinden, den Dialog zu erneuern und den Kommunismus wieder attraktiv zu machen.

4. Die Stalinsche Linie war nicht die einzig mögliche, sie war nur die vorübergehend siegreiche.

### 3. Stellung von Marxisten zum zweiten Weltkrieg

Im ersten Weltkrieg 1914-1918 war die Position der Marxisten relativ einfach zu definieren und konnte für alle kriegführenden Länder gleich lauten, da sie dem gleichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angehörten: revolutionärer Defaitismus, d.h. Arbeit für die Niederlage der eigenen Regierung und Ausnutzung der politischen Krise für den revolutionären Umsturz und die Machteroberung.

Angesichts des drohenden zweiten Weltkriegs war eine internationalistische Position viel schwieriger zu bestimmen und verständlich zu machen. Der revolutionäre Defaitismus konnte nun nur für die faschistischen Länder gelten. Für die westlichen bürgerlich-demokratischen Staaten galt es, den Widerstandswillen der Arbeiter gegen die faschistische Gefahr zu stärken und zugleich die Kompromißbereitschaft wichtiger Teile der Bourgeoisie anzuprangern, die Halbheiten und Klassenrücksichten bürgerlicher Kriegsführung gegen die faschistischen Achsenmächte zu kritisieren. Pazifismus in England und Frankreich, ebenso eine Hoffnung auf die Niederlage der eigenen Bourgeoisie gegen Hitler, konnte nicht akzeptiert werden, weil das den Nazis und Mussolini ihr Spiel erleichtert hätte.

Für die Sowjetunion schließlich galt es, alle Kräfte zur Verteidigung zu mobilisieren. Dabei sollten aber Internationalisten nach Thalheimers Meinung ihre Kritik an der Stalinschen Außen- und Innenpolitik nicht zurückstellen, sondern durchaus so öffentlich wie möglich vortragen. Verteidigung der Sowjetunion sollte für Sozialisten anderer Länder nicht bedeuten, jeden außenpolitischen Schritt der SU zu billigen oder zu beschönigen. Die kritiklose Unterstützung des Stalin-Hitler Paktes vom August 1939 etwa hat wesentlich zur Demoralisierung und Paralisierung der Kommunistischen Parteien und zur Desorientierung ihrer Mitglieder beigetragen. In seinen letzten Artikeln vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges glaubte Thalheimer nicht an ein dauerhaftes Bündnis der in ihrem Wesen gegensätzlichen Mächte Sowjetunion und Hitlerdeutschland. Vielmehr erwartete er wegen einer längerfristig — nicht auf Dauer — gemeinsamen Interessenlage ein Bündnis zwischen SU und Westmächten. Für den Fall der Bildung eines solchen klassenmäßig heterogenen Blocks arbeitete er eine marxistische politische Linie aus. In einem »gemischten Krieg« brauchte die Arbeiterbewegung eine Strategie, die den Krieg gegen die faschistischen Mächte förderte, die kapitalistische Rücksichtnahme auf die Faschisten entlarvte und bekämpfte und die Werktätigen dieser Länder zu Widerstand gegen die faschistische Gefahr und zur Revolution gegen die eigene Bourgeoisie ermutigte.

#### 4. Marxistische Analyse der Nachkriegssituation

Aus dem Klassencharakter der Herrschaftssysteme in Ost und West leitete Thalheimer in zwei Arbeiten vom Sommer 1945 und Anfang 1946 den langfristigen Zielkonflikt zwischen den Siegermächten des zweiten Weltkrieges ab — und das schon mitten in der Euphorie des gemeinsamen Sieges. Dieser Konflikt bedeutete die langfristige Teilung von Restdeutschland in zwei Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftssystemen, die Globalisierung der Blockbildung; das programmierte neue Spannungen und Interessenkonflikte und die Gefahr eines dritten Weltkrieges vor. Dennoch sah er einen Weltkrieg nicht als unvermeidlich an:

»Es gibt nur eine Möglichkeit, ihn zu vermeiden: wenn der Sozialismus durch die *innere* Entwicklung in einem oder mehreren entwickelten kapitalistischen Ländern ein solches Übergewicht der Macht erringen würde, daß für den amerikanischen Kapitalismus der Kampf gegen diese Übermacht nicht nur tatsächlich aussichtslos wäre, sondern auch klar so erscheinen würde. Man darf diese Möglichkeit nicht allzu hoch einschätzen, aber es ist die einzige, die da ist.« (24)

In den nach 1945 wieder aufgenommenen regelmäßigen Internationalen Übersichten hat Thalheimer die Klassenkräfte und die Weltpolitik bis zu seinem Tode marxistisch analysiert. Wichtig waren für ihn vor allem der Verlust der Weltmachtstellung Englands an die USA, die Unabhängigkeit Indiens (1947) und die zu erwartende Unabhängigkeit der Kolonialvölker, die gewachsene Machtsphäre der Sowjetunion, die Spannungen im sozialistischen Lager, die erfolgreiche jugoslawische Häresie (1948). Er sah die sozialistische Revolution als Lösung der sonst unlösbaren inneren und äußeren Probleme Restdeutschlands. Um den großen weltpolitischen Gegensatz SU-USA sinnvoll zu lösen, hielt er eine alternative Außenpolitik der SU für notwendig. Als Beispiel seiner

fortlaufenden Kritik und Selbstkritik zitieren wir seine Lehre aus dem Bruch zwischen der SU und Jugoslawien:

»Der Fall Jugoslawien ist für Sozialisten und Kommunisten jedenfalls der Beweis, daß dieses Verhältnis nicht das der brüderlichen Harmonie ist, das sie glaubten, auf Grund der gemeinsamen kommunistischen Grundsätze und Ziele voraussetzen zu können.« (Internationale Übersicht über Monat Juni, 2. Jahr, Nr.11, Juli 1948, 4; Zitiert nach Kaestner, 1982, 152)

## 5. Kritik und Selbstkritik

Hier geht es natürlich nicht um die vernichtende, schimpfende Kritik der KPD nach 1924 und wieder nach 1928 und nach 1945, von der wir uns jedes Beispiel ersparen. Linke Kritiker, die um kritisch-marxistisches Denken bemüht sind, meinen, Thalheimers Kritik an der Sowjetunion sei zu zögernd und rücksichtsvoll gewesen (vgl. z.B. Kaestner 1982). Trotzki (1971) hat ihm ähnliches in scharfem Ton angelastet.

Seinen großen Irrtum der »Offensivtheorie« hat er selbst eingestanden und korrigieren geholfen.<sup>7</sup> Der ihm angelastete »Fehler« von 1923 — die »verpaßte Revolution«<sup>8</sup> — war eindeutiges Konstrukt innerrussischer Fraktionskämpfe. Er hat diese Kritik klar widerlegt in Thalheimer 1931 c.

Andere Fehler lassen sich ex post in seinen Tagesartikeln und aktuellen Analysen nachweisen, so die Hoffnung auf eine herannahende Revolution in Deutschland (1945 und 1946). Aber welcher Revolutionär ist nicht mehrfach in seinem Leben von Ungeduld und Hoffnung getrieben und verführt worden! Die starken unter ihnen sind trotz Enttäuschungen und Niederlagen hoffende und kämpfende Revolutionäre geblieben.

## 6. Der Mensch und sein soziales Umfeld

Mit seinen Arbeiten hat Thalheimer versucht, der 11. Feuerbach-These von Marx nachzuleben:

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt aber darauf an, sie zu *verändern*.«

In der Vorkriegssozialdemokratie, im Spartakusbund (1915-18), in der KPD (1919-1928), in der KPDO (1929-1940) und der IVKO hat er theoretisch und praktisch unermüdlich seinen Beitrag geleistet zur Herausarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik. Das gleiche hatte er in der Programmkommission der Komintern bis zu seinem Ausschluß getan.

August Thalheimer wurde am 18. März 1884 hineingeboren in ein emanzipiertes jüdisches Elternhaus im Dorf Affaltrach, Oberamt Weinsberg. Sein Vater nahm nach der Übersiedlung in die Nähe von Stuttgart bald Kontakt zur württembergischen Sozialdemokratie auf; eine recht enge Freundschaft verband den alten Thalheimer mit den großen Linken des Schwabenlandes, Clara Zetkin, Fritz Westmeyer u.a. So wuchs August Thalheimer hinein in eine geistig und organisatorisch aufblühende Sozialdemokratie, die ihn für den Marxismus interessierte. Deutscher weist darauf hin, daß der Anschluß relativ vieler Juden an die aufstrebende Arbeiterbewegung in dieser Zeit kein Zufall ist:

»Im allgemeinen war der fortschrittliche oder revolutionäre Jude, der in den Grenzgebieten verschiedenartiger religiöser und nationaler Kulturen aufwuchs, sei es Spinoza oder Marx, Heine oder Freud, Rosa Luxemburg oder Trotzki, in besonderem Maße geneigt, in seinem Geist über

die religiösen und nationalen Schranken hinauszugehen und sich mit einer universalen Menschheitsauffassung zu identifizieren. Er bot daher auch in besonderem Maß Angriffsflächen, wenn religiöse Fanatismen oder nationalistische Gefühle einen Höhepunkt erreichten. Spinoza und Marx, Heine und Freud, Rosa Luxemburg und Trotzki, sie alle mußten über sich die Exkommunikation, das Exil, die moralische oder physische Ermordung ergehen lassen; und die Schriften aller wurden auf dem Scheiterhaufen verbrannt.« (1963, Bd.II, 254)

Auch Thalheimer starb in der Emigration.

Daneben gab es eine zweite, gleich wichtige Umfeld-Komponente: eine Arbeiterbewegung besonderer Prägung, geschaffen und getragen von hochqualifizierten, gut gebildeten schwäbischen Fabrikarbeitern, klassenbewußt, gewerkschaftlich und politisch organisiert, an Theorie und politischer Bildung lebhaft interessiert, radikal, links, aktiv, fähig zu demokratischer Willensbildung, ausgestaltet mit vielfältigen Bildungsaktivitäten. In dieser Bewegung wurde nicht diktiert, sondern diskutiert, kritisiert, offen um die richtige Linie gerungen. Hier und in der Schule der marxistischen Theoretiker (Luxemburg, Mehring) sammelte Thalheimer seine ersten Erfahrungen.

Die ersten Jahre der von ihm mitgegründeten KPD waren erregt, voll der Diskussionen, ebenso in der Komintern — eine heute schwer vorstellbare Atmosphäre der harten Debatte, der Kameradschaftlichkeit und Toleranz. So schreibt z.B. Lenin am 16.6.1921 (Briefe, VII, 279):

»An die Genossen Koenen, Thalheimer, Frölich  
Werte Genossen!

Ich habe die Abschrift Ihres Briefes an das Zentralkomitee unserer Partei bekommen. Danke sehr. Meine Antwort wurde von mir mündlich gestern gegeben. Ich benutze diese Gelegenheit um zu betonen, daß ich die von mir gebrauchten groben und unhöflichen Ausdrücke ausdrücklich zurückziehe und meine mündliche Bitte um Entschuldigung hiermit schriftlich wiederhole.

Mit kommunistischem Gruß Lenin.«

Diese Umwelt kontroverser marxistischer Debatte blieb auch in der KPDO erhalten, in der sich die politisch erfahrensten und theoretisch gebildetsten Funktionäre der KPD nach ihrem Ausschluß um die Jahreswende 1928/29 zusammenfanden. In dieser Luft konnte undogmatische, schöpferische marxistische Analyse entstehen und gedeihen. Viele der Mitstreiter Thalheimers haben daher einen wesentlichen Anteil an seinen theoretischen Arbeiten und ihrer Ausreifung und letzten Formulierung.

## 7. Die Rezeption Thalheimers

Die Warnungen der KPDO und die Analysen Thalheimers blieben 1933 ohne endgültigen Erfolg; sie prallten ab an den selbstzufriedenen Apparaten der SPD, der KPD und des ADGB, die sich der ideologischen und organisatorischen Beherrschung der deutschen Arbeiterklasse sicher waren, sich damit selbst beruhigten und die Katastrophe der kampflosen Niederlage verursachten. Mit seinen theoretischen Beiträgen hat Thalheimer die Vitalität, den prognostischen Wert, die Brauchbarkeit und den Nutzen eines kritischen Marxismus bewiesen. Es ist kein Zufall, daß zahlreiche Arbeiten der 1968er Generation sich mit Teilen dieser Lebens-Arbeit auseinandergesetzt und sich an ihnen orientiert haben.

Einige wichtige Arbeitsgebiete Thalheimers sind durch thematische Publika-

tionen der Gruppe Arbeiterpolitik neu zugänglich gemacht worden. Eine erste Gesamtdarstellung seiner politischen Theorie versuchte Kaestner (1982). Andere Felder harren noch der erneuten Bearbeitung, so ein Nachdruck der theoretischen Wochenzeitung der KPDO, »Gegen den Strom«.<sup>9</sup> Wichtig wäre auch, die zahlreichen Vorarbeiten zur Faschismustheorie, die verstreuten philosophischen Arbeiten und die Internationalen Übersichten in Sammelbänden einer interessierten linken Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier könnten marxistische Forscher und Verlage noch einige Schätze heben.

### Anmerkungen

- 1 Wir verweisen u.a. auf Kadritzke (1976), Schild (1978), Kühnl (1974), Tjaden (1964), Witte-  
mann (1977), Bergmann (1978). Am besten ist Thalheimers Analyse dokumentiert in »Der  
Faschismus ...« (1973/1981).
- 2 Diese organisatorische Einheit der Vorkriegssozialdemokratie beruhte auf einem vorüber-  
gehenden Kompromiß zwischen Marxismus und Revisionismus. Siehe dazu z.B. Rosa Lu-  
xemburgs Brief an Klara Zetkin vom 16. Dezember 1906, Gesammelte Briefe 2, S.277-278.  
Dort sieht und analysiert Luxemburg diesen Kompromiß sehr klar.
- 3 So der CDU-Abgeordnete im niedersächsischen Landtag Teysen aus Hildesheim Ende No-  
vember 1983.
- 4 Vgl. z.B. die entgegengesetzten Positionen von Lenin und Rosa Luxemburg zur Frage der  
polnischen Unabhängigkeit.
- 5 Siehe ihre Schrift »Zur russischen Revolution«, verfaßt 1917/18 in einem deutschen Gef-  
ängnis, in der DDR erstmals offiziell veröffentlicht 1979.
- 6 So z.B. Kingsley Martin, Herausgeber des *New Statesman* in London in seinem Memoiren-  
band Editor (1968). Otto Bauer hat bis zu seinem Tode jede kritische Erklärung der Zweiten  
Internationale gegen die Moskauer Prozesse verhindert.
- 7 Mit der Offensivtheorie versuchte Thalheimer die März-Aktion der KPD 1921 in Mittel-  
deutschland zu rechtfertigen und die sachlich richtige Kritik Paul Levis abzuweisen. Siehe  
dazu u.a. Angress (1963/1973).
- 8 Im Oktober 1923 hat die KPD-Führung unter Brandler und Thalheimer einen strategischen  
Rückzug angetreten und entgegen den Vorstellungen der russischen Berater vom Versuch ei-  
nes revolutionären Aufstandes Abstand genommen. Dieser Beschluß war das Ergebnis ei-  
ner realistischen Analyse des Abschwunges der revolutionären Bewegung und der Konsoli-  
dierung des deutschen Kapitalismus. Daraus wurde nachher der Vorwurf der verpaßten Re-  
volution konstruiert.
- 9 »Gegen den Strom« erschien ab 17. November 1928 als Wochenschrift, ab Januar 1931  
vierzehntägig regelmäßig bis Anfang Februar 1933, danach in der Emigration nur unregel-  
mäßig. Ein Reprint ist für 1984 geplant.

### Literaturverzeichnis

- Angress, Werner T., 1963/1973: Stillborn revolution — Die Kampfzeit der KPD — 1921-1923.  
Wiener Neustadt
- Bergmann, Theodor, 1978: 50 Jahre KPD-Opposition — Der Beitrag der KPD zur marxistischen  
Theorie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — Versuch einer kritischen  
Würdigung. Hannover
- Der Faschismus in Deutschland, 1973/1981: Band I — Analysen und Berichte der KPD-Oppo-  
sition 1928-1933. Bremen
- Deutscher, Isaac, 1963: Trotzki, Bd.II, III. Stuttgart
- Kadritzke, Niels, 1976: Faschismus und Krise — zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im  
Nationalsozialismus. Frankfurt/New York
- Kaestner, Jürgen, 1982: Die politische Theorie August Thalheimers. Frankfurt/New York
- Kühnl, Reinhard, 1974: Texte zur Faschismuskritik I, Positionen und Kontroversen. Rein-  
bek

- Lenin, Wladimir Iljitsch, 1920: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Werke, Bd. 31, 1-91. Berlin
- Lenin, Wladimir Iljitsch, 1970: Briefe, Band VII. Berlin
- Luxemburg, Rosa, 1917/1979: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, 4, 332-365. Berlin
- Luxemburg, Rosa, 1982: Gesammelte Briefe, 2. Berlin
- Martin, Kingsley, 1968: Editor. London
- Plattform der KPD-O, 1930: Was will die KPD-Opposition? Verbesserter Entwurf III. Auflage. Berlin
- Schild, Stefan, 1978: Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik. In: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, H.16, 92-120, H.17, 106-124
- Thalheimer, August, 1925: Über einige Grundbegriffe der physikalischen Theorie der Relativität vom Gesichtspunkte des dialektischen Materialismus. In: Unter dem Banner des Marxismus, 2, 302-338. Moskau
- Thalheimer, August, 1928: Einführung in den dialektischen Materialismus. Wien/Berlin
- Thalheimer, August, 1929a: Einleitung zu Mehring, Franz: Zur Literaturgeschichte — von Calderon bis Heine, 15-32. Berlin
- Thalheimer, August, 1929b: Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin
- Thalheimer, August, 1931a: Einleitung zu Mehring, Franz: Zur Geschichte der Philosophie, 5-24. Berlin
- Thalheimer, August, 1931b: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Berlin
- Thalheimer, August, 1931c: 1923: eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923. Berlin
- Thalheimer, August, 1938: Nicolai Bucharin. In: Clarté, 3,2, 9-11. Kopenhagen
- Thalheimer, August, 1945: Die Potsdamer Beschlüsse — eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg. (2. Auflage 1950) o.O.
- Thalheimer, August, 1946: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. (2. Auflage 1950) o.O.
- Thalheimer, August, 1948/1952: Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion. Bremen
- Thalheimer, August, 1972: Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Gießen
- Thalheimer, August und A. Deborin, 1928: Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus. Wien/Berlin
- Tjaden, Karl-Heinz, 1964: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim/Glan
- Trotzki, Leo, 1971: Schriften über Deutschland. I, II. Frankfurt/M.
- Wittemann, Klaus-Peter, 1977: Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945 — der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik. Hannover



Detlev Albers:  
Zur politischen Theorie des Marxismus.  
Bauer und Gramsci

Vergleich ihrer Positionen zur  
revolutionären Strategie im Westen, in der  
Perspektive eines »integralen Marxismus«  
192 S., frz. Br. DM 24,-/Ln. DM 34,-

Georg Bollenbeck

## Vom Nutzen eines weiten Kulturbegriffs für eine Gegenstandsbestimmung der Literaturwissenschaft\*

Stellen Sie sich einen angehenden Zoologen vor, der behauptet, als Gegenstand seiner Wissenschaft kämen nur die schönsten Exemplare der bedeutendsten Gattungen in Frage, also mächtige Löwen und prächtige Adler, aber keine Kröten und Maulwürfe. Dieser wertungsfreudige Student müßte, natürlich nach Rücksprache mit einem Studienberater, das Fach wechseln. Vielleicht sollte er neuere Germanistik studieren? Denn hier finden wir immer noch und schon wieder Fachvertreter, die den Gegenstandsbereich ihrer Wissenschaft auf die schönsten Exemplare der bedeutendsten Gattungen einschränken wollen. Aber, so könnte man einwenden, was verbindet denn die Germanistik mit der Zoologie, oder was hat ein Wildschwein mit den »Wahlverwandtschaften« gemeinsam? Ist die Analogie zwischen einer Naturwissenschaft und einer sogenannten Geisteswissenschaft nicht Ausdruck wissenschaftstheoretischer Naivität? Andererseits, und dies verbindet beide Bereiche, bleibt festzuhalten: Das Niveau jeglicher Wissenschaft ist ebenso vom Objektbewußtsein, von der gegenständlichen Bestimmtheit der Erkenntnis und ihrer Resultate geprägt wie von den sozial vermittelten Handlungszielen und dem Selbstbewußtsein ihrer Akteure. Diese dreiseitig ausgeprägte Bewußtheit erhält natürlich in den Sozialwissenschaften eine besondere Dynamik. Gerade in der Geschichte der Germanistik wandelt sich mit dem weltanschaulich aufgeladenen Handlungs- und Selbstbewußtsein der Akteure das Objektbewußtsein.

Das Problem einer präzisen Gegenstandsbestimmung beschäftigt allerdings Literaturwissenschaft allgemein. Selbst eine weite Definition, die alle schriftlichen Äußerungen einer Epoche umfaßt, gerät zu eng, weil sie mündliche Literatur ausgrenzt. Andererseits greift eine »allgemeine Theorie sprachlicher Kommunikation« (vgl. Stroszek 1972, 157) zu weit, weil literarische Äußerungen außerhalb praktischer Handlungsvollzüge nicht mit handlungsgesättigten Sprachakten zu vergleichen sind. Kein Kanon dient mehr als festes Objekt, und seit längerer Zeit sind Trivilliteratur und Gebrauchstexte im Blickfeld der Forschung — nicht um verdammt, sondern um untersucht zu werden. Die Einheit von einfühlsamer Interpretation und spontaner Wertung erscheint zersetzt, weil ihre Grundlage, die Werkzentrierung, selbst problematisch geworden ist. Das Plädoyer für einen nichtnormativen Literaturbegriff wie für die Berücksichtigung von kontextuellen Bedingungen findet Gehör — nicht nur in Forschung und Lehre, sondern auch im Schulalltag.

Zum Leidwesen all jener, die darin einen »Fahrplan für die kulturelle Wildnis« oder »die Denunziation tradierter Kultur« sehen (FAZ v. 28.10.1981). So Gert Ueding, ehemals selbst Autor einer Arbeit über Kolportageliteratur (Ueding 1973) und nun Streiter gegen die »Vorreiter« einer Bewegung, die Literatur, Musik und bildende Kunst als Form bürgerlicher Kultur nur anerkennen,

\* Habilitationsvortrag

»die es zu überwinden gilt«, Streiter gegen »die von den konkreten Werken abgewandte Methodendiskussion«. Aus dieser Sicht gerät die literarische Landschaft zur apokalyptischen Schilderung: »Um ja nicht den neuen Trend zu verpassen, läutete man das Ende des Gutenbergzeitalters ein, sprach von der Erweiterung des Literaturbegriffs, die Lehrpläne der Hochschulen und Schulen wurden beherrscht von Trivialliteratur und Werbetexten, Jerry Cotton und der Bildzeitung, Marx und Engels; aus den Verlagsverzeichnissen verschwanden die literarischen Titel, Schriftsteller hörten auf zu schreiben oder verkündeten untergangssüchtig den Tod der Literatur«. Wer nun die »Vorreiter« sind, wer sich hinter dem »man« verbirgt und welche Lehrpläne ein solches Programm fordern, bleibt unklar. Man könnte den Beitrag als ein Stück folgenloser publizistischer Polemik abtun, in der Vermutung, ein Fachvertreter wolle sich damit von O nach M verändern, wenn nicht mit dem bayrischen Kultusminister Hans Maier eine wichtige Persönlichkeit in die Debatte eingegriffen hätte. Dieser begrüßt Ueding im Kreis derjenigen, die ein »Grundkonsens über Literatur« (Maier 1981) vereint: »Wer lange genug ausharrt, der findet sich plötzlich an der Spitze einer Bewegung«. Für ihn sind die »Uedingschen Forderungen in den bayrischen Lehrplänen bereits erfüllt«. Zudem fordert er »einen Literaturkanon für die Schule« und hofft — hier offenbar noch in scholastischer Tradition —, der Begriff strahle soviel Beweiskraft aus, daß man eines Tages versucht sei, den Kanon herzustellen, weil es den Begriff gebe. Aus der »Sicht der Schule« wendet sich Karl Ries in der gleichen Debatte gegen »die neue Linguistik- und Semiotik-Masche« wie gegen die »Wissenschafts- und Methodentheorie« nebst Strukturalismus, Zeichensysteme, Trivialliteratur, ästhetische Theorie und Textlinguistik (Ries 1981). Alle Autoren, der Fachvertreter, der Kultusminister und der Pädagoge machen für die Mißstände die Universitäten verantwortlich. Es geht also nicht alleine um jene oft gescholtene »Gefälligkeitsgermanistik«, sondern um Literaturwissenschaft allgemein, um ihre Methoden und Gegenstände. Ihre Fachvertreter haben sich den Vorwürfen zu stellen, gerade weil die Klage über geringe Lesebereitschaft und mangelnde literarisch-ästhetische Bildung einen realen Kern enthält und zugleich auf eine Tendenzwende hofft. Offensichtlich sollen Literatur und Kultur wieder nach oben ins Reich der autonomen höheren Werte verlagert werden, und bei dieser Ausrichtung auf Tradition und Konvention wirkt Methodenreflexion störend. So ist die Einschränkung des Literaturbegriffs folgerichtig von der Polemik gegen literaturwissenschaftliche Theorien begleitet.

Die berechtigten Klagen wie auch die fragwürdigen Forderungen der Autoren sind für uns Anlaß, den Gegenstandsbereich der Literaturwissenschaft näher zu untersuchen. Wir gehen dabei, Logisches und Historisches miteinander verknüpfend, von der Totalität kultureller Beziehungen aus und bestimmen als Besonderheit in ihnen die ästhetischen und schließlich auch die künstlerisch-literarischen Verhaltensweisen. Gerade die gegenseitige konstitutive Funktion dieser drei Interaktionsbereiche soll in der Interdependenz den fachspezifischen Gegenstandsbereich freilegen bis hin zur Differenzierung zwischen dem literarischen Kunstwerk als relativ abgeschlossenem, zeitlosem und zweckfreiem und dem literarischen Prozeß als offenem, neue Inhalte und Formen absto-

Bendem und aufnehmendem. — Kultur meint hier nicht wie bei Alfred Weber jenes transzendente Moment, welches die strukturelle Sphäre der Gesellschaft und die geschichtliche der Zivilisation formt, sie ist nicht »bloß, was seelischer Ausdruck, seelisches Wollen ist, und damit Ausdruck und Wollen eines hinter aller intellektueller Daseinsbeherrschung dahinterliegenden 'Wesens', einer 'Seele', die bei ihrem Ausdrucksstreben und ihrem Wollen gar nicht nach Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit ... fragt« (Weber 1920/21, 29). Bekanntlich wird das seit dem 17. Jahrhundert bezeugt, aus dem lat. »cultura« entwickelte Substantiv in doppeltem Sinne von »Bodenkultur« und »Geisteskultur« gebraucht. Damit beinhaltet es alle Aspekte der Herausarbeitung des Menschen aus dem Reich der Natur, also ebenso Sprache, Denken, Religion, Wissenschaft und Kunst wie Werkzeuge, Kleider und Nahrungsmittel. Diese Unterscheidung gründet einerseits in der realhistorischen Ausdifferenzierung kultureller Objektivationen, und die Einheit der beiden Momente bleibt, solange in antagonistischen Gesellschaften die Fortentwicklung der Gattung Mensch sich auf Kosten der meisten Individuen vollzieht, labil und problematisch. Anders ausgedrückt: solange die Produzenten des materiellen Reichtums von der Aneignung und Weiterentwicklung der immateriellen Kultur ausgeschlossen bleiben, droht dieser Widerspruch den doppelten Sinn zu sprengen. Es sei hier nur an die Trennung des Zweckmäßigen und Notwendigen vom Schönen bei Aristoteles oder an Ciceros Einschränkung des Begriffs auf Seelenbildung erinnert: »Cultura ... animi ... philosophia est ...« (Ciceronis MCMLXV) Wir können natürlich nicht innerhalb unserer Fragestellung die Entwicklung des Kulturbegriffs etwa bei Pufendorf (1672), Adelung (1782), Herder (Sobrevilla 1971, 80-90) oder Schiller (Schulte-Sasse 1975) nachzeichnen. Es mag der Hinweis genügen, daß der enge Kulturbegriff wirkungsmächtig vor dem Hintergrund der krisenhaften bürgerlichen Gesellschaft bei Oswald Spengler in der Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation gipfelt.<sup>1</sup>

Für unseren Argumentationszusammenhang bleibt wesentlich, daß der intendierte weite Kulturbegriff die Ausklammerung der materiellen gesellschaftlichen Beziehungen zurücknimmt. Für ihn ist die gesellschaftliche Arbeit fundamentaler Ausgangspunkt und Bestandteil von Kultur. Arbeit wird hier im Gegensatz zu geläufigen philosophisch-anthropologischen Interpretationen (vgl. Kramer 1978, 16-30) in ihrem Doppelcharakter, nämlich als Verhältnis der Menschen zu der sie umgebenden Natur wie zueinander, bestimmt. Kultur meint eine »spezifische Seite des gesellschaftlichen Lebens, nämlich die wachsende Aneignung, Umgestaltung und Beherrschung der Natur wie die damit wechselwirksam verbundenen sozialen Lebensverhältnisse und gesellschaftlichen Beziehungen« (Schuppan 1978, 109). Insofern zielen Kulturtheorie und Kulturgeschichte auf eine »ganz unglaubliche Verschiedenheit der jeweils ausgeformten Gestaltungen« (Gehlen 1961, 78). Insofern unterscheidet sich Kulturgeschichte, die in den unterschiedlichen Kulturstufen und Kulturtypen in zeitlicher oder räumlicher Abfolge den Fortschritt der menschlichen Arbeit als natur- und gesellschaftsverändernde festhält, von der politischen Geschichte, die sich mit den Herrschaftsformen beschäftigt, wie auch von der Wirtschaftsgeschichte, die einzelne Produktionsweisen untersucht. Der Kulturbegriff zielt

so als abbildender und wertender auf eine spezifische Totalität, nämlich auf die allgemeinen Bedingungen und Resultate der Herausarbeitung aus der Natur wie der gesellschaftlichen Organisation als Folge- und Konstitutionsmoment dabei. Kulturgeschichtsschreibung kann sich so unter dem Aspekt der objektiven Kultur mit den Naturumwandlungen, den sozialen Lebensformen oder den geistigen Objektivierungen beschäftigen, sie kann aber auch unter dem Aspekt der subjektiven Kultur die Bedürfnisse, Fähigkeiten und Eigenschaften der Individuen untersuchen. Insofern gehört eine Kulturgeschichte des Weinbaus ebenso in ihren Bereich wie die Darstellung sich wandelnder Verhaltensstandards. Es geht um die Beziehungsqualität von kultureller Gegenständlichkeit, an der gesellschaftliche Funktionen abzulesen sind. Erst damit wird jene verdinglichte Reihung vermieden, die etwa bei traditionell organisierten Museen den Besucher mit den isolierten Gegenständen alleine läßt. Es geht aber auch um die gegenständliche Vermittlung von kulturellen Beziehungen, an denen als Basis die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel auszumachen ist. Erst damit wird jener Spiritualismus vermieden, der Kultur als »die Gesamtheit aller nichtvererbten Information« (J.M. Lotman, 1981, 26) definiert.

Im Gegensatz zu den idealistischen Konzeptionen, die in der Kultur ein autonomes Reich höherer Werte sehen, bleibt mit dem angesprochenen Doppelcharakter der Arbeit als konstituierendem Bestandteil von Kultur die materielle Seite mit den Produktionsmitteln, den Produkten und den Arbeitsfertigkeiten im Auge. Im Gegensatz zum Vulgärmaterialismus, der Bewußtsein und geistige Objektivierungen einseitig nur als passiven Reflex zu bestimmen weiß, wird die immaterielle Seite der Kultur als bedingte und konstituierende erkannt. Eine Funktionsbestimmung der Kunst läßt bei beiden undialektischen Konzeptionen, die hier natürlich nur vergrößert gegenübergestellt werden können, jene geheime Verwandtschaft erkennen, die ein Denken stiftet, das entweder die immaterielle oder die materielle Seite axiologisch überfrachtet. So geht Karl Kautsky in seinem Alterswerk »Die materialistische Geschichtsauffassung« von einer Kunst aus, die Luxuscharakter besitzt und folgenlos zu unterhalten hat (Kautsky 1927, 381f.).

Nach unserer Ansicht ist literarische Produktion als geistig-kommunikative im historisch gewordenen Ensemble kultureller Gestaltungen Teil gesamtgesellschaftlicher Arbeit. Dies klingt zunächst vage und bedarf einer definitiven Präzisierung; auch wenn in diesem Zusammenhang eine weitere Unterscheidung zwischen Arbeit, Tätigkeit und Handlung unterbleiben muß.<sup>2</sup> Arbeit wird hier als »erste Grundbedingung menschlichen Lebens« verstanden (MEW 20, 444). Sie erhält damit einen breiten kultur-geschichtlichen oder historisch-anthropologischen Sinn, der über die engere ökonomisch-pragmatische Auffassung hinausgeht. Wenn Marx in den »Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten« schreibt: »Religion, Familie, Staat, Recht, Moral, Wissenschaft, Kunst etc., sind nur besondere Weisen der Produktion und fallen unter ihr allgemeines Gesetz« (MEW Erg.-Bd. I, 537), dann ist damit nicht die mögliche Subsumtion der Kunst unter die Produktion von Gebrauchswerten, sondern die Subsumtion von künstlerischen Gebrauchswerten unter den übergreifenden Begriff »Produktion der Menschen selbst« als Prozeß der Bedürf-

nis- und Fähigkeitsentfaltung gemeint (Warneken 1979, 55). Damit erhält Kultur keinen eingegrenzten Wirklichkeitsbereich mit festen Gegenständen. Sie wird vielmehr als System mit Beziehungsqualität zwischen Lebensbedingungen, Lebenstätigkeit und tatsächlicher individueller Entwicklung verstanden. Kultur läßt sich nicht als Komplex von fertigen Dingen, sondern nur als Prozeß erfassen. Selbst geographische Bedingungen können so mit ihrer relativ stabilen Disposition innerhalb der Kulturprozesse unterschiedliche Funktionen erfüllen. Es sei hier nur an die Insellage Englands erinnert, die zu Isolation und überseeischer Ausweitung führen kann, oder an die fruchtbaren Flußlandschaften in Ägypten und Babylon, deren Bedeutung für den Kulturfortschritt mit Produktivkraftausweitung schwindet.

Was hat nun diese weite Bestimmung des Interaktionsbereichs Kultur mit unserer Fragestellung zu tun? Sobald man ästhetische und literarisch-künstlerische Beziehungen innerhalb der Gesamtkultur historisch-genetisch und historisch-funktional untersucht, legen gerade deren Interdependenzen die Besonderheit dieser »engeren« Interaktionsbereiche frei, denn die menschliche Arbeit bildet im angesprochenen historisch-anthropologischen Sinn die Grundlage für die Herausbildung kultureller Differenzierungen. Mit dem überhistorischen Menschen ist auch jenes seit Kant immer wieder angeführte ästhetische Urteilsvermögen als a priori gegebene Eigenschaft des Apperzeptionsapparates verneint. Das »Wesen des Ästhetischen«, was immer auch darunter verstanden wird, kann nur noch gegen die empirischen Befunde von Anthropologie und Prähistorie als ewige Natureigenschaft oder zeitlose Erscheinungsform der Idee des Schönen deklariert werden. Die Entstehung der ästhetischen Verhältnisse gründet unmittelbar im Niveau der Naturbeherrschung und der gesellschaftlichen Organisation, denn mit ihnen ist die mögliche Entwicklung der menschlichen Sinne verknüpft. Indem die Menschen die Natur verändern, verändern sie zugleich auch ihre eigene Natur. »Bis der erste Kiesel durch Menschenhand zum Messer verarbeitet wurde, darüber mögen Zeiträume verflossen sein, gegen die uns bekannte geschichtliche Zeit unbedeutend erscheint. Aber der entscheidende Schritt war getan: Die Hand war frei geworden und konnte sich nun immer neue Geschicklichkeiten erwerben, und die damit erworbene größere Biegsamkeit vererbte und vermehrte sich von Geschlecht zu Geschlecht. So ist die Hand nicht nur das Organ der Arbeit, sie ist auch ihr Produkt« (MEW 20, 445). Engels meint damit nicht die physiologische Vervollkommnung eines Gliedes, sondern die Differenzierung der Sinne durch die Arbeit, die qualitative Veränderung in der Wahrnehmungsfähigkeit der Dinge. So ist der Gebrauch des Faustkeils, wie Max Verworn nachgewiesen hat, Resultat einer langandauernden Entwicklung von praktischer Erfahrung und geistiger Entfaltung (Verworn 1912, 32ff.). In der Arbeit kommt es zu einer fruchtbaren Arbeitsteilung zwischen Gesichts- und Tastsinn: das Auge kann das Gewicht, die Form oder die Materialstruktur eines Gegenstandes mitsehen (Gehlen 1950, 43)! — Die Entstehung und Ausbildung der menschlichen Sinne kann also nur in Beziehung mit der Arbeit, mit der Aneignung und Umgestaltung der Umwelt durch die Menschen erfaßt werden. Diese Subjekt-Objekt-Dialektik wirkt im gesamten Interaktionsbereich Kultur. Sie gilt für die Entste-

hung des Faustkeils ebenso wie für die Herausbildung von ästhetischen und künstlerischen Beziehungen. In bezug auf die Musik heißt es bei Marx: »Andererseits: subjektiv gefaßt: Wie erst die Musik den musikalischen Sinn des Menschen erweckt, wie für das unmusikalische Ohr die schönste Musik keinen Sinn hat, kein Gegenstand ist, weil mein Gegenstand nur die Bestätigung einer meiner Wesenskräfte sein kann, also so für mich sein kann, wie meine Wesenskraft als subjektive Fähigkeit für sich ist, weil der Sinn eines Gegenstandes für mich (...) gerade so weit geht, als mein Sinn geht, darum sind die Sinne des gesellschaftlichen Menschen andere Sinne wie die des ungesellschaftlichen; erst durch den gegenständlich entfalteten Reichtum des menschlichen Wesens wird der Reichtum der subjektiven menschlichen Sinnlichkeit, wird ein musikalisches Ohr, ein Auge für die Schönheit der Form, kurz, werden erst menschliche Genüsse fähige Sinne, Sinne, welche als menschliche Wesenskräfte sich bestätigen, teils erst ausgebildet, teils erst erzeugt. Denn nicht nur die 5 Sinne, sondern auch die sogenannten geistigen Sinne, die praktischen Sinne (Wille, Liebe etc.), mit einem Wort der menschliche Sinn, die Menschlichkeit der Sinne wird erst durch das Dasein seines Gegenstandes die vermenschlichte Natur. Die Bildung der 5 Sinne ist eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte« (MEW Ergänzungsband I, 541).

Innerhalb der historischen Entwicklung der Sinne hat auch die Genese des ästhetischen Urteilsvermögens ihren Ort, und hinsichtlich der Genese kultureller Differenzierungen bleibt zu betonen, »daß die Arbeit älter ist als die Kunst und daß überhaupt der Mensch zuerst die Gegenstände und Erscheinungen vom utilitaristischen Standpunkt aus betrachtet und sich erst in der Folge, in seinem Verhältnis zu ihnen auf den ästhetischen Standpunkt stellt« (Plechanow 115). Worin, so ist weiterzufragen, besteht denn die Besonderheit der ästhetischen Beziehungen innerhalb und gegenüber den allgemein-kulturellen? Sinnliche Erfahrung enthält nur die Möglichkeit ästhetischen Wertens, denn sie ist zunächst historisch-genetisch und bleibt es historisch-funktional in weiten Bereichen von der Dominanz unmittelbarer Zwecksetzung gegenüber den vorgefundenen produzierten Gegenständen bestimmt. Die Entdeckung eines ästhetischen Wertes, darauf hat Plechanow hingewiesen, setzt erst mit den Anfängen menschlicher Selbstdarstellung und Selbstgestaltung, mit Tänzen und Körperbemalung ein (ebd., 91ff.). Auch hier dominiert noch intentional in magischer oder animistischer Ausrichtung der Nützlichkeitsmaßstab, doch enthalten die Tänze und Bemalungen als vom unmittelbaren Gebrauchswert abgelöste, Ansätze menschlicher Selbstgestaltung und Selbstdarstellung außerhalb der unmittelbaren Reproduktionssicherung. Sie bilden insofern einen »synkretischen Komplex« (Pracht 1978, 211)<sup>3</sup>, indem bereits später Differenzierungen, man denke an das Theater, angelegt sein können. Inwieweit der Nützlichkeitsmaßstab mit wachsendem Mehrprodukt, zunehmender Arbeitsteilung und entstehender Klassengesellschaft schrumpft, etwa im Übergang von der vorgeschichtlichen Zeit zu den altorientalischen Stadtkulturen, kann hier nicht behandelt werden. Wichtig bleibt jetzt, daß einzelne Gegenstände neben der utilitären auch eine geistig-kommunikative, vom unmittelbaren Gebrauch abgelöste Funktion erhalten. Paradewaffen können so ausgeprägt ver-

ziert sein, daß sie als Kriegsgerät unbrauchbar sind, aber als Herrschaftssymbol brauchbar. Zweckbestimmtes Handeln kann durch Verzierung von Geräten eine Sinnänderung erfahren und zum relativen Selbstzweck geraten. »Damit wird es, unbeschadet seiner Tauglichkeit zum Endzweck, in sich selbst Inhalt eines Erfüllungserlebnisses, und zwar zunächst im Grade seiner Perfektionierung des Gegenstandes, an dem sich das Können ausweist« (Gehlen 1964, 29). Bei den eleganten Formen von Steingeräten aus der letzten Eiszeit läßt sich eine vergrößerte Distanz zum Endzweck der Geräte wie etwa Schneiden oder Spalten ebenso erkennen wie eine intensive Arbeit am Mittel, die zur Verselbständigung, zur »Absättigung in sich selbst« drängen kann (ebd.). Die vorschwebende Befriedigung bei der Produktion und die sinnliche Beziehung innerhalb der Rezeption können so relativ zweckfrei auftreten. Dies nur als ein Beispiel für die historisch-genetische Ablösung von Gegenständen und ihrem Gebrauch aus dem Bereich unmittelbarer Zweckbestimmung.

Die Befreiung von der Dominanz instrumentalen Gebrauchs findet auch historisch-funktional in alltäglichen Akten der Zweckverschiebung statt, etwa wenn ältere Gerätschaften und Möbel als Antiquitäten erstanden oder wenn alte Autos nicht zum Fahren, sondern zum Vorzeigen gepflegt werden. Die Handhabung tritt hinter der Wahrnehmung, der materielle Gebrauch hinter den geistig-kommunikativen zurück. Beide Aneignungsmomente, das der Handhabung und das der Wahrnehmung, können aber auch in einem »synkretistischen Komplex« — man denke an die Bemühungen um ein schönes und zugleich funktionales Industriedesign — lebendig bleiben.

Vielleicht wird jetzt deutlicher, daß der Interaktionsbereich »ästhetische Beziehungen« weder mit einem ästhetischen Urteilsvermögen a priori noch mit einem festen Ensemble ästhetisch wertvoller, ja meist künstlerischer Gegenstände zu konstituieren ist. Die dialektische Beziehung zwischen dem »gegenständlich entfalteten Reichtum des menschlichen Wesens« und der subjektiven menschlichen Sinnlichkeit realisiert sich im Bereich der Ästhetik als Einheit von dinglicher und kommunikativer Verwirklichung. Insofern kann sich der ästhetische Wert eines Gegenstandes bei gleichbleibender Materialität desselben verändern. Im ästhetischen Verhältnis reagiert ein Subjekt als konstituierendes auf ein Objekt, an dem nur wahrgenommen wird, was das Subjekt zu realisieren vermag. Insofern wandeln sich die Gegenstände der ästhetischen Anschauung ebenso wie die Anschauung selbst. So können in der Menschheitsgeschichte mit der wachsenden Herausarbeitung aus der Natur zunehmend Gegenstände der Natur — von der Entdeckung des eigenen Körpers bis hin zur Schönheit des dunklen Waldes — zum Objekt ästhetischer Beziehungen geraten. Voraussetzung bleibt allerdings die angesprochene relative Zweckfreiheit, die den Eigenwert der ästhetischen Objekte respektiert. Das heißt: der materielle Gebrauch kann vom geistig-kommunikativen zurückgedrängt werden. Während ein Diamant im industriellen Gebrauch abgenutzt wird, wirkt er als Schmuckstück nur unter der Anerkennung seines Eigenwerts. Während der Waldbesitzer beim Anblick seines Buchenwaldes zweckbewußt in Kubikmetern denkt, erfreut sich der Wanderer an den schönen Bäumen.

Die Reflexion der historischen Entstehung und funktionalen Ausbildung

ästhetischer Wahrnehmung und Gestalt verbietet eine traditionelle Einengung des Interaktionsbereichs auf Kunst — wie jüngst noch bei S.J. Schmidt (1980<sup>4</sup>) — ebenso wie dessen Ausweitung auf »beliebige Gegenstände und beliebiges Geschehen« wie bei Jan Mukarovsky (1970, 12). Wir definieren hingegen mit E. Pracht u.a. das ästhetische Verhältnis als »ein aktivwertendes, direkt (indirekt) konstitutiv sinnliches, von der Dominanz unmittelbaren, instrumentalen Gebrauchs relativ freies Verhältnis der Individuen zu Gegenständen und Ereignissen, zu sich und zueinander, also zur signifikanten Gestalt von Objekten der intersubjektiven Lebenstätigkeit« (Pracht 1978, 232<sup>5</sup>).

Innerhalb der umfassenden kulturellen Beziehung bilden so die ästhetischen einen engeren Bereich, der sich definitorisch abgrenzen läßt, aber als wandelbarer Komplex im Wechselverhältnis mit dem weiteren kulturellen und dem engeren literarisch-künstlerischen Sektor steht. Ausgehend von einem weiten Kulturbegriff, konnten wir gerade die Besonderheit der ästhetischen Beziehungen als konstituierende und sinnlich reagierende, als wertende und nicht zweckgebundene bestimmen. Damit sind bereits wesentliche Momente der literarisch-künstlerischen Beziehungen — nur von ihnen wird im folgenden die Rede sein — angesprochen. Dennoch sind mit Blick auf die Fragestellung nach dem Gegenstandsbereich der Literaturwissenschaft weitere Differenzierungen nötig, weil der Interaktionsbereich Ästhetik, in den ein Baum, ein Möbelstück oder ein literarischer Text passen, zu weit ist. Zweifellos ist das ästhetische Verhalten gegenüber dem literarisch-künstlerischen universeller, nicht nur hinsichtlich der Gegenstände, sondern auch hinsichtlich der sinnlich wertenden Beziehung.

Die Besonderheit der literarisch-künstlerischen Beziehungen wird von den literarischen Gegenständen und ihrer kommunikativen Realisierung gestiftet. Nach unserer Meinung sind diese — im Gegensatz zu den ästhetischen Beziehungen — nicht primär subjekt-, sondern objektbestimmt und bleiben vom Alltagsleben markant abgelöst. Sie lassen sich nicht unter eine allgemeine Theorie sprachlicher Kommunikation subsumieren, weil literarische Vergegenständlichungen nicht mit Sprachakten vergleichbar sind, die als Elemente pragmatischer Kommunikation in situativen Handlungsvollzügen wirken. Literatur löst sich vom Akt der aktuellen Kommunikation, und ihre Mitteilung kann durch die Ablösung vom unmittelbaren, instrumentellen Gebrauch Eigenwert erhalten. Informationsträger und Informationsinhalt bilden so eine Einheit, und Sprache erhält einen gegenständlichen Charakter (Schober 1973, 13). Insofern entfaltet Literatur eine eigene Wirklichkeit, und sie ist kommunikel, weil in ihr reale Abbildelemente in ein anderes Ganzes integriert werden.

Auf die Genese der literarischen Widerspiegelung aus der »rituell-darstellenden Handlungsform« (Gehlen 1964, 148ff.) wie auf den meist mißverstandenen Mimesis-Begriff kann hier nicht eingegangen werden. Mit Blick auf den Problemkomplex »Gegenstandsbereich der Literaturwissenschaft« bleibt hervorzuheben, daß Objektbestimmtheit wie markante Ablösung vom Alltagsleben selbst Resultate eines historisch-genetischen Prozesses sind. Poesie ist keineswegs die »Muttersprache des menschlichen Geschlechts« (Hamann 1967, 107), ihre Genese ist vielmehr Teil jener in den Kulturfortschritt eingebetteten

Herausbildung ästhetischer Gegenständlichkeit und Sinnlichkeit. Damit ist zunächst eine im definierten Sinne mögliche ästhetische Beziehung zu mündlich oder schriftlich fixierter Sprache innerhalb eines »synkretischen Komplexes« gemeint. Das heißt, sprachliche Aussagen werden nicht nur in Handlungszusammenhängen gebraucht, sondern in ihrem Eigenwert wahrgenommen. Diese Ablösung vom Alltagspragmatismus ist auch hier — man denke an die Rhetorik, an die forensische Rede oder die Historiographie — zunächst nur eine graduelle, doch kann sich zu ihnen auch schon ein ästhetisches Verhalten entwickeln. Daher ist, nebenbei bemerkt, der weite Literaturbegriff in der Latinistik, Gräzistik oder germanistischen Spätmittelalterforschung mit ihren Beichtspiegeln und Brantweinrezepten dem literarischen Leben selbst verpflichtet. »Synkretische Komplexe« finden sich in den »Einfachen Formen« (Jolles 1974) in Legende, Sage, Mythe, aber auch allgemein in den Sprachformen und Sprachspielen der Volkspoesie, in der Sprache schon einen fixierten Gebildecharakter besitzt, aber als »wiederholbares Kollektivgut« (Bausinger 1968, 65ff.) ohne Bedeutungsvielfalt auf einzelne Zweckbestimmungen eingegrenzt bleiben kann.

Der hier nur angedeutete Ablösungsprozeß von praktischen Handlungsvollzügen wird seit Aristoteles, der ja zwischen dem Geschichtsschreiber und Dichter unterscheidet (Aristoteles 1977, 350), immer wieder von poetologischen Reflexionen begleitet — bis hin zu phänomenologischen (Ingarden 1960) und sprachlogischen Untersuchungen (Hamburger 1968) der dichterischen und dichtenden Sprache. Man könnte bei R. Ingarden und K. Hamburger die Ausrichtung auf das literarische Kunstwerk als intentionalen Gegenstand oder auf das Sprachmaterial der Dichtung mit dem Hinweis auf einen verdinglichten Werkbegriff oder auf rezeptionstheoretische Naivität abtun, denn schließlich wird Literatur erst zu einem »an sich« durch geistig-kommunikativen Gebrauch. Trotzdem enthält die Ausrichtung auf das Werk eine Berechtigung durch die entfalteten literarisch-künstlerischen Gegenstände, die am historisch variablen Endpunkt jenes Lösungsprozesses von praktischen Handlungsvollzügen den Charakter der Einmaligkeit und Unwiederholbarkeit erhalten. Ihre Werkindividualität ist weder fortsetzbar noch korrigierbar, geschichtlich bedingt und zugleich relativ zeitlos und dabei als Form abgeschlossen und als Aussage offen (Hauser 1974, 6). Von hier erhält die literarisch-künstlerische Beziehung ihre Objektbestimmtheit wie auch ihre Ablösung vom Alltagsleben.

Soviele Behauptungen. Und deshalb im folgenden der Versuch, Werkindividualität unter dem Aspekt der Genese, der Strukturimmanenz, der Rezeption und Wirkung zu veranschaulichen. — Literatur ist sozialhistorisch bedingt, wer wollte diesen Gemeinplatz bestreiten —, aber nicht determiniert. Alle Werke haben sozialhistorische Voraussetzungen, aber nur einige überleben die ihrigen. Entfaltete literarische Gegenstände emanzipieren sich durch den Schöpfungsprozeß von ihrem Autor und dessen individuellem Bewußtseinsstand — man denke an das bekannte »Selbständigwerden« von Romanfiguren. Insofern ist das literarische Produkt mehr als die Verkörperung einer festen Autoreneidee. Darauf zielt Paul Valéry, wenn er schreibt: »das Werk verändert den Autor. Bei jeder Bewegung, die es aus ihm herausholt, erfährt er eine Verände-

rung. Ist es vollendet, wirkt es nochmals auf ihn« (Valery 1959, 90). Die auch für die literarische Produktion charakteristische Trennung zwischen Intention und Realisation unterstreicht auch der Tatbestand, daß die Werke mit den besten Absichten häufig die schlechtesten sind.

Der entfaltete literarisch-künstlerische Gegenstand besitzt einen »juxtastrukturellen« Charakter, das heißt, er ist seinem Wesen nach von der Gesellschaft abhängig und behält doch seine grundsätzliche Eigenart<sup>6</sup> durch einen geschichtlich bedingten und zugleich relativ zeitlosen Aussage- und Eigenwert. Innerhalb des literarischen Prozesses, man denke an die verschiedenen Gattungs-, Stoff- und Motivgeschichten, verändert und entfaltet sich das Ensemble literarischer Techniken und Materialien. In ihm gibt es, wie immer wieder komparatistische Studien hervorheben, Wirkungsbeziehungen zwischen einzelnen Werken und Nationalliteraturen. Die einzelnen Werkindividualitäten stehen hingegen, wie Walter Benjamin sagt, »eins dem anderen fern durch Vollendung« (Benjamin 1928). Im Gegensatz zur Entwicklung der materiellen Gebrauchsgüter, in der eine widersprüchliche Aufwärtstendenz erkennbar ist, erscheinen die einzelnen Werkindividualitäten unvergleichlich und einzigartig. Jüngere Werke sind nicht besser als ältere. Deshalb besitzen sozialhistorische, soziologische und psychologische Fragestellungen eine hohe Relevanz für die Erforschung literarischer Prozesse, ohne damit der entfalteten Werkindividualität gerecht zu werden. Zugespitzt formuliert: Aus Sicht der »Annales-Historie« (Vgl. Erbe 1981, 45-54) oder aus Sicht des Birminghamer »Centre for Contemporary Cultural Studies« (vgl. Maas 1981, 25-44) erhält Literatur ihre Bedeutung durch ihren möglichen dokumentarischen Wert für eine spezielle Fragestellung. Mit ihr können schlechte Werke als wertvolle Quellen und wertvolle Werke als schlechte Quellen gelten.

»Objektbestimmtheit« meint rezeptionstheoretisch keine monadische Werkobjektivität, auf die ein empfindlicher Rezipient zu reagieren hat. Der Begriff bleibt in ein dialektisches Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion eingewoben. Dinghaft-technisches Denken wird damit überwunden, weil die Produktion die Konsumtion und die Konsumtion die Produktion befördert. Ein verbreitetes Bedürfnis nach Jerry-Cotton-Heftchen setzt mindestens eine Erstnummer voraus. Auch Literatur ist als »versachlichte Tätigkeit« ein Produkt der »Möglichkeit nach« und wird erst vollendet durch die Konsumtion des tätigen Subjekts. Nur deren Verstehensarbeit bringt Lesefrüchte. »Indem die Leser sich zum Subjekt des rezeptiven Verhältnisses machen, machen sie sich zugleich zum Objekt eines Wirkungszusammenhangs, und umgekehrt: indem die Werke auf die Leser eine Macht ausüben, bemächtigen sich ihrer zugleich die Leser« (Naumann 1975, 87). Dabei läßt sich die Werkindividualität nicht mit den Intentionen des Autors und den einzelnen Rezeptionsakten verrechnen. Für Mukarovsky hat das »Kunstwerk« den »Charakter eines Zeichens. Es kann weder mit dem individuellen Stand des Bewußtseins seines Urhebers noch mit dem eines das Werk wahrnehmenden Subjekts identifiziert werden. Es besteht als 'ästhetisches Objekt', dessen Standort sich im Bewußtsein des ganzen Kollektivs befindet. Das sinnlich wahrnehmbare materielle Werk ist gegenüber diesem immateriellen Objekt nur ein äußeres Symbol; die

individuellen Bewußtseinszustände, die das materielle Werk hervorruft, repräsentieren das ästhetische Objekt nur in dem, was ihnen allen gemeinsam ist« (Mukarovský 1970, 146).

Im Gegensatz zu den ästhetischen Beziehungen als primär subjektbestimmten und universellen bleiben so die entfalteten literarisch-künstlerischen von der einzigartigen Werkindividualität geprägt, die nach einer vom Alltagsleben abgehobenen Rezeption verlangt. Jeder Mensch kann innerhalb seines Alltagslebens, das hier mit Agnes Heller als »die Gesamtheit der Tätigkeiten der Individuen zu ihrer Reproduktion, welche jeweils die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Reproduktion schaffen«, bestimmt wird (Heller 1978, 24), ästhetische Beziehungen zu verschiedenen Gestalten, zu Blumen und Vasen, zu Landschaften und Warenverpackungen eingehen und diese mit den Gegensatzpaaren »schön« und »häßlich« bewerten. Dazu bedarf es keiner Loslösung vom Pragmatismus des Alltagslebens, von jener unmittelbaren Einheit zwischen Gedanken und Tätigkeit, die auf die partikuläre individuelle Lebenssicherung ausgerichtet ist, denn die möglichen Gegenstände können in ihm selbst ihren Ort haben. Die gattungsmäßigen Objektivierungen »an sich« wie Geräte und Produkte, Bräuche und Sprache sind als Resultanten menschlicher Tätigkeit zugleich Vorbedingungen für die Bewältigung des Alltagslebens, das aus Sicht des Individuums ohne jene Objektivierungen »für sich« (ebd., 182ff.), wie Wissenschaft und Kunst, möglich bleibt. Auch deshalb gehen alle Menschen ästhetische und nicht alle Menschen literarisch-künstlerische Beziehungen ein, denn diese sind als entfaltete von einer Werkindividualität bestimmt, die selbst vom Alltagspragmatismus abgelöst ist und dies auch vom Rezipienten verlangt. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Analyse von Georg Lukács in dessen vielgescholtener und wenig gelesener Ästhetik hingewiesen, wonach Wissenschaft und Kunst mit jener partikulären, auf die individuelle Reproduktion ausgerichteten Tendenz des ganzen Menschen brechen und statt dessen nach dem »Menschen ganz« verlangen, dessen Individualität durch das Medium Kunst in ein bewußtes Verhältnis zur Gattungsmäßigkeit tritt (Lukács 1972, 46f.). Natürlich können entfaltete literarische Gegenstände auch innerhalb partikularer Zwecksetzungen angeeignet werden, wenn etwa Literaturwissenschaftler Werkindividualitäten ausschließlich unter Karrieregesichtspunkten — jetzt sind wir schon wieder beim Kanon — und mit genehmen Methoden traktieren. Wer sich für die Folgen interessiert, dem sei die Beschäftigung mit der Geschichte des Fachs Germanistik empfohlen.

Die angesprochene Ablösung vom Alltag bedeutet keine Wirkungslosigkeit der Literatur, wie zahlreiche autonomietheoretische Wirkungstheoretiker immer wieder behaupten. Nicht ohne Grund ist innerhalb der neokonservativen Kanondebatte von der »Tyrannei der Ziele« und »vom eigenen Wert und eigener Würde der Bildungsgegenstände« die Rede (vgl. Adam 1981). Auf Friedrich Schiller, der häufig als theoriebewußter Souffleur beim Versuch, Literatur von gesellschaftlicher Praxis abzukoppeln, mißbraucht wird, kann man sich nicht berufen. Denn dessen Vorstellung von einer autonomen Kunst geht, wie Schulte-Sasse nachgewiesen hat, von deren Wirkung auf die politischen Verhältnisse aus. Erst wo der Autonomiebegriff vom emanzipatorischen Denken

abgelöst wird, wie später bei Emanuel Geibel<sup>7</sup>, gerät das Kunstwerk zum folgenlosen schönen Schein. In der wirkungsbewußten Konzeption einer autonomen Literatur lebt bei Schiller noch die hohe Wertschätzung der Poesie als Medium der bürgerlichen Emanzipation. Insofern ist hier ein historischer Sonderfall angesprochen, bleibt doch die Stellung der Literatur innerhalb des Kunstensembles und ihre Wirkung darüber hinaus von der jeweiligen Epochenspezifik geprägt. Entscheidend für uns ist aber jene allgemeine Funktionsbestimmung, wonach die entfaltete literarisch-künstlerische Gegenständlichkeit »als Medium der Produktion des Menschen selbst« dient.<sup>8</sup> »Selbstzweck« meint eine Suspension vom Alltagspragmatismus, die Zurückdrängung einer möglichen gustativen, utilitären oder ethischen Dominanz als Voraussetzung wirksamer menschlicher Selbstdarstellung und Selbstgestaltung in einem besonderen sprachlichen Medium des Auswertens und Gewinnens von Erfahrungen. Entfaltete literarische Gegenständlichkeit besitzt gegenüber dominierend unterhaltenden, nützlichen oder belehrenden Werken die Möglichkeit höherer Traditionspersistenz über ihre Entstehungsepoche hinaus, indem sie als Form abgeschlossen und als Aussage offen bleibt. Auch wenn hier keine Wertungskriterien behandelt werden können, so bleibt doch festzuhalten, daß in der literarischen Produktion das Was immer vom Wie bestimmt bleibt. Unter dem ontologischen Aspekt behauptet so die Form und unter dem axiologischen der Inhalt eine Priorität (Hauser 1974, 741). Anders ausgedrückt: Die gelungene Schilderung eines Zigarettenrauchers ist höher zu bewerten als die mißlungene eines epochal bedeutsamen Konfliktes.

Also doch nur hohe Literatur? Gerät der Nutzen eines weiten Kulturbegriffs nicht zum Nachteil für einen weiten Literaturbegriff? Wir meinen nein, denn die einmalige Werkindividualität läßt sich nicht als monadischer Wert festsetzen. Ein Blick auf die Bedingungen der Produktion und Rezeption, auf die Geschichte der Autoren wie auf die der Leser zeigt, daß Herausbildung und Wirksamwerden im umfassenderen kulturellen Prozeß eingebettet bleiben. Zudem steht entfaltete literarisch-künstlerische Gegenständlichkeit nicht in einem Komplex von fertigen Dingen, sondern lebt nur in variablen Beziehungen. Allerdings äußert sich dabei die skizzierte Objektbestimmtheit in dem meist vernachlässigten Tatbestand, daß sich die Aussage innerhalb des geistig-kommunikativen Gebrauchs verbrauchen kann. Bestimmte, ehemals wirksame Werke, wie etwa das protestantische Schuldrama des 16. Jahrhunderts oder die großen Staatsromane des Barock, sind heute außerhalb der Fachwissenschaft nicht mehr resubjektivierbar.

Hinzu kommt: Die angesprochene Herausbildung entfalteter literarischer Gegenständlichkeit markiert keinen festen Endpunkt. Historisch-funktional entstehen immer wieder »synkretische Komplexe« wie Flugschriften oder Reportage, Grafittis oder audio-visuelle Medien, die durch Zweckverschiebungen in ihrem ästhetischen Eigenwert wahrgenommen werden können. Wenn heute Kisch gelesen wird, dann nicht mehr, weil dessen Reportagen auf punktuelle Ereignisse hinweisen. Vielmehr bewahrt bei ihnen die gelungene Form einen Inhalt auf, der sich im Gegensatz zur Gattungsbestimmung von der unmittelbaren Realitätsadäquanz ablöst. Bei den audio-visuellen Medien bestimmt die

Technik nicht nur die Distribution, sondern auch die Produktion. Beim Hörspiel oder beim Film verlangen die materiell-technischen Voraussetzungen vom Wortanteil Anpassung. Ein Blick auf die unterschiedlichen Gattungen und »Mischformen« mit Wortanteil zeigt: der Kunstprozeß enthält als offener und technisch wandelbarer nicht nur die einzigartige und relativ zweckfreie Werkindividualität als möglichen Gegenstand literarisch-künstlerischer Beziehungen. Wer die »synkretischen Komplexe« und möglichen »Zweckverschiebungen« ausklammert, der isoliert Literaturwissenschaft vom wandelbaren Interaktionsbereich Literatur.

Fassen wir zusammen: Die Spezifik der literarisch-künstlerischen Beziehungen erscheint gerade in der Wechselwirkung der drei angesprochenen Interaktionsbereiche. Literaturwissenschaft muß der Differenz und dem »Sich-einander-bedingen gerecht« werden. Deshalb umfaßt ihre Gegenstandsbestimmung zum einen jene einzigartige Werkindividualität als höchste Objektivierung im Sinne von Aussage- und Eigenwert ebenso wie jegliche Formen schriftlicher und mündlicher Sprache, zu der eine ästhetische, das heißt im definierten Sinne sinnlich werdende und relativ zweckfreie Beziehung eingegangen werden kann; zum anderen aber auch deren kontextuelle Bedingungen als über den engen Interaktionsbereich hinausweisende.

Unserem angehenden Zoologiestudenten wäre also von einem Fachwechsel abzuraten, denn in jeder Wissenschaft vernebeln Vorurteile und Konventionen das Objektbewußtsein. Und gerade Literaturwissenschaft darf nicht ausblenden, was »unter aller Kanone« — wie der Schülermund »sub omni canone« scherzhaft übersetzt — dem einen oder anderen erscheinen mag; besonders dann nicht, wenn die Richtschnur von konservativen Gralshütern des »Schönen, Wahren und Guten« besonders hoch angelegt werden soll!

## Anmerkungen

- 1 Zum Zusammenhang von Krieg und Nachkriegszeit und Spenglers Kulturkonzept vgl. Lukács 1974, 138-152.
- 2 Zur Unterscheidung zwischen Tätigkeiten und initiierenden Motiven, Handlungen mit bewußten Zielen und Operationen vgl. A.N. Leontjew 1979, 101-120. Zur nötigen Trennung des Motivs im Sinne von Intention und Zweck im Sinne von Handlungswirkung vgl. Gehlen 1971, 190-231.
- 3 Damit sind allerdings nicht nur wie bei Pracht u.a. die noch unausgebildeten und unterschiedlichen Formen menschlicher Aneignung gemeint, sondern auch immer wieder historisch-funktional auftretende »Vermischungen« unterschiedlicher Funktionen.
- 4 »'Ästhetisch' meint hier: 'zur Kunst gehörend' und darf nicht gleichgesetzt werden mit der umgangssprachlichen Verwendung dieses Wortes für 'schön', 'angenehm' usw.« (Schmidt 1980, 80)
- 5 Diese Definition steht in der Tradition jener Versuche, die das »Ästhetische« vom »Kunstwerk« lösen wollen. Innerhalb der Konzeptionsbemühungen um eine allgemeine Kunstwissenschaft zu Beginn des Jahrhunderts setzen, etwa bei Konrad Fiedler oder Richard Hamann, Bemühungen um eine begriffliche Ablösung ein. Mit Blick auf die Oberfläche, die Verpackung und das Reklamebild von Waren zeigt Wolfgang Fritz Haug (1971) ästhetische Beziehungen zu nicht-künstlerischen Gegenständen auf.
- 6 Wir übernehmen den Begriff aus der Persönlichkeitstheorie von Sève (1973, 265).
- 7 Bei Geibel wird aus dem geschichtsphilosophisch aufzuhebenden Gegensatz zwischen Kunst und Wirklichkeit ein bescheidenes »sich selber genug« sein: »Zur Tempelmacht seid ihr

- berufen / Und auf den Höhn ist euer Stand [...] Rein sollt ihr sein an Herz und Händen, / Ihr seid ein priesterlich Geschlecht« (Schulte-Sasse 1975, 165).
- 8 Auf die Unterschiede zwischen Marx und Gehlen, die beide den Begriff Selbstzweck gebrauchen, kann hier nicht eingegangen werden. Entscheidend bleibt in unserem Zusammenhang die Dialektik von Zweck und Selbstzweck als »eine historische Einheit von bestimmten unmittelbaren Zwecksetzungen durch die menschlichen Subjekte und allgemeinen, von diesen scheinbar freien Aktivitäten, die im universellen Zusammenhang menschlicher Kraftentfaltung, der Entfaltung menschlicher Gattungspotenzen jedoch als Zweck eigener Art, als menschlicher Selbstzweck begriffen werden können: weil hier im ästhetischen Verhältnis das Subjekt werden und -sein im Sinne des Ensembles menschlicher Vermögen, des menschlichen Genusses durch menschlicher Genüsse fähige Sinne der eigentliche Zweck ist ...« (Pracht 1978, 227f.).

## Literaturverzeichnis

- Adam, K., 1981: Die Tyrannei der Ziele. In: FAZ v. 3.12.1981
- Adelung, J.C., 1782: Versuch einer Geschichte der Kultur des menschlichen Geschlechts. o.O.
- Aristoteles 1977: Hauptwerke. Ausgew. u. eingel. v. W. Nestle. Stuttgart
- Bausinger, H., 1968: Formen der 'Volkspoesie'. Berlin
- Benjamin, W., 1928: Einbahnstraße. Berlin
- Ciceronis, M. Tullio, MCMLXV: Tusculanae Disputationens, Recognovit M. Pohlenz. Stuttgardiae in Aedibus B.G. Teubueri
- Erbe, M., 1981: Die Kunstgeschichte in der Sicht der »Annales«-Historie. In: J. Held (Hrsg.), Kunst und Alltagskultur. Köln
- Gehlen, A., 1950: Der Mensch. Bonn
- ders., 1961: Über Kultur, Natur und Natürlichkeit. In: ders., Anthropologische Forschung. Zur Selbstbestimmung und Selbstentdeckung des Menschen. Hamburg.
- ders., 1964: Urmensch und Spätkultur. Frankfurt/M., Bonn
- ders., 1971: Probleme einer soziologischen Handlungslehre. In: ders., Studien zur Anthropologie und Soziologie. Neuwied, Berlin/W.
- Hamann, J.G., 1967: Aesthetica in nuce [1762]. In: ders., Schriften zur Sprache. Frankfurt/M.
- Hamburger, K., 1968: Logik der Dichtung. 2. stark veränd. Aufl. Stuttgart
- Haug, W.F., 1971: Kritik der Warenästhetik. Frankfurt/M.
- Hauser, A., 1974: Soziologie der Kunst. München
- Heller, A., 1978: Das Alltagsleben. Frankfurt/M.
- Ingarden, R., 1960: Das literarische Kunstwerk. 2. Aufl. Tübingen
- Jolles, A., 1974: Einfache Formen. Legende, Sage, Mythe, Rätsel, Spruch, Kasus, Memorabile, Märchen, Witz [1930]. Tübingen
- Kautsky, K., 1927: Die materialistische Geschichtsauffassung. Bd.1, Berlin
- Kramer, D., 1978: Ausgangsbedingungen einer materialistischen Theorie der Kultur. In: W. Hund, D. Kramer (Hrsg.), Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie. Köln
- Leontjew, A., 1979: Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Berlin
- Lotman, J.M., 1981: Kunst als Sprache. Leipzig
- Lukács, G., 1972: Ästhetik I. Neuwied, Berlin/W.
- ders., 1974: Die Zerstörung der Vernunft. Bd.2. Neuwied, Berlin/W.
- Maas, U., 1981: Eine historische Anmerkung zur Kulturdiskussion und ein Hinweis auf den kulturalistischen Ansatz des Birmingham Centre for Contemporary Cultural Studies. In: J. Held (Hrsg.), Kunst und Alltagskultur, Köln
- Maier, H., 1981: Der Tragelaph. Brauchen wir einen literarischen Kanon? Eine Erwiderung. In: FAZ v. 6.11.1981
- MEW 20: Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR
- MEW Ergänzungsband I: Marx-Engels-Werke. Berlin/DDR
- Mukarovsky, J., 1970: Kapitel aus der Ästhetik. Frankfurt/M.
- Naumann, M., 1975: Gesellschaft, Literatur, Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht. Berlin/DDR, Weimar

- Plechanow, G.W., o.J.: Briefe ohne Adresse. Dritter Brief. In: ders., Kunst und gesellschaftliches Leben. Berlin
- Pracht, E., u.a., 1978: Ästhetik heute. Berlin
- Ries, K., 1981: Lesen will heute niemand mehr. Die Frage nach dem Literaturkanon aus der Sicht der Schule. In: FAZ v. 20.11.1981
- Sève, L., 1973: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt/M.
- Schmidt, S.J., 1980: Grundriß der empirischen Literaturwissenschaft. Bd.1. Braunschweig, Wiesbaden.
- Schober, R., 1973: Zum Problem der literarischen Wertung. In: Weimarer Beiträge H.7
- Schulte-Sasse, J., 1977: Autonomie als Wert. In: N. Mecklenburg (Hrsg.), Literarische Wertung. Tübingen
- Schuppan, P., 1978: Marx und Engels über Kultur und Kulturentwicklung. In: D. Hund, D. Kramer (Hrsg.), Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie. Köln
- Sobrevilla, D., 1971: Der Ursprung des Kulturbegriffs, der Kulturphilosophie und der Kulturkritik. Diss. Tübingen
- Stroszek, H., 1972: Zur kunstwissenschaftlichen und kommunikationswissenschaftlichen Grundlegung der Literaturwissenschaft. In: Literaturwissenschaft. Eine Einführung für Germanisten. Berlin, Wien
- Ueding, G., 1973: Glanzvolles Elend. Versuch über Kitsch und Kolportage. Frankfurt/M.
- Valery, P., 1959: Windstriche. Frankfurt/M.
- Verworn, M., 1912: Die Entwicklung des menschlichen Geistes. Jena.
- Warneken, B.J., 1979: Literarische Produktion. Frankfurt/M.
- Weber, A., 1920/21: Prinzipielles zur Kultursoziologie. In: Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 47



## Erfahrung und Ideologie

Studien zur massenhaft  
verbreiteten Literatur

Literatur im historischen Prozeß 7

Argument-Sonderband AS 101, 1983

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



## Die verborgene Frau

Sechs Beiträge zu einer feministischen  
Literaturwissenschaft von

Inge Stephan und Sigrid Weigel

Literatur im historischen Prozeß 6

Argument-Sonderband AS 96, 1983

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Raymond Williams

**Mobile Privatisierung\***

Wir müssen unterscheiden zwischen einem Bewußtsein, das zur Erkenntnis realer Situationen offen ist (somit reale Wahlmöglichkeiten zuläßt), und den verschiedenen Druckeinwirkungen, unter denen die Menschen sich der Bestimmtheit ihres Lebens bewußt werden: Determinationen, die auf sehr kurzfristige und absolut unmißverständliche Weise funktionieren. Es gibt Disziplinierungen der kapitalistischen Sozialordnung, die — in der gegenwärtigen Phase zunehmend — die Menschen nicht so sehr auf der Grundlage positiver Zustimmung, als vielmehr der Abwesenheit unmittelbarer Alternativen steuern.

Ich meine, daß die enorme Verwicklung der Bevölkerungsmehrheit in das, was früher Verschuldung genannt wurde und heute Kredit heißt, was einen kurzfristigen Druck auf das Handeln und Denken im nächsten Monat ausübt, eine neue Situation darstellt. Beispielsweise müssen Arbeiter heute bei einer Entscheidung über einen Streik mitüberlegen: »Ich muß an meine Hypothek denken; und was ist mit den Abzahlungen für das Haus usw.« Nicht nur dies: In der gegenwärtigen Krise hat die pure Disziplinierung, die von der Beschäftigungssituation ausgeht, die mit Vorbedacht gewählte Waffe der Bedrohung der Arbeitsplatzsicherheit einen enormen und handgreiflichen Druck zur Folge. Wenn man einem solchen Druck ausgesetzt ist, braucht man viel Kraft, um sich ihm zu widersetzen. Oder man muß einen Teil seines Kopfes frei halten, damit ein anderes Bewußtsein in ihn eintreten kann. Es überrascht mich nicht, daß unter den in dieser Hinsicht relativ privilegierten Menschen, die weder wegen irgendwelcher Schulden noch von Beschäftigungsproblemen eingeschüchtert sind, die durch ihre Situation oder Qualifikation geschützt sind (mobile Menschen usw.), sich in größerem Umfang ein alternatives Bewußtsein zu bestimmten Fragen herausbilden konnte.

Es wäre töricht, diese Fragen als Fragen der Mittelklasse und die anderen als Fragen der Arbeiterklasse abzubilden. Sie alle sind Fragen aller Klassen. Die meisten von ihnen sind allgemein. Der Druck, den der Kapitalismus ausüben kann und zur Zeit und in den nächsten Jahren ausübt, ist sehr hart. Gewissermaßen kann ein und dieselbe Person eine bedauernd oder zynisch unterwürfige Haltung an den Tag legen, die sie in Situationen der Verschuldung, der Arbeitsplatzgefährdung oder in anderen alltäglichen Problemkonstellationen gelernt hat, und doch in Teilen ihres Kopfes ziemlich frei darauf reagieren, was über die Befreiung der Frauen, über den Frieden und gegen Atomwaffen usw. gesagt wird.

In der Tat, die Menschen schaffen sich in ihrem Leben einen solchen Raum. Aber es ist ein Raum, der mit den harten kurzfristigen Determinationen koexistieren muß. Eine rasche Antwort auf diese Argumentationslinie lautet, daß es in früheren Situationen, als der Druck noch stärker und die Unterdrückung

\* Zuerst erschienen in *New Left Review* 140, 1983. Gekürzt und übersetzt von Bernd Fischer und Werner van Treeck

viel härter war (und wenn wir in den nächsten vier Wochen in Selbstmitleid verfallen, wäre ein bißchen Geschichte und ein Vergleich mit dem, womit sich Menschen in unserer Lage zu verschiedenen Zeiten auseinanderzusetzen hatten, eine der Schmerztabletten), daß es in solchen Situationen auch stärkere Reaktionen gab. Warum?

Es gibt ein neues besonderes Angebot einer Identität, das weitgehend angenommen wurde. Ich meine nicht den britischen Chauvinismus; den gibt es bei Fußballspielen oder bei Ereignissen, die Fußballspielen ähnlich gemacht werden. Es ist etwas Neues, sehr Machtvolles und sehr Zwiespältiges. Ich kann keine gebräuchliche Bezeichnung dafür finden, weil es sich um einen relativ neuen Bedingungs-zusammenhang handelt, weshalb ich zu einem der häßlichsten Ausdrücke greife, die ich kenne, den der »mobilen Privatisierung«. Aber ich weiß nicht, wie man das sonst nennen könnte. Die Identität, die uns angeboten wird, ist eine neue Art von Freiheit in dem Bereich unseres Lebens, den wir innerhalb der gesellschaftlichen Determinationen und Zwänge abgesteckt haben. Sie ist privat. Sie schließt ziemlich viel Konsum ein. Vieles davon ist auf das Heim, den Wohnort ausgerichtet. Vieles davon nimmt eine Menge der produktivsten, vorstellungsreichsten Impulse und Aktivitäten der Menschen in Anspruch — überdies auf ganz vernünftige Weise, verglichen mit den konkurrierenden Forderungen orthodoxer Politik.

Gleichzeitig handelt es sich nicht um eine Privatisierung in der Form des Rückzugs, denn sie verleiht eine beispiellose Mobilität. Man kann in einer Art Schale leben, mit seinen Verwandten, Geliebten, Freunden und Kindern, in der das Dasein einer kleinen sozialen Einheit das einzig wirklich wichtige soziale Dasein ist. Es bedeutet nicht, in einer festsitzenden Schale zu leben. Es ist eine Schale, die man mitnehmen kann, mit der man an Orte fliegen kann, die zu besuchen frühere Generationen sich nicht vorstellen konnten. Man kann sich die ganze Zeit über in der Gesellschaft bewegen und sich die Plätze aussuchen, zu denen man geht. Man nimmt die Schale mit. Man bekommt das Gefühl einer ursprünglichen Identität, des wirklichen Lebens angeboten. Und die meisten Menschen begreifen es als ihr wirkliches Leben, gegen das die großen Dinge, in welcher politischen Farbe sie auch immer erscheinen mögen, als bloße Allgemeinplätze, als bloße Abstraktionen, bestenfalls als langweilige Störungen dieses wirklichen Lebens und schlimmstenfalls als zerstörerische Eingriffe aufgefaßt werden.

Der Grund, warum ich dies für zwiespältig halte, ist folgender: die Menschen haben echte Freiheiten der Wahl und der Mobilität bekommen, wofür ihre Vorfahren sehr viel gegeben hätten. Gleichzeitig wurde der Preis dafür nie in Rechnung gestellt. Der Preis für diesen privaten Raum wurde mit der Verschlechterung genau der Bedingungen bezahlt, die ihn ermöglichen; Bedingungen, die die Menschen, als dies Bewußtsein geformt wurde, für dauerhaft hielten. Vollbeschäftigung, billige Kredite, billiges Benzin. Man nahm an, alle Bedingungen für ein derartiges Leben seien überreichlich vorhanden und von Dauer. Und das Bewußtsein reagierte feindselig, in einigen Fällen verständlicherweise feindselig, auf alles, was diese frei gewählte Mobilität und den Konsum beeinträchtigte.

Die Rechte hat diese soziale Interpretation aufgegriffen und (wenn auch fälschlicherweise) mit ihrer Wirtschaftspolitik und ihrem Wertesystem identifiziert. Nur auf marginale und oberflächliche Weise hat die Rechte jemals Menschen eine derartige Gelegenheit geboten; aber sie propagiert aggressiv die Idee davon. Die Linke hat im großen und ganzen über etwas anderes geredet; notwendigerweise über etwas anderes, als die Kredite zunehmend eingeschränkt und die Arbeitsplätze knapper wurden, als die Mobilität in der Ausbildung immer schwerer zu verwirklichen war. Das Bewußtsein ist noch erhalten; und was man hereinbrechen sah, sind Kräfte, die beinahe von Anfang an als feindlich identifiziert wurden: falsch identifiziert, nicht richtig erkannt.

Ich habe das Gefühl, daß jedesmal, wenn wir auf der Linken über die Notwendigkeit öffentlicher Dienstleistungen, kollektiver Einrichtungen oder gemeinsamer Bedürfnisse reden, nur wenige den Nerv haben, uns direkt zu widersprechen. Viele Leute haben eher die Angewohnheit, dies in ihrem Kopf dorthin zu verlegen, wo es weder groß beachtet, noch beantwortet wird. Das Schreckliche daran ist, daß in dem Ausmaß, in dem dieses Verhalten der anderen beobachtet wird, wir unsere Eindrücke von den wahren Absichten der anderen bestätigt finden, bis wir allmählich bei der Beobachtung solch destruktiven Verhaltens leichtfertig mit geringschätzigen Bemerkungen über andere Leute werden. Wir sind nur allzu schnell bereit, uns auf Bahnen sozialer und kultureller Analyse führen zu lassen, auf denen man törichtes, irgeleitetes, selbstsüchtiges, gieriges, aggressives Massenverhalten identifiziert.

All das, was man von der Rechten gehört hatte, fangen wir jetzt an, in bestimmten Formen von der Linken zu hören. Die Elemente realen Verhaltens in dieser Situation nähren unser Gefühl dafür, wie andere sind, und dann nähren sie diese allgemeine Schlußfolgerung, daß ein anderer Lebensstil dann in Ordnung wäre, wenn wir alle ihm folgen würden. Es wäre in Ordnung, wenn sich jeder so verhalten würde. Es wäre in Ordnung, wenn wir uns wirklich alle umeinander kümmern würden oder ein gemeinsames Verantwortungsgefühl hätten. Aber eine derartige aus sich selbst heraus verkündete, positive Position ist verhältnismäßig schwach, wenn sie mit den realen Druckeinwirkungen auf die Situation der Mehrheit konfrontiert wird, in der, mit welcher Angst und unter welchem Druck auch immer, dieses private und mobile Leben noch verfügbar sein mag; selbst wenn eine zunehmende Anzahl von Nachbarn herausfällt und schlicht zur Arbeitslosenstatistik wird.

Mit anderen Worten, Sozialisten müssen jetzt erkennen, daß das zentrale Problem der kommenden Periode darin besteht, ein authentisches und weniger ein ererbtes Gefühl dafür, was eine Gesellschaft ist und sein sollte, zu erzeugen. Nicht eine Gesellschaft, die den Bedingungen individueller Sicherheit, Freiheit und Leistung grob gegenübergestellt wird, weil diese höchstens unter Zwang aufgegeben werden. Nicht eine Gesellschaft, die, wie so oft in der alten Sprache der Linken, diesem aktiven, mobilen Leben entgegengesetzt werden kann. Stattdessen ein Gesellschaftsgefühl, das wirklich aus einigen anderen Wurzeln herrühren muß. Und diese Frage muß ich euch überlassen; lediglich mit dieser Überlegung, daß, wenn ihr untersucht, wo der Sozialismus am stärksten war, gleich ob im umfassenden Sinne von Sozialismus oder im einfa-

chere Verständnis der Labour-Wahl, ihr herausfinden werdet, daß dies in den Siedlungsballungen und dicht bevölkerten Stadtteilen der Fall war. Wenn die einzigen Wurzeln des Sozialismus in solchen Siedlungsballungen lägen, müßtet ihr die Analyse akzeptieren, daß der Sozialismus eine verschwindende Tendenz ist, daß er zu Ende geht. Denn wenn eines gewiß ist, dann dies, daß derartige Siedlungen zur Ausnahme, zur Randerscheinung werden.

Andererseits ist dies die gesamte Analyse dessen, wo und wie der Sozialismus wuchs? Am meisten beeindruckt mich bei diesen traditionell militanten Gebieten, daß die Leute nicht gezwungen waren, sich in einer einzigen Dimension zu definieren. Es stimmt, sie waren — wie man zu sagen pflegte — Arbeitnehmer und Arbeiter in einer gemeinsamen Situation. Aber sie waren auch, und sie bestanden darauf, Nachbarn, durch die Familie miteinander verbunden. Sie waren Bewohner eines bestimmten Ortes, oft mit einem sehr starken Lokalbewußtsein. Es gab keine Gegensätze zwischen der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse und zu den Sozialisten oder zwischen Lokalpatriotismus und den damit verknüpften Familienbeziehungen. Dies sind Bedingungen, die in jenen Siedlungen unter besonderen Umständen entstanden, und die nicht wiederbelebt oder wiederholt werden können.

Und doch können sie uns einen Hinweis auf jenen Sozialismus geben, den wir jetzt neu bestimmen müssen. Dies ist genau nicht ein Sozialismus, der sich nur auf die wirtschaftliche Stellung stützen kann, um eine politische Identität oder eine politische Bewegung zu definieren. Seht euch doch die Bereiche an, die am stärksten von der Krise betroffen sind: Die Definition dessen, was Gemeindeverwaltung ist; die Probleme, was es heißt, einer nationalen Minderheit anzugehören; oder die sogenannten ethnischen Gruppen in der britischen Gesellschaft: Diese Probleme sind nicht mit großen nationalen Kategorien zu identifizieren, sondern als wirkliche soziale Beziehungen.

Hier könnte eine andersartige Bindung — eine Bindung, die die Grundlage eines Bewußtseins ist, das sich von dem der mobilen Privatisierung unterscheidet — beginnen, sich durchzusetzen und zur Grundlage einer alternativen Bewegung zu werden. Ich behaupte nicht, daß dies innerhalb der nächsten zwanzig Jahre passieren wird, ganz zu schweigen von den nächsten vier Wochen. Ich behaupte, daß eine derartige Analyse unsere realen Anstrengungen fundieren sollte. Weil das, was jetzt massiv hoffnungslos erscheint, in Wirklichkeit eine extrem un stabile und ungewisse Situation von gegensätzlichen Druckwirkungen und falschen Erkenntnissen ist, aus der die Menschen selbst herausfinden müssen. Niemand wird sie da herausführen. Doch bei der Suche könnte eine ganz andere Qualität von sozialistischen Ideen und sozialistischer Sprache die entscheidende Komponente sein.

Eckard Holler

## Wie können soziokulturelle Zentren überleben?

### Vorbemerkung: Basisverankerung als politische Orientierung

Wer heute in einem soziokulturellen Zentrum verantwortlich tätig ist, steckt in der Regel bis zum Hals in den unaufschiebbaren Problemen der täglichen Arbeit, für die immer zu wenig Geld und zu wenig Leute vorhanden sind. Er befaßt sich nur dann mit den Fragen der eigenen politischen Existenz und der Veränderungen des politischen Klimas, wenn die eigene Einrichtung von einschränkenden Auflagen, Mittelkürzungen oder anderen ernsthaften Repressionen bedroht ist. Man mag es als einen Mangel dieser Art von Kulturarbeit ansehen, daß hier politische Erfahrungen vor allem induktiv und am Maßstab des eigenen Überlebens gemacht werden und die Kontinuität der eigenen Existenz die Basis der politischen Bewußtseinsbildung ist. Andererseits könnte man aber auch zu dem Schluß kommen, daß die starke »Bodenhaftung« dieser Einrichtungen, die durch das selbstverständliche Eingelagertsein in die konkreten Bewegungen vor Ort entsteht, einen Pluspunkt darstellt, der das Fehlen eines übergreifenden politischen Bewußtseins kompensiert. Denn es könnte ja sein, daß eine derartige Basisverankerung auch vor politischen Sackgassen schützt, in die sich manche »politischere« Projekte in der Vergangenheit verlaufen haben, während ein Großteil der soziokulturellen Einrichtungen seit Ende der 60er Jahre auf einem gleichbleibenden Kurs geblieben ist. Diese »Kursicherheit« der soziokulturellen Zentren — also der politisch-kulturellen Clubs, der Kulturkeipen wie der großen Kultur-»Fabriken« — hängt vermutlich mit ihrer Stellung in der Kultur- und Sozialpolitik zusammen, die stets nur eine gerade noch geduldete Randexistenz ermöglichte und zu einem permanenten Überlebenstraining zwang, aus dem sich die politischen Einsichten von selbst ergaben.

### Alternative Kultur als »Randproblem« der Kulturpolitik

Einige Zahlen mögen das illustrieren: der Anteil der »alternativen Kultur« machte 1980 in den Städten, in denen sie überhaupt gefördert wurde, höchstens 1 bis 5% des jeweiligen Kulturretats aus. Während die Oper in Stuttgart jährlich mit 85 Mill. DM bezuschußt wird und der Theaterneubau in Heilbronn voraussichtlich mindestens 70 Mill. DM kostet, gibt es in ganz Baden-Württemberg keine einzige soziokulturelle Einrichtung, die im Jahr auch nur 100.000,- DM Zuschuß erhalten würde. Auch der Ausbau und die Einrichtung erfolgt hier in Eigenarbeit und nahezu ohne öffentliche Gelder, obwohl die bestehenden Einrichtungen sowohl von der Besucherzahl wie vom Umfang des Veranstaltungsprogramms mit den Kleintheatern konkurrieren können, die in Baden-Württemberg von Kommunen und Land mit rund 9 Mill. DM gefördert werden (und außerdem die Umsatzsteuer sparen dürfen). Selbst ein deutsch-amerikanisches Institut in Tübingen erhält aus öffentlichen Mitteln über 300.000,- DM pro Jahr — davon vom Land Baden-Württemberg 169.000,- DM, während es der Club Voltaire in Tübingen mit viel Geschick für ein zahlenmäßig vergleichbares Programm auf 65.000,- DM bringt, in denen vom Land Baden-Württemberg ganze 8000,- DM enthalten sind. — Die Situation in Baden-Württemberg ist im übrigen der in den anderen langjährig von CDU bzw. CSU regierten Bundesländern analog: staatlich gefördert werden ausschließlich die traditionellen Kulturträger, die zugleich auch »staatstragend« wirken, wie Oper, Staats- und Landestheater, Museum und Kunsthalle, wobei sich Baden-Württemberg nicht knauserig zeigt und im Landeshaushalt über 300 Mill. DM an Zuschüssen bereitstellt.

Mit öffentlicher Unterstützung aufgebaute soziokulturelle Zentren gibt es im Bundesgebiet überhaupt nur in SPD bzw. SPD/FDP-regierten Großstädten vor allem nördlich der Mainlinie und eine nennenswerte Förderung von Künstlern aus der alternativen Kul-

turszene (Folk, Lied, Rock, Jazz, Pantomime, Kabarett, Gitarre, freies Theater) überhaupt erst in den letzten Jahren in Westberlin und Hamburg. Leistungen auf diesem Gebiet sind jedoch von öffentlicher Seite fast nie aus freien Stücken und als Teil einer konstruktiven kulturpolitischen Perspektive gewährt worden, sondern stets nur auf Drängen und nach jahrelangen Bemühungen der jeweiligen örtlichen Initiatoren in Verbindung mit beherrzten Kulturpolitikern. Das heißt, daß die Formel »mehr Demokratie wagen« und das soziokulturelle Kulturkonzept einer »Kultur für alle« und »von allen« im Bereich einer sich als gesellschaftspolitisch verstehenden Soziokulturarbeit nur bescheidene Auswirkungen gehabt hat und die SPD selbst dort, wo gute Chancen bestanden hätten, eine Demokratisierung des kulturellen Lebens in die Wege zu leiten, diese Aufgabe nur als Randproblem aufgefaßt hat und halbherzig angegangen ist. Vor einer Umverteilung der Mittel im Kulturretat ist sie ängstlich zurückgeschreckt und eine relevante Anhebung der Mittel der Kulturretats — 1982 lagen sie im Bundesdurchschnitt in den Städten über 20.000 Einwohner bei 2,8% der Gesamtetats — ist ihr nicht gelungen. Die Folge davon war, daß der »alternative« Kunst- und Kulturbereich von einer Förderung nahezu völlig ausgeschlossen blieb.

Diese im wesentlichen negative Bilanz der sozialliberalen Ära hat jedoch für diesen »alternativen« Bereich die günstige Folge, daß er von der kulturpolitischen »Wende« in Bonn nicht so direkt getroffen werden kann wie Einrichtungen, die von der Gnade der jeweiligen Bundesregierung leben müssen (z.B. die Goethe-Institute, die Filmförderung u.a.). Das heißt nun nicht, daß die kleinen und vor allem lokal agierenden Kulturclubs und Kulturkneipen von der politischen Klimaveränderung verschont bleiben. Auch liegt es mir fern, ihre Kulturarbeit am Rande des permanenten Existenzminimums und ökonomischen Ruins zu heroisieren. Jedoch will ich nicht in den Klagechor derer einstimmen, die vor allem mit Tränen auf die neue politische Situation reagieren.

### Überlebensstrategien seit den 60er Jahren

Recht nüchtern ist vielmehr darauf hinzuweisen, daß es in der BRD und in Westberlin schon seit Anfang der 60er Jahre einen Zweig kultureller Arbeit und künstlerischer Betätigung gibt, der — Ausnahmen wie Degenhardt oder Biermann einmal abgerechnet — in den Feuilletons der bürgerlichen Presse nicht beachtet wurde und auch im Rundfunk und Fernsehen völlig unterrepräsentiert blieb. Ein Beispiel unter vielen dafür ist die völlige Ignoranz der Medien gegenüber dem Tübinger Liedermacherfestival, einem dreitägigen Treffen internationaler Musik- und Theatergruppen, das seit 10 Jahren jährlich veranstaltet wird, stets über 10.000 Besucher hat und sich schwerpunktmäßig jeweils mit einem kultur- oder allgemeinpolitischen Thema befaßt (z.B. Nicaragua, Apartheid in Südafrika, Frieden, Zweite Kultur u.a.). In den 10 Jahren wurde noch keine der zentralen Veranstaltungen von Rundfunk oder Fernsehen aufgezeichnet, obwohl genügend Anlaß bestanden hätte, und die immer wiederkehrende Begründung, man benötige den Ü-Wagen für die Hafenkonzerte am Bodensee, allmählich ungläubig wurde.

Die jahrelange apokryphe Existenz dieser Kulturrichtung hat andererseits jedoch ein ungestörtes, kontinuierliches Wachstum ermöglicht, bei dem nicht zuletzt die Impulse der 68er Zeit weiterentwickelt werden konnten, so daß an vielen Orten ein Stadium der Reife und Eigenständigkeit eines alternativen Kulturlebens entstanden ist, das sich teilweise sogar im qualitativen Niveau mit den Leistungen der etablierten »bürgerlichen« Kunstausübungen messen kann. Der aufgrund permanenter politischer Verdächtigungen erzwungene Ausschluß von öffentlicher Förderung führte zur Entwicklung einer Überlebensstrategie, die — aufbauend auf weitgehender ökonomischer und politischer Unabhängigkeit, ehrenamtlicher Arbeit und der Solidarität der Szene — eine Widerstandskraft entstehen ließ, die auch gegen reaktionäre Zugriffe immunisierte.

Im Grunde hat sich in vielen Bundesländern durch die Bonner »Wende« wenig gewen-

det. In den »Südstaaten« der BRD regiert die CDU bzw. CSU seit eh und je mit absoluter Mehrheit und hat hier auch nie eine Notwendigkeit gesehen, Ansätze einer oppositionellen »zweiten« Kultur öffentlich zu fördern. Wenn die Anzeichen nicht trügen, kann es sogar sein, daß die CDU gegenüber der »alternativen« Szene klarer und offener verfährt als die SPD und die reale Bedeutung dieser weitverzweigten Szene einschätzen lernt, die zur allgemeinen Überraschung der etablierten Parteien seit 1983 sogar im Bundestag vertreten und damit endgültig aus dem Dunkel der Subkultur hervorgetreten ist.

### **Kommerzialisierung der Kultur als Ziel der »Wende«**

Allerdings ist die Lage auch nicht zu beschönigen. Einerseits ist zu versuchen, im Vertrauen auf die eigene Widerstandskraft und die Erfolge der grünen und alternativen Bewegung der »Wende« paroli zu bieten, andererseits ist es notwendig, die destruktiven Absichten, die mit der »Wende« verbunden sind, entschieden abzuwehren. Dies wird nicht ohne ein listiges Ausnutzen der Möglichkeiten geschehen können, die in der Eigenart des derzeit intendierten »Aufschwungs« enthalten sind. So bieten sich derzeit — völlig unerwartet — gute Möglichkeiten, vorhandene »alternative« Arbeitsplätze durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und spezielle Jugendarbeitslosigkeitsprogramme zu finanzieren. Es darf jedoch kein Zweifel bestehen: in den Kommunen gilt die Förderung der Kulturarbeit weitgehend als eine freiwillige Leistung und unterliegt der oft sehr willkürlichen Entscheidung von Verwaltung und Gemeinderat. Da die Kommunen seit Anfang der 80er Jahre weniger Geld zur Verfügung haben, stagnieren an vielen Orten die Kultur- und Sozietats, wenn nicht gar rigide Kürzungen erfolgen, die nicht zuletzt die eh nur minimal bezuschußten soziokulturellen Zentren treffen. Ihnen wird auch nahegelegt, die Eigeneinnahmen durch Erhöhung der Eintrittspreise bei Konzerten, der Gebühren für Kurse und der Verkaufspreise im gastronomischen Bereich zu erhöhen, so daß schon das Beispiel jener Edelkulturkneipe aus Hamburg durch die Szene geistert, die beim Tangokonzert mit José Mosalini im kleinen Kreis den Eintrittspreis auf 32,- DM festsetzte. Das heißt, aus der Sicht der Politiker besteht derzeit die Tendenz, die alternative Kulturszene auf den freien Markt hinauszudrängen und zur Kommerzialisierung zu zwingen, der sie in der Vergangenheit durch ein großes Maß an ehrenamtlicher Tätigkeit trotz der fehlenden Subventionen entgangen ist. Die zynische Absicht dieser Politik dürfte sein, auf eine elegante Weise sich zugleich der unbequemen politischen Inhalte und der lästigen Solidaritätsaktionen zu entledigen. Denn das Kalkül ist doch, durch die Kommerzialisierung eine inhaltliche Entleerung und den Verlust der politischen Glaubwürdigkeit zu erreichen. — Vermutlich liegt hier eine der größten Gefahren für den Bereich der Alternativszene im gegenwärtigen Zeitraum. Denn durch den stärkeren ökonomischen Druck auf alle, die als potentielle ehrenamtliche Mitarbeiter in Frage kommen, ist das Potential an möglicher unbezahlter Arbeit kleiner geworden, so daß etwa die Idee der »Selbstverwaltung« der Einrichtungen bereits seit längerem modifiziert werden mußte.

### **Mittelkürzungen in den »großen« Zentren**

Besonders verletzbar sind derzeit die großen soziokulturellen Zentren, die in den 70er Jahren von mutigen sozialliberalen Kulturpolitikern in Verbindung mit örtlichen Initiativen errichtet wurden. Was bisher als beispielhaft galt, nämlich ein multimedial genutzter Gebäudekomplex mit 100.000 bis 200.000 jährlichen Besuchern bei kommunalen Zuschüssen von einer halben bis zu einer Million Mark, wird inzwischen wieder als entbehrlich angesehen. Die Ausländerarbeit, die Integrationsbemühungen bei Randgruppen, die Idee der kulturellen Selbstbetätigung, die Solidaritätsarbeit für die Dritte Welt, die Förderung von Nachwuchskünstlern, die Entwicklung neuer Kommunikationsformen gegen die wachsende Anonymität und andere Aufgaben, die von den hauptamtlich tätigen

Leitungsteams in diesen Häusern wahrgenommen wurden, werden in ihrer Bedeutung relativiert und in die Zuständigkeit privater Vereinigungen zurückverlagert, so daß in den genannten Kommunikationszentren künftig nur noch ein Hausmeister für die Vergabe von Räumen zuständig sein soll, die Erarbeitung einer eigenen soziokulturellen Konzeption jedoch eingespart wird. Einschneidende Mittelkürzungen im personellen wie im programmatischen Bereich sind z.B. für die »großen« Kommunikationszentren »Börse« in Wuppertal, »Schlachthof« in Bremen und »Pumpe« in Kiel angesagt, und statt einem soziokulturellen Zentrum wird insbesondere von Seiten der CDU ein »Vereinshaus« ins Gespräch gebracht, das, wie man meint, nicht nur billiger ist, sondern auch sonst keine Probleme mehr macht. Das soziokulturelle Zentrum »Schlachthof« in Bremen hat inzwischen zu einer bundesweiten Solidaritätsaktion aufgerufen, um die benötigten Gelder für die Fortführung seines bisherigen Konzepts vom Bremer Senat zu erhalten. Schon sind alle Mitarbeiter vorsorglich gekündigt. Sicher ist, daß nur noch erheblicher öffentlicher Druck auf den Bremer SPD-Senat die praktische Schließung dieses bedeutenden soziokulturellen Zentrums verhindern kann.

#### Ausblick: Orwell-Jahr und »zweite« Kultur

Sicher, das politische Klima in der BRD hat sich verschärft: die Massenarbeitslosigkeit wächst weiter, die Politik der Stärke gegenüber der sozialistischen Welt und den Entwicklungsländern gewinnt wieder an Boden — das Orwell-Jahr »1984« ist geradezu ein Symbol für die Einschränkung der Freiheitsrechte des Individuums zugunsten einer unkontrollierbar werdenden Machterweiterung der Staatsautorität. Dennoch gibt es auch ein ermutigendes Zeichen, nämlich die Existenz von Oppositionsbewegungen, die in einer Vielzahl von Projekten arbeitsmäßig und lebenspraktisch untereinander vernetzt sind, wie es weder die traditionelle Arbeiterbewegung nach 1945 noch die Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung der 60er Jahre je waren. Wenn eine Menschenkette von Stuttgart nach Ulm möglich war, dann sollte es auch gelingen, die bereits vorhandenen Elemente einer »zweiten« Kultur nicht nur zu behaupten, sondern perspektivisch im Sinne der Friedensbewegung weiterzuentwickeln.

#### Literaturverzeichnis

- Baral, G., 1983: Soziokulturelle Zentren — mehr als nur ein Anspruch, in: Kulturpolitische Mitteilungen Nr.23 IV. Hagen, 12f.
- Elefanten Press Verlag (Hrsg.), 1979: Kultur *aktiv* in alten Gebäuden. Berlin/W.
- Holler, E., 1981: Die alternative Kulturszene zwischen Jugendhaus und Kommunikationszentrum, in: Musikblatt Nr.1 (Februar). Göttingen, 24-28
- Holler, E., 1983: Soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg, in: Linkskurve Nr.3 (Juli/September). Dortmund, 58-61

## Dokumentation

Rolando de Castillo

### Wie man in Guatemala zum Guerillero wird\*

Ich möchte aufmerksam machen auf die Situation und die Perspektive der revolutionären Bewegung in Zentralamerika, insbesondere in Guatemala; und ich möchte mit einigen sehr einfachen Fragen beginnen. Wären Sie in Guatemala geboren, wären Sie wahrscheinlich nicht einmal 15 Jahre alt geworden, denn 65% der Kinder sterben früher. Wären Sie am Leben geblieben, wären Sie ein landloser Bauer, denn 65% der Bevölkerung sind Bauern, und 2% der Bevölkerung besitzt 80% der bebauten Fläche. Wären Sie in Guatemala geboren, hätten Sie sehr wahrscheinlich kein Trinkwasser, denn 18% der Landbevölkerung kommt nicht in den Genuß dieser Lebensnotwendigkeit. Sie würden die Demokratie nicht kennen, denn seit 1954 gibt es nur Diktaturen. Es könnte sein, daß Sie selbst oder einer Ihrer Angehörigen oder Freunde Opfer der offenen Menschenrechtsverletzungen geworden wären, denn in den letzten 27 Jahren wurden 84000 politische Morde registriert, 35000 Verhaftete, die verschwanden; es gibt eine Million Interneerte und 250000 Flüchtlinge im Exil, und das bei einer Gesamtbevölkerung von 8 Millionen. Und wenn Sie trotz alledem zufällig doch leben würden und wenn Sie ein Minimum an Würde hätten, ein rebellisches Herz und wenigstens die vage Idee, daß Änderung nötig ist, dann, mein Freund, wären Sie ein Guerillero.

Die Urbevölkerung Guatemalas besteht aus 22 Völkern, die jeweils verschiedene Sprachen sprechen. Sie sind alle Nachkommen der Maya-Quiche-Zivilisation. Wir sind 70% der Bevölkerung. Wir sind die Verdammten dieser Erde. Wir, die Ureinwohner, sind die Trödler in den Straßen, wir machen die Müllabfuhr. Der Eingeborene wird verachtet wegen seines Aussehens, seiner Sprache, seiner Kleidung, seiner Religion. Und doch sind wir es, die in den Fabriken und auf den Feldern den Reichtum des Landes produzieren.

Die Diskriminierung, gestützt durch die gesamte ökonomische, politische und repressive Macht, war und ist daher in Guatemala ein Mechanismus der Überausbeutung und der Unterdrückung. Dieser ungeheure Angriff auf die Menschlichkeit, diese fortwährende Erniedrigung, die unseren Willen und unseren Widerstand brechen und unsere Identität zerstören soll, hat schreckliche Folgen im Volk. Gemeinschaften lösen sich auf; Menschen werden zu Überläufern, es gibt Erscheinungsformen individueller Verunsicherung, Selbstaufgabe bis hin zum Widerwillen gegen sich selbst, dagegen, das zu sein, was man ist. Trotzdem ist es dem Eingeborenen Guatemalas gelungen zu überleben, seine Identität zu wahren. Niemand rechnete damit, daß der Eingeborene aktiv am politischen Kampf teilnehmen könnte, er wurde bewußt an den Rand gedrängt. Die Besitzer des Bodens und die Herren über Leben und Tod marginalisierten ihn. Ebenso die Pseudomarkisten, die versuchten, eine Revolution ohne ihn zu machen, und deren praktische Politik und Ideologie deshalb scheiterten. Unsere Organisation versuchte, eine wirkliche Organisation des Volkes zu sein: nur das organisierte und kämpfende Volk. Doch sie konnte die Diskriminierung, die Überausbeutung und die zugespitzten politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüche, die sich daraus ergeben, nicht übergehen, ebensowenig den enormen Reichtum der Eingeborenen. Sie brauchte eine konkrete Analyse der konkreten Situation.

\* Redebeitrag auf der VIII. internationalen Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat/Jugoslawien (vgl. den Kongreßbericht in *Argument* 143 von Frigga Haug). Aus dem Spanischen von Nora Räthzel.

Und wir nahmen uns das Werkzeug der Veränderung, und aus dem permanenten Chaos tauchten Begriffe auf, marxistische Kategorien; neue Dimensionen des Begreifens erschlossen sich uns: Wir eroberten uns Wissen, mit dem wir die Welt verändern konnten. In dieser ständigen Dialektik zwischen Theorie und Praxis, Volk und Organisation, war der Marxismus eine Notwendigkeit, eine Hilfe, ein Werkzeug. Die Organisation wurde vom Volk gemacht, doch zugleich stärken die Vorschläge der Organisation das Volk. Und in dieser Dynamik des Gebens und Nehmens verwandelten wir uns: Wir wurden kohärent, organisch, revolutionär. Und vielleicht Überrascht es einige, daß die Identität, die Kultur, das Verlangen nach der eigenen Geschichte zu Waffen der Befreiung werden können. In Guatemala war es so. Geschichte und Kultur sind nicht trennbar vom Elend der Überausbeutung und Unterdrückung, unter dem die Mehrheit der Bevölkerung leidet. Sie haben den Existenzkampf eines ganzen Volkes bestimmt und sind seine Lebensquelle.

Der Charakter und der Fortschritt des revolutionären Volkskrieges in Guatemala, die allgemeine und tiefe Krise, die die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen zerbricht, haben zur Folge, daß das System der Repression sich gegen sich selbst wendet: Unfähig, mit der revolutionären Bewegung fertig zu werden oder die Krise zu beherrschen, produziert es eine Serie von Staatsstreichern. Der letzte war inspiriert von der Strategie der Reagan-Administration für Mittelamerika und ausgeheckt auf dem Flugzeugträger *Ranger*, der vor unseren atlantischen Küsten kreuzt. Unter anderem zeigt er die kriegesischen Absichten der Reagan-Administration sehr klar, die Absicht, unsere sandinistischen Brüder, unsere Brüder in El Salvador und die revolutionäre Bewegung in Guatemala gewaltsam zu vernichten. Noch nie in der Geschichte Lateinamerikas haben wir Augenblicke durchlebt, die für das Schicksal der Völker dieses Kontinents und vielleicht für die ganze Welt schwieriger und entscheidender waren. Niemals war es so offensichtlich wie heute, wer die Verantwortlichen für den Rückschritt, die Unterentwicklung, den Hunger und die frühe Sterblichkeit in Mittelamerika sind. Nach Eisenhower und Nixon, die 1954 die Invasion Guatemalas vorbereiteten, gab es keine Regierung, die eine derart unmoralische und kriminelle Politik gegenüber Mittelamerika verfolgte. Die Politik der Galgen und Kanonen ist zurückgekehrt. Grenada ist das bisher letzte Beispiel. Die Reagan-Administration hat gegenüber Mittelamerika eine Politik der Drohung, der Erpressung und der Aggression entwickelt. Vergeblich versucht sie auf diese Weise, die verlorene Hegemonie in der Welt zurückzugewinnen und sich dem beschleunigten Anwachsen der revolutionären Bewegungen in Mittelamerika entgegenzustellen. Die Globalstrategie der Reagan-Regierung beinhaltet langfristige Maßnahmen zur Stärkung der direkten Intervention — vor allem gegen Nikaragua. Dafür hat sie unter anderem die Regierung und das Territorium Honduras' benutzt. Maßnahmen wurden getroffen, die eine direkte Intervention in Mittelamerika anbahnen: der Aufbau von Militärbasen auf hondurianschem Territorium und wahrscheinlich in Guatemala; Einschüchterung durch aggressive Manöver in der Karibik und im Pazifischen Ozean, begleitet von einer diplomatischen und politischen Offensive gegen Nikaragua; die ökonomische Blockade gegen das sandinistische Volk; die Reaktivierung des mittelamerikanischen Verteidigungsrates (Consejo de Defensa Centroamericano) und schließlich die Invasion Grenadas. Es liegt auf der Hand, daß das mörderische Regime in El Salvador längst vom salvadorianischen Volk, angeführt durch die nationale Befreiungsfront (Frente por la Liberación Nacional Farabundo Martí), besiegt worden wäre, gäbe es nicht die Hilfe Nordamerikas. Angesichts dieser Situation haben unsere salvadorianischen Brüder eine Reihe politischer Lösungen und Abmachungen zur Verhandlung vorgeschlagen, um das Blutvergießen aufzuhalten und die hohen sozialen Kosten ihrer Befreiung zu verringern. Trotzdem hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, haben die reaktionären Kräfte in der mittelamerikanischen Region diese Angebote ausgeschlagen. Sie su-

chen eine militärische Lösung, aber die wird niemals möglich sein: Um sie herbeizuführen, müßten sie das ganze salvadorianische Volk auslöschen. Dieses Volk ist entschlossen und fähig, sich zu befreien. Wir haben unsere salvadorianischen und nikaraguanischen Brüder unterstützt, als sie vor einigen Monaten Verhandlungsbereitschaft signalisierten. Auch die Contadora Gruppe haben wir unterstützt. Dennoch war die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten deutlich. Für alle ist nun erkennbar, daß sie die direkte Intervention in der gesamten Region will. Mit der verbrecherischen Aggression gegen das Volk Grenadas hat sie es jetzt erneut bestätigt. Wir wollen den Frieden, wir lieben den Frieden. Trotz allem und im Angesicht der Aggression sagen wir — und wir sind uns unserer Worte sicher und unserer Verantwortung bewußt — wir wollen keinen Krieg und noch weniger wollen wir ihn auf die ganze Region ausdehnen. Aber wir werden es von Neuem wiederholen: Niemals werden wir uns aufhalten lassen in unserem Kampf. Vor den Drohungen des Imperialismus werden wir nicht zurückweichen, und wir sind bereit, alle Folgen auf uns zu nehmen. Die Konflikte dehnen sich auf die internationale Ebene aus und verschärfen sich Tag für Tag. Die Intellektuellen der Welt, insbesondere die Marxisten, sollten rechtzeitig Stellung beziehen. So werden wir wissen, wo jene sind, die uns ihre Solidarität versagen, die glauben, wir seien Marionetten Havannas oder der Sowjetunion, um ihre Passivität zu rechtfertigen. Wir werden wissen, wo jene sind, die damit rechnen, daß wir Kampucheas wiederholen — und auch jene, die uns schon aufgegeben haben. Aber es wird auch jene geben mit offenen Augen und solidarischem Bewußtsein, jene, die uns helfen und die uns verstehen werden, vor und nach dem Sieg. Sie werden uns kritisieren und zum Aufbau des Sozialismus im Land der Vulkane und der Seen beitragen. Die Invasion Grenadas durch die imperialistischen Kräfte muß die Meinung der Weltöffentlichkeit aufrütteln: Sie muß die kriminelle Politik der Reagan-Regierung zurückweisen. Die Gleichgültigkeit der Weltöffentlichkeit, der Intellektuellen, der Gewerkschaften, der politischen Bewegungen und Parteien wäre die Komplizenschaft bei einer Invasion größeren Ausmaßes gegen Mittelamerika.

Es ist jetzt wichtig zu handeln, sich in Bewegung zu setzen, sich vorzubereiten und sich zu stärken. Eine organische Solidarität ist jetzt nötig, eine wirkungsvolle Solidarität. Und heute, ein Jahrhundert nach Marxens Tod, stimmen wir ihm zu — es reicht nicht aus, die Welt zu interpretieren, unsere Völker brauchen ihre Veränderung.

## Muttertag in Bonn

Samstag, den 12. Mai 1984

Die CDU-geführte Bundesregierung hat es bislang an Angriffen auf die Rechte der Frauen nicht fehlen lassen. Deshalb ist es Zeit, daß Frauen sich hörbarer und fühlbarer wehren. Das sollte vor allem dadurch geschehen, daß sich die Frauen trotz unterschiedlicher Betroffenheit zusammenschließen und ihren Protest und Widerstand direkt gegen die Hauptverantwortlichen wenden.

Wir wollen bessere Arbeitschancen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze — tägliche Arbeitszeitverkürzung bei einer 35-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich — bezahlten Elternurlaub und ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und zur Entlastung von Hausarbeit — eine eigenständige soziale Sicherung — Erhalt der sozialen Indikation beim § 218 — keine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr — die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten des Sozialetats — Stop und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen und Abrüstung in Ost und West. — Seien wir mutig, selbstbewußt, stolz und entschieden! Zeigen wir der Bundesregierung ihre Grenzen! Wenn wir uns widersetzen, wird die konservative »Wende« scheitern.

*Wir rufen auf zum großen Frauenprotest in Bonn anläßlich des Muttertags!*

## Kontroverse: Zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus

### Zwei Absagen

Lieber Kollege Wolfgang Haug,

besten Dank für Deinen Brief vom 15.12.1983, in dem Du uns aufforderst, an der deutschen Ausgabe des »Kritischen Wörterbuchs des Marxismus« mitzuwirken. Wir haben uns den Plan und den ersten Band der deutschsprachigen Edition gründlich angesehen und uns eine gemeinsame Meinung gebildet, weshalb wir Deinen Brief auch zusammen beantworten. Das Resultat dieser Überlegungen ist, daß wir Deiner Bitte *nicht* entsprechen können. Hier ganz knapp unsere entscheidenden Gründe für diesen Entschluß:

Ein so anspruchsvolles Projekt wie ein »Wörterbuch des Marxismus« kann unseres Erachtens nur dann sinnvoll sein, wenn es durch eine gemeinsame theoretische und methodische *Grundanschauung* der Verfasser zusammengehalten wird. Es muß bei allen Meinungsunterschieden, Nuancen, individuellen Herangehens- und Darstellungsweisen einen gemeinsamen Boden geben, auf dem die Verfasser sich vereinen. Ein »Wörterbuch des Marxismus« ist nicht vergleichbar (wenigstens für uns) mit einem x-beliebigen Lexikon der Soziologie oder Ökonomie oder Philosophie. Es fordert, wenn es nicht zu einem rein zufälligen, unverbindlichen, eklektischen Sammelsurium unterschiedlichster, ja gegensätzlicher Standpunkte und Interpretationen werden soll, einen *inneren Zusammenhang*, der aber nur durch die gemeinsame Grundauffassung der Autoren möglich ist. Ein »Wörterbuch des Marxismus« ist für uns nur denkbar und als wissenschaftlich fundiertes, zweckmäßiges und hilfreiches Arbeitswerkzeug nur herstellbar, wenn diese Voraussetzung gegeben ist.

Der erste vorliegende Band in deutscher Übersetzung zeigt uns aber, daß gerade diese Bedingung nicht gegeben ist (und auch nicht angestrebt wurde). Eine Ansammlung von Leuten, die sich (von unterschiedlichsten theoretisch-philosophischen und methodischen Positionen her) irgendwann mit Marx und dem Marxismus beschäftigt haben, ergibt noch kein »Wörterbuch des Marxismus«. Ein »Wörterbuch« ist ja kein Austragungsort für die divergierende Interpretation marxistischer Kategorien und Begriffe durch Marxisten, Marxologen, Strukturalisten, Systemtheoretiker und andere Richtungen. Es gibt in diesem ersten Band so viele ärgerliche, unseres Erachtens unhaltbare Positionen und so viel Nicht- und Antimarxismus, daß wir — auch bei individueller Kennzeichnung der Einzelbeiträge — dafür keinerlei Mitverantwortung übernehmen können. Dies wäre aber bei dem Charakter des Werkes unvermeidbar. Die heterogene Zusammensetzung der für die deutschen Ergänzungsbände eingeladenen Verfasser würde das nicht ändern, sondern vielleicht noch verstärken. Wir könnten das Ergebnis also nicht als Wörterbuch ansehen, das guten Gewissens für uns tragbar wäre und das unsere Teilnahme rechtfertigen würde. Es sind unseres Erachtens in der BRD drei *Hauptvarianten* eines »Wörterbuchs des Marxismus« denkbar: eine von Marxisten geschriebene; eine von Marxologen verfaßte; eine von Antimarxisten produzierte. Das vorliegende Wörterbuch ist ein Mischmasch, es suchte alle unter ein Dach zu bringen, das Resultat ist entsprechend desorientierend. Für uns käme, bei dem lexikalisch-programmatischen Charakter eines solchen Werks, ohnehin nur die *erste* Variante in Frage.

Hinzu kommt, daß die französische Ausgabe, die ja den Kern auch der deutschen Edition bilden wird, in unerträglicher Weise auf die französischen Quellen und Diskussionszusammenhänge *beschränkt* ist (wenn man von Klassikertexten absieht). Das ist aber für den deutschsprachigen Leser nicht zu verantworten, wobei es nicht möglich sein wird, dies durch kleinere Ergänzungen oder Korrekturen zu ändern. In einem Wörterbuch des (internationalen) Marxismus scheint es uns besonders ärgerlich, daß für die

meisten der Verfasser marxistische Ökonomie, Philosophie oder Historiographie in den sozialistischen Ländern gar nicht existiert.

Dies sind die wichtigsten Gründe, weshalb wir das Angebot, an der deutschen Ausgabe des Wörterbuchs mitzuwirken, nicht annehmen.

Wir werden die Abschrift des Briefes einigen Freunden und Kollegen, darunter auch ebenfalls für das Wörterbuchprojekt angeschriebenen, übermitteln, um sie mit unserer Auffassung bekannt zu machen.

Mit freundlichem Gruß

Heinz Jung und Josef Schleifstein  
c/o Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.

Lieber Kollege Haug,

für Ihr Schreiben vom 29.12.83, in dem es um eine eventuelle Mitarbeit an einem deutschen Ergänzungsband zum »Kritischen Wörterbuch des Marxismus« geht, danke ich Ihnen. Ich möchte an diesem Projekt nicht mitarbeiten. Bei meinem Entschluß teile ich die Gründe, die Heinz Jung und Josef Schleifstein für ihre Absage angeführt haben.

Lothar Peter (Bremen)

Wolfgang Fritz Haug

Antwort auf Heinz Jung und Josef Schleifstein

Liebe Kollegen,

Eure Absage, an den deutschen Ergänzungsbänden des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* mitzuschreiben, bedaure ich außerordentlich.

Daß Ihr Eure Absage zugleich als eine Art offenen Brief an Dutzende der von uns zur Mitarbeit Eingeladenen verschickt habt, könnte einfach bedeuten, daß Ihr wollt, daß die andern die Gründe kennen, die Euch selber von der Mitarbeit abhalten. Es könnte freilich auch den Effekt haben — oder bezwecken? —, alle, die sich, sei es auch entfernt, Eurer Richtung zuordnen, von der Mitarbeit abzuhalten.

Dieser Schritt wäre der Boykott eines wissenschaftlichen Projektes. Zugleich bedroht er die Chance eines marxistischen Gemeinschaftswerks für diese Zeit.

Ich bin mit Euch der Meinung, daß das KWM ein Werk von Marxisten sein soll.

Aber wollt Ihr im Ernst behaupten, daß einzig die Anhänger Eurer Richtung des Marxismus-Leninismus Marxisten sind?

Ich räume ein, daß Euer Hinweis auf die Problematik einer pluralen Zusammensetzung der Verfasser/innen Gewicht hat. Wir werden große Anstrengungen darauf verwenden müssen zu verhindern, daß das KWM als Ort der Polemik zwischen divergierenden Strömungen mißbraucht wird.

Anders steht es mit Euerm Argument, ein wissenschaftliches Nachschlagewerk könnte »nur dann sinnvoll sein, wenn es durch eine gemeinsame Grundanschauung der Verfasser« einen »inneren Zusammenhang« erhält. Wenn Ihr unter »gemeinsamer Grundanschauung« eine wissenschaftliche, das heißt zunächst historisch-kritische Beziehung zu den Quellen des Marxismus meint, dann wäre dem zuzustimmen. Der »innere Zusammenhang« ergäbe sich dann in der einzig historisch haltbaren Weise: nämlich aus der Sache selbst, und das sind zunächst die Hauptschriften von Marx, Engels, Lenin, Gramsci, Rosa Luxemburg und den Hauptvertretern des asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Marxismus usw. Die in ihren theoretischen Schriften ausgearbeiteten Begriffe sowie die Kontroversen und Erfahrungen, die sich daran anschlossen, sind der unmittelbare Gegenstand des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus.

Natürlich meint Ihr etwas anderes. Ihr wolltet wohl nicht der großen Zahl der von uns zur Mitarbeit Eingeladenen die Wissenschaftlichkeit bestreiten.

Was Ihr meint, ist, Ihr rechnet sie nicht zum Marxismus-Leninismus, wie Ihr ihn versteht und bekennt.

An dieser Stelle zeigt sich ein doppeltes Grundmißverständnis.

Zum einen der Wissenschaft. Seit der Sozialismus zur Wissenschaft geworden ist, muß er auch als ein solcher behandelt werden, sagte Engels an die Adresse der Führer der Arbeiterbewegung. Gilt das nicht erst recht für die wissenschaftliche Theorie des Marxismus? Muß sie nicht als ein relativ autonomes Element des Marxismus respektiert werden?

Was Ihr in dieser Hinsicht sagt, würde etwa in der Physik bedeuten, daß man die Wissenschaftlichkeit eines Nachschlagewerks davon abhängig macht, daß alle physikalischen Schulen bis auf eine bei der Darstellung ausgeschaltet werden.

Zum andern scheint es mir symptomatisch zu sein, daß Ihr immer von einem »Wörterbuch des Marxismus« spricht, wo Ihr vom *Kritischen* Wörterbuch redet.

Wie Ihr wißt — und wie die Vorrede von Georges Labica es darlegt —, ist die Konzeption des KWM prinzipiell anders als etwa die des »Kleinen Wörterbuchs der marxistisch-leninistischen Philosophie« von Buhr/Kosing. In diesem werden zu den Stichwörtern, die in einer philosophischen Enzyklopädie denkbar sind, die Auffassungen eines sich als geschlossene Weltanschauung verstehenden Marxismus-Leninismus dargelegt. Die marxistischen Quellen werden kaum je zitiert.

Das KWM hat zum Gegenstand dagegen nur die Begriffe, die in einer der großen Strömungen des Marxismus oder schon bei Marx und Engels theoretisch ausgearbeitet worden sind.

Die Methode des KWM ist dementsprechend zunächst die der Quellenerschließung. Besondere Aufmerksamkeit gilt der historischen Entwicklung der Auffassungen. Schließlich soll ein Überblick über die neuere Problematik, die mit einem Begriff verknüpft ist, gegeben werden. Dieser Teil soll wesentlich *informativ* sein.

Die Bibliographie soll einen weiterführenden Überblick über die wichtigsten Schriften geben — selbstverständlich auch über diejenigen, die andere Auffassungen vertreten als die jeweiligen Verfasser/innen.

Diese historisch-kritische, zunächst immer auch philologische Herangehensweise bildet ein Element einer in der Tat notwendigen gemeinsamen wissenschaftlichen Grundauffassung der Autoren. Dazu kommen fachspezifische Kompetenzen von Historikern, Ökonomen, Psychologen, Linguisten, Philosophen, Juristen etc. etc.

So vermessen und töricht es von irgendeiner Strömung wäre, ein Monopol auf Marx' Werk und das seiner Schüler zu behaupten, so nützlich soll umgekehrt ein Kritisches Wörterbuch des Marxismus, das die theoretischen Haupttraditionen erschließt, für *alle Richtungen*, die in der Nachfolge von Marx oder mit marxistischer Theorie arbeiten, sein.

Euer Schritt bedroht die Chance einer gemeinsamen theoretischen Kultur — mit einer gemeinsamen Bezugsgrundlage — der verschiedenen marxistischen Strömungen unseres Landes.

Euer letztes Argument verweist auf die Tatsache, daß in den bisherigen Bibliographien des französischen Originalwerks die Titel aus den sozialistischen Ländern unterrepräsentiert sind. Aber wozu haben wir Euch und Dutzende Eurer Freunde zur Mitarbeit eingeladen, wenn nicht eben dazu, daß Ihr in den Ergänzungsbänden die Euch wichtig erscheinenden Ideen und Literaturhinweise unterbringt? Die französische Beschränktheit des Originals ist doch gerade ein Grund, an den Ergänzungsbänden zur deutschen Ausgabe mitzuarbeiten.

Ein Boykott würde dem Marxismus in unserm Land schaden. Man könnte ihn nicht

anders als »späterisch« nennen. Er würde ein einigendes Element preisgeben. Es wäre dies zudem ein Akt der Selbstausschließung.

Hoffentlich ist in dieser Sache Euer letztes Wort noch nicht gesprochen.

Mit den besten Grüßen

W.F. Haug

Georges Labica

### Notiz zu Band 2 des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus<sup>1</sup>

Die erste Auflage des *Dictionnaire critique du marxisme*, im September 1982 in Paris erschienen, wird bald vergriffen sein. Dieses Ereignis beweist — die Leichenbitter und Klugen Elsen mögen mir verzeihen — das Interesse, das dem marxistischen Denken entgegengebracht wird und dessen Lebendigkeit.

Bis auf wenige Ausnahmen wurde dem Werk eine überaus freundliche und manchmal geradezu begeisterte Aufnahme zuteil. Dutzende von Besprechungen beschäftigten sich mit ihm in den gedruckten Medien: den großen Tageszeitungen (*Le Monde, Humanité, Libération, Le Quotidien de Paris ...*), den Wochenzeitungen (*Le Canard enchaîné, La Croix, Les Nouvelles littéraires, Révolution, Express, Hebdo de Genève ...*), den Zeitschriften (*La Quinzaine littéraire, Les Mots, Histoire, Revue Tiers-Monde, Revue philosophique ...*); aber auch in den audiovisuellen Medien (France-culture, Fréquence libre, Panorama, Apostrophes, die Fernsehprogramme von Zagreb und Sarajewo ...). Der Herausgeber wurde zu vielen Interviews, Vorträgen und Diskussionen eingeladen (z.B. an der Sorbonne, an der Freien Universität Berlin, zum Fest der Humanité ...).

Entsprechend der in der Vorrede zum *Kritischen Wörterbuch* eingegangenen Verpflichtung wurde das gesamte derart zusammengekommene Material berücksichtigt, wurden die Kritiken und Vorschläge gehört und umgesetzt. Die zweite französische Auflage, die derzeit in Vorbereitung ist, wird dem soviel als möglich Rechnung tragen, in Gestalt von Ergänzungen (vor allem der Bibliographien), Überarbeitungen und manchmal völliger Umgestaltung einzelner Artikel. Außerdem sind fast 70 neue Stichwörter zu den rund 400 der ersten Auflage hinzugekommen<sup>2</sup> darunter: *Antimilitarismus, Babouvismus, Direkte Demokratie, Neue Demokratie, Volksdemokratie, Dissidenz, Form(en), Linksradikalismus, Keynesianismus, Mariateguismus, Materialismus, Sozialistische und kommunistische Produktionsweise, Ontologie des gesellschaftlichen Seins, Orthodoxie, Mögliches, Alltag, Permanente Revolution, Wissenschaftlich-technische Revolution, Wissenschaft, Reelle und formelle Subsumtion, Titoismus, Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg*, die sich neuen Mitarbeitern verdanken (V.Fay, D.Lecout, M.Löwey, P.Raymond ...)

Das *Kritische Wörterbuch des Marxismus*, dessen zweiter Band (C-F) hiermit unter der editorischen Verantwortung von W.F. Haug erscheint, macht *jene überarbeitete und beträchtlich erweiterte Ausgabe* der deutschen Öffentlichkeit vorab zugänglich, mehrere Monate, bevor sie auf französisch erscheint.

<sup>1</sup> Erscheint im März 1984.

<sup>2</sup> Die mit »A« und »B« beginnenden neuen Stichwörter werden in die Ergänzungsbände zur deutschen Auflage aufgenommen (Anm.d.Red.).

## Intervention

### Anni Bell: Brief an die Frauenredaktion

Liebe Frauen der Argument-Frauenredaktion!

Daß die meisten Antworten auf den Argument-Fragebogen und damit zur Frauenredaktion von Männern stammen, stört mich denn doch. Mir also nach der Lektüre von Argument 141 meiner Mittäterinnenschaft daran bewußt werdend, mache ich es euch auch vernehmbar: das ihr mir wichtig seid, sehr wichtig. Denn eure Arbeit half und hilft mir wesentlich beim Umbau meiner lange bestehenden, kräfteraubenden Gespaltenheit (in Theorie und Praxis) angesichts dieses überwiegenden Entweder-Oder von Marxismus und Feminismus. Und solche Zerrissenheitsverringerung, das ist ungeheuer viel, denn es ist das, was mich im Alltag wärmt, mir Mut fürs Weitere macht. Wenn ich Rossanda lese und mich darin finde: »Wir lernten rasch, das wissen nicht weniger leiden bedeutet. Denn so gründlich wir uns selbst zu analysieren vermochten, so wenig waren wir imstande, uns zu einer neuen Einheit zusammenzufügen« (Einmischung, 13) — so steht für mich eben eure Arbeit mit für Erfahrung und Weiterahnung neuer Einheit: durch ganzheitlichere, radikalere Gesellschaftsanalyse und durch Tagespraxiskonsequenzen, gelebte Syntheseversuche. Daß ich mit diesem Brückenschlag Marxismus-Feminismus — gegenüber der mich zuvor in Herz und Kopf überfordernden, oft antagonistischen Situation — nun also allmählich etwas bewegungstragenderen Boden unter die Füße kriege, vorwärtsweisend, das freut mich, zusammen mit vielen anderen Frauen, auch mit ein paar Männern »guten Willens«.

Zum Inhaltlichen im Argument:

Euer Selbstgestricktes (im Argument, Frauenformen, Grundstudium, Opfer-Täter) hat gegenüber manchen internationalen Aufsätzen im Argument den großen Vorteil der leichteren Lesbarkeit und des näheren, expliziteren Praxisbezuges, so daß auch theorieungewohntere bzw. -skeptischere Frauen damit arbeiten können und vor allem auch wollen. Ich möchte aber auch Aufsätze wie die von Barrett, Haraway ... nicht missen, weil ich zur auswertigen Diskussion keinen Zugang außer diesen von euch vermittelten habe. An Buchrezensionen kann's nach meinem Geschmack sowieso nie genug geben, von diesem rotlila Faden im Literaturdschungel lerne ich ziemlich einiges bezüglich Verortungen, Querverbindungen (schön wären auch mal Verweise auf themeneinschlägige *Prosa und Lyrik*; oder auch mal auf ein Frauenschwerpunktheft anderer Zeitschriften). Die Kongreßberichte könnten meines Erachtens gelegentlich ausführlicher ausfallen. An inhaltlichen Wünschen bezüglich Argument-Aufsätzen habe ich als große Themenrichtungen besonders »Frauen im Realsozialismus« und »Frauen in der westlichen Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften« (je Gegenwart und Vergangenheitsgeschichte).

Zum mangelnden Echo auf eure Arbeit:

Wenig feedback hat wohl mit der allgemein üblichen »Sünde der Unterlassung« zu tun. Diese dürfte im Argument-Falle zum einen dadurch mitgenährt werden, daß es sich eben um keine »Zwischen-Tür-und-Angel«-Zeitschrift handelt, also aufgrund des anspruchsvollen theoretisch-sprachlichen Niveaus vermutlich weniger Spontaneitätsreaktionen bzw. Mut zum »quick & dirty«-Schreiben provoziert werden. Zum anderen müßte sich Leseröffentlichkeit wohl auch sichtbar, anschaulich in einer Zeitschrift niederschlagen, um ansteckend zu wirken, um überhaupt Leseröffentlichkeit und nicht nur Korrespondenz mit Autoren zu sein. (Ich stelle mir gerade erstmals die Frage, warum es im Argument keine *Leserbriefseiten* gibt! Daß mir das nie besonders auffiel!!!) Ein sehr lebendiges Gegenbeispiel war da die Opfer-Täter-Diskussion in den Studienheften. Fast hätte ich mir damals z.B. mein Befremden darüber, daß der Opfer-Täter-Begriff selbst so ganz einfach männlich formuliert ist, auch schnell mal von der Seele getippt. Oder

z.B. meinen Wunsch nach expliziter Unterscheidung zwischen Verhältnisbegriff als Werkzeug (mit bestimmter allgemeinhaltlicher Aussage) und damit zu analysierenden verschiedenen Praxissituationen — in Innsbruck ergaben sich meines Erachtens daraus einige Diskussionssackgassen: es wurden so etwa »Kaffeetrinkverhalten als Veränderbarkeitsbeleg« und »Lohnarbeitssituation als Nichtveränderbarkeitsbeleg« gegeneinander ausgespielt.

Oder auch, daß Veränderungsebenen mir manchmal zu ungerichtet / ungewichtet und damit isolierbar nebeneinander stehen — m.E. mißverständliche Frauenreaktionen wie »Bei dieser Arbeitslosigkeit betreibe ich doch nicht Klein-Mädchen-Archäologie« verweisen auf die Schwierigkeiten: Wie inhaltliche Mehrdimensionalität ohne Beliebigkeitsgefahr, wie Handlungsfokussierung ohne die alte Polithierarchisierungen ...?

Insgesamt also: Daß marxistische Frauenklage weiterentwickelbar ist, hat sicher einiges mit der Arbeit eurer autonomen Redaktion innerhalb des Argument zu tun. Das »innerhalb« ist anschaulicher Synthesevorschlag, das »autonom« sehe ich dabei als (historisch-relative) Noch-Notwendigkeit, beides zusammen ergibt ein ganz schön wahrnehmungserzwingendes Dasein marxistischer Frauen — und wieso nicht einmal gegen-penetrante Anwesenheit!

Zur Innsbrucker Rezeption, meines Wissens: Im März gab's ja ein Opfer-Täter-Seminar (mit Vor- und Nachbereitungsgruppe), derzeit setzen sich gerade ein paar Frauen mit Frauenformen II zusammen, ein Studentinnenkreis beschäftigt sich mit dem Frauengrundstudium (ich weiß nicht, was da rauskam), ich könnte mir eine kollektive Barrett-Buch-Lektüre vorstellen (die Rezension machte Leselust) ... vielleicht kommt euch da einmal ein Gruppenfeedback aus Innsbruck zu.



### Arbeit, Frauen, Gesundheit

Arbeitsbedingungen, die krankmachen  
Krankenschwestern: Bewußtsein und  
Arbeitsbedingungen, Perspektiven der  
Gesundheitsbewegung, Fragwürdigkeit/  
Bedeutung von Anstalten

Jahrbuch für Kritische Medizin 9, 1983  
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



### Entwürfe von Frauen

in der Literatur des 20. Jahrhunderts

Literatur im historischen Prozeß NF 5

Argument-Sonderband AS 92, 1982

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

## Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (9)

Stephan Tiedtke

### Die Warschauer Vertragsorganisation

Die wenige Literatur zur Warschauer Vertragsorganisation (WVO) oder zum Warschauer Pakt, wie die WVO im Westen gemeinhin genannt wird, zu bewerten, ist eine unbefriedigende Aufgabe. Über das zivile Gegenstück, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), wird bedeutend mehr veröffentlicht. Viele friedenspolitisch wichtige Fragen sind nicht nur unbeantwortet geblieben, sie werden einfach nicht gestellt. Vor allem ist es eine Frage — sieht man einmal vom zur Glaubensfrage stilisierten Problem der »Bedrohung aus dem Osten« ab —, die für die Zukunft Europas und die militärische Entspannung in dieser Region höchst bedeutungsvoll ist: Gibt es sicherheits- und militärpolitische Differenzen zwischen den Warschauer Vertragsstaaten, insbesondere aber zwischen der Bündnisvormacht Sowjetunion und deren Verbündeten in Osteuropa?

Aus osteuropäischer Sicht ist dies keine Frage. Entsprechend sorgfältig vermeidet man in der Literatur irgendwelche Hinweise auf derartige Differenzen: Da die Gesellschaftsstrukturen der sozialistischen Staaten keine antagonistischen Klassengegensätze kennen, kann es keine, auch keine sicherheitspolitisch grundlegenden Widersprüche zwischen ihnen geben. Und worin sollen die Widersprüche bestehen, wenn alle Staaten in der WVO an sich friedliebend sind? Dieser Selbsteinschätzung als einem einverständigen, friedliebenden Bündnis entspricht im Westen — freilich mit umgekehrtem Vorzeichen — die weitverbreitete Vorstellung: Die herrschenden Bürokratien in Osteuropa verfolgen, angeführt und geleitet von der sowjetischen, gleiche außen- und militärpolitische Interessen, die nicht als friedlich gelten können. Auf dieser Grundlage bilden sie einen monolithischen Block. Beiden Sichtweisen ist gemeinsam, träfe eine von beiden zu, daß sie weitgehende Konsequenzen für die Sicherheits- und die militärische Entspannungspolitik in Europa haben würden: Überlegungen, auch in der WVO könne es sicherheitspolitische Spannungen geben, wie sie in der NATO an der Tagesordnung sind und sich an unterschiedlichen Sicherheitsinteressen insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa entzünden, wären dann müßig — und damit auch die Vorstellung eines europäischen Sicherheitssystems unter weitgehender Ausschaltung der beiden Bündnisvormächte. Eine regionale militärische Entspannung, die von den globalen Interessen der beiden Großmächte abgekoppelt ist, hätte dann keine Chance.

Wenn der Frage nach militär- und sicherheitspolitischen Differenzen innerhalb der WVO bislang in der Forschung nicht systematisch nachgegangen wurde, dann hat das auch etwas damit zu tun, daß erst in den letzten Jahren eine Reihe höchst umstrittener, auf Europa bezogener Rüstungsentscheidungen (Neutronenwaffe, »Nach«-Rüstung, SS-20) das Bewußtsein für bündnispolitische Interessenkonflikte insgesamt geschärft hat. Im folgenden werde ich, soweit es sich aus der Literatur ergibt, auf Aspekte der bündnisinternen Differenzen in Osteuropa eingehen: Zuerst wird die Literatur zur WVO im Rahmen der Rüstungskonkurrenz zwischen Ost und West behandelt, um danach näher auf Veröffentlichungen einzugehen, die sich stärker bündnisinternen Problemen zuwenden.

### Die WVO im Ost-West-Konflikt

In den westlichen Bedrohtheitswahrnehmungen spielt das militärische Kräfteverhältnis zwischen WVO und NATO, die These von der militärischen Überlegenheit der östlichen Seite, eine wichtige Rolle. Daß unterschiedliche Vorstellungen vom militärischen Kräfteverhältnis — auch in Teilbereichen des Rüstungswettlaufs — bestehen, ist hinlänglich

bekannt. Diese Differenzen machen einen großen Teil der militärpolitischen Debatte im Westen, aber auch zwischen Ost und West aus. Zum militärischen Kräfteverhältnis in Europa ist soeben ein Sammelband erschienen (Forndran/Krell 1984), in dem die Schwierigkeiten von Kräftevergleichen für die zentraleuropäische Region aus unterschiedlicher politischer Sicht beleuchtet werden. Einen ersten Einblick in diese Problematik vermittelt die Dokumentensammlung »Falsche Gewichte« (Brzoska u.a. 1983).

Werden die militärischen Potentiale der WVO jedoch isoliert, nicht im Rahmen eines Kräftevergleichs betrachtet, dann schleichen sich oft Ungenauigkeiten ein, die die militärische Stärke der WVO zum Teil erheblich verzerrten. Insbesondere ist dies der Fall, wenn die gesamten sowjetischen Potentiale der WVO zugerechnet werden (Lewis 1980; zahlreiche Beiträge in dem Sammelband Clawson/Kaplan 1982). In doppelter Hinsicht ist ein derartiges Vorgehen nicht gerechtfertigt: Da die Sowjetunion im Kriegsfall mit einem Zwei-Fronten-Krieg rechnen muß, ist etwa ein Drittel ihrer Landstreitkräfte gegenüber China stationiert. Diese Potentiale sind kaum bei einem Konflikt in Europa einsetzbar, zumal die sowjetische Planung davon ausgeht, daß dies ein Krieg von kurzer Dauer sein werde. Hinzu kommt, daß der Bündnisfall gemäß dem Warschauer Vertrag nur bei einem Konflikt in Europa eintritt (Dokumente zur WVO finden sich bei: Meissner 1962; Krolkowski 1982). Die sowjetischen Truppen in Asien können also kaum der WVO zugerechnet werden. Ob es aufgrund der außereuropäischen Verpflichtungen der Sowjetunion bei ihren europäischen Verbündeten Befürchtungen gibt, vergleichbar westeuropäischen Sorgen gegenüber den USA, die Sowjetunion könne die Sicherheitsinteressen ihrer europäischen Verbündeten vernachlässigen, wird nirgendwo untersucht. Freilich werden Vermutungen geäußert, die Sowjetunion versuche, die Verbündeten direkt oder indirekt bei außereuropäischen Konflikten stärker in die Pflicht zu nehmen.

Sieht man von dieser offensichtlich falschen Einschätzung der Gesamtstärke der WVO ab, dann ist es vor allem die statische Betrachtungsweise der WVO-Potentiale, die zu Kritik veranlaßt. Auch wenn immer wieder von Rüstungsdynamik die Rede ist, sind die Kräftevergleiche dennoch punktuell angelegt und tendieren dazu, ein gerade gegebenes Kräfteverhältnis zu verabsolutieren. Ein derartig zeitlich begrenzter Vergleich trägt kaum zum besseren Verständnis des militärischen Ost-West-Konfliktes bei und hilft schon gar nicht, friedenspolitische Alternativen zum Rüstungswettlauf zu finden. Was fehlt und sicherlich den gegenwärtigen Stand des militärischen Ost-West-Konfliktes erhellen würde, ist eine historische Darstellung des Rüstungswettlaufs in Europa. Sinnvollerweise sollte der Ausgangspunkt nicht 1949 (Gründung der NATO) und auch nicht 1955 (Gründung der WVO) sein, sondern das Jahr 1945. Eine Geschichte des Rüstungswettlaufs in Europa, die das ständige Hin und Her von Rüstungs-, Nachrüstungs- und Nach-Nach-Rüstungsmaßnahmen detailliert nachvollzieht, würde die Suche nach dem Verursacher immer neuer Rüstungsspiralen obsolet machen. Deswegen wären die Gefahren des Rüstungswettlaufs nicht geringer einzuschätzen, im Gegenteil: Der Automatismus steigert sie eher, relativiert jedoch die militärische Bedrohung durch die WVO, wie sie gemeinhin im Westen wahrgenommen wird. So erstaunlich es auch erscheinen mag, eine Geschichte des Rüstungswettlaufs in Europa liegt nicht vor; lediglich für einen begrenzten Zeitraum in den siebziger Jahren wurde versucht, die Interdependenzen von Rüstungsentscheidungen nachzuvollziehen (Krell/Schmidt 1982).

Eine derartige historische Analyse wird erst sinnvoll, wenn auch die jeweiligen Sicherheitskonzeptionen berücksichtigt werden, die den Rüstungsentscheidungen beider Seiten zugrunde liegen. Militärische Sicherheitskonzeptionen werden im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen durch das Interesse geprägt, den Gegner abzuschrecken. Dieses Interesse findet seinen konkreten Ausdruck in den Militärstrategien. Zur Militärstrategie der WVO, die mit der sowjetischen identisch ist, soweit diese sich auf die europäische Konfliktregion bezieht, liegen Studien vor (z.B. Douglass 1983). Unbefriedigend an die-

sen Analysen ist jedoch, daß nicht untersucht wird, inwieweit auch die Militärstrategien der beiden Bündnissysteme sich gegenseitig bedingen. Daß sie zwangsweise aufeinander bezogen sind, ohne allerdings identisch sein zu müssen, ergibt sich aus der selbstabschreckenden Wirkung der Nuklearwaffen. Eine Ausnahme ist die Studie von K.-P. Stratmann (1981), der die militärischen Handlungsmöglichkeiten der WVO und deren Risiken bei einem militärischen Konflikt in Mitteleuropa untersucht. Er konzentriert sich jedoch auf die Sicherheitsinteressen der NATO, ohne gleichgewichtig nach denen der WVO zu fragen.

Die Sicherheitsinteressen innerhalb eines Bündnisses sind nicht immer gleich und können, wie das Beispiel NATO zeigt, zu erheblichen Differenzen zwischen den Verbündeten führen. Innerhalb der WVO sind diese Differenzen, die sich auch in Osteuropa an der Frage nach der Glaubwürdigkeit der nuklearen Schutzgarantie durch die Bündnisvormacht gegenüber den übrigen, nicht-nuklearen Bündnisstaaten kristallisieren dürften, offensichtlich weniger ausgebildet. Dies ist aber kaum das Resultat eines besonders bereitwilligen Eingehens der Sowjetunion auf die Sicherheitsbedürfnisse der Verbündeten, sondern vielmehr der geostrategischen Lage der Sowjetunion zu Mitteleuropa, die sich grundsätzlich von der der Vereinigten Staaten unterscheidet. Auf die abschreckungspolitischen und militärstrategischen Interessenkohäsionen innerhalb der WVO geht S. Tiedtke (1980) ein. Allerdings muß zu meinen Überlegungen angemerkt werden, daß sie sich vorrangig auf die Logik des Abschreckungsdenkens stützen, kaum aber auf osteuropäische Selbstdarstellungen. Besonders hier sind Klagen über die osteuropäische Informationspolitik angebracht: Solange von dieser Seite nicht über die eigene militärstrategische und abschreckungspolitische Sicherheitskonzeption für die europäische Konfliktregion detailliert informiert wird, hat der militärische Entspannungsprozeß in Europa, der notwendig mit offenen Karten betrieben werden muß, nur geringe Chancen. In Osteuropa hat das Schlagwort von der »Sicherheitspartnerschaft« oder der »gemeinsamen Sicherheit« noch weniger als im Westen im politischen Denken Fuß gefaßt. Ist es im Westen immer noch die Ausnahme, sich in die Sicherheitsbedürfnisse der Gegenseite hineinzudenken, so ist man in Osteuropa noch nicht einmal imstande, die eigenen Sicherheitsinteressen konzeptionell offenzulegen.

### **Die WVO in den zwischenstaatlichen Beziehungen Osteuropas**

In der Literatur zu den zwischenstaatlichen Beziehungen Osteuropas (Hoensch 1977) wird die Militärpolitik selbstverständlich berücksichtigt, wurde doch mehrmals militärische Gewalt zur Disziplinierung von Verbündeten eingesetzt (Ungarn 1956, CSSR 1968 und — indirekt — Polen 1981). Diese Ereignisse haben zweifellos die Beziehungen nachhaltig geprägt, da sie den kleineren Vertragsstaaten die Grenzen ihrer nationalen Eigenständigkeit drastisch vor Augen führten; insofern strukturieren sie auch heute noch die intra-systemaren Beziehungen Osteuropas. Ein anderes Ergebnis dieser drastischen Einschnitte in der Geschichte Osteuropas ist aber auch, daß die Forschung von ihnen gefesselt ist und nicht die Möglichkeit wahrnimmt, daß mit dem Instrument der Militärpolitik auch auf andere Art und Weise der Zusammenhalt des osteuropäischen Staatensystems vorangetrieben werden kann: Der Frage, inwieweit die militärische Zusammenarbeit verstärkt wurde und noch wird, um den politischen Zusammenhalt Osteuropas zu stärken, ist man bislang in der Forschung nicht systematisch nachgegangen. R.A. Remington (1971) geht in seiner Monographie auch auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bündnisstaaten ein, doch begreift er diese lediglich als begleitendes und unterstützendes Element primär widersprüchlicher außenpolitischer Interessen und sieht weniger, daß dahinter auch Probleme der politischen Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten stehen können. Ich habe versucht, den Aspekt stärker zu berücksichtigen (Tiedtke 1978). Wer auf diesem Gebiet und überhaupt über die militärische Kooperation weiterarbeiten

will, kommt nicht an der detaillierten, historisch weit ausholenden Studie von Th. W. Wolfe (1970) vorbei. Dieses Standardwerk zur sowjetischen Militärpolitik in Europa bietet auch wegen seines ausführlichen wissenschaftlichen Apparates noch immer einen vorzüglichen Einstieg in die Problematik osteuropäischer militärischer Zusammenarbeit.

Die Gründe dafür, daß die militärische Zusammenarbeit Osteuropas und damit auch deren bündnispolitische Nutzung so wenig erforscht sind, müssen wiederum im traditionellen westlichen Verständnis des osteuropäischen Staatensystems gesucht werden: Militärpolitik der WVO, das ist sowjetische Militärpolitik. Dadurch erübrigt es sich mehr oder weniger, die Militärpolitik der kleineren Vertragsstaaten zu analysieren. Wenn dennoch die Militärpolitik als politisches Instrument begriffen wird, dann lediglich, um den Zusammenhalt des Bündnisses allein entsprechend den sowjetischen Interessen zu garantieren. Die Möglichkeit, daß auch die kleineren Vertragsstaaten entsprechend ihren nationalen Interessen die Militärpolitik des Bündnisses mitgestalten können, bleibt unberücksichtigt. Man muß freilich zugestehen, daß es schwierig ist, die intrasystemaren Funktionen und Funktionsweisen der WVO herauszuarbeiten; denn der sowjetische Einfluß dominiert zweifellos im Bündnis und erschwert dadurch die Einschätzung des Beitrages der kleineren WVO-Staaten. Überdies ist der spezifische Beitrag der kleineren osteuropäischen Staaten kein Thema für die osteuropäische Literatur.

Wie kann angesichts der Schwierigkeiten dieses Forschungsdefizit sinnvoll angegangen werden? Ein erster wichtiger Schritt ist die Analyse der militär- und sicherheitspolitischen Interessen der einzelnen Warschauer Vertragsstaaten. Aber von neuem muß festgestellt werden, daß der Forschungsstand äußerst unbefriedigend ist. Am günstigsten — sieht man von der Sowjetunion ab — ist er noch zur Militärpolitik der DDR, wengleich eine detaillierte Darstellung der Entwicklung des Militärapparates und der Militärpolitik noch nicht vorliegt. Doch die Materialbasis für solch ein Unternehmen ist relativ gut: Die ostdeutsche »Zeitschrift für Militärgeschichte« (seit 1972 nur noch »Militärgeschichte«) informiert ausnehmend detailliert über die Geschichte der Streitkräfte der DDR, und auch im Westen ist eine Reihe von Arbeiten erschienen. D.R. Herspring (1973) untersucht das Verhältnis von technischer und ideologischer Ausbildung in der Nationalen Volksarmee: wie man in der DDR militärische Effizienz und politische Zuverlässigkeit proportional zu entwickeln versuchte. Mit der ideologischen Komponente der Militärpolitik, besonders der Wehrerziehung, beschäftigt man sich intensiv in der Bundesrepublik (Blanke 1975, Rodejohann-Recke 1976, Pröll 1980), ohne jedoch die Frage nach der Wirkung dieser ideologischen Anstrengungen beantworten zu können. Das ist aber nicht das Versäumnis der Autoren. Die Stellung der DDR innerhalb der WVO untersuchen H. Bechheim (1980), S. Tiedtke (1978) und J.v. Rohwer (1980).

Gegenüber dem Forschungsstand zur DDR fällt der zur Militärpolitik der anderen kleineren WVO-Staaten bescheiden aus. Angesichts der sicherheitspolitischen Bedeutung der DDR für die WVO erscheint dies teilweise gerechtfertigt, ist aber auch deutschlandpolitisch zu erklären. Für Polen sind die Arbeiten von M. Checinski (1980, 1981), der Offizier der polnischen Armee war und 1969 nach Israel emigrierte, sehr informativ, wengleich er viele Aussagen nicht belegt und damit dem Leser oft großes Vertrauen abverlangt. Im Fall der CSSR ist die Lage noch schlechter. Unter den tschechoslowakischen Emigranten findet sich keiner, der sich zu militärpolitischen Fragen öffentlich äußert, sieht man einmal von einem Offizier ab, der 1982 in die CSSR »zurückkehrte« (Hodic 1979). Diese Sprachlosigkeit ist erstaunlich, denn während des »Prager Frühlings« wurde in der CSSR von kompetenter Seite heftige Kritik geäußert. Einen Überblick über die Volksarmee der CSSR aus tschechoslowakischer Sicht vermittelt der Band eines Prager Autorenkollektivs (1979).

An der Militärpolitik der südlichen WVO-Staaten (Ungarn, Bulgarien und Rumänien) ist man im Westen traditionell wenig interessiert, denn deren Potentiale sind für die

Entscheidung auf dem potentiellen mitteleuropäischen Kriegsschauplatz von zweitrangiger Bedeutung. Wenn die rumänische Militärpolitik dennoch besondere Beachtung findet, dann weil Rumänien das einzige Land der WVO ist, das sich den Zwängen der militärischen Integration weitgehend entziehen und eine eigene Verteidigungsstrategie entwickeln konnte. Leider begnügt man sich meist mit dieser Feststellung, die unermüdlich in den Darstellungen der rumänischen Außenpolitik wiederholt wird, und fragt nicht, wie es zu diesem militärpolitischen Alleingang Rumäniens innerhalb der WVO kam und warum er von den Verbündeten offensichtlich akzeptiert wurde. Die innenpolitische Funktion des Militärapparats untersucht A. Alexiev (1979), auf bündnispolitische Aspekte der rumänischen Militärpolitik geht M. Mushkat (1978) in einem kurzen Papier ein.

Was können derartige Analysen der Militärpolitik der einzelnen WVO-Staaten zum besseren Verständnis des osteuropäischen Bündnisses beitragen? Anders als bei der NATO ist davon auszugehen, daß über die Militärpolitik der einzelnen Staaten weitgehend auf der Ebene des Bündnisses entschieden wird, denn der Integrationsgrad der osteuropäischen Armee, sieht man von der rumänischen einmal ab, ist weit höher entwickelt als der der NATO (Standardisierung, einheitliche Ausbildungspraktiken usw.). Diese Integration kann zwei Zielen dienen. Erstens: Dadurch, daß die militärische Effizienz der verschiedenen Bündnisarmeen einander angeglichen wird, nimmt die militärische Bedeutung der kleineren WVO-Armeen zu, was unter Umständen die Position der Verbündeten gegenüber der Sowjetunion stärkt. Dies müßte dann an Veränderungen in der Bündnisstruktur weiter untersucht werden. Und zweitens: Ein entwickeltes Integrationsniveau kann die gegenseitigen Kontrollmöglichkeiten, vor allem aber die der Sowjetunion, vergrößern. Das Beispiel Polens 1981 zeigt, daß die militärische Intervention nicht mehr das einzige Mittel ist, ungewollte Entwicklungen in Osteuropa rückgängig zu machen. Offensichtlich ist die militärische Integration in Osteuropa bereits so weit fortgeschritten, daß dies nun auch die nationalen Militärapparate selbst besorgen können. Diese deprimierende Entwicklung führt zwangsweise zu der — auch für das zukünftige Ost-West-Verhältnis in Europa — zentralen Frage, die aber in der gesamten Literatur bisher unbeantwortet geblieben ist: Welchen Charakter haben die Gesellschaftssysteme in Osteuropa, und welchen strukturellen Stellenwert nimmt in ihnen der militärische Gewaltapparat ein?

Eines hat dieser kurze Überblick hoffentlich gezeigt: daß es sich lohnt, sich mit der WVO zu beschäftigen, und daß die vielen weißen Flecken in der Forschung aufgearbeitet werden müssen, wenn man im europäischen Entspannungsprozeß weiterkommen will.

### Literaturverzeichnis

- Alexiev, A., 1979: Party-Military Relations in Eastern Europe. The Case of Romania. University of California, Center for International and Strategic Affairs. Los Angeles
- Autorenkollektiv, 1979: Die tschechoslowakische Volksarmee. Berlin/DDR
- Bechheim, H., 1980: Die militärische Kooperation der sozialistischen Staaten im Warschauer Pakt unter besonderer Berücksichtigung der rechtlichen und faktischen Stellung der NVA der DDR im Ostpaktsystem. Diss., Bonn
- Blanke, B.M., 1975: Die politisch-ideologische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee — Zum Verhältnis von Militär, Partei und Gesellschaft in der DDR. Diss., Bonn
- Brzoska, M., u.a., 1983: Falsche Gewichte. Zur Problematik von Datenangaben in der militärpolitischen Diskussion um Gleichgewicht. Die Beispiele taktischer Nuklearwaffen und sowjetischer Militärausgaben (= Militärpolitik Dokumentation, H. 30/31). Frankfurt/M.
- Checinski, M., 1980: Polnische Armee und Offiziere in der Organisation des Warschauer Pakts, in: Osteuropa (10), 1110-1122 und (12), 1303-1315
- Checinski, M., 1981: A Comparison of the Polish and Soviet Armaments Decision-making Systems. Rand, Santa Monica

- Clawson, W., und S. Kaplan (Hrsg.), 1982: *The Warsaw Pact. Political Purpose and Military Means*. Wilmington
- Douglass, J.B., 1983: *Sowjetische Militärstrategie in Europa*. München
- Forndran, E., und G. Krell, unter Mitarbeit von Schmidt, H.-J., 1984: *Kernwaffen im Ost-West-vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*. Baden-Baden
- Herspring, D.R., 1973: *East German Civil-Military Relations. The Impact of Technology 1949-1972*. New York, Washington, London
- Hodic, J., 1979: *Military Political Views Prevalent in the Czechoslovak Army 1948-1968*, Appendix: »Memorandum of the Military Political Academy«. Research Project »The Experience of the Prague Spring 1968«, Working Study No. 5
- Hoensch, J.K., 1977: *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975*. Kronberg, Düsseldorf
- Krell, G., und H.-J. Schmidt, 1982: *Der Rüstungswettlauf in Europa. Mittelstreckensysteme, konventionelle Waffen, Rüstungskontrolle*. Frankfurt/M.
- Krolkowski, H. (Red.), 1980: *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien 1955-1980*. Berlin/DDR
- Lewis, W.J., 1982: *The Warsaw Pact. Arms, Doctrine and Strategy*. New York
- Meissner, B., 1962: *Der Warschauer Pakt. Dokumentensammlung*. Köln
- Mushkat, M., 1979: *Kann ein kleiner Staat sich selbst verteidigen? Die rumänische Version*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (6) 1979
- Pröll, B., 1980: *Vormilitärische Erziehung in beiden deutschen Staaten — vergleichbare Vorbereitung auf den Wehrdienst?* Frankfurt/M.
- Remington, R.A., 1971: *The Warsaw Pact. Case Studies in Communist Conflict Resolution*. Cambridge, London
- Rodejohann-Recke, Heidrun, 1976: »Sozialistische Wehrerziehung« in der DDR, in: Studien-gruppe Militärpolitik: *Die Nationale Volksarmee*. Reinbek bei Hamburg, 100-133
- Rohwer, J.v. (Hrsg.), 1980: *Die Nationale Volksarmee im Rahmen des Warschauer Paktes*. München
- Stratmann, K.-P., 1981: *NATO-Strategie in der Krise? Militärische Optionen von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa*. Baden-Baden
- Tiedtke, S., 1978: *Die Warschauer Vertragsorganisation. Zum Verhältnis von Militär- und Entspannungspolitik in Osteuropa*. München, Wien (mit Bibliographie)
- Tiedtke, S., 1980: *Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der so-wjetischen MBFR-Politik*. Frankfurt/M.



## Marxismus und Theorie der Parteien

Marx/Engels, Lenin, Gramsci,  
Poulantzas. Das kleine Einmaleins der  
Macht und die Integrationsfunktion der  
Parteien. Staatsgenese und Parteien.

Argument-Sonderband AS 91, 1983

17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

## Kongreßberichte

### Methoden in der Frauenforschung

Symposium, veranstaltet von der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der FU Berlin, Berlin, 30.11.-2.12.1983

Die gesamte BRD ist mit einem Netz von verschiedensten Frauenforschungsprojekten überspannt. Dieser wunderbare Eindruck entstand in Berlin; fast 300 Frauenforscherinnen trafen sich dort. Bei der Begrüßung wurde mehrfach die Notwendigkeit der Institutionalisierung betont, was ein durchaus umstrittener Punkt war. Alle Referentinnen und Teilnehmerinnen bezogen sich in kritischer Weise explizit oder implizit auf die von Mies 1978 formulierten methodischen Postulate der Frauenforschung.

U. Müller stellte sich in ihrem Eingangsvortrag das Problem, ob es eine spezielle weibliche Methode gebe, was sie verneinte. Denn Frauen seien keine besondere Spezies. Was aber notwendig sei, sei eine feministische Wissenschaftstheorie, die die gesellschaftlichen Interessengegensätze für die Frauenforschung bearbeitet. Für diese seien Parteilichkeit, Betroffenheit etc. sinnvoll. Auch brauche die Frauenforschung ein verändertes Begreifen, veränderte Theorie und veränderte Methoden. Hierbei warnte Müller davor, sich auf die Aktionsforschung zu beschränken. Sie sprach gegen eine falsche Dichotomisierung von qualitativen und quantitativen Methoden und kritisierte die Ausschließlichkeit, mit der qualitative Methoden, vor allem im Interview, angewandt würden. Es sei nicht alles über die Sprache erfaßbar. Daten seien Politik, es sei unbedingt notwendig, daß wir uns dort einmischten. Warum nicht eine feministische repräsentative Untersuchung durchführen, wo uns so viele Daten fehlen würden? Leider wurde Müllers anregender Beitrag im weiteren Verlauf kaum aufgegriffen.

Unversehens wurde der Kongreß nun zu einem Durchgang durch die verschiedensten Disziplinen (Geschichte, Rechtswissenschaft, Linguistik, Sozialwissenschaften). So trug K. Hausen für die erkrankte G. Bock deren Thesen zur Geschichte als Geschlechtergeschichte vor. Das bloße Dazuaddieren der Sonderform »Frau« in die Geschichte habe lediglich Kompensationsfunktion. Vielmehr müßte das Geschlechterverhältnis als Kategorie eingeführt werden (vgl. dazu auch Fox-Genovese in: *Das Argument* 141). Dadurch müßten alle bisherigen Resultate der Geschichtswissenschaft modifiziert werden. Das methodische Prinzip müsse sein, Soziales durch Soziales zu erklären. C. Opitz betonte, daß »Frauen« nicht als ahistorische Kategorie benutzt werden dürfe. Auch bei der »Geschichte von unten« seien Frauen oft als defizitär und abweichend dargestellt. Die Untersuchung der Sprache sei z.B. in Quellen sehr wichtig; dort finde sich immer das generische Maskulinum und erst bei genauen Nachforschungen stelle sich heraus, daß z.B. »die aufständischen Bauern« Frauen waren.

Vera Slupik und Claudia Burgmüller sprachen zu Möglichkeiten einer Frauenforschung in den Rechtswissenschaften. Es sollten vor allem die Alltagstheorien und das Vorverständnis der Richter, aber auch die Praxis der Rechtsprechung untersucht werden. In Berlin gibt es einen Zusammenschluß von 30 Anwältinnen, die parteilich für die Frauen arbeiten (z.B. bei Vergewaltigungs- und Ehescheidungsprozessen). Deutlich wurde, daß aber gerade das Postulat der Parteilichkeit für Frauen in der Rechtswissenschaft und -praxis schwer praktizierbar ist.

Luise Pusch vertrat, daß nicht nur die Sprachwissenschaft, sondern auch das soziale Konstrukt Sprache aus feministischer Sicht extrem kritik- und reformbedürftig sei. Anhand der Fülle der Teildisziplinen zeigte sie Möglichkeiten deren feministischer Rekonstruktion. Nicht nur Sprachkritik sei zu leisten (z.B. warum heißt es Penetration statt Umschließung, warum überall das generische Maskulinum ...), sondern auch Versuche anderer Sprachpraxen. So sei mit dem Wort »Sexismus« das Phänomen sichtbarer und

begreifbarer geworden. Das Wort »Lächelberufe« mache klar, daß Lächeln von Frauen auch eine Arbeit sei. Der laufende feministische Sprachwandel gehört dokumentiert; z.Zt. werde in den USA ein Lexikon »In Our Own Words« vorbereitet. Regina Becker-Schmidt stellte die Frauenforschung in die Tradition kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft. Beide haben die Aufgabe parteilicher Theoriebildung, in der die doppelte Konstituiertheit von Unterdrückung erfaßt werden müsse, das Subjekt als widersprüchliches vorkommen müsse. Gegen die Vorstellung der »unmittelbaren Erfahrung«, die in Teilen der Frauenforschung kursiert, hielt sie, daß der Alltag und die Erfahrung darin nicht einfacher Reflex der Strukturen sei. Psychisches und Strukturelles folgten verschiedenen Gesetzmäßigkeiten, die getrennt und in ihrem Wechselverhältnis zueinander untersucht werden müßten. Auch sprach sie gegen den positiven Subjektbegriff (Forscherin und Beforschte sollen in einem Subjekt-Subjekt-Verhältnis zueinander stehen), da jede immer Subjekt und Objekt zugleich sei; sie fragte, ob wir nicht die Subjekte verfehlen, wenn wir ihren Objektstatus ignorieren. Becker-Schmidt hält es für falsch, bei der Erforschung weiblicher Lebenszusammenhänge nur das gemeinsame »Weibliche« als Subsumtionskategorie zu nutzen und forderte auf, *Zusammenhangsanalysen* weiblicher Lebensbereiche zu leisten. Es brauche eine weibliche Subjekttheorie, die Ambivalenz als zentrale Kategorie bei der Konstituierung des Subjekts Frau berücksichtige.

Beim öffentlichen Streitgespräch zwischen Maria Mies und Helge Pross lagen alle Erwartungen der Teilnehmerinnen auf Mies: sie sollte für alle sprechen; so trat Enttäuschung zwangsläufig ein. Enttäuschung auch darüber, daß Mies das von Pross vorgeschlagene Feld gar nicht betrat und relativ allgemeine Ausführungen über männliches Herrschen und Zergliedern in der Wissenschaft machte. Pross hatte behauptet, zur »Erklärung der besonderen Lage der Frauen« brauche es keine spezielle Theorie, keine spezielle Methode und keine spezielle politische Zielsetzung. Vielmehr seien politische Zielsetzungen in der Wissenschaft gefährlich, da die Forschung statt den wissenschaftlichen Richtigkeitskontrollen fremdbestimmter politischer Kontrolle unterworfen sei. Außerdem gebe es Frauenforschung in der Soziologie schon lange.

Die Pädagogik war durch Gudrun Schiek vertreten, fünf Hamburger Psychologinnen stellten ihre Arbeit vor; M. Lüdemann und S. Andresen stellten die Methode der kollektiven Erinnerungsarbeit vor; F. Werner untersuchte Sprache in Männergruppen. Insgesamt konnten viele Probleme nur angerissen werden. Es braucht mehr solcher Treffen, damit auch mehr aus der Forschungspraxis ausgetauscht und das Quer-zu-den-Disziplinen-Arbeiten kollektiv erarbeitet werden kann.

Birgit Jansen und Annika Menges (Marburg)

### **Non-Traditional Forms of Feminist Rhetoric**

Sektion auf der 69. Jahrestagung der Speech Communication Association, Washington D.C./USA, 10.-13. November 1983

Das Anliegen der Speech Communication Association besteht darin, die menschliche Kommunikation zu erforschen: »SCA is organized to promote study, criticism, research, teaching, and application of the artistic, humanistic, and scientific principles of communication.« Hinter diesen wohlklingenden Worten verbirgt sich eine der konservativsten Berufsorganisationen der USA. Im Gegensatz zu ihrem Selbstdarstellungstext ist die SCA kaum mehr den humanistischen Idealen der antiken und mittelalterlichen Rhetorikschulen verpflichtet; sprachliche Kommunikation wird vielmehr unter dem Aspekt ihrer Verwertbarkeit untersucht, die wissenschaftlichen Erkenntnisse gelangen in Form von Managerschulungen zur unmittelbaren Anwendung. Als akademische Disziplin wird »Speech« häufig nicht ganz ernstgenommen, als Modeerscheinung abgetan. Wohl als Reaktion auf diese akademische Mißachtung zeichnet sich die SCA durch einen

Hang zu Selbstdarstellung aus, der selbst für amerikanische Verhältnisse noch erstaunt: Tagungsort war das Washington Hilton, ein Nobelhotel, das erst kürzlich als Schauplatz des Attentatsversuchs auf Ronald Reagan im Schlaglicht der Weltpresse stand. Den Konferenzräumen ist anzumerken, daß hier für gewöhnlich Weltpolitik gemacht wird: dicke Teppiche, glitzernde Kristalllüster, Samtvorhänge, alle Zierleisten vergoldet, Blumenbouquets. Schloß Neuschwanstein nach dem Frühjahrsputz: imponierend, wirkungsvoll und nicht ganz echt.

Ein zumindest seltsamer Rahmen für eine Sektion über »Non-Traditional Forms of Feminist Rhetoric«. Die Organisatorinnen waren von der Arbeitshypothese ausgegangen, daß die Frauenbewegung neue, nicht-traditionelle Strategien für die Vermittlung feministischer Anliegen ausbilden muß in Anbetracht der reaktionären Gegenbewegungen, die gerade in den USA zunehmend an Einfluß gewinnen. Sonja K. Foss, University of Denver, untersuchte Form und Funktion von Judith Chicagos Monumentalkunstwerk »The Dinner Party«. Chicago will drei Themenbereiche vermitteln: die Unterdrückung der Frau, eine Wertschätzung des Weiblichen und die Notwendigkeit, Kunst »zugänglich« zu gestalten. Foss zeigte, wie eine Rezeption der Dinner Party aussehen würde, die den Intentionen der Künstlerin entspräche. Gleichzeitig analysierte sie das Phänomen, daß die Dinner Party immer wieder Fehlinterpretationen hervorruft, die durch formale Mängel des Werks bedingt sind. Chicago verletz zwar systematisch die konventionalisierten Gestaltungsweisen moderner Kunst, arbeitet also mit scheinbar nicht-traditionellen Mitteln, greift dafür jedoch auf die höchst traditionellen Verfahren didaktischer Kunst zurück. Somit aber kann ein an moderner Kunst geschulter Betrachter das Werk nur dann adäquat rezipieren, wenn er bewußt von seiner Kompetenz abstrahiert, überspitzt formuliert, die Dinner Party kann nur solche Betrachter überzeugen, die sowieso schon überzeugt sind. Die Dialektik von Form und Inhalt bildete auch den Leitgedanken im Vortrag von Vicki Nogle, University of Nebraska. Sie untersuchte Frauenmusik unter der Fragestellung, ob hier emanzipatorische Prozesse initiiert bzw. transportiert werden. Ihre These war, daß Songtexte sprachverändernd wirken; Sprachveränderung ist ein wichtiges Medium für die Frauenbewegung, da die gesellschaftlichen Realitäten immer sprachlich vermittelte sind. Zudem vermag feministische Musik Freiräume für die Frauenbewegung zu schaffen, symbolische Realitäten innerhalb einer patriarchalisch strukturierten Öffentlichkeit. Die großen Musikfestivals in Michigan interpretierte Nogle als ein Beispiel dafür, welche konkrete Gestalt solche symbolischen Realitäten annehmen können. Auch in meinem eigenen Vortrag ging es um Freiräume, innerhalb derer sich die Möglichkeit für Veränderung eröffnet. Da es keine umfassende Theorie der Frauenbewegung gibt, übernehmen literarische Texte partiell die Funktionen, die eine solche Theorie für die Frauenbewegung erfüllen würde. Bestimmte formale und thematische Appellstrukturen in den Texten, die in den theoretischen, den literarischen und den epigonalen Frauentexten je anders geartet sind, bewirken ein Bedürfnis, eigene Leseerfahrungen in Gruppensituationen zu überprüfen. Über solche Diskussionen kann sich Gruppenidentität, -solidarität und Einigkeit über feministische Kurzzeitstrategien vermitteln. In Abgrenzung von den ersten drei Vorträgen, die sich um theoretische Fragestellungen zentrierten, präsentierte Sue Davis, Indiana State University, ein Stück feministischer Literaturanalyse. Sie untersuchte die sechs Kriminalromane von Amanda Cross, deren zentrale Figur, Kate Fansler, es inzwischen zu ähnlicher literarischer Berühmtheit gebracht hat wie Sherlock Holmes, Hercule Poirot und Lord Peter Wimsey. Amanda Cross ist das Pseudonym von Carolyn G. Heilbrun, einer anerkannten Professorin für feministische Literaturwissenschaft. Davis' These besagt, daß Heilbrun traditionelle Formen von Rhetorik (das Verfassen wissenschaftlicher Bücher und Aufsätze zum Thema Feminismus) durch eine nicht-traditionelle rhetorische Form, das Schreiben feministischer Kriminalromane ersetzt. Aber was ist daran feministisch oder

auch nur nicht-traditionell? Versuche, theoretische Erkenntnisse in Form von literarischen Texten zu präsentieren, gibt es unzählige, erst kürzlich wieder bei Umberto Eco.

Überhaupt kann man gegen vieles Einwände erheben, gegen die zum Teil unscharfe, auf kollektiven Phantasien beruhende Definition von Feminismus und Weiblichkeit ebenso wie gegen den impliziten Anspruch, daß Rhetorik am Gelingen der jeweiligen Sprachhandlung zu messen sei. Dieser Anspruch der SCA, deren zentrales Anliegen ja in einer störungsfreien Maximierung von Sprachhandlungen liegt, blieb unhinterfragt. Aber besteht nicht ein wesentliches, vielleicht sogar *das* wesentlichste Merkmal feministischer Diskurse darin, daß sie das reibungslose Funktionieren patriarchalischer Sprachhandlungen unterminieren, sprengen, oder zumindest empfindlich stören? Und ist deshalb nicht bereits das Rahmenthema der Sektion, den *Erfolg* von Innovationen im Bereich feministischer Rhetorik untersuchen zu wollen, ein Widerspruch in sich? Somit aber kann es nicht überraschen, daß die Radikalität verbaler Äußerungen in den Vorträgen und Diskussionen in einen nicht zu überbrückenden Widerspruch geriet zum äußeren Rahmen, dem die teilnehmenden Frauen ja durchaus Rechnung trugen durch ihre maßgeschneiderten, dunkelblauen Kostüme, ihre braven Seidenblusen und die obligaten hochhackigen Pumps. Das Problem einer Dialektik von Form und Inhalt auch hier. Aber vielleicht liegt das *eigentlich* Nicht-Traditionelle, Emanzipatorische der gegenwärtigen feministischen Diskurse gerade in der Tatsache, daß sich sich selbst in einem solchen Rahmen Gehör zu verschaffen verstehen? Evelyne Keitel (Berlin/West)

### Die Alternativen der Alternativbewegung

Diskussion und Kritik ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen.

Diskussionstagung des IMSF, Frankfurt/M.-Sindlingen, 26.-27. November 1983

Die Tagung war inhaltlich in vier Diskussionsblöcke unterteilt, die jeweils durch kontroverse Referate von Vertretern aus der Alternativbewegung und einem IMSF- bzw. DKP-Vertreter eingeleitet wurden. Diskussionsblock I: *Grundkonzeptionen der Alternativökonomie — menschengemäß und umweltgerecht* — mit Referaten von Hans Diefenbacher (Öko-Institut Freiburg) und Jörg Goldberg (IMSF, Frankfurt/M.). Diskussionsblock II: *Krise der Stahlindustrie — Krise des Ruhrgebietes: welche Auswege gibt es?* — mit Referaten von Eckehard Stratmann (MdB Die Grünen), Jens Bünnig (Gruppe »Revier«) und Hermann Böhmer (IMSF, Dortmund). Diskussionsblock III: *Vorstellungen für eine alternative Technik und Arbeitsorganisation* — mit Referaten von Dieter Marcello (ehemaliger Betriebsrat bei Daimler-Benz, »Plakat«-Gruppe) und Stephan Voets (Referent beim Parteivorstand der DKP). Diskussionsblock IV: *Dualwirtschaft, Dezentralisierung oder (!) gesellschaftliche Kontrolle* — mit Referaten von Rosemarie Bohle (AG SPAK, Kassel), Aggi Nielson (Arbeitersebsthilfe Krebsmühle bei Frankfurt/M.), Burghard Flieger (AG SPAK, Freiburg) und Angelina Sörgel (IMSF, Bremen).

Aus Raumgründen ist es unmöglich, auf die einzelnen Referate und die sich anschließenden Diskussionen näher einzugehen. Mein Eindruck war insgesamt, daß bei allen Beteiligten viel guter Wille zum Miteinanderreden da war, daß aber darüber die (fundamentalen) Unterschiede zwischen »der« Alternativbewegung und den Kommunisten teils verwischt, teils in der Form von Mißverständnissen bzw. des Aneinandervorbeiredens artikuliert wurden. Ich halte es daher für das Sinnvollste, über die Ursachen dieser Kommunikationsprobleme zu schreiben — Ursachen, die ich auf der Seite der Kommunisten bzw. der traditionellen, gewerkschaftlich orientierten Marxisten ausmache, die — schließt man von den Diskussionsbeiträgen auf die Zusammensetzung des Publikums — unter den mehr als 350 Tagungsteilnehmern ganz überwiegend vertreten waren.

Der Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit den Alternativvertretern soll natürlich nicht heißen, daß es an ihnen nichts zu kritisieren gäbe.

Die erste Ursache sehe ich darin, daß die anwesenden Marxisten *defensiv* argumentierten, nach dem Motto: Wir wollen doch eigentlich dasselbe wie die Alternativbewegung — nur konsequenter. Goldberg beispielsweise verwahrte sich — obwohl sein Korreferent Diefenbacher nichts in dieser Richtung geäußert hatte — gegen die Unterstellung, die marxistische Theorie behandle die kapitalistische Technologie als neutral. Es gebe vielmehr eine systembedingte Diskrepanz zwischen einer entwickelten Produktions- und Konsumtechnologie und einer nicht entwickelten Technologie der Naturreparatur (der Abfallbeseitigung und der Wiederverwendung). Letztere sei im Kapitalismus, allerdings nur punktuell, entwickelbar; zu einer Lösung der Umweltprobleme komme es freilich nur, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgeschafft und damit insgesamt das Verhältnis des Menschen zur Natur verändert werde.

Demgegenüber forderte Diefenbacher, die Natur müsse sich selbst regenerieren können. Hinter diesen beiden — traditionell marxistischen bzw. ökologistischen — Formen von Technikkritik stehen ganz unterschiedliche theoretische Konzepte und Strategien. Es ist ja richtig, daß der Kapitalismus (wie auch der Realsozialismus) in der Lage sind, im Sinne Goldbergs Naturreparatur-Technologien zu entwickeln und auch praktisch zu verwenden, die — wie punktuell oder umfassend auch immer — die Natur »dauernd reparieren«. Dies ist die Position eines — aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wohlbekannten — *Produktivismus*: die Technologie selbst muß *nicht* geändert, sondern *ergänzt* werden. Die Produktionstechnologie zerstört weiter die Natur, also müssen wir Abfallbeseitigungs-, Recycling- etc. -Technologien entwickeln, die die zerstörten Naturbestände reparieren. Dieser Produktivismus ist dem herrschenden Industriesystem genau auf den Leib geschnitten. Bestände werden nicht geschont und pfleglich genutzt/behandelt — sondern erst *verbraucht* und dann neu *produziert*. Man verwendet zuerst Kraftwerke mit ungeheurer Schadstoffemission und produziert dann z.B. saubere Luft, indem man nachträglich Filter einbaut. Man verbraucht die Gesundheit der Menschen und produziert dann Gesundheit durch ein — im Sozialismus mehr, im Kapitalismus weniger — umfassendes medizinisches Versorgungssystem. Man verbraucht die Altbaubestände (Abriß) und produziert Neubauten. Je nachdem, ob solche Neuproduktion verbrauchter Bestände nur in staatlicher oder auch in privater Regie möglich sind, befinden sich die sozialdemokratisch/kommunistischen Arbeiterbewegungen in Opposition oder im Einklang mit den Kapitalisten: denn die produktivistische Strategie *schafft Arbeitsplätze* noch und nöcher. Kein Wunder, daß Goldberg die Frage, ob »uns« die Arbeit ausgehe, negativ beantwortete. Was er nicht sagte: daß bei dieser Strategie auch dem Kapital nicht die Verwertungsmöglichkeiten ausgehen.

Worum es geht, sind Strategiedifferenzen, die sich aus *neuen, von der Ökologie-Bewegung aufgeworfenen Fragestellungen* ergeben: welche gesellschaftlichen Folgen hat eine Strategie der generellen Umwandlung der Bestandsgüter in Produktionsgüter? Die Frage lautet *nicht*: Wollen die Kommunisten (oder »die Marxisten«) etwa nicht das Ökologie-Problem lösen? Natürlich wollen sie — aber sie wollen *damit* eben etwas anderes als die Ökologen und wahrscheinlich etwas Entgegengesetztes. Derartige Differenzen kamen auf der Tagung zwar zum Tragen, wurden aber von seiten der Kommunisten als *Mißverständnis* artikuliert. Beispiel: In der Diskussion über die Krise der Stahlindustrie lehnte Stratmann eine Verstaatlichung ab, forderte eine Vergesellschaftung. Nun weiß jeder, was gemeint ist, wenn ein Alternativvertreter gegenüber Kommunisten »Verstaatlichung« kritisiert: er kritisiert dann Verhältnisse »wie in der DDR«. Die Antwort seitens der DKPler war nun ungemain charakteristisch: sie, die Kommunisten, wollten doch auch Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung — oder glaubt Ihr etwa, die DKP fordere weitere bundeseigene Unternehmen wie z.B. die Salzgitter AG?

Auf diese Art und Weise produziert man allenfalls Scheingefechte. Denn »irgendwie« wissen alle, daß es unvereinbare Unterschiede zwischen Kommunisten und Alternativ-

leuten in den jeweiligen Auffassungen von Sozialismus gibt. Aber die Kommunisten sind nicht willens oder nicht in der Lage, präzise und offensiv zu formulieren, wie ihre Sozialismus-Vorstellung aussieht. Allgemeine Formeln wie »sozialistische Planwirtschaft« (Böhmer) oder »langfristige demokratische Planung« (Huffschmid) werfen eben mehr Fragen auf, als sie beantworten. Hätten die westdeutschen Kommunisten etwas mehr Selbstbewußtsein gegenüber »unseren, naja, Freunden, Bündnispartnern« (Schleifstein) von der Alternativbewegung, so wäre die Diskussion erfreulicher im Sinne von kontroverser gewesen. So aber vertraten gerade die jüngeren DKP-Diskutanten auf der Tagung windelweiche Positionen. Das ist schon deshalb peinlich, weil in jeder beliebigen DKP-Publikation andere Töne angeschlagen werden, z.B. Robert Steigerwald (in den Marxistischen Blättern 3/1983, 48): Der ökologische Humanismus sei »die spontane Reproduktion einer bürgerlichen Verwirrungs-Ideologie im linken Gewand«. Eine derartige doppelte Moral — oberlehrerhaftes Abkanzeln in den eigenen Publikationsorganen, unverbindliche Nettigkeit auf einer Tagung — nennt man *verlogen*. Das wird von den Alternativen natürlich wahrgenommen: Der Ausdruck »Traditionsmarxismus« (Stratmann) beschreibt ihre Kritik recht gut; dazu gehören alle Versionen von Marxismus, die glauben, ohne essentielle Änderungen ihrer traditionellen Theorien und Auffassungen die Ökologieproblematik bearbeiten zu können. Soweit die »Nettigkeit« der DKP-Leute nämlich mehr war als bloß taktisches Verhalten — und sicher gibt es viele gewerkschaftlich orientierte Sozialisten, die sich um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Alternativen bemühen —, verdankte sie sich einem kardinalen Irrtum: dem Irrtum, die Ökologie-Bewegung gebe andere Antworten auf *dieselben* Fragen, die z.B. die Kommunisten bewegen. In Wirklichkeit sind es neue Fragestellungen, die die Differenzen ausmachen. — Das Fazit läßt sich daher mit Rosemarie Bohle so formulieren: »Die Alternativbewegung trifft die DKP und sagt zu ihr: 'Sie haben sich aber gar nicht geändert!' 'Oh', sagt die DKP und erleicht.« Vielleicht ist das noch die optimistischste Sichtweise.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

### Bloch — Unfähig zur Gegenwart?

6. Bloch-Treffen in Salecina, 31. Juli bis 7. August 1983

Der Vorschlag, im Haus Salecina (Maloja/Schweiz) Bloch-Tage zu veranstalten, kam spontan nach dem Tod von Ernst Bloch auf. Vor allem Theo Pinkus und Beat Dietschy haben sich als Initiatoren betätigt. Seit 1978 treffen sich Leute mit unterschiedlichen Interessen und Voraussetzungen und diskutieren Themen, die im Zusammenhang mit der Blochschen Philosophie stehen.

Die Themenstellung des Bloch-Treffens '83: »Ernst Bloch — Unfähig zur Gegenwart?« war der Vorschlag einer Arbeitsgruppe, die bereits im letzten Jahr der Kritik nachgegangen war, Blochs Prinzip Hoffnung schände »um der Zukunft willen die Gegenwart«.

Dieser Vorwurf ist bekannt, es gibt ihn in verschiedenen Fassungen. Gemeinsam ist ihnen das (durch eine eingehende Lektüre der Werke Blochs nur wenig getrübe) Urteil, Bloch sei der letzte große Metaphysiker der Utopie. Das Bequeme an dieser Gewißheit ist, daß die entsprechenden Etikette, positive wie negative, schon seit langem parat liegen. Dem »Sonntäglichen« im Werke Blochs gelten die wohlwollenden Huldigungen. Geht es um den politischen Alltag und um die »strenge Wissenschaftlichkeit«, dann verweht rasch der Weihrauch, nimmt kaum jemand Bloch ernst. Aus dem »geistvollen Schriftsteller« wird dann rasch einer, »der in die Nähe des Schwärmerturns« gerät. Es galt zu diskutieren, ob die Begründungen hierfür zutreffen. Ausgangspunkt war die Erfahrung, daß das hier und jetzt Vorgehende uns zwar nicht die Sprache, aber offenbar die Begriffe verschlagen hat. So manch' fixer Orientierungspunkt löst sich auf gleich ei-

ner Fata Morgana; und nicht wenige Leitthesen, bisher über jeden Zweifel erhaben, dienen inzwischen zu kaum mehr als zu Prothesen, um den eigenen Gang noch als aufrecht ausgeben zu können. Die Trauer darüber sollte sich in Grenzen halten. Weder die Vorbilder aus der Ferne noch die allzu allgemeinen Begriffe zeigten sich besonders fähig, gegenwärtig ablaufende Prozesse greifbar aufzuhellen.

Aber wie kann eine geistesgegenwärtige Begrifflichkeit aussehen, soll ihr die Gegenwart als Zeit-Raum, in dem praktisch mehr oder weniger bewußt die Entscheidungen fallen, in welche Richtung es weitergehen soll, nicht bloß äußerlich vorgesetzt werden? Welche Qualitäten sind gefordert, wollen Begriffe just an diesem »Tatort« aufklärend wirken? Genügt es weiterhin wie üblich, das Gewordene detektivisch zu entlarven? Muß nicht das antizipatorische, das vorgreifende Moment hinzukommen, und zwar von Anfang an, damit sich ein Begriff der augenblicklich vorgehenden Gegenwart annähernd adäquat erweisen kann? Bietet uns doch die Gegenwart, als das zeitlich und räumlich so »Naheliegende«, nicht nur das Entstandene als harten Fakt: die gegebenen Bedingungen — sondern eben auch das gerade Entstehende als Tendenz: das (vorerst nur) bedingt Gegebene, dessen Vollendung noch offen, noch möglich ist, sei es, um es zu fördern oder aber zu verhindern. Um Tatsachen und Tendenzen zusammen als »bewegt Vorhandenes« eingriffsmächtig auffassen zu können, scheint die systematische Vermittlung von Bild und Begriff unumgänglich zu sein. Ist es noch länger vertretbar, beide Momente getrennt und gleichgültig nebeneinanderzustellen oder gar gegeneinander auszuspielen, etwa mit der souveränen Geste einer exakten, objektiven Wissenschaftlichkeit? Hat sich nicht der wissenschaftliche Anspruch im Sinne gängig akademischer Vorstellungen lange und deutlich genug als impotent erwiesen — untauglich selbst als Geburtshelfer? Sind gegenwartsnahe Begriffe also wesentlich »Kategorien des Herausbringens«?

Stichworte, die es unter anderem anhand des *Experimentum mundi*, Blochs Kategorienlehre, zu diskutieren galt. Schwierigkeiten waren zu erwarten gewesen. Das letzte Werk Blochs verweigert sich einem modisch-orientierten Zugriff, eignet sich kaum für die üblichen Paraphrasierungen. So mancher hatte seine Probleme damit, einmal erreichte Positionen wieder in Frage zu stellen, ein Stück weit zurückzugehen hinter die gedachte Linie der fertigen, verfestigten Begriffe, um das jetzt erneut etwas unvertellter erfahren zu können. Wohl eine grundlegende Voraussetzung, echte Gegenwart herauszubringen: eine Gegenwart, deren wahre Qualität wir heute praktisch nur durch den geleisteten Widerstand an der »Front des Geschehens« feststellen können.

Für das Bloch-Treffen '84 (vom 27.7.-5.8. im Haus Salecina/Maloja) wollen wir die Überlegungen zur Vermittlung der Kategorie »Gegenwart« mit aktuellen politischen Problemen fortsetzen. Materiale Analysen zu den Problemdimensionen Zeit, Nähe, Organisation und Denkform sollen die Diskussion fundieren helfen. Alles soll möglichst auf die Kategorie »Front« als eine zentrale Prozeßkategorie der »Ontologie des Noch-Nicht-Seins« bezogen werden: Front, der vorgerückte Zeitraum, die aktuelle Jetzt-Stelle, wo sich Gelingen und Scheitern entscheidet. Die ausgewählten Problemdimensionen sehen wir vorläufig als »Einflugschneisen« zum »Ernst der Front«. Unser Wunsch ist auch diesmal, mit politisch aktiven Leuten zusammenzukommen, um durch Bloch angeregt und informiert, interessant und perspektivierend diskutieren zu können. (Im April wird wahrscheinlich ein Vorbereitungstreffen stattfinden.)

Anmeldung und Kontaktadresse: Manfred Trinkl, Heyestraße 12, 4000 Düsseldorf 12, Telefon: 0211/298552.

Leo Bartonek (Sollentuna/Schweden) und Manfred Trinkl (Düsseldorf)

## Kongreßankündigungen

### Zweite Tagung von Frauen in der Literaturwissenschaft

8. bis 11. Juni 1984 in Bielefeld

Sektionen mit folgenden Themenschwerpunkten: Strukturalistische und sozialwissenschaftliche Ansätze in der feministischen Theorie — Romane von Frauen aus dem 19. Jahrhundert — Wenn Frauen über Frauen schreiben ... — Androgynität — Kranke Frauen — »Krankheit Frau« — Neuere Literatur von Frauen in den 80er Jahren — Feministische Wissenschaft.

Kontaktadresse: Renate Berger, Literaturwissenschaftliches Seminar, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 6. 2 Hamburg 13.

(Der Dokumentationsband der Ersten Tagung in Hamburg wird beim *Argument*-Verlag in der Reihe LHP veröffentlicht.)

### Kongreß »Teaching Peace« — Friedensbewegung, Friedenserziehung und Friedensforschung: Herausforderung des Faches Englisch?

5. bis 7. Oktober 1984 in Bielefeld

Workshops (Sekundarstufe I; Sek II; Berufsbildende Schulen/Erwachsenenbildung; Lehrer/innenfort- und weiterbildung; Hochschule), Offenes Forum und Berichte aus den Friedensbewegungen in GB und USA.

Kontaktadresse: Rainer Schüren, Oberstufen-Kolleg, Universität Bielefeld, Universitätsstr. 23, 4800 Bielefeld 1

### Frauen in Gesellschaft und Kultur der USA — Neue Ansätze in den Amerikastudien

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien

12. bis 15. Juni 1984 in Berlin

Workshops mit folgenden Themenschwerpunkten: Multi-ethnic Women's Literature — Feminist Literary Criticism — Women and Madness — Women, Work, and Family — Changing Roles for Women and Men — Women, Language, and Sexism — Education and Socialisation — Women in the Visual Media — Women and Warring.

Kontaktadresse: Renate Semmler, Amerika-Haus Berlin, Hardenbergstraße

### Erste Internationale Feministische Buchmesse

7. bis 10. Juni 1984 in London

Veranstaltungen: Schreibwerkstatt für Mädchen — Autorinnen aus der III. Welt — Antisexistisches und antirassistisches Bildmaterial — Feministische Verlagspolitik — Lesungen — Ausstellungen — internationales Symposium zu Frauenpolitik.

Ihre Teilnahme haben zugesagt: Adrienne Rich, Alice Walker, Marge Piercy, u.a.

Kontaktadresse: The Feminist Book Fair Group, Room 306, 38 Mount Pleasant, London WC1

### Neue Medien und ihre Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit

9. bis 11. Mai 1984 im Jugendhof Steinkimmen

Der Jugendhof Steinkimmen führt ein Forum mit obigen Thema für Lehrer, Bildungs-, Sozial- und Jugendarbeiter durch.

Tagesausschreibung: Jugendhof Steinkimmen, 2875 Ganderkesee 1, Tel.: 4222/8248

## Besprechungen

### Philosophie

**Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Marx heute. Pro und contra.** Hoffmann und Campe, Hamburg 1983 (336 S., br., 18,- DM)

Kein Vorwort erläutert den Zweck des Buches, die Auswahl der Autoren, die sich übrigens auf Männer beschränkt. Keine editorische Notiz informiert über die Entstehung der Texte. 18 Autoren bewerten Marx von divergierenden, z.T. gegensätzlichen Standpunkten. Einzig darin stimmen sie überein, daß sie es ablehnen, von einer Verwirklichung des marxischen Projekts in den sozialistischen Ländern zu sprechen. Die einen versuchen, Marx vor der Identifizierung mit diesen zu retten, die andern verdammen ihn mit. Es findet keine Diskussion statt. Unvermittelt stehen Ansichten nacheinander. Dieser — wenn auch etwas einseitige — Sammlungscharakter gibt dem Buch seinen Materialwert. Hier lassen sich Argumentationen studieren.

In seinem Beitrag legt Flechtheim Marx auf dessen hegelianisierende geschichtsphilosophische Reste fest. Kein Wunder, daß der so Hergebildete nicht bestehen kann. Wie bei vielen anderen Beiträgen sind die Bezüge zu Marx oft mehr als flüchtig, die zu Vulgärmarxismen dagegen »solide«. »Das marxische System steht und fällt mit der These, daß dem Proletariat diese seine Aufgabe unabdingbar vorgezeichnet ist.« (19) Der Frühkapitalismus »verführte (Marx und Engels) dazu, nicht nur die gegenwärtige Gesellschaft radikal zu negieren, sondern auch ... eine fertige, positive Vision von der zukünftigen Menschheit zu entwickeln. Die Hegelsche Dialektik bot sich da als allzu probate Methode an ...« (37) Daß es um die »Blütezeit des Kapitals« (Hobsbawm) und nicht um den Frühkapitalismus geht, scheint ebenso wenig zu zählen wie die Tatsache, daß Marx (wie ihm andere Beiträge des Bandes teils vorwerfen, teils zugutehalten) sich, wie er selber sagt, »auf bloß kritische Zergliederung des Gegebenen« beschränkt hat, »statt Rezepte (comtistische?) für die Garküche der Zukunft zu verschreiben« (MEW 23, 25). Und hat Marx wirklich »die gegenwärtige Gesellschaft radikal negiert«, also mitsamt Wissenschaft, Technik und Industrie, statt, sehr viel bestimmter, ihre Unterwerfung unter Kapital? Lehnte Marx schließlich nicht die hegelsche Dialektik, erst recht als philosophische Konstruktionsmethode, ebenso bestimmt ab? — Bei der Ausmalung dieses Bilds scheint der unbewußte Wunsch den Pinsel geführt zu haben, den Abschied von Marx zu rechtfertigen. — Flechtheim bekennt sich zu einem ethischen Ökosozialismus. Er scheint auf höhere Werte als solche zu bauen. »Wir können auch zeigen, daß die Maximierung der Werte das Leben des Menschen bereichert, während die der Unwerte es letztlich vernichten muß.« (38) Daß der Bereich dieser »Werte« vorwiegend von den ideologischen Mächten besetzt ist und die sozialen Antagonismen hier wiederkehren, wenn auch in transponierter Form, sollte diese Illusion stören. Der Maximierung von Werten wie Ordnung, Opferbereitschaft usw. entspringt gewiß nicht ohne weiteres der Große Frieden.

R. Löwenthals Beitrag ist von der FAZ zum Marx-Gedenktag nachgedruckt worden. Er paßt fürwahr in deren Strategie. Als bekehrter ehemaliger Marxist (unter dem Namen Paul Sering) und als Mitglied der SPD-Führungsschicht durfte er in Marx den »Prophe- ten« einer »Diesseitsreligion« brandmarken, deren Tod (aufgrund der Diesseitigkeit, d.h. Überprüfbarkeit, ihrer Verheißungen) direkt bevorsteht. Der gegen Vernunft und Industrie skeptischen Jugend habe Marx »nichts mehr zu sagen«, in der Dritten Welt werde er von antimodernistischen Ideologien besiegt. Alles scheint gut zu gehen. Für das Scheitern des Sozial-Keynesianismus findet Löwenthal kein Wort.

Bei den Vertretern der »Jenseitsreligion«, H. Gollwitzer und H. Mynarek, weht ein anderer Wind. Während Mynarek die Herausforderung der marxischen Religionskritik

annimmt und in eine Kritik aller Herrschaft (»in Kirche, Staat und Gesellschaft«) umformuliert und eine Religion vorstellt, »machtsuchtlos und 'kommunistisch'« (202), die sich »als ökologische bezeichnen« ließe, weist Gollwitzer Marxens Kritik hier (er äußerte sich schon anders) pauschal zurück. Sie stelle den Christen »keine anderen Fragen als der bürgerliche Atheismus« (41). Das ist in der Sache unhaltbar. Marx begreift Religion als Protest gegen Entfremdung, wenn auch als entfremdeten Protest. — Gollwitzers Beitrag zeigt gleichwohl, wie marginal die Atheismusfrage werden kann. Klar benennt er die ökonomischen, politischen, ökologischen und militärischen Problematiken, die sich zu der Alternative Sozialismus oder Barbarei verdichten. Es gehe um die »Reinigung des Marxismus zu dem, was er eigentlich will und sein kann, zu einer kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft in Absicht ihrer Überwindung« (42). Die Praxis des Überwindens nicht zu vergessen ...

Zu einer Erneuerung des Marxismus ermutigt der postum veröffentlichte Beitrag von Lucio Lombardo Radice (siehe den Nachruf in *Argument* 137/1983). Er vergleicht Marx mit Galilei und hält dazu an, ihn als Wissenschaftler (und nicht als »Religionsstifter«, wie Flechtheim und Löwenthal es haben möchten) zu behandeln. Auch für ihn ist Marxismus vereinbar mit Christentum. Unser Verhältnis zu Marx formuliert er wie seinerzeit Galilei das Verhältnis zu Aristoteles. Schüler eines solchen Lehrers zu sein, bedeutet, »seine Methode kühn anzuwenden, zu erneuern, und, wenn es notwendig ist, seine Theorie zu ändern« (64). Man dürfe nie mehr zulassen, daß aus den Thesen von Marx »eine geschlossene Theorie« direktiven Charakters gemacht wird. In den sozialistischen Ländern (mit »partieller« Ausnahme Jugoslawiens) sieht Lombardo »historisch neue, eigenständige Gesellschaftsformationen ..., die die 'Klassiker' des Marxismus nicht vorhergesehen hatten ...« (70). Es sei aber falsch, sie »nach dem Kriterium zu beurteilen, ob sie einem möglichen Projekt von Karl Marx entsprechen oder nicht« (71). Stattdessen müsse »die marxistische Methode auf den Marxismus angewandt werden« (71). Der »Grundwiderspruch« des »Staats-Sozialismus« bestehe eben im Verhältnis von Staat und Sozialismus. Einerseits entwickelt er »ungestüm die Produktion, die Schule, die Kultur«, und andererseits eine »politische Struktur ..., die dahin tendiert, den Arbeiter-Bürger ... in allen seinen Äußerungen sein ganzes Leben lang zu regulieren« (74). — Hinsichtlich des Werkes von Karl Marx hebt Lombardo Radice die unvergleichliche Sonderstellung des »Kapitals« hervor. Hier ist Marx' Methode zu studieren. Hier wird der Weg von der Utopie zur Wissenschaft gegangen (66). Die hier entwickelte Gesamtaufassung des Kapitalismus hat »eine tragische Bestätigung gefunden« (67). Wenn die zyklischen Krisen heute nicht mehr in der dort beschriebenen Form auftreten, so »um den Preis gewaltiger Investitionen in Militärausgaben«, woher die apokalyptische Kriegsgefahr zu begreifen ist. Auch die Analyse der sozialen Pathologie der Massen und der kulturellen Entfremdung wird im »Kapital« fundiert.

Leo Kofler skizziert eine »Bewußtseinsanthropologie«, die er Marx zuschreibt. Das alte Beispiel von Biene und Baumeister, das von der Antike bis in Marx' »Kapital« durch die Philosophie spukt, gibt den Anknüpfungspunkt. Es wird so gelesen, als entäußerte sich der Baumeister des Hauses, das er vorher im Kopf hat. Marx löse die Verhältnisse in Gedankenformen auf, heißt es (vermeintlich zustimmend) in Bezug auf die Kategorie »objektive Gedankenformen« (159, vgl. MEW 23, 90). Die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie seien nach Marx »ideelle Daseinsbedingungen« derselben, wird ohne Nachweis behauptet. Als »schlechthin vulgärste Form des Materialismus« wird Rolf Nemitz' Kritik an Lukács' Bewußtseinsphilosophie (in: Theorien über Ideologie, AS 40, 50) beschimpft. Hier entgleist ein im Ansatz berechtigter, weil gegen einen reduktionistischen Materialismus gerichteter Gedanke. Kofler verkennt völlig, daß seine Intention unterstützt würde durch eine Auffassung, die nicht alle Verhältnisse und Gesetze auf Bewußtsein reduzieren muß, nur, um Bewußtsein nicht zu verlieren.

»Marxlos« sei die Politik der SU, wie die der USA »gottlos«, sagt Heinz Brandt, der Marx vor dem in seinem Namen Angerichteten retten möchte wie Christus vor den auf ihn sich berufenden Mächten. — »Im Eurokommunismus«, ergänzt Arnold Künzli, »kehrt Karl Marx aus dem sibirischen Straflager nach Europa zurück«, endlich belehrt über »den Wert des von den bürgerlichen Revolutionen an politischer Emanzipation Erreichten« (92). — Jürgen Seifert zeigt dagegen, daß schon der historische Marx »mit großen Anstrengungen den Zusammenhang zwischen der politischen und der sozialen Emanzipation offenzuhalten versucht« hat (219). — Der Rumäne Pawel Apostol sieht bei Marx einen »gelockerten Determinismus« einer »Dialektik der offenen und freien Synthese« (106). Gerade, weil er sowohl den Kapitalismus, als auch den »rohen Kommunismus« in Frage stelle, sei er »lebendig und unbequemer denn je« (111).

Ernest Mandel erwägt den Gedanken, daß die Arbeiterklasse am Ende sich ungeeignet erweise, das revolutionäre Subjekt des Übergangs zum Sozialismus darzustellen (143). »Der Untergang des Kapitalismus ist unvermeidlich«, sei die einzige Gewißheit aus Marx (142). Da »niemand bisher den Beweis erbracht« habe, »daß es ein anderes revolutionäres Subjekt« des Sozialismus gibt, müßte dies das Zurückfallen in die Barbarei bedeuten (143f.). Mandel spricht sogar von »Sklaverei« (144). Unaufhebbar würde es freilich »weiterhin Aufbegehren gegen die Sklaverei und alle unmenschlichen Zustände geben. Es wäre dann Elementarpflicht der Marxisten, Seite an Seite mit diesen Sklaven zu kämpfen ...« Also gibt es in der Barbarei noch Marxismus. Für diesen wäre der Sozialismus nur noch eine transzendente regulative Idee. »Auch wenn die Wissenschaft beweisen könnte, daß der wissenschaftliche Sozialismus ... auf eine Utopie und ein unrealisierbares Projekt hinausläuft, würde er die ... Kämpfe ... befruchten ... Auch in diesem Extremfall — der u.E. nicht eintreffen wird — hätte Marx nicht umsonst gedacht ...« (144). — Eines der Probleme, die Mandel sich stellt, ist das Zusammenspiel und die relative Autonomie der unterschiedlichen Praxen und Instanzen des Marxismus. Vielmehr versucht er, Wissenschaft, Politik und die Massen (151) in ein Verhältnis zu bringen, das ihre jeweilige Autonomie und Kompetenz ungeschmälert läßt. Insbesondere an der »Wissenschaft« fällt aber auf, daß er sie metaphysisch denkt (vgl. 144f.). Wenn es am Schluß heißt, daß »Emanzipation, Wissenschaft und Politik auf jeder Ebene des Marxismus zusammenspielen« (152), so zeigt sich darin ein idealisierender und totalisierender Zug, der die reale Vergesellschaftung, als das Zusammenspiel unterschieden bleibender gesellschaftlicher Kräfte und Praxen, nicht zu fassen erlaubt.

Gegen deterministische Marx-Portraits (z.B. von Fetscher) versucht Peter von Oertzen den Gedanken der historisch-politischen Möglichkeit (als Raum von Praxis) bei Marx und Max Weber, der diesem viel näher stehe, als gemeinhin angenommen, auszubauen. — Helmut Hirsch behandelt, angestoßen durch einen Aufsatz von M. Rubel, »Marx und die Frauen«. — Hermann Weber wendet wieder einmal Marxsche Vorstellungen vom Sozialismus gegen dessen Realität und schließt: »Der Marxsche Sozialismus ist eben — bei aller Begrenztheit seines jeweiligen historischen Horizonts — ein Teil des neuzeitlichen Humanismus, und so kann er generell auch als Wegweiser in eine mögliche Zukunft zeigen.« (251) — Svetozar Stojanović bringt eigenwillige Gedanken zur Krise des Marxismus, die oft anregend sind, oft auch eigenbrötlerisch (»Ideal-logie«, 272). Ohne die alte Unterscheidung von sozialer Herrschaft und politischer Machtausübung zu bedenken, schlägt er vor, zwischen herrschender und dominierender Klasse zu unterscheiden, wobei letzteres der Allgemeinbegriff sei. »Die herrschende Klasse ist für mich nur diejenige, die den Staat unmittelbar regiert, die anderen Klassen aus diesem politischen Prozeß vollkommen ausschließt und dabei eine Monopolkontrolle über die Produktionsmittel ausübt.« (259) Die Kapitalistenklasse kann demnach nie herrschende, nur dominierende sein. Im strengen Sinn herrschende Klassen sieht Stojanović nur in den »staatlichen Verwaltern« der asiatischen Produktionsweise, die präziser als agra-

risch-etatistische Produktionsweise (265) zu fassen sei, und in der »etatistischen Klasse« des Staatssozialismus (259), der präziser als industrialisierender und industrieller Eatismus zu begreifen sei (267). Althusser's Kategorie »ideologischer Staatsapparate« passe nur auf den Staatssozialismus: die bürgerliche Ideologie komme nicht von oben, sondern sei »eine bereits fest im alltäglichen Erlebnis verankerte Ideologie« (269). Hier und an vielen anderen Stellen drückt die Fixierung auf sozialistische Mängel die Erkenntnis des Kapitalismus zurück. So entstehen illusorische Annahmen über die Reproduktion kapitalistischer »Klassendominanz«: »Niemand muß sich bemühen, diese Mechanismen zu verbergen: Sie sind *strukturell* verborgen.« (268) Usw.

Der österreichische Sozialist Eduard März scheint gegen den Vorwurf des endlosen Abwartens anzusprechen, wenn er das »Übel der Verkürzung des Zeithorizonts« (276) in der Revolutionserwartung von Marx und Engels untersucht. Er verteidigt den »Gradualismus« linkssozialdemokratischer Vorstellungen vom Übergang zum Sozialismus. Die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter schillert in diesem Diskurs zwischen Weg- und Zielcharakter. Den Zusammenbruch des Sozial-Keynesianismus nimmt März nicht wahr, bzw. degradiert ihn zum flüchtigen Schein. »Mit dem nächsten politischen Pendelschlag, der in Bälde zu erwarten (!) ist, wird auch dieser Spuk von der Weltbühne verschwunden sein.« (288) Immerhin erwartet er auch, daß die Wirtschaftskrise »eine Phase der stärkeren Besinnung der europäischen Arbeiterparteien auf das geistige Erbe von Marx und Engels und ihrer austromarxistischen Nachfahren einleiten« werde (290). — Jiri Kosta will Marx ganz auf Marktwirtschaft einschwören, da Planung Unfreiheit bedeute »und ein funktionsschwaches ökonomisches Lenkungssystem nach sich zieht« (299). — Fritz Vilmar's Beitrag hat, was Aussagen über Marx (bzw. einen undifferenziert beschriebenen »Marxismus«) angeht, den Wert einer didaktischen Illustration: Wie man auf knappem Raum möglichst viele Verzerrungen möglichst dick auftragend zu einem geschlossenen Weltbild vereinigen kann. Alles Übel geht aus von Marxens »Wahn«, ökonomische Bewegungsgesetze erkannt zu haben. Vilmar spart sich deren Abhandlung, ja sogar Erwähnung im einzelnen. So erfahren wir nicht, ob er Marxens Thesen von der Kapitalkonzentration meint oder die von der technologischen Entwicklung oder die von den periodischen Krisen oder ... Einzelheiten interessieren Vilmar nicht. Marx habe aus jenem Wahn heraus »autonomes politisches Handeln« für unreal gehalten. »Das heißt, der Marxismus leugnet die Möglichkeit, daß Menschen durch ... *nicht* durch ökonomische Zwänge präformiertes politisches Handeln aktiv gestaltend in die ... ökonomischen Verhältnisse eingreifen könnten.« (307) (Ist es möglich, als Referent *keine* Satire zu schreiben bei solchem Material?) Die Aussage operiert, wie Vilmar's Kernsätze zumeist, mit einer Klausel. Es wäre zu blödsinnig, dem Marxismus die Absage an veränderndes Handeln zu unterstellen. Also wird die Klausel von der Unbedingtheit des Handelns eingebaut, die der Marxismus leugne. Andererseits würde es allgemein, nicht zuletzt unter Sozialdemokraten, als noch blödsinniger empfunden, zu meinen, das politische Handeln sei keinen Bedingungen unterworfen ... So endet das Buch in einem unfreiwilligen Satirespiel. Wer ist schuld an der Wende in Bonn? Der Marxismus. »Hätte es ihn nicht gegeben, so hätte die CSU ihn erfinden müssen.« (314) Und wir fügen hinzu: Die CSU braucht ihn nicht zu erfinden. Vilmar hat es bereits getan. Was er als »Marxismus« portraitiert, eignet sich für den Bayernkurier — als bequemer Popanz. Übrigens baut Vilmar schon vor. Sollte die parlamentarische Zusammenarbeit der SPD mit den Grünen scheitern, stehen die Schuldigen bereits fest: »jene marxistischen Kader, die bekanntlich ...« (322)

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

**Rohrmoser, Günter: Geistiger Umbruch. Bilanz der marxistischen Epoche.** Verlag v. Hase & Koehler, Mainz 1983 (100 S., br., 14,80 DM)

Eines der Bücher zur Wende, eine konservative Abrechnung mit der »marxistischen

Epoche«. Marxismus als »Ersatzreligion« (10, 89) spielte nur ein historisches Intermezzo, sei nun aber, wie alle »auf dem Boden der Aufklärung gewachsenen Formationen« (34), prinzipiell überholt, da die Arbeiter als vermeintlich revolutionäres Potential nun widerspruchsfrei in die Gesellschaft integriert seien und der Kernkonflikt — Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital — dem Konflikt zwischen Industriegesellschaft und alternativer Kultur gewichen sei. In diesem Konflikt stehe Marx eindeutig auf der Seite der Industriegesellschaft (32ff.). Für *Rohrmoser* folge eine neue Epoche, die an traditionelle Orientierungen anknüpfe: »Politik am Ende der Utopie und angesichts der Erschöpfung des ideologischen Potentials der Aufklärung kann sich nur noch aus religiöser Bewegtheit vollziehen ...« (96)

In einem Gespräch zwischen Günter Rohrmoser und *Adelbert Greif* wird ein Bilderbuch-Marxismus verhandelt, der »absolute Wahrheit« beanspruche, »über jeden Zweifel erhaben sei« (10, 30, 31) und durch seine »unerhörte Flexibilität« sich jeder gesellschaftlichen Bewegung — wie ein Chamäleon — anpasse, um sein Ziel zu erreichen (11, 31). Der Marxismus reduziere in seiner Eindimensionalität alles auf Gesellschaft und Ökonomie und vertraue auf den Lauf der Geschichte (10, 15ff.) Trotz dieser Aussagen über den Marxismus konstatiert Rohrmoser ihn zugleich als nicht identifizierbar (31). Die Kontroversen und Forschungsperspektiven im Kontext marxistischer Tradition passen nicht in das Bild und werden infolgedessen unterschlagen. Dazu paßt, daß neben Marx und Lenin nur Vertreter der Kritischen Theorie angesprochen werden; gelinde gesagt: eine rabiate Reduktion des Marxismus.

Die marxistische Tradition, in der weite Teile der Sozialdemokratie und der Alternativbewegung stünden, begreift Rohrmoser als den einen Teil der »Bewegung der Destruktion der Vernunft« (29, vgl. a. 21) und des Irrationalismus, deren Weg in den Faschismus unabdingbar sei; der andere Teil werde durch den »Hitlerismus« repräsentiert (28). Die Ziele Selbstverwirklichung, »Befreiung des Individuums von institutionellen Zwängen« (58), Herstellung allgemeiner Gleichheit im Wohlfahrts- und Sozialstaat, würden nur auf Kosten der Freiheit (14ff., 40) und durch Abkoppelung von den eigentlichen Freiheitsbedingungen, nämlich denen des Marktes (51), erreicht und führe in Wirklichkeit zu »mentaler Indoktrination« (58), Hörigkeit gegenüber der Bürokratie (59), wachsender Reglementierung und allgemeiner Kontrolle (58). Endergebnis seien Totalitarismus und Faschismus. In üblicher Manier wird der Faschismusvorwurf gegenüber der Alternativbewegung (58), dem Konzept der Doppelstrategie (64), der Ganzheitstheorie (85) und *Marcuses* Verweigerungskonzeption (83ff.) erhoben. Der Hintergrund dieser Disqualifizierung liegt sicher nicht nur in ihrer Verunglimpfungsfunktion, sondern auch in einer Demokratievorstellung, die sich nicht aus der Tradition der Aufklärung, sondern aus der griechischen Sklavenhaltergesellschaft herleitet, die die demokratische Staatsverfassung zuerst erfunden habe, nämlich als ein »nach den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit organisiertes Gemeinwesen« (34). Dies zeigt die elitäre Klassenposition. Denn in der griechischen Polis waren — im Unterschied zum Selbstverständnis der Aufklärung — die unterdrückten und ausgebeuteten Massen auch formal von Politik ausgeschlossen: Demokratie in dieser Weise als »Entscheidungsclub« der Herrschenden muß notwendig in Gegensatz zur Emanzipation von Herrschaftsinteressen und praktischer Gleichheit geraten. Deshalb ist es verständlich, daß Rohrmoser eine Verweigerung der Massen — ob im Sinne *Marcuses* oder als Generalstreik — nicht als Verwirklichung von Demokratie, sondern als Totalitarismus und Faschismus auffaßt (75, 83ff.).

Als Gegenlösung bietet Rohrmoser die »Aktualisierung der politischen Substanz des deutschen Idealismus« (19) an, in der die »besten Resultate der Aufklärung« aufgehoben sein sollen (34) und die in der Rückbesinnung auf die christliche Tradition sich realisiere (96ff.). Der notwendigen Begrenzung des »menschlichen Egoismus« und der expansiven, ökologisch schädlichen Naturbeherrschung könne der Marxismus nichts ent-

gegensetzen; diese Begrenzung könne nur »metaphysisch« vollzogen werden (65), durch eine philosophisch begründete »neue Theorie« und ein »neues Gesellschaftskonzept« (56, 69). Dem Marxismus fehle gerade die erforderliche philosophische Basis. Ökologie müsse — vermutlich, damit diese philosophisch gezeugte Naturbegrenzung die Freiheit der Herrschenden nicht tangiert — auf die Wirtschaft Rücksicht nehmen (68). Die Begrenzung hat beim sozialen Anspruchsdenken anzusetzen (55ff.). Um dem marktwirtschaftlichen Konzept zum Siege zu verhelfen, müsse zwar das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werden, aber eine auf Effizienz der Marktwirtschaft abstellende Argumentation sei selbstmörderisch, weil die Realität das Gegenteil zeige. Deshalb könne sie nur durch Philosophie verteidigt werden (55ff., 78). Die Realisierung der Wende hänge davon ab, daß auch eine »geistige Wende« erreicht werde, indem es gelingt, »durch konsequente geistige Führung aus dem so unterschiedlichen konservativen Potential in der Bevölkerung eine wirkliche geistig-politische Kraft zu entwickeln« (78).

Ulf-H. Brockner (Bergisch-Gladbach)

**Liebscher, Heinz: Georg Klaus zu philosophischen Problemen von Mathematik und Kybernetik.** VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR) 1982 (175 S., br., 55,- DM)

Diese Monographie über Georg Klaus, der am 28.12.1982 70 Jahre alt geworden wäre, soll »ein erster Versuch sein, das wissenschaftliche Lebenswerk dieses kommunistischen Philosophen zu würdigen, der in beispielgebender Weise zur Verbreitung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und zur Heranbildung des philosophischen Nachwuchses in der DDR beitrug.« (7) Von daher wäre zu erwarten, daß Liebscher ein wichtiges Kapitel der Entwicklung der Philosophie in der DDR aufbereitet, war doch Klaus über 10 Jahre lang dort der einflußreichste Philosoph, wobei er die marxistische Wissenschaftstheorie-Diskussion an den Stand der analytischen Wissenschaftstheorie herangeführt hat. Diese Erwartung wird enttäuscht; nur äußerst knapp werden die wichtigsten Lebensdaten aufgelistet.

In den beiden Hauptkapiteln »Philosophie und Mathematik« und »Philosophie und Kybernetik« wird dann auch nicht der Argumentationsgang der Überlegungen von Klaus rekonstruiert, sondern vielmehr die systematische Geschlossenheit, Universalität und vor allem die im wesentlichen vollständige Übereinstimmung zwischen den Klassikern und Georg Klaus hervorgehoben. Z.B.: »Für Georg Klaus, der sich unmittelbar an die Klassiker anschloß, war die Frage nach dem Widerspiegelungsvermögen von Mathematik für Dialektik ebenso evident wie für diese.« (40) Was dabei »Widerspiegelungsvermögen von Mathematik« bedeutet, wie die dialektische Widerspiegelungsbeziehung von Mathematik und Realität zu denken sei, bleibt unklar. Zentral scheint eine »erkenntnistheoretische Isomorphierelation« zu sein, wobei schon diese Formulierung den Verdacht nahelegt, daß hier eine inhaltliche Parallele zu Vorstellungen der analytischen Wissenschaftstheorie (Carnap) vorliegt. Liebscher selbst *versichert* dem Leser nur immer wieder, daß dies nicht so sei (obwohl natürlich Zweideutigkeiten, auch Fehler bei Klaus auszumachen seien), sondern es sich wirklich um eine dialektisch-materialistische Konzeption handle. »Es handelt sich in diesem Zusammenhang nicht darum, die Klaus'schen Ideen über Isomorphie umfassend zu analysieren. Worauf es hier vor allem ankommt, ist, zu verstehen, daß die Klaus'sche Vorstellung von Isomorphie als erkenntnistheoretischer Beziehung die Vorstellung einer Widerspiegelung dialektischer Beziehungen der objektiven Realität in mathematischen Gebilden einschließt.« (43) Auch die der Abhandlung von Liebscher beigefügten Texte aus dem Nachlaß von Georg Klaus erhellen in keiner Weise diesen Anspruch. Thesen wie »Die große Krisis des Kapitalismus, die als ökonomische und politische Krisis ihre Rückwirkungen auf alle geistigen Bereiche menschlicher Tätigkeit zeitigt, findet im Mathematischen ihren Ausdruck in der soge-

nannten Grundlagenkrise der Mathematik. Die Trennung der Mathematik von der Realität (?? M.W.) äußert sich im fruchtlosen Streit der nichtmarxistischen Philosophenschulen um die Grundlagen der Mathematik.« (106) — verstärken eher den Verdacht einer mechanistischen, vermittlungslosen Vorstellung des Widerspiegelungsvorganges und fallen damit hinter ein auch und gerade in der DDR erreichtes Diskussionsniveau zurück, in dem die *Vermittlungsinstanzen* von Gegenstand der Erkenntnis und Erkenntnis selbst über konzeptive Leitvorstellungen wie »Wissenschaft als allgemeine Arbeit«, »Erkenntnisproduktion und materiell-gegenständliche Erkenntnismittel« erarbeitet werden (dabei ist wichtig festzuhalten, daß es hierzu nicht nur eine Gruppe von Theoretikern gibt, sondern eine Vielzahl unterschiedener Ansätze).

Spätestens jetzt ist die Frage zu stellen, welche Funktion ein solches Buch haben kann bzw. haben soll, wenn zentrale Kategorien inhaltlich leer bleiben. Zum Glück für den Leser wird Liebscher hier sehr deutlich. »Die Klausische Denkhaltung hat sich unter seinen damaligen Schülern weit verbreitet, was in einem merkwürdigen Gegensatz dazu steht, daß einige von ihnen Klaus offenbar nicht gern zitieren ... Im Gegensatz hierzu steht eine Betrachtungsweise, die u.a. P. Ruben und W. Heitsch vertreten; sie läuft auf eine Vorstellung hinaus, daß sich bezüglich des Widerspiegelungsvermögens von Mathematik zwischen Dialektik und Mathematik eine unüberbrückbare Kluft auftut.« (45) Sieht man von der schlichtweg falschen Darstellung der Ansätze von Ruben und Heitsch ab, dann scheint die Absicht von Liebscher dahin zu gehen, die tätigkeits-/arbeitstheoretischen Ansätze in der Wissenschaftstheorie-Diskussion insgesamt als nicht-marxistisch abzutun und auszugrenzen zugunsten eines einheitlichen, geschlossenen Meinungsbildes, das bei aller verbal, über eine Unmenge von Klassikerzitaten, hergestellten Übereinstimmung mit eben den Klassikern, doch bloß auf eine Erneuerung des »Versicherungs-Marxismus« hinausläuft und damit der gesamten Diskussion unter Marxisten und zwischen Marxisten und Vertretern anderer Auffassungen unabsehbaren Schaden zufügen kann.

Michael Weingarten (Bodenheim)

**Kofler, Leo: Der Alltag zwischen Eros und Entfremdung.** Perspektiven zu einer Wissenschaft vom Alltag. Germinal Verlag, Bochum 1982 (84 S., br., 11,- DM)

Was Kofler unter Überschriften entwickelt wie » Erotische und sterbende Zeit«, »Alltag, Neugier und Sensation«, »Alltag und Moral«, »Dialektik von Verinnerlichung und Veräußerlichung ...«, »Eros und Askese im bürgerlichen Alltag« u.a. ist vor allem als Plädoyer für die Berücksichtigung anthropologischer Gesichtspunkte in Alltagsanalysen zu verstehen. Freilich bleibt auf 84 Seiten nur Raum, die Positionen einer anthropologisch fundierten Wissenschaft vom Alltag in den allgemeinsten Zügen zu skizzieren, weshalb dem Leser auch empfohlen sei, Koflers Grundlegung einer anthropologischen Erkenntnistheorie (»Aggression und Gewissen«, München 1973) hinzuzuziehen. Unbefriedigend bleibt auch, wenn Kofler sich mit allgemein bleibenden Vorwürfen (11) und nur sporadisch kritischer Bezugnahme auf Arbeiten zur Alltagsproblematik begnügt (29; 34; 51). So bleibt der kritische Vergleich mit den Arbeiten von A. Heller, H. Lefebvre, G. Lukács, A. Schütz oder E. Goffman, dem »Meister der empirisch-soziologischen Kleinkunst« (N. Elias), dem Leser überlassen.

Kurz gefaßt kreisen Koflers Ausführungen in folgendem Argumentationszusammenhang: Um ermessen zu können, worin die Differenz zwischen entfremdetem und nicht-entfremdetem Alltag liegt, bedarf es der Entwicklung eines Maßstabes. Dieser ergibt sich aus einer Anthropologie, die sich im Falle Koflers genauer bezeichnen läßt als Bewußtseinsanthropologie, entwickelt auf der Basis des Marxschen Arbeitsbegriffes. Ohne an dieser Stelle Koflers Anthropologieverständnis explizieren zu können, sei doch wenigstens darauf hingewiesen, daß er Anthropologie im Sinne der Frage nach den unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderlichkeit thematisiert. Dies hat nichts

zu tun mit einer »Abstraktion reiner Anthropologie«, wie F. Tomberg kürzlich mißverstehend einwandte (s. Forum Kritische Psychologie 6/1983, AS 72, 128). Vielmehr ermöglicht Koflers analytische (logische) Trennung bloßer allgemeiner *Fähigkeiten* des Menschen (z.B. denken zu können) von den ideologischen *Inhalten* dieser Fähigkeit, beispielsweise sinnvoll gegen äußerst verbreitete Ideologien von der Absurdität menschlicher Existenz zu argumentieren. Wenn Kofler nun Alltag als jene Sphäre begreift, die durch einen »unaufhebbaren Kampf des Alltagslebens um die Erotisierung und Reerotisierung seines Alltagslebens« (12) bestimmt wird, so leitet sich diese Sichtweise her aus einer utopischen Sehnsucht des Menschen nach Erhaltung und Wiederherstellung von Glück. Diese Utopie ist im Bewußtsein verankert, d.h. Kofler begründet sie anthropologisch. Dementsprechend wird die gesamte Schrift getragen von einem positiven Geschichtsverständnis, das auf der Alltagsebene z.B. massenhafte Zuwendung zum Kitsch dechiffriert als erotisches Widerstandsmoment »gegen das totale Unterliegen unter die Entfremdung« (46). Weiterhin begreift Kofler den Alltag als »sowohl der Spontaneität wie der Irrationalität unterworfen« (13); allerdings werden unter dem Begriff des »Besorgens« (61ff.) die rationalen Tendenzen nicht außer Acht gelassen. Wichtig scheint der Hinweis, daß Koflers Erosbegriff weit über die Freudsche Bedeutung hinausweist: Er meint die anthropologische Dialektik von Sexualität (Liebe), Erotik (Freundschaft, Geselligkeit u.a.) und Eros (Kulturbetätigung im weitesten Sinne).

Indem Kofler einen Begriff von nichtentfremdetem Alltagssein entwickelt, wird es auch sinnvoll, über den bislang vernachlässigten Unterschied von naivem (= nichtentfremdetem) und entfremdetem Schein zu reflektieren. Unter dem Begriff des naiven Scheins werden jene zumeist unbewußten Widerstandsmomente des erotischen Verhaltens im Alltag subsumiert, an die die deformierenden Kräfte einer repressiven Ordnung nicht heranreichen. Die These ist, daß ohne derartige Reservate, mit ihrer Ventilfunktion für das enterotisierte Individuum, die repressive Gesellschaft keinen Bestand haben würde (26).

Die wesentlich spontan-irrationale Orientierung im Alltagsleben begreift Kofler als im Widerspruch stehend zur vorgeplanten Zweckmäßigkeit bzw. dem durch Entfremdung bestimmten Arbeitstag (57f.). Es wird scharf unterschieden zwischen dem Arbeitstag, dem Alltag und dem Festtag (48ff.), was allerdings nichts mit einer ökonomistischen Reduktion der Alltagsproblematik zu tun hat. Subjektivität spielt sich zwar auch im Arbeitsbereich ab, wenn auch in versteckterer und gequälterer Form. Sie ist jedoch deshalb von der (Subjektivität) im Alltag, dem Nichtarbeitstag, zu unterscheiden, weil beide Sphären einer prinzipiell anderen Rationalität folgen: Zum einen planvoll-zweckmäßige und repressiv-ideologische Rationalität des Arbeitstages, zum anderen spontan-kreative und auf Selbstverwirklichung zielende Alltagsrationalität. Gleichwohl deformiert die »Macht der Entfremdung«, die aus der verdinglichten Sphäre des Arbeitslebens sich ergibt, den Alltag in der Weise, daß er als durch einen dramatischen Kampf (67ff.) gegen jene Tendenzen charakterisiert dargestellt werden kann. Dank prägnanter erkenntnistheoretisch-anthropologischer Bestimmung der Kategorien wird Kofler dem gerecht, ohne der schillernden Vielfalt des Alltagslebens mit nur feuilletonistischer Akribie zu unterliegen. In weiten Teilen lesbar als ein faszinierendes Stück Prosa kann Koflers kleine Schrift mit zum Besten gezählt werden, was bislang zu diesem Thema — nicht nur aus materialistisch-kritischer Perspektive — vorgelegt wurde. Eher beiläufig erfolgende Hinweise, wie etwa den auf die Notwendigkeit der Revision eines biologisch überspannten freudschen Sublimierungskonzepts (83f.), machen seine Arbeit zu einer anregenden Fundgrube fürs Weiterdenken.

Wolf Schönleiter (Köln)

**Zurhorst, Günther: Gestörte Subjektivität. Einzigartigkeit oder Gesetzmäßigkeit — Ein kritischer Vergleich von Sartre und Holzkamp.** Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (153 S., br., 36,- DM)

Die Studie macht sich zur Aufgabe, den Dualismus von kausaler Determination und freier Selbstbestimmung, der nach Zurhorsts Diagnose noch jeden Versuch einer Synthese von historischem Materialismus und Psychologie bzw. Psychoanalyse bedroht, einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Exkurse zu A. Adler und A. Lorenzer sollen die Relevanz dieses Problembestandes für die Theoriebildung sowie für die therapeutische Praxis erweisen. Die im Mittelpunkt des Interesses stehende Konfrontation der Lösungsvorschläge von Holzkamp und Sartre erfolgt mit Blick auf den gemeinsamen Anspruch, den Dualismus zwischen Gesetzmäßigkeit und Einzigartigkeit, zwischen Soziologismus und Psychologismus überwunden, d.h. eine Theorie der Persönlichkeit in die marxistische Theorie integriert zu haben.

Die durch zahlreiche Belege gesicherte Interpretation der kritischen Psychologie endet mit einem Verriß. Die Kritik konzentriert sich auf die insbesondere an der Deutung des Falles Lothar W. sichtbar werdenden Widersprüche, die sich nach Zurhorst zusammenfassend erklären lassen aus der unbewältigten Antinomie zwischen »kausalistischer« und »finalistischer« Interpretation von Subjektivität (vgl. 24ff.). Die Kritik gipfelt in dem Vorwurf, die kritische Psychologie habe »grundsätzlich Individualität beseitigt« (83, s.a. 46 u.ö.) und setze sich, indem sie sich derart den anti-subjektivistischen Ideologemen der deutschen Anthropologie (Gehlen, Lorenz, C. Schmitt) nähere, dem Verdacht aus, »autoritäre Gesellschaftsstrukturen« zu sanktionieren (84). Das auf externe Relationen fixierte Konzept Holzkamps komme nicht umhin, die intentionale Kontrolle der Lebensbedingungen durch das Individuum einer »objektiven Teleologie« zu unterstellen (58). Überdies riskiere es damit die »Entmündigung der Patienten« (80) und bewiese allenthalben einen profunden Mangel an Verständnis für zwischenmenschliche Beziehungen (110) ... Solche Einwürfe füllen das halbe Buch. Es ist allerdings die Crux einer solchen, im Detail gewiß gelegentlich bedenkenswerten Kritik, daß, wenn sie zur totalen Absage wird, selbst da, wo Positionen der kritischen Psychologie als »berechtigt« erscheinen sollen und die Solidität ihrer Kritik am traditionellen Selbstverständnis der Psychologie konzediert werden muß, die Möglichkeit konstruktiver Auseinandersetzung vollends preisgegeben wird. Die dingfest gemachten Vermittlungsschwierigkeiten werden nicht diskutiert, sondern angeprangert, und zwar so, daß die Texte der kritischen Psychologie schließlich selber diagnostisch gelesen werden (67f., 71, insbes. 84f.).

Fernab der Subjektivitätsdiskussion in Frankreich, auf die am Ende lediglich summarisch verwiesen wird, bleibt für Zurhorst die Qualität der Konzepte daran zu messen, inwieweit sie »das Subjekt in seiner lebendigen Tätigkeit voll zur Geltung« bringen (105, s.a. 138). Die Stärke und letztlich auch die Überlegenheit der Auffassung Sartres wird denn auch darin gesehen, daß Subjektivität hier weder Ausdruck objektiver Gesetzmäßigkeit ist noch »Prinzipienbegriff einer dialektischen Logik wie bei Hegel, sondern totalisierende Aktivität realer Subjekte« (122). Diese Charakterisierung mag den Tenor von Sartres Frühschriften treffen, verfehlt jedoch die Intentionen seines »Flaubert«-Projekts. Um die praxisphilosophischen Begründungszusammenhänge Sartres nicht über Gebühr strapazieren zu müssen, erspart ihm Zurhorst die der kritischen Psychologie mit äußerster Hartnäckigkeit zugemutete Konfrontation mit der therapeutischen Praxis.

Leider vertan wird die Möglichkeit, die hermeneutischen Grundlagen *beider* Ansätze daraufhin zu überprüfen, ob mit ihrer Hilfe der immer wieder beschworene indisponible Bestand des Individuellen thematisiert werden könnte, ohne dabei das Primat der gesellschaftlichen Verhältnisse preiszugeben. Das gilt sowohl für den Begriff des Gattungswesens, der bei Holzkamp als Folie für die phylogenetische Rekonstruktion der psychischen Charakteristika und ihrer inneren Gesetzmäßigkeit dient, als auch für Sartres Ver-

such, das Individuelle in der Negativität des Allgemeinen »empathetisch«, d.h. verstehend zugänglich zu machen. Die häufigen sprachlichen Schludrigkeiten vervollständigen das Bild eines sich selbst um die Früchte einer reizvollen Konfrontation bringenden Diskussionsbeitrags zum *Problem* einer »marxistischen Psychologie«.

Ralf Konersmann (Münster)

**Karádi, Éva, und Éva Fekete (Hrsg.): Georg Lukács Briefwechsel 1902-1917.** Metzler Verlag, Stuttgart 1982 (432 S., Ln., 48,- DM)

Diese Ausgabe, die 250 Briefe von und an Lukács enthält, beruht maßgeblich auf dem Fund eines ominösen und seit seiner Sichtung die Lukács-Philologie anhaltend beschäftigenden Koffers. Denn in diesem Koffer, der von 1917 bis 1973 im Safe der Deutschen Bank in Heidelberg deponiert war, befanden sich neben diversen Notizheften, einem Tagebuch und Manuskriptteilen auch mehr als 1600 Briefe, die den Hauptbestandteil der Briefauswahl bilden. Hinzugefügt wurden Briefe, die in anderen Archiven und Nachlässen gefunden werden konnten und die nach Meinung der Herausgeber die intellektuelle Biographie Lukács' profilieren. Mit Ausnahme des Briefwechsels mit Paul Ernst und einigen wenigen, fast ausschließlich ungarischen Vorveröffentlichungen werden die hier vorgelegten Briefe zum ersten Male publiziert.

Jenes Motto vom gelebten Denken, mit dem Lukács die kurz vor seinem Tod noch skizzierte Autobiographie gekennzeichnet hat, erhellt auch präzise die durch die Briefe anschaulich gemachte Jugendentwicklung. Unausgesetzt ist hier die Rede von Büchern, Zeitschriften, Projekten, Diskussionen und Vorträgen, schlechthin von Arbeit, in die Lukács emphatisch den eigenen Lebensimpuls legt. Das Private wird weitgehend ausgeblendet. Der Begriff des Lebens, zentrales Thema der Frühschriften, ist ständiger Mittelpunkt im Briefverkehr. Das »Leben« dient Lukács als Gegenbegriff zur »Arbeit«. Insgesamt kann man die Briefe lesen als Zeugnisse eines besessenen Arbeiters, der während seines ganzen Lebens nicht von dem Ziel abgewichen ist, sich als Theoretiker schreibend gegenüber dem Leben zu verhalten. Dieses rigorose Arbeitsethos formuliert Lukács programmatisch schon Ende 1910 in einem Brief an Leo Popper: »Du willst, daß ich über mich schreibe. Ich glaube, daß es im Augenblick kein langweiligeres Thema als mich gibt — und es ist recht so. (...) Was ich im Frühjahr anfang, ist, wie es scheint, gelungen: die Ausschaltung des 'Lebens'. Das bedeutet nicht unbedingt Askese. Das bedeutet lediglich, daß der Schwerpunkt von allem endgültig und nunmehr unerschütterlich in der Arbeit liegt.« (174) Wenige Zeilen später wird die Arbeit fichtisch auch als »Ich-Tat« charakterisiert, deren Wert in der Selbsterkenntnis, im »Zu-mir-Gelangen« besteht. (vgl. 175) Auch wenn dies Lukács zunächst ausschließt, so läuft doch die selbstaufgelegte Arbeitspflicht auf ein Sich-Abschotten selbst gegenüber den besten Freunden hinaus. Davon sprechen Briefe an Beatrice de Waard, die Freundin Leo Poppers (vgl. 188), noch krasser aber die an die Jugendgeliebte Irma Seidler, der er in einem der letzten Briefe mitteilt, daß »die wirklich wichtigen Dinge« immer dann »geschehen, wenn man allein ist«, und daß man »über sie nicht einmal reden, geschweige denn sich über sie verständigen oder durch sie verstanden werden« kann (vgl. 212). Ernst Bloch, den Lukács seit 1910 kennt und den er »seit langer Zeit« als »erste(n) Impuls« empfindet (vgl. 202), ist ein überaus charakteristisches Miniaturporträt Lukács' gelungen; ein Porträt, das Bloch ausdrücklich Lukács mit der Bemerkung zuschickt, frühere Unstimmigkeiten damit ausräumen zu wollen. In keinem anderen zeitgenössischen Dokument wird derart offen die intellektuelle Physiognomie Lukács beschrieben: »Aber es formte sich so Vieles und von mir zuletzt fast systematisch Gesammeltes zum Symptom (...) dessen, daß Du der absolut indirekte Mensch seiest, nur höflich, sehr begrenzt und oft irrend im menschlichen Verstehen, ohne Güte (es schien sich mir in Deiner erkältenden Gleichgültigkeit gegen kleine Dinge und vor allem sozial untergeordneten Menschen zu zeigen) und sonderba-

rerweise in alldem auch nach der großen Gnade dieses Sommers unverändert. Es gab einige Ausnahmen, wie B. de Ward, Herbert Bauer, Baumgarten und im ganz großen Stil Irma und Leo Popper, denen gegenüber Du warm und intuitiv warst: aber als Du mir im Café Hohenzollern so ruhig sagtest, daß Du gar nicht wußtest, wovon die B. de Ward lebte und als Dir die furchtbare Tatsache, daß die Braut deines Freundes (er hat sie Dir doch zurückgelassen, damit Du für sie sorgen kannst, wie hätte er sonst sterben können) Klavierlektionen geben muß, gar keinen Eindruck machte, glaubte ich zu sehen, daß auch diesen Menschen gegenüber Vieles im guten Willen blieb und vielleicht nicht allzuviel die tatkräftige und über Alles hinaus denkliche Intensität der Freundschaft gewonnen hat.« (330f) Wie die Essays aus dem Band »Die Seele und die Formen« geschrieben worden sind anlässlich von intensiven Lektüreeindrücken und Erfahrungen, so sind auch die meisten Menschen bedeutsam für Lukács, insofern sie ihn ausschließlich intellektuell beanspruchen. Die (wenigen) Freunde haben eher eine Entlastungsfunktion; diese »Menschen«, die Lukács ausgesprochenermaßen in ihren nicht-intellektuellen Eigenschaften akzeptiert (vgl. 188), bilden einen Zufluchtsort, an dem er von der drängenden Arbeit ausruhen kann.

An diesem Bild von Lukács' Persönlichkeit, von der hier gleichsam nur die menschliche Außenansicht geliefert wird und deren intellektuelle Entwicklung ausgespart worden ist, wird der Wert, aber auch die Beschränktheit dieses Bandes deutlich. Er ist als Briefband einerseits untypisch, weil wir nur mangelhaft über das äußere Leben, über wichtige Ereignisse und Begebenheiten, Veränderungen etc. informiert werden, andererseits aber gerade deshalb typisch für Lukács, der in solchen Dingen von ungeheurer Nachlässigkeit war und dem es zumindest in der hier umrissenen Epoche seines Lebens nur um die innere Entwicklung, um »das wahre Leben des Geistes« (vgl. 230) zu tun war. Bei dem beschränkten Umfang dieser Rezension bleibt kein Raum, um detaillierter auf einzelne inhaltliche Probleme der frühen Lukácsschen Philosophie einzugehen, wozu die Briefe eine Fülle an wertvollem Material bereitstellen. Lohnenswert scheint mir aber allein deshalb schon die Beschäftigung mit dem Briefband, weil anhand der Briefe fast lückenlos eine Rezeptionsgeschichte der frühen Texte Lukács' geschrieben werden kann. — Als Kritik am Rande sei darauf hingewiesen, daß die von den Herausgebern besorgten Erläuterungen bisweilen nicht mit den in den Briefen verwendeten Ziffern übereinstimmen, Querverweise auf falsche Zusammenhänge deuten und vereinzelt auch Anmerkungen fehlen.

Werner Jung (Aachen)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Geier, Manfred: Methoden der Sprach- und Literaturwissenschaft. Darstellung und Kritik.** UTB Fink, München 1983 (212 S., br., 19,80 DM)

Geier führt einen Durchgang durch unterschiedliche wissenschaftliche Verfahren vor, wobei ihn interessiert, wie diese das Verhältnis zwischen dem sprachlich fixierten Befund und dem vermuteten »dahinter« Existierenden definieren. Ihn interessieren vor allem die sprachlichen Unregelmäßigkeiten, die als »Fehler« oder »dunkle Stellen« in literarischen Texten auffallen. Geier unterstellt der wissenschaftlichen Beschäftigung, sich angesichts dieser Grenzüberschreitungen — »Fehler, Abweichungen, Besonderheiten, Idiosynkrasien, Poesie, Unverständliches, Verrücktes, Mißlungenes, Fremdes, Ungewöhnliches, Verworrenes« (9) — immer wieder auf ein schon gewußtes oder konstruiertes Regelsystem zurückzuziehen, und problematisiert »die Legitimität einer wissenschaftlichen Praxis, für die die Suche nach Gesetz, Ordnung, System und Regel im Vordergrund steht, für die folglich die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Bewegung a priori in die Zweitrangigkeit verdrängt werden muß (11). Dabei handele es sich um die Scheu vor

eben diesen Grenzüberschreitungen und um die Selbstvergewisserung des Interpreten im Gewußten, um »das Bemühen (...), jenes Sprachliche, das zu entgleiten droht, auf die Totalisation zurückzuführen, über die man gegenwärtig wissenschaftlich zu verfügen meint« (11).

Von diesem Ungenügen herkömmlicher Wissenschaftspraxis angetrieben, führt Geier sechs Methoden vor: »Die *Generative Grammatik* 'transferiert' sprachliche Abweichungen auf die ihnen entsprechende Wohlgeformtheit; die *Sprechakttheorie* bezieht das sprachliche Mißlingen auf einen Standard, an dem es 'parasitär' teilhat; die *Hermeneutik* 'transponiert' das schwer Verständliche auf das allgemein Verstehbare eines intersubjektiven Sinns; die *Psychoanalytische Textinterpretation* 'übersetzt' das pathologische Zurück ins Normale« (11); der *Strukturalismus* zerlegt das Objekt in Elemente als allgemeines Generierungsreservoir, die dann »neu arrangiert, klassifiziert, geordnet, zusammengesetzt werden« (55); die *materialistische Kritik* entlarvt den literarischen Text als verschlüsselten Geschichtstext und liest ihn als einen Kommentar zur Ökonomie und Sozialgeschichte, über die schon zuvor — »in der begrifflichen Erkenntnissprache von Marx« (143) — Gewißheit hergestellt worden sei. In dieser Revue wissenschaftlicher Verfahren, deren Anordnung der Sympathie Geiers entspricht (von 1-6 zunehmend), überzeugt das Kapitel über Freud am meisten, weil in ihm akribisch — in Sherlock Holmescher Manier — Freuds Übersetzungstätigkeit entdeckend nachvollzogen und vorgeführt wird; am wenigsten das über die materialistische Kritik, weil hier mit den exemplarisch ausgewählten literaturtheoretischen Debatten (Faust-Diskussion im *Argument* und die Expressionismus-Debatte) historisch überholte Pappkameraden aufgebaut und dann erledigt werden: über Bloch und Lukács (die zudem 1934-1940, also unter besonderen politischen Rahmenbedingungen stritten) ist die materialistische Literaturwissenschaft schon hinaus, und mit Metscher und Schlaffer sind auch nicht die avanciertesten Theoretiker gewählt worden (vgl. etwa die Debatten in der *Alternative*).

Als letzte Methode, die Geier zwar unter die anderen einreicht, die jedoch als Höhe- und Zielpunkt seiner Ausführungen fungiert, führt er am Beispiel Benjamins ein Verfahren vor, das als »*mimetischer Kommentar*«: firmiert: »Die Interlinear-Kommentierungen Heiliger Schriften, in der eine Zeile oder ein Wort umgeben ist von mannigfaltigen Auslegungen, aus deren Gesamtheit sich der Kommentar ergibt, ist das 'archaische' Vorbild (...). Wie der Interlinear-Kommentar sich der Autorität seines klassischen Textes unterwirft, um zwischen seinen Zeilen seinem Rätselhaften, seinen Anspielungen und Andeutungen ergänzend auf die Spur zu kommen, so versucht auch der ästhetische Kommentar dem akribisch gefolgten Duktus des Textes jene Stellen abzulocken, 'an denen die Entscheidung, wie er fortzusetzen wäre, fiel, und aus solcher Einsicht ihm unmerklich selber eine Richtung zu geben, die er, vom eigenen Stilgesetz genötigt, nicht verfolgen kann.'« (164) So richtig wie diese Bemerkungen Benjamins sind, so banal sind sie auch für den, der eine genaue Anleitung zum wissenschaftlichen Umgang mit Texten sucht. Geier gibt keine Rezepte, schärft aber dabei die Vorsicht vor den Fallen falsch verabsolutierter Methoden. Damit ist dies sicher kein Buch für Anfänger (dafür werden auch zu viele Kenntnisse der nur sehr andeutungsweise zitierten Forschungsliteratur vorausgesetzt), aber sehr wohl ein Buch für diejenigen Sprach- und Literaturwissenschaftler, die die Partikel des im Studium erworbenen Theoriesammelsuriums aus der Perspektive einer verbindenden Fragestellung neu lesen wollen und sich dabei auf eine Verunsicherung der mit diesen Methoden jeweils gelieferten Gewißheit, richtig zu interpretieren, einlassen können. Ursula Reichelt und Hans-Jürgen Bachorski (Berlin/West)

**Weinrich, Harald:** *Textgrammatik der französischen Sprache*. Klett-Verlag, Stuttgart 1982 (894 S., Ln., 89,- DM)

Das Buch richtet sich nicht nur an Romanisten (Lehrer, Studenten, auch Schüler), son-

dern auch an alle, »die wissen wollen, welche Erkenntnishilfen sie als Lehrende oder Lernende in ihren Sprachen von der Linguistik zu erwarten haben« (23). Daher sind auch alle französischen Beispiele übersetzt, nicht um einen systematischen Sprachvergleich im Sinne der kontrastiven Linguistik durchzuführen, sondern um den Nicht-Romanisten die Lektüre zu ermöglichen. Was ist nun das Neue an dieser »Textgrammatik«? Von den zehn Prinzipien, die Weinrich auflistet, um seine theoretische Basis zu beschreiben, sind vier völlig neu: 1. Diese Grammatik geht von mündlichen und schriftlichen, soweit wie möglich authentischen *Texten* aus (eigene Beispiele wurden stets von Franzosen überprüft). 2. Nicht Monologisches, sondern *Dialogisches* steht im Mittelpunkt, mit der Perspektive von Sprecher und Hörer, als grundlegendes Modell gilt das *Gespräch*. 3. Bedeutung wird als *Instruktion* aufgefaßt, die der jeweils Sprechende dem Hörenden im Gespräch mitteilt: beschreibbar werden diese Instruktionen als Sinn-Angebote. 4. Alle syntaktischen Begriffe werden mit (Kombinationen von) 32 Paaren *semantischer Merkmale* definiert: der Bestand dieser zweigliedrigen Merkmale bildet eine universelle Basis, die Französisch mit allen anderen Sprachen gemeinsam hat. Um sich diese Merkmale zu verdeutlichen, kann man sie sich als Anweisungen vorstellen, z.B. *Rückschau* (greife auf etwas Vorzeitiges zurück) vs. *Vorausschau* (nimm etwas Nachzeitiges vorweg), in traditionellen Beschreibungen meist als Vergangenheits- und Futurformen behandelt. Die von Weinrich angeschnittenen Themen sind teilweise vertraut, wie »Syntax der Kongruenz« (= Genus und Numerus), teilweise jedoch anders zugeordnet, wie »Gesprächsrollen« (Sprecher, Hörer, Referenz) und »Handlungsrollen« (Subjekt, Dativ-, Akkusativobjekt) oder wie »Junktionen« (et, mais u.ä., Präpositionen, Konjunktionen, »Relativjunktionen«), teilweise auch ganz neu, wie »Gespräch« (Gesprächskontakt, Assertion, Frage/Antwort, zitierte Meinungen). Vor allem dieser letzte Aspekt übertrifft die in anderen Beschreibungen des Französischen gegebenen Informationen beträchtlich wegen seiner Vollständigkeit und Systematik; unter »Gesprächskontakt« fallen z.B. Grußformeln, Anredeformen, »Kontakt-Morpheme« (Gesprächsaufnahme, -fortsetzung, -ende, Zuspruch und Widerspruch) und Interjektionen.

Als Beispiel einer »durchsichtigen« Erläuterung, die in anderen Grammatiken nicht gerade überzeugend wirkt, möge die Stellung von Adjektiv und Substantiv dienen. Die wichtigste Regel lautet hier: Adjektive, die vor dem Substantiv stehen, *verlieren viele ihrer Merkmale*, wenn man sie mit Adjektiven vergleicht, die hinter dem Substantiv stehen. So betont »une famille noble« etwa folgende Merkmale: Gesellschaftsschicht, Hervorhebung, Erblichkeit, Ethos, Privilegien und wird mit »eine adlige Familie« übersetzt, während »une noble famille« (»eine edle Familie«) nur noch die Merkmale: Hervorhebung, evtl. Ethos trägt. Ausnahmen kann Weinrich plausibel machen, indem er immer wieder von diesen Prinzipien ausgeht. Ein weiteres wichtiges Thema, das zugleich die Anwendung der erwähnten 32 semantischen Merkmalspaare erläutert, ist der Konjunktiv im Französischen — in der Schule meist lediglich durch Auswendiglernen von Verben, nach denen er steht, angeboten. Die Verwendung des Konjunktivs beinhaltet nach Weinrich die Anweisung: eine durch mögliches Handeln beeinflussbare Situation (Merkmal *Interesse*). Auch obligatorische Konjunktiv-Auslöser werden hierdurch einsichtig gemacht, etwa bei Verben des Wünschens oder Wollens, da hier »zwischen der Absicht, eine Handlung verwirklicht (oder verhindert) zu sehen, und der Handlung selber, die häufig von einer anderen Person auszuführen ist, ein Spielraum der offenen Entscheidung liegt, den der Sprecher mit Interesse zu überbrücken sucht« (232). Auch Verben, die nur in bestimmten Zusammenhängen den Konjunktiv verlangen, können so erklärt werden. Z.B.: »Cet homme a toujours menti, c'est pourquoi je suppose qu'il mentira (Indikativ!) demain aussi« (»Dieser Mann hat immer gelogen, deshalb nehme ich [als sicher] an, daß er auch morgen lügen wird«, gewisse Annahme: die Situation ist keiner Einflußnahme zugänglich). »Tantôt il ment, tantôt il dit la vérité; supposons qu'il mente

(Konjunktiv!) *demain aussi, que ferons-nous alors?*« (»Manchmal lügt er, manchmal sagt er die Wahrheit; nehmen wir einmal [vorsichtshalber] an, er lügt morgen auch, was machen wir dann?«, ungewisse Annahme: die Situation ist beeinflussbar.)

Bereits diese wenigen Hinweise dürften belegen, daß es Weinrich gelungen ist, eine wirkliche Gebrauchsgrammatik zu schreiben, die dem Leser Einsicht in die sprachlichen Handlungen verschaffen kann. Dieser Eindruck wird noch durch die Anordnung der einzelnen Teile verstärkt, da Weinrich regelmäßig, nachdem er ein grammatisches Problem diskutiert hat, das Erläuterte in einen längeren Text einordnet. So kommt der Zusammenhang der grammatischen Erscheinungen und der übrigen Textelemente besser zum Tragen. Was die »semantischen Merkmale« anbelangt, so muß man darauf hinweisen, daß Weinrich darauf verzichtet hat, seine theoretischen Grundlagen in diesem Buch ausführlich zu reflektieren (er bittet die Leser statt dessen, seine anderen Veröffentlichungen zum Thema zur Kenntnis zu nehmen); daß dadurch der »Anhang« mit den semantischen Merkmalen etwas abstrakt bleibt und ohne Verweise auf den Kontext, in dem sie eingeführt werden, kann man wohl in Kauf nehmen. Im allgemeinen ist das Werk sehr klar formuliert und wohlthuend sachlich geschrieben. Die Weise, wie Weinrich seine »Textgrammatik« angepackt hat, vermag immer wieder auch den zu überzeugen, der sich in französischen Grammatiken auskennt, da oft neue Gesichtspunkte auftauchen und Ergänzungen zum bislang üblichen Standard. Es wäre zu begrüßen, wenn in Zukunft auch für andere Sprachen solche Textgrammatiken erscheinen könnten.

Ans J. van Berkel (Amstelveen/Niederlande)

**Emrich, Wilhelm: Deutsche Literatur der Barockzeit.** Athenäum, Königstein 1981 (367 S., br., 44,- DM)

Wilhelm Emrich formuliert als Ziel seines Buches, »auf der Basis einer anschaulichen, reichen Materialentfaltung den Sinn zu schärfen für die weitgespannte barocke Bildersprache und ihre mannigfaltigen, von scharfer Staats-, Welt- und Existenzkritik bis ins radikal Mystische reichenden Sinngebungen« (7).

Nach einem Überblick (9-18) über die Barockforschung und einer Darstellung der Probleme von Epochendefinition und -bewertung (in der sich die Methodengeschichte der letzten 100 Jahre spiegelt) entscheidet sich Emrich in Anlehnung an Albrecht Schöne pragmatisch für eine Verwendung des Begriffes »Barock« »als eine völlig neutrale 'Übereinkunftsbeziehung', die 'auf einigermaßen ungenaue Weise das 17. Jahrhundert meint.'« (18). In drei großen Kapiteln erzählt Emrich dann von der Literatur des 17. Jahrhunderts, von der Lyrik (19-110), vom Drama (111-226) und vom Roman (227-294). Die für die Veröffentlichung beibehaltene Vorlesungsform bewährt sich dabei auf doppelte Weise: Zum einen stellt Emrich in ansprechender Form Literatur durch ausführliche Zitate vor und interpretiert sie mit einem Gestus, der dem Leser wie dem Hörer Schritt für Schritt Verstehensbarrieren überwinden hilft und ihm in der Thematisierung der Fremdheit dieser Literatur ihre eigene Logik deutlich macht. Zum anderen schlägt Emrich in seinem Vortrag weite Bögen, die die keineswegs unproblematische Aufteilung in die drei sogenannten Hauptgattungen ebenso wieder auflösen wie die Einengung des Gegenstandes auf die *deutsche Literatur* dieser einhundert Jahre: Ausflüge in die Gattungstheorie (etwa 38ff.), in das barocke Verständnis vom Dichten (25ff.) und in die Philosophie der Zeit (57ff.) finden sich ebenso wie Darstellungen der nach Deutschland hereinwirkenden ausländischen literarischen Einflüsse (besonders eindrucksvoll über die englischen Komödianten 127ff. oder über spanische und englische Formen des barocken Romans, 229ff. bzw. 263ff.), Verweise auf die Vorstufen dieser Literatur im deutschen Mittelalter (besonders beim Drama 119ff.) und Erläuterungen zu den Bemühungen der Aufklärung, sich gegenüber dem Barock abzugrenzen.

Alles dies liest sich so instruktiv wie vergnüglich, vor allem an den Stellen, an denen

Emrich Parodien des Barocken zitiert (so 29 auf das Sonett, 34f. auf die barocke Allegorienvielfalt, 8 auf die Buchstabenmystik, 129ff. auf die »hohe« Dramatik, 218ff. auf barocke Sprache) — wie ja überhaupt die Kontrafaktur Einsichten in die Spezifik fremder Formen und Sprachen fördert und der damit verbundene Spott in der Distanzierung die kritisierten Denkformen noch einmal prägnant vorführt: Emrich selbst verweist auf den »Don Quijote« als »bewußte(n) kritische(n) Gegenroman« zu Ritterromanen vom Typ des »Amadis« (258).

Emrich rettet die Literatur des Barock gegen historisch bedingte Geschmacksurteile und zeigt sie als »theatralische Prachtentfaltung« der »sinnliche(n), diesseitige(n) Welt«, die auf die »übersinnliche, jenseitige, ewige Welt des Göttlichen verweise« (111); als »letzten abendländischen Versuch (...), eine einheitliche, in sich geschlossene Kultur zu entfalten« (295), in der aber sowohl der Widerspruch zwischen der »führende(n) höfische(n) Schicht« und der »bürgerlich-ländliche(n)« (296) als auch die Ablösung der metaphysischen Denkformen durch die Rationalisierung in Wirtschaft, Naturwissenschaft und Staat deutlich aufscheinen.

Als Einwand ließe sich zweierlei formulieren: Die Darstellung der »allgemeinen sozialen, politischen, kulturgeschichtlichen und weltanschaulichen Wandlungen« (37) erspart Emrich sich durchgängig, es findet sich nur bisweilen ein lapidarer Verweis auf »die höfische Kultur« (40 u.ö.), die bestimmend für Inhalt und Form der Literatur sei, die ihrerseits aber schon von Günther Müller (1929) oder Paul Hankamer (1935) konkreter bestimmt worden ist. Die Einordnung der Literatur in den historischen Prozeß bleibt so dem Leser überlassen, der sich dabei durchaus auf das gegenüber abweichenden methodologischen Positionen weitherzige Literaturverzeichnis stützen könnte — es dürfte ihm nach Emrichs Darstellung allerdings auch leicht fallen, den Beziehungen nachzugehen.

Problematischer der zweite Einwand: Im Kapitel über den Roman wird nicht nur der Traditionsbezug sowohl von »hohem« als auch »niederen« Roman zu den Vorformen im 16. Jahrhundert (und früher) nicht recht deutlich (vgl. 233 und 257), auch weil Emrich sich sehr eng an Richard Alewn (1963) anschließt. Es hätte eine präzisere typologische Differenzierung der verschiedenen Romanformen, etwa mit den Kategorien von Michail Bachtin, erfolgen können. So erscheint bei Emrich der Pikaro- oder Schelmenroman ein wenig ernsthaft: Es ist sicherlich richtig, daß hier das Leiden des Einzelnen in der sündenvollen Welt thematisiert wird und oft seine Hinwendung zu Gott (etwa im Topos der Weltabkehr) am Ende steht, doch kommt, stellt man dieses Moment in den Vordergrund, das kritisch-satirische Potential dieser Texte zu kurz: Auch diese Helden zerstören Konsens und Konvention, wo immer sie auftreten, oder sie führen das listige Untertauchen der sozialen Zwänge vor; die permanente Dialogisierung unterschiedlicher Standpunkte in Weltwahrnehmung und -bewertung desavouiert die finale Sicherheit des theologischen Weltbildes; und der parodistische Umgang mit literarischen Mustern, die immer wieder ausgestellt werden, bewirkt Distanz des Lesers nicht nur gegenüber diesen Texten, sondern wahrscheinlich auch zu der gleichzeitig gelesenen »hohen« Literatur. Das Lachen als wichtigstes Funktionsprinzip dient eben nicht nur zur Vorbereitung des »Adieu Welt«, sondern auch zur Aneignung von Welt in durchaus realistisch-diesseitiger Form.

Diese Einwände formulieren allerdings weniger Kritik als vielmehr Forschungsaufgaben, und so bleibt die Bilanz positiv. Emrichs Buch zeichnet sich im Vergleich zu den beiden großen Literaturgeschichten von Richard Newald (1951) und Joachim Boeckh u.a. (1961) durch sehr viel größere Lesbarkeit aus, wenn ihm Boeckh auch den Vorschlag voraus hat, die Literatur im Zusammenhang mit ökonomischen und politischen Prozessen zu zeigen (allerdings auf einem heute überholten methodischen Niveau). Emrichs »Deutsche Literatur der Barockzeit« ist — durch Register und eine ausführliche, gut gegliederte Bibliographie komplettiert — eine nützliche Einführung und ein unterhaltsa-

mes Lesebuch der Barockliteratur in einem. (In der nächsten Auflage sollte die falsche Zuordnung von Kurt Batts verdienstvoller [Fritz-]Reuter-Ausgabe und -Biographie unter »Christian Reuter« [355] getilgt werden.)

Hans-Jürgen Bachorski und Helmut Peitsch (Berlin/West)

**Frey, Winfried, Walther Raitz und Dieter Seitz (Hrsg.): Einführung in die deutsche Literatur des 12. bis 16. Jahrhunderts.** Westdeutscher Verlag, Opladen. Bd. 1: Adel und Hof — 12./13. Jahrhundert, 1979 (295 S., br., 15,80 DM). Bd. 2: Patriziat und Landesherrschaft — 13-15. Jahrhundert, 1982 (319 S., br., 17,80 DM). Bd. 3: Bürgertum und Fürstenstaat — 15./16. Jahrhundert, 1981 (294 S., br., 17,80 DM)

Achtzehn Autoren und Autorinnen haben sich in den drei Bänden zusammengefunden. Dies bedingt natürlich eine in Darstellungsweise und in Methode unterschiedliche Ausgestaltung der einzelnen Beiträge, aber die Vielfalt der Perspektiven, die sich hierdurch eröffnet, entschädigt den Leser, der sich Literaturgeschichten »aus einem Gruß« erwartet. Einen offiziellen Kanon dessen, was unter der Menge mittelalterlicher literarischer Texte lesenswert sei, wollen die Verfasser nicht bieten. Die sozialgeschichtliche Analyse von literarischen Texten, an denen die historische Differenz (vgl. Bd. 1, 8) zu bürgerlichen Literaturformen herausgearbeitet werden soll, bedingt eine Auswahl solcher Texte, die entweder als gegensätzliche Literatur wahrgenommen werden oder in denen Vorformen bürgerlicher Erzählweisen und Denkstrukturen sich manifestieren. Der Grundkurs wendet sich, wie der Reihentitel schon andeutet, an Studenten der Germanistik, die noch keine oder nur oberflächliche Bekanntschaft mit der älteren Literatur gemacht haben. Deshalb werden die Beiträge grundsätzlich darauf abgestellt, zur Lektüre des Textes anzuregen, nicht diese vorauszusetzen. Interpretierende Nacherzählungen und ausführliche Zitate mit Übertragungen sollen die Sprachbarrieren überwinden helfen. Die Literaturangaben zum Schluß jedes Kapitels sind knapp gehalten, so daß sie keinen Neuling abschrecken müssen. Diese löblichen Prinzipien werden jedoch bisweilen nicht eingehalten. Besonders im 3. Band scheinen die Autoren vorauszusetzen, daß die frühneuhochdeutsche Sprache keine Verständnisschwierigkeiten mehr bietet, und in einigen Kapiteln sind die Literaturangaben wahrhaft homöopathisch dosiert. Daß die Beiträge nicht immer dem Charakter einer Einführung entsprechen, ist zu bedauern. Wenig überzeugend fand ich die zu thesenhafte Vorstellung des »Nibelungenliedes« in Band 1, das Kapitel über Ständelehre und Ständekritik (ein wenig am Thema vorbei) und über Jans Enikel und die Weltchronistik (für eine »Einführung« zu verwirrend). Eine wirkliche Einführung und gut gearbeitete sozialgeschichtliche Analyse zugleich bieten die Kapitel über den »Parzival«, die »Frühhöfische« Dichtung, den Minnesang (Bd. 1), die politische Spruchdichtung, Konrad von Würzburg, das geistliche Schauspiel (Bd. 2), die Narrendichtung, die Anfänge des Prosaromans und über Jörg Wickram (Bd. 3). Empfehlenswert ist außerdem die Darstellung der Historia von D. Johann Fausten (Bd. 3), wenn auch der Charakter der Einführung hier zu wenig beachtet wurde, und das Märenkapitel in Band 2. Es fällt auf, daß sich weder der zweite noch der dritte Band so recht des 15. Jahrhunderts annehmen wollte. Auf dem Umschlag des zweiten Bandes ist der städtische »Meistergesang« genannt — er fehlt im Band ebenso wie die Reiseliteratur des 14. und 15. Jahrhunderts (das Kapitel in Band 3 geht vornehmlich auf die »Neue Welt«-Berichte ein), die Erbauungsliteratur, die Übersetzungen des Frühhumanismus, die »nachklassische« Artusepik und viele andere Textbereiche, die eines vierten Bandes sicher wert gewesen wären.

Ulrich Seelbach (Berlin/West-Gießen)

**Friedrich, Gerhard: Proletarische Literatur und politische Organisation.** Die Literaturpolitik der KPD in der Weimarer Republik und die proletarisch-revolutionäre Literatur. Peter D. Lang, Frankfurt/M.-Bern 1981 (474 S., br., 89,- sfr)

Arbeiterliteratur, proletarisch-revolutionäre Literatur, der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) — als en vogue-Themen linker Germanistik Anfang bis Mitte der siebziger Jahre waren sie vielen vertraut und sind doch heute nahezu vergessen. Durch eine Vielzahl von Publikationen (u.a. Gallas: Marxistische Literaturtheorie; Scheck: Erobert die Literatur; Stieg/Witte: Abriss einer Geschichte der deutschen Arbeiterliteratur; Möbius: Progressive Massenliteratur; Fähnders/Rector: Literatur im Klassenkampf; Rohrwasser: Saubere Mädels — Starke Genossen; Klein: Im Auftrag ihrer Klasse), zuletzt durch die gewichtige vierbändige Dokumentation »Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur«, glaubte man das Forschungsfeld dem analytischen Zugriff linker Germanistik weitgehend er- und auch abgeschlossen zu haben. Daß es dennoch große Lücken gab und noch gibt, liegt nicht nur an schwer zugänglichem Quellenmaterial, sondern v.a. daran, daß man viele Fragen bislang nicht gestellt hat. So die nach dem Zusammenhang von proletarisch-revolutionärer Literatur und einer ihr bislang von vorneherein unterstellten Affinität zur KPD, wie es Friedrich in seiner Arbeit macht.

Friedrich problematisiert die bislang in der damaligen Praxis und heutigen Forschung als selbstverständlich hingenommene Doppelqualität proletarisch-revolutionärer Literatur. Als Arbeiterliteratur auf der einen Seite eng verknüpft mit der Politik der KPD und der ihr assoziierten literaturtheoretischen Diskussion ist sie auf der anderen Seite Ausdrucksform und Medium des Strebens der unmittelbaren Produzenten nach kultureller Emanzipation und Kompetenz. Diese Einheit wird als gültiges Axiom vorausgesetzt, keineswegs aber das komplexe Spannungsverhältnis zwischen politischer Praxis und konkretem Leben, also Formen individueller Emanzipation, näher beleuchtet. Um diesen Grundkonflikt zu verdeutlichen, verfolgt Friedrich die Entwicklung der Kulturpolitik der KPD in ihrer Abhängigkeit von deren Gesamtpolitik und -strategie.

Seine grundlegende These: die KPD tendiert zu einer Politik, mit der sie sich auf die Repräsentanz der sozialen Basis »proletarischen Interessenkampfes« und die gesellschaftliche Reichweite ihrer Politik auf die Kategorien »Partei« und »Klasse« reduziert. Damit könne sie die zwar von den tatsächlichen Grenzen ihrer Politik begünstigte proletarisch-revolutionäre Literatur gerade in deren Eigenschaft, unmittelbare und damit auch immer bruchstückhafte Artikulationen von Arbeitererfahrung zu sein, niemals uneingeschränkt gelten lassen.

Als Beleg dafür dient ihm die Tätigkeit der seit 1927 auch für Literatur(politik) zuständigen Abteilung Bildung und Propaganda der KPD, die, entsprechend ihrer Aufgabenstellung, auch bei der proletarisch-revolutionären Literatur einseitig dem Moment des Kampfwertes von Kunst den Vorzug gibt. Ein weiteres Indiz sieht Friedrich in der Auseinandersetzung um Massenliteratur im BPRS. Die fortgesetzte Kontroverse zwischen den »schreibenden Arbeitern« und den intellektuellen Protagonisten des politischen Anspruchs als ästhetische Figur wertet er als implizite Folge eines politischen Selbstverständnisses, das dahin tendiere, »Masse« mit »Proletariat« oder »Partei« zu identifizieren. Die dritte Entsprechung seiner These findet Friedrich in der von ihm sehr differenziert dargestellten Lukács'schen Position des Praxisverzichts. Dem Drängen zur Praxis, im Programm des BPRS in der Widersprüchlichkeit von allgemeinem Praxisanspruch und praxiseliminierender literaturprogrammatischer Konzeption festgelegt, stelle Lukács das Unvermögen zur Praxis, ausgearbeitet als kategoriales System, gegenüber: ästhetisch-künstlerische Aktivität gerät zur Kompensation wirklichen Praxisverzichts. Indem er seinen Literaturbegriff der Bestimmung durch Anforderungen der Praxis entzieht und damit auch den Kriterien einer proletarischen Literatur, müsse sein Augen-

merk nur noch der Literatur als Kunstform gelten, literarischen Formen also, in denen das Praxisdefizit schon unter anderen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen literaturgeschichtlich und historisch vorlag.

Kontrastiv zu dem herausragenden Kapitel über Lukács das über die literarische Entwicklung in der jungen Sowjetunion und deren Bedeutung für die Entstehung und Arbeit des BPRS. Mehr Materialkenntnis hätte einer differenzierteren Darstellung Vor-schub geleistet. Es geht nicht an, die zweite Hälfte der zwanziger Jahre, wo all das zurückgedrängt wurde, was unter dem Begriff »Proletkult« als Selbstaussdruck der unmittelbaren Produzenten zusammengefaßt wurde, wofür Namen wie Arvátov, Majakovskij und Tret'jakov stehen, als nicht relevant abzutun und die im Zeichen des ersten Fünfjahresplanes beginnende Pression kurz als »politische Verengung« abzutun. Denn das verzerrt auch den Blick auf Deutschland, auf die Diskussionen im BPRS und der linken Avantgarde. Erinnert sei hier nur an Brecht (»Dreigroschenprozeß«) und Benjamin (»Der Autor als Produzent«), deren Positionen, weitergehend als der BPRS, Lukács analoge Überlegungen anstellen und ohne den Einfluß der sowjetischen Avantgarde nicht denkbar gewesen wären. Eine zweite, allerdings kleinere Enttäuschung: der umfangreiche Materialienanhang. Aber: die Veröffentlichung schwer zugänglicher Dokumente überwiegt zunächst die Tatsache, daß sie unkommentiert und ohne offensichtlichen Zusammenhang publiziert werden.

Norbert Körtz (Tübingen)

**Andreasen, Dagmar: Teaterarbejder. Politisk teater. Samtaler med Kika Mølgaard.** (Theaterarbeiter. Politisches Theater.) Verlag Hans Reitzel, Kopenhagen 1980 (84 S., br., 16,- DM)

Als autobiographischer Beitrag zur dänischen Sozial- und Kulturgeschichte aus proletarischer Perspektive beleuchtet »Theaterarbeiter« auch einen Teil der Geschichte des europäischen Arbeitertheaters in den 30er Jahren. Dagmar Andreasen (geb. 1910) begann ihre »Theaterarbeit« 1933 an dem ein Jahr zuvor von Per Knutzon gegründeten »Revolutionären Theater«, das als mobile (Amateur) Theatergruppe das Publikum aufsuchte, auch unter freiem Himmel agierte, agitierte und dabei Probleme aufgriff, die vor allem der Arbeiterschaft unter den Nägeln brannten. Dagmar Andreasen fühlte sich deshalb auch weniger als Schauspielerin, sondern vielmehr als kommunistische Propagandistin.

Von ihrem Zusammentreffen mit Ruth Berlau, die 1935 und 1937 Regie führte, als sie in Brechts »Mutter« und »Frau Carrar« die Titelrollen spielte, mit Brecht, der zu dieser Zeit im Exil in Dänemark lebte, und mit den fortschrittlichsten dänischen Schriftstellern handelt der 2. Teil des Buches. Im 1. Teil schildert sie ihre bereits durch Lohnarbeit geprägte Schulzeit in Kopenhagen, die fruchtlosen Anstrengungen ihrer Eltern, der Proletarisierung zu entgehen, und ihre miserabel entlohnte Arbeit als Dienstmädchen und Putzfrau in der 2. Hälfte der 20er und Anfang der 30er Jahre, als sie die Lust am Lesen, an politischen Diskussionen und am Theaterspiel entwickelte. Dies zusammen mit ihrem Beitritt zur DKP öffnete ihr die Augen für die Notwendigkeit einer Veränderung der ihr nur allzu gut bekannten gesellschaftlichen Verhältnisse. Theater-Spiel, Theater-Arbeit, war ein Beitrag zu dieser Veränderung, der es ihr zugleich erlaubte, sich lernend selbst zu verändern. Gerade durch ihre Hauptrollen als »Mutter« und »Frau Carrar« und durch die Zusammenarbeit mit Brecht, Berlau, Arbeiterschauspielern und Schriftstellern machte sie Erfahrungen, die ihr als Mutter von 2 Kindern, als Arbeiterin und Vertrauensmann« in der Eisenindustrie auch nach der Befreiung Dänemarks von der NS-Besatzung zugute kamen. Die besondere Rolle, die Brecht für ihre Entwicklung spielte, unterstreicht D. Andreasen, ohne dabei in Ehrfurcht zu erstarren. Über seine Probenarbeit mit Berufsschauspielern schreibt sie z.B.: »Er wußte besser Bescheid als sie, aber wir (Arbeiterschauspieler — EUP), wir wußten es besser als er, und das sah er auch ein«

(68). Die Arbeit am »Revolutionären Theater«, die Dagmar Andreasen die Augen öffnete für gesellschaftliche Zusammenhänge, und die es ihr ermöglichte, öffentlich »den Mund aufzumachen«, trug schließlich auch dazu bei, daß sie es lernte und wagte, sich schriftlich auszudrücken. »Teaterarbejder« ist ebenso wie ihr Buch »Fabriksliv« Zeugnis dieses in den Kämpfen am Arbeitsplatz und auf der Bühne gewachsenen Selbstbewußtseins. Dieses Selbstbewußtsein erscheint stets als subjektive Ausdrucksform des Klassenbewußtseins und erhält sein besonderes Gepräge dadurch, daß sie sich durch die Frauenbewegung der 70er Jahre in Aufgabenstellungen bestätigt sieht, die ihr bereits in den 30er Jahren am Herzen lagen.

Dagmar Andreasens Buch verdient es, ins Deutsche übersetzt zu werden. Besser gesagt: deutsche Leser, die an (Arbeiter-)Frauenliteratur und an Literatur der (Theater-)Arbeitswelt interessiert sind, verdienen es, daß ihnen dies Buch zugänglich gemacht wird. Der/die Übersetzer/in steht jedoch vor keiner leichten Aufgabe; hatte sie am »Revolutionären Theater« gelernt, sich ihrer proletarischen Ausdrucksweise nicht zu schämen, so merkt man ihrem Buch geradezu den Stolz über diese Ausdrucksweise an.

Ernst-Ullrich Pinkert (Aalborg)

**Böker, Uwe: Loyale Illoyalität. Politische Elemente im Werk Graham Greenes.** Fink Verlag, München 1983 (272 S., br., 58,- DM)

Welche Relevanz hat der britische Graham Greene, der in den 20er Jahren zu schreiben begann, für die westdeutsche Linke heute? Ist er nicht der »katholische Schriftsteller«, dessen Romane *The Power and the Glory*, *The Heart of the Matter*, *The Third Man* etc. von einem Millionenpublikum hierzulande als wohlfeile Buchclub-Ausgaben oder Verfilmungen rezipiert wurden? Eine radikale Uminterpretation und Neubewertung war überfällig. Böker — kein Marxist übrigens — leistet sie, indem er die besseren Traditionen einer überkommenen bürgerlichen Literaturwissenschaft mit einem demokratischen soziologischen Ansatz verbindet.

Böker nähert sich der Bestimmung seiner eigenen Verfahrensweise durch eine ausführliche behutsame Methoden- und Theoriediskussion. Er behandelt die gängigen Definitionen des politischen und sozialen Romans, der Kultur und der politischen Kultur. Orientierungspunkt für den Kulturbegriff ist ihm immerhin der britische Marxist Raymond Williams: »a particular way of life, which expresses certain meanings and values not only in art and learning but also in institutions and ordinary behaviour.« Böker will Greenes Werk als Reflex und Abgrenzung von der jeweils herrschenden politischen Kultur in Großbritannien analysieren, nicht jedoch im Schema direkter Determiniertheit, sondern als komplexere Dialektik von Produktions- und Rezeptionsbedingungen: »Aus der Gesamtmenge lebenspraktischer Erwartungen soll der politische Erwartungshorizont abgespalten und inhaltlich als die politische Kultur einer historisch konkreten Gesellschaft bestimmt werden« (24). Die politische Qualität literarischer Texte versteht er demnach nicht als dem menschlichen Subjekt entzogene verdinglichte Kategorie, sondern als Bestandteil historisch-spezifischen Denkens, Fühlens und Handelns. Politische Literatur ist ihm kein Gattungsbegriff, sondern ein Orientierungszeichen. Es wird versucht, den unpräzisen Jauschen »lebensweltlichen« Erfahrungshorizont auf einen konkreten Begriff politischer Kultur zu bringen.

Bezogen auf Greene bedeutet dies, daß die religiöse Thematik, das Leiden an der Situation des Menschen und seine Opferfunktion für ein gemeinschaftliches Ganzes, in die politische Thematik integriert ist. Der bislang primär als religiöser Autor rezipierte ist primär ein politischer Autor. Das Aufbegehren der »religiösen« Protagonisten ist »loyale Illoyalität«, Illoyalität gegenüber den durch *deference* und Public School-Sozialisation geprägten Wertstrukturen der britischen middle class, Loyalität gegenüber den durch derartige Normen und sie stützende Herrschaftsstrukturen Beherrschten. Somit gelingt

es, einen Greene zu erarbeiten, der in den 30er Jahren sich im begrenzten Rahmen radikalisiert, d.h. zu einem humanistisch und demokratisch bestimmten Sozialismus tendiert. Es wird ein Greene gezeigt, der sich zwar gegen Ende der 30er Jahre immer stärker am katholischen Glauben orientiert, aber nicht auf Grund europäischer »Einsichten«, sondern auf Grund der Erfahrungen einer verfolgten Kirche in Mexiko. Und just zu Anfang der 50er Jahre, als er als weltberühmter Repräsentant einer *renouveau catholique* gilt, beginnt er sich unter dem Einfluß des McCarthyismus zum individualistischen Anti-Imperialisten zu wandeln. Seine Sympathien für ein demokratisches Vietnam und für die Kubanische Revolution, die Hinneigung zum unorthodoxen Kommunismus, lassen sich sowohl aus den Essays und Briefen der Zeit als auch aus den beiden Romanen *The Quiet American* und *Our Man in Havana* extrapolieren. Diese Positionen münden in einen Humanismus des Spätwerks, aus dem z.B. die gemeinsam mit Grass, Böll, Arthur Miller und Mikis Theodorakis unterzeichnete Petition an die DDR-Regierung für die Freilassung Bahros resultiert.

Böker zeigt solche Entwicklungen in einer unaufdringlichen Entsprechung von werkimmanenter Formenanalyse und historisch-politischer Bewertung auf. So ordnet er dem anti-imperialistischen Greene beispielsweise die (im Rahmen der Entwicklung des Werks) neuen Formen der Icherzählung, der Zeitverschachtelung, der Komik und der Farce zu. Bökers Buch ist wertvoll, weil es nicht nur in der inneranglistischen Forschung völlig neue Akzente setzt, sondern weil es am Fallbeispiel Greene politische Grundpositionen und wesentliche historisch-gesellschaftliche Prozesse dieses Jahrhunderts kritisch aufrollt. Damit ist es auch für das Selbstverständnis der nicht-anglistischen Linken in der BRD heute von Interesse, weil es vielleicht zu einer politischen Greene-Lektüre anregt.

Dieter Herms (Bremen)

## Kunst- und Kulturwissenschaft

**Chicago, Judy: Durch die Blume — Meine Kämpfe als Künstlerin.** Mit einem Vorwort von Anäs Nin. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1984 (253 S., br., 9,80 DM)

**Breitling, Gisela: Die Spuren des Schiffes in den Wellen.** Eine autobiographische Suche nach den Frauen in der Kunstgeschichte. Oberbaum-Verlag, Berlin/West 1980 (234 S., br., 29,80 DM)

Drei Dinge haben die Autorinnen gemeinsam: sie wurden 1939 geboren, beide sind Malerinnen und veröffentlichten ein Buch, in dem sie die Bedeutung patriarchalisch geprägter Kultur- und Lebensmuster für die eigene Arbeit und die anderer Künstlerinnen erforschen. Im Abstand von drei Jahren spiegeln sich über die zeitliche Phasenverschiebung in den Themen der amerikanischen und deutschen Frauenbewegung hinaus unterschiedliche Auffassungen des gegenwärtigen und künftigen Handelns von Künstlerinnen.

Chicago geht relativ schnell von ihrer persönlichen Vor-Geschichte zu Aktivitäten über, die den Deutungs- und Aktionszusammenhang eines von Männern beherrschten Ausbildungs-, Museumsbetriebs und Kunstmarkts in Frage stellen. Das hartnäckige Vorbeisehen an Frauen als *realen* Wesen im Werk zahlloser Künstler (das selbst ein D.H. Lawrence kritisierte) hat Erkenntnisprozesse von Frauen *und* Männern behindert oder absorbiert — und es sind aufgedrängte, oft als feindlich erlebte Weibs-Bilder, die einen wesentlichen Teil der europäischen Denk- und Bildtradition ausmachen.

Chicago beschränkt sich nicht darauf, den Spuren weiblicher Erfahrung (weiblich nicht im biologistischen, sondern in einem körperlich vermittelten gesellschaftlichen Sinn) nachzugehen, es kommt ihr auch darauf an, erst das Umfeld zu schaffen, das eine unmittelbare, kritische Auseinandersetzung mit den Existenzbedingungen von Frauen ermöglicht. Sie beginnt, indem sie sich mit einigen Kunststudentinnen räumlich vom eta-

blierten Ausbildungsfeld trennt. Dies Entfernen mündet nicht in einen leeren Eskapismus, als was es oft verdächtigt wird, sondern bildet die unverzichtbare Voraussetzung eines langwierigen *gemeinsamen* Ablösungsprozesses von Normierungen des Blicks, der Gedanken und Gefühle. Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß dem enteigneten oder ungelebten Leben von Frauen die systematische Vernichtung des weiblichen Anteils an der kulturellen Tradition entspricht; dieser Zusammenhang wird von beiden Künstlerinnen unterschiedlich bewertet. Chicago spricht für eine Kunst, die abseits von Idolatrie oder Verachtung die *Realität* von Frauen erfaßt. Die Erforschung weiblicher Arbeits- und Lebensbedingungen hat eine historische und zukünftige Dimension; Chicago will die Gesetze des Kunstmarkts (der das, was sie als »weibliche Erfahrung« bezeichnet, bis heute abweist) unterlaufen und einen Kreis von Produzentinnen, Sammlerinnen und Mäzenatinnen schaffen. Die Grundidee spielte bereits in den — ebenfalls von einer Frauenbewegung gestützten — Künstlerinnenvereinen des 19. Jahrhunderts eine Rolle. Chicago und ein Teil der feministischen Künstlerinnen in den USA gehen weiter, indem sie über formale Bündnisse hinaus gemeinsam an individuell erfahrenen Problemen arbeiten. In der »Dinner Party«, an der sich mehr als fünfhundert Künstlerinnen beteiligten, gedenken sie ihrer kollektiven Geschichte: durch *Arbeit*. Eine Tafel wurde gedeckt zu Ehren von Schriftstellerinnen, Malerinnen, Bildhauerinnen, Wissenschaftlerinnen von der Antike bis zur Gegenwart; Frauennamen sind in den Boden geschrieben, der den Sockel der Tafel bildet, und einzelnen Frauen gewidmete Gedecke variieren ein florales und vaginales Formprinzip. Die programmatische Aussage der »Dinner Party« spiegelt der Titel ihres Buches wider: »Through the Flower — My Struggle as Woman Artist«. Die beteiligten Künstlerinnen grenzen sich gegen verzerrende und mißachtende Vorstellungswelten (die sich stets an der weiblichen Physis orientieren) ab, indem sie einen Teil des Frauenkörpers zum Symbol weiblicher Erfahrung nehmen, das Verachtete selbstbewußt transformieren und im Variationsreichtum floral-vaginaler Formen etwas von der Vielfalt weiblichen und damit menschlichen Seins andeuten. Chicago beschreibt Erkenntnis- und Entwicklungsprozesse, die (gestützt von einer politischen Bewegung) Aufschluß über Gedanken, Empfindungen und Erfahrenes geben, die, individuell durchlebt, als gemeinsam begriffen werden und zu dem in der künstlerischen Tradition von Frauen einzigartigen Gemeinschaftswerk wie der »Dinner Party« führen. Sie beansprucht Raum, diese Tafel, Raum, der ihr bislang nur für Ausstellungsfrist zugemessen wurde: Noch hat sich kein amerikanisches Museum bereit erklärt, ihr auf Dauer den gebührenden Platz zu sichern.

Gisela Breitling versteht sich eher als einzelne in einer malerischen Tradition, für deren weiblichen Beitrag sie im Abbildungsteil Belege gibt, und sie schließt diesen Teil mit drei Bildern von eigener Hand. Geduldiger als Chicago folgt sie dem persönlichen Ausbildungs- und Entwicklungsgang, der stets — und das macht einen Reiz des Buches aus — mit passagenweise auch historisch begründeten Leitlinien einer von »männlichem« Erleben gezeichneten Vorstellungswelt konfrontiert wird. Sie beschreibt »Gefühlskonventionen«, die Frauen an fremde Interessen binden, bis sie sich in einem Maß fremd werden, das keinen künstlerischen Ausdruck mehr gestattet. »Gefühlskonventionen« korrespondieren mit gewährten oder versagten Privilegien; sie bilden die Basis für Verhaltensweisen, die Frauen, Künstlerinnen um eine weit ausgreifende, sinnliche Erfahrung der Welt bringen. Breitlings Kritik am Bestehenden trifft beide Geschlechter: Karrierebegleiterinnen und Künstlerinnen, die sich in den Dienst von Männern stellen, werden ebenso in ihren Wirkungen bedacht wie ein männliches Platzhaltersyndrom, das dem weiblichen Expansionsstreben bis in die letzten Winkel alltäglichen Lebens Grenzen setzt. Noch einmal stellt Breitling die Frage nach der Wirkungsgeschichte, diesmal für die von Männern entworfenen Weibs-Bilder, deren Betrachterinnen »sich selber unkenntlich« werden: »Ihre Identitätslosigkeit verschärft sich durch den Zwang, die Rede der Männer, die über sie

geführt wird, in sich fortzusetzen und in einer stummen Antwort ihr zu entsprechen — sich selber zu dem geforderten und erforderlichen Objekt zu machen, das allein ihre Existenz legitimiert — gemäß dem Muster und Bild zu erscheinen, das die Phantasie der Männer über sie verhängt hat.«

Doch Breitling beschreibt auch eine Szene, in der es gelingt, sich aus dieser Wechselrede zu lösen. Als sie in der Akademie ein männliches Aktmodell zeichnet, erfährt sie die Freiheit, beobachten, ihrer Phantasie Raum geben und arbeiten zu können, ohne vom betrachteten Mann auf etwas verpflichtet zu sein. Daß solche Freiheit *alles* für die Kunst bedeutet, war bereits Frauen des 18. und 19. Jahrhunderts klar; dieser Aspekt taucht bis heute in Tagebüchern, Briefen und Lebenserinnerungen von Künstlerinnen auf. Wo machtvolle Verdrängungs- und Enteignungsprozesse am Werk sind, die sich gegen Leistungen weiblicher Provinienz richten, ist es schwer, den Kampf um unentbehrliche Freiheiten allein mit Hilfe von »Aufklärung« zu führen (letzte Ergebnisse der Vorurteilsforschung weisen ebenfalls darauf hin).

Breitling argumentiert vorwiegend defensiv, beschreibt Vergangenes, Gegenwärtiges und konfrontiert ihre Leser/innen erst auf den letzten Seiten mit einer »Aufforderung zum Hausfriedensbruch«. Beengende Ansprüche der Frauenbewegung werden ebenso entschieden zurückgewiesen wie die ideologische Verbrämung weiblicher Indienstnahme durch Männer. Ihr an Silvia Bovenschen orientierter Vorschlag zur »Hausbesetzung auf den väterlichen Gütern der Kulturgeschichte« wirkt nach einem Text, der »Lösungen« oder Strategien, die weibliche Handlungsfreiheit garantieren, bewußt ausspart, wie eine Leerformel. Doch ihr zum Schluß genannter Wunsch nach »künstlerische(r) Authentizität« (ein Wunsch, den sie mit Judy Chicago gemeinsam hat), überzeugt trotz gleicher Formelhaftigkeit, wenn man sich der Szene erinnert, mit der sie ihr letztes Kapitel beginnt. Ein verwaistes Atelier, angefangene Bilder, die eingetrocknete Palette sind lange Zeit der Preis dafür, daß Breitling die innere in die öffentliche Rede überführt. Von dieser Szene aus glaubt man zu erraten, warum Kontroversen ihr ebenso unverzichtbar sind wie das sorgsame Markieren von einander abweichenden Positionen in der öffentlichen Rede — gleichgültig, ob sie sich an Frauen oder Männer wendet — die Vielfalt der Auffassungen, der künstlerischen Phantasie *und* das Ertragen von Unterschieden bildet in ihren Augen erst den Boden für jene Freiheit, aus der sich entwickeln und auf der Ebene des Schreibens oder der Malerei behaupten kann, was sie »eigene künstlerische Authentizität« nennt.

Renate Berger (Hamburg)

**Rosenbach, Ulrike: Videokunst, Foto, Aktion/Performance, Feministische Kunst.** Selbstverlag (Vertrieb Walther König), Köln 1982 (212 S., ca. 250 Abb., br., 34,- DM)

Ulrike Rosenbach ist eine international bekannte Performance — und Videokünstlerin. 1943 geboren, machte sie in den 60er Jahren eine Ausbildung als Bildhauerin an der Düsseldorfer Kunstakademie bei Beuys. Seit 1972 arbeitet sie mit Video. Themenschwerpunkt ihrer Arbeit, die sie selbst »feministische Kunst« nennt, ist die Reflexion der Rolle der Frau in der patriarchalischen Gesellschaft. »Es sind Untersuchungen meiner selbst und meiner gesellschaftlichen oder geschichtlichen Umgebung« sagt sie in dem Interview mit Kiki Martins 1981. Dabei verwendet sie ebenso Elemente matriarchaler Mythologie, wie bestimmte Göttinnenfiguren oder Salz als Symbol für Erde, wie Bilder von Botticelli und C.D. Friedrich. Darüber hinaus greift sie auf Elemente außereuropäischer Kulturen, wie die Mythologie der australischen Ureinwohner, zurück. Diese Elemente werden innerhalb einer Performance miteinander verbunden und verfremdet durch die Handlung Rosenbachs, das gleichzeitige Laufen vorgefertigter Videotapes und die Videobänder, die während der Aktion entstehen. Der Katalog ist der zweite, den Ulrike Rosenbach über sich und ihre Arbeit herausgegeben hat. Während sie sich im ersten primär mit den Ergebnissen ihrer Lehrtätigkeit an der von ihr gegründeten »Schule für

kreativen Feminismus« beschäftigt, gibt sie in diesem zweiten einen umfassenden Einblick in ihr Werk von 1972 bis 1981.

Der Katalog ist unterteilt in sechs Kapitel: Frauenklischees; Aktion/Performance; Natur — Mythos — Ritual; Videoaktion — Videokunst; Fotografie; Feministische Kunst. Die Gliederung der Kapitel, denen jeweils Arbeiten zugeordnet sind, ist mir nicht ganz einsichtig, da die Gliederungspunkte — mehr oder weniger — auf alle Arbeiten zu treffen. Diese sind übrigens durch eine Vielzahl guter Schwarzweiß-Fotos dokumentiert. Neben kurzen Texten und Statements Rosenbachs, die oft auch Bestandteil der Kunstwerke sind, enthalten die Kapitel Beschreibungen und Interpretationen der Arbeiten von verschiedenen Autoren und Autorinnen. Teilweise sind es Rezensionen, die schon in anderem Zusammenhang gedruckt wurden, teilweise scheinen sie eigens für diesen Katalog entstanden zu sein. Den feministischen Intentionen und der stark feministischen Rezeption der Arbeiten Rosenbachs entspricht die große Anzahl feministischer Autorinnen. Marilite Halbertsma, niederländische Feministin, ist ebenso vertreten wie Ingrid Strobl, Emma-Mitarbeiterin und Kunstrezensentin, und Lucy Lippard, die feministische Kunstkritikerin aus den USA, die in keinem Katalog zu Frauenkunst fehlt. Alle Texte, auch die der nicht erwähnten Autor/inn/en, zeichnen sich durch einen behutsamen Umgang mit den Arbeiten Rosenbachs und der Reflexion ihrer feministischen Implikationen aus.

Einen Einblick in ihre Biographie, Arbeitsweise und Absichten geben drei Interviews. Eines von Kiki Martins über »Performance, ein Grenzgebiet«, das auch auf ältere Arbeiten Rosenbachs eingeht, eines von Wulf Herzogenrath über »Videokunst«, und eines von Armine Haase über »Feminismus und Kunst«. Was mir fehlt, ist ein Vorwort Rosenbachs, in dem sie ihre Auswahlkriterien für diesen Katalog benennt, und ein detaillierter Textnachweis. Ein Werkverzeichnis ihrer Arbeiten von 1972-81, eine Auflistung der wichtigsten Einzel- und Gruppenausstellungen von 1972-82, sowie eine Bibliographie, der allerdings einige Texte Rosenbachs fehlen, vervollständigen den Katalog und die Werkdokumentation.

Ditta Behrens (Hamburg).

**Stetzl, Ulrike: Hexenwelt.** Hexendarstellungen in der Kunst um 1900. Verlag Fröhlich & Kaufmann, Berlin/West 1983 (134 S., br., 29,80 DM)

Die Hexen scheinen mit dem Zeitgeist einen besonderen Pakt geschlossen zu haben. Das Thema der Hexenverfolgungen ist noch so aktuell wie vor acht Jahren, als mit dem Erscheinen des Buches von B. Ehrenreich und D. Englisch: »Hexen, Hebammen und Krankenschwestern« das Hexenthema von der Frauenbewegung entdeckt wurde. Es folgten literaturgeschichtliche, quellenkritische, philosophie- und sozialgeschichtliche Untersuchungen. Trotz aller Quellen- und Methodenvielfalt gehen sie von dem sich immer wieder bestätigenden Verdacht aus, daß der Begriff der Hexe als Deutungsmuster eine bestimmte Funktion in der Geschichte der abendländischen Gesellschaft hat, deren paradigmatische Entschlüsselung Aufschluß über die relativ konstante Struktur des Machtverhältnisses zwischen »Mann« und »Frau«, also vor allem über die Struktur der »männlichen« Rede über die Frau verspricht. Damit meine ich die kulturelle Definition der Geschlechter jenseits der Biologie. Am »männlichen« Diskurs haben Frauen und an seiner Kritik auch Männer teil. Ob es bereits einen »weiblichen« Diskurs gibt, bezweifle ich; wenn, dann hätte er jenseits der Definition Mann-Frau zu sein. — Interdisziplinäre Forschung und besonders die Reflexion über die Aussagekraft historischer Quellen als einzelne oder im Vergleich miteinander scheinen mir Bedingung dafür zu sein, daß man in Bezug auf das Hexenthema überhaupt zu Ergebnissen gelangt. Bisher relativ vernachlässigte historische Quellen, Darstellungen von Hexen, sind nun zum Anlaß von zwei Untersuchungen geworden. Bildliche Überlieferungen, wie man(n) sich die Hexe (also die Frau als Hexe) gedacht hat, werden in vielen Publikationen in illustrativer Funktion abgebildet, um andere Quellen oder deren Interpretation zu bestätigen, so z.B.

im Katalog zur Hexen-Wanderausstellung Hamburg 1979, der vom Bildmaterial geradezu lebt, ohne daß ihm eine eigene Interpretationswürdigkeit zugestanden worden wäre.

Die Untersuchung von U. Stelzl schließt nicht nur eine Lücke aus kunsthistorischer Sicht, sondern erweitert damit den Blick auf kulturhistorische Implikationen des Hexenthemas. Auffällig ist zunächst der Schwerpunkt um 1900 und auch, wieviele Hexenbilder aus dieser Zeit U. Stelzl zusammentragen konnte, hätte man doch erwartet, daß mit dem Ende der Hexenverfolgungen auch das Interesse der Künstler an der Hexe erlischt, oder daß sich motivische Verschiebungen hin zu Salome-Darstellungen oder der Femme Fatale nachweisen ließen. Trotz solcher tatsächlich existierender Überschneidungen mit neuen Frauenbildern (die Prostituierte, die Radfahrerin, die Tänzerin) stellt U. Stelzl eine Konstanz der mit den Hexen verbundenen Vorstellungswelt fest, die sich in der Kapiteleinteilung (Vorbereitung zum Hexensabbat, Hexenritt, Hexentanz, Hexenprozeß) niederschlägt. Zu diesen Motiven kann sie Bilder von Lovis Corinth, Antoine Wiertz, Théophile Alexandre Steinlen, Teresa Feodorowna Ries, Albert Welti, Franz v. Stuck, Hans Thoma, Felicien Rops, Max Slevogt, Vittorio Guttner, Ernst Barlach, Ferdinand Piloty, Francisco Goya (diesen nur marginal) und andere in differenzierter Analyse vorstellen. Diese ist besonders da aufschlußreich, wo ähnliche Motive verschieden dargestellt werden. Der Vergleich der Bilder untereinander legt das je verschiedene Interesse offen, z.B. bei dem Thema »Vorbereitung zum Hexensabbat«, in das Anspielungen auf Künstlerfeste, unkritische Heroisierung der Prostituiertensituation oder Kritik an der bürgerlichen Moral um 1900 eingehen können. Am aufregendsten in dieser Beziehung ist die Plastik von Teresa Feodorowna Ries, einzige Darstellung einer Hexe, die von einer Frau gestaltet wurde, und an der U. Stelzl ein emanzipatorisches, nicht rückprojiziertes Hexenbild aufzeigen kann.

Ansonsten fällt es schwer, der Autorin zu folgen, wenn sie schreibt, sie habe entdeckt, »was der Hexen Welt im Innersten zusammenhält«, nämlich »die Botschaft vergangener weiblicher Macht«. Die Hexenwelt, die sich aufzeigt, ist jedenfalls eine von den Männern dialektisch zur eigenen Identitätsfindung imaginierte (bis auf die Riessche Ausnahme), und das gilt auch für die Hexendarstellung früherer Zeiten. Sie hat also — wie oft, wenn man etwas über Frauen erfahren will — eine Männerwelt entdeckt; dies sei nur angebracht, um einen allzu schnellen Identifikationsmechanismus von seiten der Frauen vorzubeugen. In die von Männern gestalteten Hexen gehen sicher auch Kritik an patriarchaler Moral oder positive Darstellung der erotischen Macht der verführerischen Frau ein. Das läßt sich schon in Hans Baldungs Hexenbildern des 16. Jahrhunderts feststellen (vgl. dazu S. Schade: Schadenzauber und die Magie des Körpers, Hexendarstellungen der frühen Neuzeit. Worms 1983). Aber oft ist eine solche Darstellung als Warnbild gemeint, Warnung nicht vor vergangener, sondern strukturell allzeit latenter Macht, die die Vernunftstrategien des Mannes bedroht, Strategien, die diese Macht überhaupt erst zu einer bedrohenden erklären. Die Kritik patriarchaler Verhältnisse kommt um die »Dialektik der Aufklärung« und den »Prozeß der Zivilisation« nicht herum.

Deshalb erscheinen mir die Verweise Stelzls auf die gesamte Mythologie germanischer Vorzeit fragwürdig, insbesondere wenn als Grundlage zur Deutung der Symbole und Motive fast ausschließlich das Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens benutzt wird. So sehr einzusehen ist, daß ein Vergleich mit zeitgenössischen literarischen Hexenbildern und deren Illustrationen eine eigene Untersuchung verlangten, so bleibt der Mangel an historisch vergleichbaren Quellen doch spürbar. Zum Beispiel müßte man dem Einfluß der Grimmschen Märchen nachgehen, ohne den die Hexen im Kapitel über »Hexen in der 'normalen' Welt« nicht zu erklären sind. U. Stelzl geht auf die Anlässe, sich mit den Hexen erneut auseinanderzusetzen, zwar ein, man könnte sich aber im Blick auf die historischen Gegebenheiten vorstellen, daß diese intensiver wirkten als gerade germanische Mythen: also das Prostituiertenproblem und die darin liegende Utopie (Na-

na), die Tänzerin (Lola Montez oder Loie Fuller mit ihrem Schleiertanz), die Emanzipationsbewegung und deren Erscheinungsbilder (Radfahrerinnen), die unheimliche Macht der Maschine und die damit zusammenhängenden Weiblichkeitsmetaphern und schließlich die Hysterie-Diskussion gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Die verführende Kraft der Körper in Bewegung — als voyeuristische Erbauung erlaubt — wird immer ein Affront gegen die Identitätslogik patriarchaler Gewalt sein. Die Beschwörung und die imaginierte Herrschaft über die Körper im Bild läßt aufscheinen, was anzustreben wäre — jedoch nicht die verkennende Fortschreibung einer Projektion der Gewalt.

Sigrid Schade (Kassel)

**Finocchi, Matilde, Rosetta Froncillo und Alice Valentini: Ihre Mutter ist übrigens Malerin.** Gespräche italienischer Lesben. Aus dem Italienischen von Stefanie Hetze und Lilia Bevilacqua. Zephir Frauenverlag, Berlin/W. 1983 (314 S., br., 22,80 DM)

1980 wurde in Rom von »Felina editrice«, dem ersten lesbischen Verlag Italiens, »E la madre, tra l'altro è una pittrice. Dialoghi tra lesbiche« herausgegeben, als Ergebnis eines Gruppen- und Selbsterfahrungsprozesses innerhalb vom *Artemide* und anderer Gruppen wie *Brigate Saffo*, *Identità negata*, *Phoenix* etc. war in Italien Novum und erst möglich geworden, nachdem bei der autonomen Frauendemonstration am 8. März 1979 die Lesben ihre Anwesenheit deutlich machten mit dem Transparent: »Io sono lesbica«. Als Come-out-Dokument bezeichnet dieses Buch die Geburtsstunde der öffentlich auftretenden Lesbenbewegung Italiens. Das Umschlagslayout der deutschsprachigen Ausgabe springt in die Augen: Auf gelb-weißen, an eine bestimmte Sorte Vanilla-fudge, Karamelbonbons, erinnernden Schrägstreifen erscheint, ebenfalls quergelegt, das Foto einer Pappmaché-Henne — kein Gockel —, mit bunten Flickern behängt.

Was bedeutet es, wenn die Gespräche italienischer Lesben hier bei uns erscheinen? Dies Buch kommt hier auf den Markt zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Lesben nur von der Bewegung reden, um genau diese wieder in Frage bzw. in Abrede zu stellen, und dies mit gewohnter Larmoyanz vertreten, was ebenfalls wieder und wieder beklagt worden ist. Aber kann ich nur von Bewegung reden, wenn die Größe ihres Effekts, die Bedeutung einer Aktion, einer theoretischen Auseinandersetzung dem gesamtgesellschaftlichen Maßstab entsprechen? Muß ich andernfalls kurzerhand die Bewegung für tot erklären? — Was das Buch kennzeichnet, ist der Rahmen der Authentizität, der nie verlassen wird, in dem es Raum gibt für die eigenen Erfahrungen und deren theoretischem Begreifen. Als 1972 sich in der BRD und Westberlin die Lesben, auch beeinflusst von den 68ern, mehr noch aus der konkreten Lebenssituation heraus, mit dezidiert nach außen gerichteten Zielen organisierten, ging es um den Zusammenhang von Sexualität und Herrschaft im Patriarchat. Darum geht es immer noch — und »Ihre Mutter ist übrigens Malerin« könnte im Bemühen helfen, einzelne Punkte in diesem Komplex schärfer und klarer zu sehen.

Die Gespräche sind so, wie sie geführt wurden, im Buch wiedergegeben — ohne Weglassungen oder Zufügungen. Auch die drei Frauen, die die Fragen stellen, antworten ihrerseits auf Fragen. Die Antworten zeigen, daß in den Gesprächssituationen Offenheit, Unmittelbarkeit zum Sprechenkönnen dazugehörte. Die Fragen sind die im Kennenlerngespräch (wenn es intensiver wird) üblichen: zur lesbischen Identität; zur ersten Love-story (»Sobald ich sie sah, fing ich an zu zittern, trotzdem hatte ich Lust, sie zu sehen«, 14); zum Come-out (»Ich denke, mit dem Come-out kommt gleichzeitig das Come-out einer neuen Weiblichkeit«, 260); in bezug auf das den Lesben nachgesagte Rollenklischee »kesser Vater« oder »femmex«, zum Auftreten in der lesbischen Scene, zur Sexualität, zu sexuellen Erfahrungen mit Männern (»Nur wenn ich an jenes erste Mal denke ... es war, ich weiß nicht, als ob ich zum Stempeln gehen würde. Echt belastend, dazu stinklangweilig.«, 91). Aus all dem wird keine Idylle gemacht, und es ist nicht nur der

reinste Leidensweg als Lesbe, der beschrieben wird. Wie auch, wenn das reale Leben der Frauen hinter ihren Aussagen steht und vor ihren Worten männliche Imaginationen von Lesben keinen Platz haben. Die Gespräche spiegeln eigene Erfahrungen ins Hundertfache, was fast an einen gelebten Internationalismus der Lesbenbewegung denken läßt; es sind trotzdem 13mal die verschiedensten Geschichten. Der italienische (wie auch der bundesrepublikanische) Hintergrund der Liebe einer Frau zu Frauen, der Hintergrund der anderen Wirklichkeit, von keinem Mann sich einschränken zu lassen, in ihrer Freiheit keine Beschneidung zu dulden, »der Utopie zumindest ein Stückchen näher zu sein« (298), scheint allerdings unausgesprochen-ausgesprochen das sehnstüchtige Festhalten an der Zweierbeziehung zu sein: Unausgesprochen, indem Mehrfachbeziehungen, zugegebenermaßen ein strapazierter Begriff, nur am Rand als unaufgelöste, mißglückte Versuche (42ff., 304f.) auftauchen. Ausgesprochen andeutungsweise: »Ja, es geht um Macht [im Zusammenhang der eigentlichen Mechanismen einer Zweierbeziehung, G.S.] ... Das läßt sich in einem Satz zusammenfassen, 'Ich könnte nie mit einer x-beliebigen Frau zusammensein'.« (72) Aber mit allen anderen »bumsen« (53). Das heißt, daß die stückweise Realisierung der Utopie der Liebe zu allen Frauen, »unabhängig von den Marktgesetzen, den Jugendlichkeits- und Schönheitsnormen« (174) nach dem Schema geht: Ich liebe alle Frauen, in eine bin ich sehr verliebt (85). Das heißt auch, daß an dem Punkt, wenn »dein gesellschaftlicher Status, den du als Frau immerhin erlangen kannst, mitreinspielt« (71) in die selektiven Auswahlkriterien für die für eine Zweierbeziehung in Frage kommenden Frauen, der Einbruch gesellschaftlicher Normierung, die Übernahme sonst abgelehnter Werte zu verzeichnen ist. Bleibt die Frage, ob die Forderung nach mehr Offenheit, nach dem Abschlichten der heiligen Kuh »Zweierbeziehung« avantgardistisch übertrieben nur ins eigene Fleisch schneidet. — Der Prozeß des Gesprächs zwischen Lesben, zwischen Frauen, den das Buch aufzeigt, war mit dem Druckvorgang beendet. Aber das Buch selbst, ebenso wie sein Herstellungsprozeß, ist verfügbar.

Gerlinde Schmidt (Hamburg)

**Kokula, Ilse: Formen lesbischer Subkultur. Vergesellschaftung und soziale Bewegung.** Verlag Rosa Winkel, Berlin/W. 1983 (166 S., br., 20,- DM)

Der Titel weckte meine Neugier: Die Verwissenschaftlichung lesbischer Lebenspraxis ist bisher kaum geleistet worden, und ich erhoffte mir erste Ansätze einer kulturtheoretischen Einordnung, vielleicht neue Ideen rund um die innerhalb der Frauenbewegung wenig theoretisierten Zusammenhänge von Kultur und Politik, zumindest eine gesellschaftspolitische Einordnung, wie der Untertitel des Buches sie verspricht. Ich stelle meine Erwartungen voran, um für die Leser deutlich zu machen, weshalb ich unzufrieden nach der Lektüre zurückbleibe.

In ihrer Dissertation untersucht Kokula empirisch die Bedingungen für den Zusammenschluß lesbischer Frauen, ihr »Gesellungsverhalten« und dessen Auswirkungen auf ihre Lebenssituation (was an keiner Stelle inhaltlich gefüllt wird). Ihre Studie kreist um drei Gegenstände, die Damenbar, die Clique und die Emanzipationsgruppe als die drei Orte, wo lesbische Frauen sichtbar werden. Informativ finde ich ihren historischen Einstieg über Damenbars, aus dem ich erfahre, daß sie insbesondere in Zeiten scharfer Verfolgung von Homosexualität die Möglichkeit boten, minimale Lesbennetze aufrechtzuerhalten. Ihr Vorhaben einer empirischen Untersuchung wirft das Problem einer dem Gegenstand angemessenen Methode auf. Diese wird jedoch fast nicht thematisiert; auf zwei Seiten erfährt man unter der Überschrift »Feldforschung« lediglich, daß sie die Methode der teilnehmenden Beobachtung und verschiedene Interviewtechniken wählt. Das Material findet sich fast ausschließlich deskriptiv in Form ausführlichster Beschreibungen der Berliner Damenbars (Name, Lage, Ausstattung, Besucherinnenkreis), mechanistisch geschilderter »typischer Abendverläufe«: »In dieser Zeit (23-1 h) verlassen

die frischverliebten, glücklichen Paare, die für eine Stunde in den 'Sub' eintauchen wollten, die Bar. Etwas später verlassen die Paare den Ort, die schon über Jahre hinweg zusammenleben. Sie tun dies oft mit der Bemerkung, der nächste Tag werde anstrengend, und sie müßten ins Bett. Frauen, die sich an dem Abend gefunden haben, verlassen ebenfalls gemeinsam das Lokal.« (27) Dieses Zitat ist in gewisser Weise typisch für große Teile des Buches. Es folgen lange Beschreibungen über die Häufigkeit von Barbesuchen, über die Auswahl der Kundschaft durch die Barfrau und über typische Interaktionsmuster in der Bar. Streckenweise muß Kokula ihr Vorgehen selbst befremdlich vorkommen, denn sie schreibt: »Ich möchte hier auch nicht in den Verdacht geraten, Marktfor-schung für Damenbars zu betreiben; ich will statt dessen Aussagen über das Gesellungs-verhalten von lesbischen Frauen machen.« (40) Das Problem scheint mir daran, daß das Vorfindliche zu nichts in Verhältnis gesetzt wird, weder zu anderen kulturellen Praxen noch zur eigenen Lebenssituation (wie arbeiten, wie wohnen, wie leben sie, wogegen richtet sich vielleicht ihr Widerstand?). Durch das von ihr gewählte Vorgehen verschwimmt ihr der Standpunkt, sie füllt kleine Schubladen mit verschiedenen Typen an, die eine Hilfskonstruktion in gegebener Unordnung sein können, die aber kein besseres Begreifen ermöglichen. Immer unklarer wurde mir ihr Ausgangsanspruch: »so verstehe ich sowohl meine praktische Arbeit als auch diese vorliegende wissenschaftliche Arbeit als Beiträge zum Aufbau einer sozialen Bewegung lesbischer Frauen.« (9) Während ich diesen beim weiteren Lesen nicht aus den Augen lasse, stoße ich auf befremdliche Begrifflichkeiten: »Die Familienorientiertheit der lesbischen Frauen zeigt sich darin, daß sie die Bar als eine Verlängerung des Wohnzimmers, als eine Art zweites Zuhause empfinden.« (42) Familie ist soziologisch immer noch die Anordnung 'Vatermutterkind', und der Wunsch nach sozialer Abgesichertheit müßte notwendig anders begrifflich gefaßt werden, wollen wir nicht das 'Andere' immer am Maßstab 'normaler' heterosexueller Lebensformen messen.

Zur Clique als zweitem Bereich äußert sich Kokula nur kurz und allgemein, da sie diese erst am Ende der Untersuchung entdeckte — die Clique zeichne sich durch homogene Gruppenzusammensetzung nach Alter, Bildung und Lebensstandard aus, und sie bilde das konstituierende Element der lesbischen Gemeinschaft. — Als Beispiele für Emanzi-pationsgruppen wählt sie das Lesbische Aktionszentrum (LAZ) und die Gruppe L 74 aus Berlin. Während sich das LAZ überwiegend aus Studentinnen zusammensetzte und sich um Feminismus- und Separatismusdiskussionen bemühte, an Tribunalen teilnahm, die »Lesbenpresse« herausgab, das alljährliche »Pfingsttreffen« (überregionales Lesben-treffen) einrichtete, eine Beratungsstelle betrieb und dann aufgrund von Gruppenspannungen und fehlender gemeinsamer Perspektive zerbrach, setzte sich die Gruppe L 74, bestehend aus vorwiegend älteren berufstätigen Frauen, bescheidenere Ziele: Briefkontakt mit isolierten lesbischen Frauen und die Herausgabe von »Unsere kleine Zeitung« (ukz) hielten diese Frauen fast zehn Jahre zusammen. — Für beide Gruppen gilt laut Kokula, daß nicht die politische Motivation entscheidend sei, eine solche Gruppe aufzu-suchen. Sondern im Vordergrund stünden Freundinnensuche, Klärung der eigenen Identität und die Aufhebung bestehender Ängste. Wie sie diese Ziele von politischen scheiden möchte, bleibt ungeklärt.

In einem kleinen Exkurs führt Kokula aus, daß es sich um eine Projektion handele, in den Damenbars eine sexualisierte Atmosphäre zu erblicken (ganz im Gegensatz zu vielen anderen Beschreibungen des 'Sub' und auch im Gegensatz zu meinen eigenen Erfahrungen darin). »Das tatsächliche Verhalten ist eher von einer gewissen Prüderie gekennzeichnet. Gruppendynamische Probleme, die vermutlich bei einem Ausleben der sexuellen und erotischen Spannungen entstehen würden, werden kanalisiert, indem die Kommunikation stark ritualisiert ist.« (122)

In ihrem Fazit kommt heraus, daß alle drei Formen ihre Berechtigung haben: Die Da-

menbar stelle einen Zufluchtsort dar, die Clique erleichtere das »Coming-out« und schütze gegen die als feindlich erlebte Umwelt, und die Emanzipationsgruppen versuchten nach außen zu wirken und Ziele der Emanzipation zu formulieren. So bleiben die Leser/innen am Ende mit einer Fülle von Informationen zurück, ohne das es gelang, diese in eine neue Anordnung zu bringen, in der sie veränderndes Denken, quer zu den Alltagsmeinungen und Vorurteilen, anleiten könnten. Sonja Schelper (Hamburg)

## Erziehungswissenschaft

**Jantzen, Wolfgang: Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens.** Deutsches Jugendinstitut, München 1983 (260 S., br., 8,- DM)

Dieses Buch ist ein erster Versuch, die Geschichte des Umgangs mit Behinderten vom frühen Kapitalismus bis zur BRD systematisch und auf historisch-materialistischer Grundlage zu schreiben. Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens ist für Jantzen nicht nur Geschichte der Institutionen, sondern immer zugleich auch Geschichte des darin und darüber herrschenden Denkens, wobei die Darstellung des institutionellen und ideologischen Wandels in eine Skizze materialistischer Geschichtsschreibung eingebettet ist. Jantzen zeigt, warum es nach 1789 nur in Frankreich, nicht aber in Deutschland zu Reformen in Psychiatrie und Behindertenpädagogik gekommen ist. (18) Nach bescheidenen Anfängen in sozialer Medizin erfolgte nach 1848 in Deutschland die Behandlung der »Störungen normaler Reproduktion« zunehmend ohne Blick auf den sozialen Kontext. Die Individuen wurden, sobald sie störten, wofem nicht polizeilich, so doch pädagogisch, psychologisch oder medizinisch behandelt. Ziel dieser Behandlung war die Sicherstellung von Arbeitswillen, Arbeitsdisziplin und Arbeitsfähigkeit des Proletariats. Im Abschnitt »vom Kaiserreich zur BRD« verdeutlicht Jantzen, inwiefern zu Wicherns sozial- und zu Herbarths schulpädagogischem Terror nahtlos die sich als Wissenschaft formierende Psychiatrie paßte. Sie hat ausschließlich ordnungsstaatliche Funktion. Griesingers fortschrittlicher psychiatrischer Ansatz, der in »Elend und Entbehrungen« die »Ursache von Wahnsinn« (40) gesehen hatte, kann sich gegen den aufkommenden Sozialdarwinismus nicht durchsetzen. Überhaupt traten, wie Jantzen in seiner Darstellung der »Ideologieentwicklung im imperialistischen Deutschland« zeigt, nach 1848 an die Stelle des optimistischen Materialismus und der demokratischen und dialektischen Positionen im gesellschaftlichen Denken Skeptizismus und Romantizismus. Die bürgerliche Aufklärung wurde schließlich nach und nach durch aristokratische Irrationalismen wie das Denken Nietzsches und später die »Philosophie des Lebens« ersetzt. Subjektivistisches »Verstehen«, Agnostizismus und Mythologie traten an die Stelle des ehemals vernünftigen Erklärens einer prinzipiell erkennbaren Welt. Jantzen läßt sehen, wie diese »Zerstörung der Vernunft« sowohl im biologistischen Denkmuster des Psychopathiebegriffs als auch in Jaspers' »verstehender Psychiatrie« am Werke ist.

Kraepelin's auch für die Behindertenpädagogik wegweisende Schemata von »Umerziehbarkeit«, (Neurose/Psychopathie) »Bildungsunfähigkeit« (Schwachsinn) und »Unverständlichkeit« (Psychose) sorgen in Fortsetzung dieser Tradition dafür, daß nach ihrem Raster verteilt und beherrscht werden kann, was sich der bürgerlichen Normalität nicht fügt. In diesen Kategorien stellen sich — zunächst nur psychologisiert, später aber biologisiert — jene Zusammenhänge dar, die, ursprünglich der Lebens- und Arbeitssituation geschuldet, nun dem Individuum (bzw. seiner »Rasse«) angelastet werden. Diese Reduktion von Sozialem erst auf Psychisches, dann auf Biologisches begründet auch heute noch, so Jantzen in seiner zentralen These, den weit fortgeschrittenen gesellschaftlichen Ausschluß von Behinderten wesentlich mit.

Psychische Krankheit ist für den Psychiater Kraepelin einerseits biologisches Schick-

sal, »Ergebnis der Keimmischungen«, und läuft als nahezu autonomer Prozeß im Kranken ab, andererseits aber ist »Krankheit« ein »wertender Begriff« für Kraepelin, den er als wertabstinenter Wissenschaftler bezeichnenderweise nicht hinterfragt (82), sondern als Normabweichung pragmatisch aus den vorgegebenen Aufgabenstellungen der Gesellschaft übernimmt. Es geht hierbei um Feststellung der Militärtauglichkeit, Schulfähigkeit etc.

Den »Sozialstaat« der Weimarer »Republik auf Zeit« führt Jantzen als den sozialdemokratisch-revisionistischen Ersatz für den Übergang zum Sozialismus vor. In diesem Rahmen sieht er sowohl Natorps reformistische Ideologie von der Herstellung der neuen Gesellschaft durch Erziehung, als auch viele staatliche Maßnahmen zur Errichtung einer sozialen Infrastruktur. Damals kam es zwar zu einer wahren Hausse von Heilpädagogik und Psychiatrie, andererseits aber konnte sich ein progressiver Ansatz wie der von Hanselmann nicht durchsetzen. Die Ende der zwanziger Jahre einsetzende Ablösung der herbarthianischen Denktradition durch lebensphilosophisch orientierte Vorstellungen in der Hilfsschule führte schließlich dazu, daß Gürtler den drohenden Untergang der Kulturstaaten durch die proletarischen Kulturschädlinge beschwören konnte. 1934 spricht Heinrichs dann davon, daß »das heilerzieherische Gesetz der Seinsbesonderung seine Erfüllung in einer rassenhygienisch konsequenten Sozialpolitik« finden müsse (126).

Was die Neuordnung des deutschen Imperialismus im »völkischen Führerstaat«, was die Erhöhung der Ausbeutung durch Demagogie und Terror und was die faschistische Lösung des »Problems der Volksentartung« für die Behinderten bedeutete, zeigt Jantzen im Kapitel über den Nationalsozialismus. Da galt die Formel: Behindert = arbeitsunfähig, muß vernichtet werden.

Im letzten Teil untersucht Jantzen die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland in der BRD bis heute. Fatal dabei ist, daß in der Person von Villinger, dem Kinder- und Jugendpsychiater — aber nicht ihm allein! — »die Hauptlinien«, die zu Sterilisation und Massenmord geführt haben, »ideologisch wie praktisch in der BRD wieder auftreten« (154). Jantzen nennt es einen »Faschismus in den Köpfen«, der in der bundesrepublikanischen Psychiatrie und Behindertenpädagogik noch stets von »Schulunfähigkeit« oder von »Bildungsunfähigkeit« redet und der Psychochirurgie und Elektroschocks praktiziert, der selektiert und absondert, anstatt zu integrieren. Im Zuge der — mit Hilfe der Alliierten durchgeführten — Restauration kann Stutte nach dem Krieg ungebrochen die Villingersche Tradition fortsetzen und z.B. das Unerziehbarkeitsdogma mit dem biologischen Konzept der Hirnschädigung verbinden. Noch 1958 argumentiert Stutte voll rassistisch (194). Auf der anderen Seite bläst der Existenzphilosoph Moor zum Rückzug aus den sozialen Widersprüchen und modernisiert Bleidick, nach Brezinkas Vorbild, die »Heilpädagogik«, indem er die protofaschistische Lebensphilosophie mit dem antitotalitär-antikommunistischen sogenannten »kritischen Rationalismus« verbindet. Erst in den späten sechziger Jahren kommt es mit dem Verlassen des Kausalprinzips und der Hinwendung zum Finalprinzip zu einer wirklich qualitativen Änderung in der Rehabilitation. Statt am Defekt, wie bisher, orientieren sich manche nun an den Interessen der Behinderten.

Die traditionellen Heilpädagogen haben, schreibt Jantzen, diese Änderungen gemäß ihren Dogmen der Unerziehbarkeit, Unverständlichkeit und Bildungsunfähigkeit und der damit notwendig verbundenen Isolation bis aufs Messer bekämpft. Zu einem großen Rückfall kam es, als in Niedersachsen die Schulpflicht der geistig behinderten Kinder durch den Zwang zum Besuch einer Tagesbildungsstätte ersetzt wurde. Noch immer existiert keine hinreichende statistische Erfassung der Behinderten und sind dementsprechend die Rehabilitationseinrichtungen unzureichend. Noch immer existieren kaum integrierte Kindergärten. Von der einzig wirksamen primären Prävention, der Vermeidung von Schäden in ihrem Entstehungskontext, kann gegenwärtig nicht die Rede sein. Wirk-

same Strukturveränderungen und wirksame Befugnisse für primäre Prävention, wie im italienischen Gesundheitsgesetz von 1978, wurden nicht erreicht. Die Grundlage für wirksame Lösungen steht Jantzen nur »jenseits der praktizierten Wirtschaftspolitik« (188).

Ein Ausblick auf die Erfahrungen des nichtsozialistischen Auslandes zeigt am Ende des Buches, was auch bei uns möglich wäre, wenn die Behinderten nicht länger isoliert, sondern integriert würden. Trotz der offenbar nicht erfolgten Fahnenkorrektur ist das Büchlein eine ermutigende und stimulierende Lektüre. Hansmartin Kuhn (Amsterdam)

**Nevermann, Knut: Der Schulleiter.** Juristische und historische Aspekte zum Verhältnis von Bürokratie und Pädagogik (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung). Klett-Cotta, Stuttgart 1982 (314 S., Ln., 96,- DM)

Zentrale These ist die Annahme einer Dialektik des Fortschritts, in der sich Demokratisierung und Bürokratisierung aneinander abarbeiten. Gegen die Kritik an der bürokratischen Gängelung pädagogischen Handelns formuliert Nevermann: »Erst die Bürokratisierung schafft zugleich die Voraussetzungen für eine Pädagogisierung im Sinne einer fachlichen Qualifizierung von Schule und Unterricht« (276). Sein Beispiel ist der Schulleiter im Elementarschulwesen: Während für das höhere Schulwesen das Rektorat bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgesetzt wurde, der Rektor als Lokalaufsicht fungierte, die einem Provinzialschulkollegium verantwortlich war, verblieb die Verwaltung des Elementarschulwesens in den Händen der Bezirksregierung, für die am Schulort ein Schulvorstand die Aufsicht führte, innerhalb dessen der Prediger über den »inneren Ablauf« des Unterrichts wachte. Der Elementarschullehrer hatte weder das (durch Bürokratisierung des Prüfungswesens erreichte) Ansehen der Lehrer des höheren Schulwesens noch deren gesichertes Einkommen; darüber hinaus unterlag er der Aufsicht eines »fachfremden« Predigers. Einen wichtigen Einschnitt in diesem Zusammenhang bezeichnet das Schulaufsichtsgesetz von 1872, das aus politischen Gründen (der Kolonisierung polnischer Gebiete, deren Widerstand über den katholischen Glauben vermittelt war) die institutionelle Verknüpfung von Pfarrerstellung und Schulaufsicht löste (90). Die politische Instrumentalisierung der geistlichen Schulaufsicht zu Kontrollzwecken (62) reichte vor dem Hintergrund des »Kulturkampfes« nicht mehr aus: der Entpolitisierung der Kirche entsprach die Möglichkeit zur Pädagogisierung der Schule (59). Dem kam entgegen die Herausbildung des »Volksschullehrerstandes«, die sich 1871 in der Gründung des Deutschen Lehrervereins und im Anwachsen der Lehrerseminare manifestierte. Das Gesetz von 1872 war nicht aus pädagogischen Gründen erlassen worden: dies zeigte sich schon in der Neubesetzung von Schulaufsichtsstellen mit beliebigen (»unqualifizierten«) Vertretern (93), die von seiten des Lehrervereins zur Forderung nach einer fachlichen Schulaufsicht, dem Rektorat, führte (95, 104).

Wenn auch ab 1877 die Leiter größerer Gemeindeschulen den Titel »Rektor« führen durften sowie die lokale Schulaufsicht innehatten, so wird doch die Position und Kompetenz des Schulleiters erst 1908 verbindlich geregelt. Begleitet wurde diese Regelung von heftigen Auseinandersetzungen, die durch die Spaltung des Deutschen Lehrervereins in Rektoren- und Klassenlehrerverein institutionell verankert wurde. Diese Auseinandersetzung richtete sich auf die Kompetenzen des Schulleiters: ob eine Rektorenprüfung notwendig sei, die diesem als Standesmerkmal Abgrenzung erlaube, um wieviel höher sein Gehalt zu sein habe, ob die Lehrer eine Möglichkeit zur Mitbestimmung/Wahl bei der Besetzung der Schulleiterstelle haben sollten, waren wichtige Fragen. Vor allem aber zwei Rechte, die das Abhängigkeitsverhältnis deutlich werden ließen, bildeten den Mittelpunkt des Streites: die Frage, ob die Lehrerkonferenz verbindliche Entscheidungen für die Arbeit des Rektors treffen darf bzw. inwieweit sie nur beratend tätig ist oder dem Rektor ein Beanstandungsrecht eingeräumt wird (131), sowie die Problematik des Un-

terrichtsbesuchsrechts und des Aufsichtsrechts des Rektors über das Verhalten des Lehrers auch außerhalb des Unterrichts (140ff.). Durchgesetzt wurde die Stellung des Rektors als Schulleiter und unmittelbarer Vorgesetzter des Lehrers — allerdings ohne Disziplinarbefugnis: eingeräumt wurde ihm das Aufsichtsrecht über das außerdienstliche Verhalten des Lehrers und das Beanstandungsrecht bei Konferenzbeschlüssen. Eine Änderung dieser Grundlage durch die Einführung einer kollegialen Schulverwaltung ohne Beanstandungsrecht des Rektors (1919) wurde mit dem Faschismus wieder rückgängig gemacht zugunsten einer autoritären Lösung.

Die Regelungen nach dem Zweiten Weltkrieg knüpften zwar zum einen an die kollegiale Schulverwaltung in der Weimarer Republik an, führten aber das Beanstandungsrecht des Rektors wieder ein und gewährten sein Recht auf Unterrichtsbesuch. Der Schulleiter als Instanz der Schulaufsicht ist in seiner Vorgesetzeneigenschaft heute nicht mehr umstritten (254). Die Reformversuche der 70er Jahre kreisen um eine Reduktion der Fachaufsicht (Beurteilungskompetenz der pädagogischen Aspekte des Unterrichts) auf eine bloße Rechtsaufsicht (Kontrolle der Einhaltung von Rechtsvorschriften) (234), die in den Bundesländern unterschiedlich konsequent verwirklicht wurde (246).

Die Tendenz einer zunehmenden Verrechtlichung innerhalb des Bildungswesens beurteilt Nevermann positiv: zwar werde durch sie das Abhängigkeitsverhältnis nicht abgebaut, wohl aber Rechte für beide Seiten formuliert, die das Verhältnis berechenbar machen (286). Diese Beurteilung ist allerdings nur Ausdruck der unterstellten Einheit des irreversiblen Prozesses, in dem Bürokratisierung und Pädagogisierung als Momente eines »ambivalenten Rationalisierungsprozesses« (291) gedacht werden. Eine solche Beurteilung ist letztlich nur funktional: sie gibt keine Kriterien dafür an, was an Praxisformen im Kontext von Bürokratisierung und Pädagogisierung (der fachlichen Qualifizierung von Pädagogen als Voraussetzung ihrer anerkannten Autonomie) möglich und vertretbar wäre. Daß Bürokratisierung und Pädagogisierung Momente eines Rationalisierungsprozesses sind — diese These enthebt noch nicht der (interessenpolitischen) Frage nach der Qualität dieses Prozesses.

Alfred Schäfer (Köln)

**Zimmer, Gerhard (Hrsg.): Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter. Gefährdung und Prävention.** Campus Verlag, Frankfurt/M. 1981 (428 S., br., 48,- DM) Der Sammelband enthält Kongreßmaterialien zu »Entwicklung und Gesundheitsgefährdungen von Kindern und Jugendlichen in Familie, Kindergarten und Schule — Möglichkeiten der Prävention«. 44 Autor(inn)en verschiedener Fachrichtungen und unterschiedlicher wissenschaftstheoretischer Konzeptionen beschäftigen sich in theoretischen Beiträgen und Berichten aus praktischen Einrichtungen mit dem Problem der Definition »psychischer Gesundheit«, Konzepten zu Gesundheitsforschung, Gesundheitsgefährdungen in Institutionen, einer Reihe praktischer Modelle präventiver Arbeit, der Prävention und Diagnose von Verhaltensauffälligkeiten und schließlich dem Präventionsziel: der gesunden Persönlichkeitsentwicklung. Ein Exkurs zur Geschichte der »Schulstreß«-Diskussion bietet einen informativen Überblick. Alle Autor(inn)en sind sich über die Notwendigkeit interdisziplinärer Zusammenarbeit in diesem Problemfeld einig und stellen mit diesem Buch ihre ersten Diskussionsergebnisse vor.

*Zimmer* führt einleitend eine Reihe von Daten an, die darauf hinweisen, daß in den letzten Jahren gravierende Veränderungen in den sozialen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in Familie, Kindergarten und Schule stattgefunden haben. Die Argumente in der Diskussion sind häufig von bildungs- und gesellschaftspolitischen Sonderinteressen und Ideologien bestimmt und selten wissenschaftlich fundiert; sie sind Ausdruck des Kampfes um Reformen von Bildung und Erziehung. Nun genügt es nicht, Meinung und Bekenntnis durch sachliche Wissenschaftlichkeit zu ersetzen — die Wissenschaft muß vielmehr einen neuen, »praktisch interessierten Stand-

punkt« entwickeln, »der die Individuen kompetent machen will, ihre 'gesunde' Persönlichkeitsentwicklung in die eigenen Hände zu nehmen« (9). Zimmer wendet sich dagegen, Probleme in der Schule unter der Frage nach der »Beanspruchung von Schülern« zu betrachten, da die Schüler selber »aktiv handelnde Subjekte« sind. Es ist das unbestreitbare Verdienst der »Beanspruchungs«-Untersuchungen, nach dem Zusammenhang von den wirklichen Vorgängen in den Schülern und den Bedingungen, unter denen sie lernen, zu fragen; dennoch liegt ihnen immer noch ein Reiz-Organismus-Reaktions-Modell zugrunde, das es zu überwinden gelte (21).

*Holzkamp* diskutiert das Problem des Verhältnisses von normgerechtem Verhalten und individueller subjektiver Befindlichkeit und erklärt, daß eine »normale« Entwicklung gleichzeitig eine subjektive Fehlentwicklung sein kann, »nämlich dann, wenn dabei 'durchschnittliche' Anforderungen erfüllt werden, die eine gemeinsame Verfügung über die eigenen Angelegenheiten behindern oder sogar aktiv einschränken und damit dem je eigenen Lebens- und Entwicklungsinteresse widersprechen« (31). Entwicklung kann gesund und in höherem Sinne »normal« sein, wenn sie sich gegen herrschende Durchschnittsnormen wendet.

*Jantzen* bearbeitet den Beitrag der Psychopathologie zur Problembewältigung und beabsichtigt, eine »theoretische Perspektive (zu entwickeln, T.F.), die biologische, soziale und psychische Determinationsprozesse in ihrer Wechselwirkung adäquat abzubilden vermag« (43), wobei eine solche Betrachtungsweise tätigkeitsbezogen zu erfolgen hat. Er knüpft mit seiner Argumentation an den Ergebnissen der kulturhistorischen Schule der Sowjetunion an. Er kritisiert, daß die Psychiatrie »häufig noch nicht einmal auf der Ebene der biologischen Gattungsparameter arbeitet, sondern ungebrochen einen gesellschaftlich-polizeistaatlich-ordnungsrechtlichen Begriff der Normalität praktiziert und definitorisch weitergibt« (59).

In den Beiträgen aus dem Legasthenie-Zentrum (West-Berlin) wird ein praktisches Modell präventiver psychosozialer Versorgungsarbeit vorgestellt, in dem seit über zehn Jahren eine interdisziplinäre inhaltliche Kooperation in Praxis und Forschung erfolgt. *Wilkening* stellt fest, daß die bisherige staatliche Gesundheitserziehung und -aufklärung bisher so wenig erfolgreich war, weil sie von den konkreten Lebensrealitäten der Bevölkerung, für die er einige Beispiele anführt, abgesehen hat. Ein großer Teil der weiteren Beiträge beschäftigt sich mit einer Vielzahl einzelner eng umgrenzter Fragestellungen, wie den curricularen Anforderungen an Schüler, psychosozialen Beeinträchtigungen durch Bezugsgruppeneffekte oder bestimmten familiären Anforderungen, die im Widerspruch zur Sozialisation in der Schule stehen. Es werden die Ergebnisse vieler empirischer Untersuchungen dargestellt, wie z.B. die der Konstanzer über Verbreitung und Bedingungen psychischer Risikofaktoren.

*Zimmer* kommt im abschließenden Teil, in dem die Gesamtproblematik aufgegriffen wird, zu dem Ergebnis, daß die Theorien über Entwicklungsprozesse und ihre Störungen zwar Entwicklungsperspektiven erkennen lassen, sich daraus aber kein präventiv eingreifendes, veränderndes Handeln ableiten läßt. »Dazu bedarf es einer Theorie der konstruktiven Veränderung der natürlichen und sozialen Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen im Schulalter und deren Bedeutung für ihre subjektive Entwicklung« (364). Entwicklung von Lebensperspektiven, einige Bedingungen sinnvollen Lernens, Familie, Sexualität und Wohnumwelt sind Bereiche, in denen er schlaglichtartig »Momente gesunder Persönlichkeitsentwicklung im Schulalter« beschreibt. Der übersichtlich gegliederte Sammelband bietet durch seine Vielfältigkeit und die umfangreiche Literaturliste für alle Beiträge am Ende des Buches eine wichtige Orientierungshilfe in diesem Forschungsgebiet.

Thomas Fabian (Bremen)

## Medizin

**McKeown, Thomas: Die Bedeutung der Medizin.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1982 (268 S., br., 14,- DM)

McKeown stellt die grundsätzliche Frage nach den Determinanten menschlicher Gesundheit, entwickelt dazu eine operationale Klassifikation der Krankheiten in genetisch determinierte und solche, die sich unter bestimmten — pränatal oder postnatal einwirkenden — Umweltbedingungen manifestieren, und analysiert anhand des vorhandenen Datenmaterials der Todesursachenstatistiken historisch die Sterblichkeitsentwicklung bezogen auf einzelne Krankheitskategorien. Diese detaillierte Analyse vor dem Hintergrund der historischen sozioökonomischen Entwicklung Europas stellt mit Bezug auf die Verbesserung der Gesundheit zwischen dem 18. und dem 20. Jahrhundert drei wesentliche Gruppen von Einflußfaktoren heraus: ernährungsbedingte (landwirtschaftlich-technische Revolution), umweltbedingte (Wasser- und Nahrungshygiene) und verhaltensbedingte (Veränderung des Reproduktionsverhaltens). Die Verbesserung der Gesundheit der europäischen Bevölkerung in diesen vergangenen drei Jahrhunderten drückt sich in erster Linie in einer Verminderung der Sterblichkeit an Infektionskrankheiten aus, wozu die medizinische Behandlung keinen nennenswerten Beitrag lieferte. Und zwar zeigt McKeown, daß alle bedeutenden medizinischen Behandlungsverfahren (Antibiotika, Impfungen etc.) zum ganz überwiegenden Teil eingeführt wurden, als das volksgesundheitliche Problem der jeweiligen Infektionskrankheit schon nicht mehr bestand, d.h. die Sterblichkeit zum ganz überwiegenden Teil schon vorher zurückgegangen war. Diese gut dokumentierte epidemiologische Analyse der Krankheitsursachen und der Einflüsse, die zum Sterblichkeitsrückgang bei Infektionskrankheiten führten, sowie der heutigen Determinanten der Gesundheit nach Rückgang der Infektionskrankheiten umfassen die ersten zwei Teile des Buches. Der dritte Teil zieht daraus die wissenschaftlich begründeten Konsequenzen für die medizinische Versorgung. Das Buch ist ein fundierter Beitrag zur Kritik der Entwicklungsrichtung unserer Medizin. McKeown gewichtet die Einflüsse auf die unbestreitbare Verbesserung der Gesundheit im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte. Daß diese Einflüsse im wesentlichen unabhängig von der Medizin waren, veranlaßt ihn weder zu der Folgerung, daß die Maßnahmen der naturwissenschaftlich begründeten Medizin unwichtig, noch daß sie unwirksam wären, wie in den Fehlschlüssen populärer Medizinkritiker so häufig behauptet wurde. Der Nachweis, daß der Großteil des Sterblichkeitsrückgangs an den verbreiteten Infektionskrankheiten vor Einführung wirksamer medizinischer Interventionstechniken stattfand, schmälert deren Bedeutung im Einzelfall so wenig, wie die Anwendung einer kausal unwirksamen Behandlungstechnik der Bedeutung der Behandlung im Prozeß von Kranksein und Heilung Abbruch tut. Und medizinische Behandlung im Notfall, als Mittel zur Symptomlinderung und im Rahmen der Pflege, ist für die wenigsten Menschen verzichtbar. Sie dient der Verbesserung der Lebensqualität, ob sie einen Beitrag zur Lebensverlängerung leistet oder nicht.

Für McKeown ist der Aufgabenbereich der Medizin aber nicht auf Behandlung reduziert. Er kritisiert den engen Horizont klinischer Forschung, die Krankheitsmechanismen im Detail untersucht, ohne die Krankheitsursachen zu erkennen. Die Ausbildung der Studenten wird dadurch fehlgesteuert, und die Verteilung der vorhandenen Ressourcen im Gesundheitswesen erfolgt nach falschen Kriterien. Nach wie vor werden medizinische Ausbildung und Forschung bestimmt von dem Glauben, Verbesserungen der Gesundheit hingen vom detaillierten Wissen über den Körper und seine Krankheiten ab. Waren nach McKeowns Erkenntnissen in der Vergangenheit die wichtigsten Einflüsse auf die Gesundheit, Ernährung, Umwelt und Verhalten, so hängt die Verbesserung der Volksgesundheit auch in der Zukunft eher von einer Veränderung der Bedingungen, die

zu Krankheit führen, ab als von einer Intervention in die Krankheitsmechanismen. Die Konsequenzen für die Medizin als Institution mit ihren personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Diensten resultieren aus dem Überdenken des Gesamtzusammenhangs: Verlagerung von Ressourcen aus dem aufgeblähten Bereich der Akutversorgung auf die vernachlässigten Bereiche der Gesundheitserziehung, der Versorgung chronisch Kranker, psychisch Kranker, Behinderter und der Alten; Überprüfung der Standards, der Wirksamkeit und der Effizienz medizinischer Maßnahmen; Rückvermittlung dieser Neuorientierung in die Praxis von Forschung und Ausbildung, inclusive der Überprüfung der Beziehung zwischen Ärzten und anderen Berufsgruppen innerhalb der Gesundheitsdienste.

Die Schwäche der Analyse liegt in der Unterbewertung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Gesundheit. Diese werden nur bezüglich ernährungsbedingter (Hunger) und umweltbedingter Faktoren (schichtspezifische Morbidität) deutlich gemacht. Ihr Einfluß auch auf verhaltensbedingte Gesundheitsdeterminanten kommt nur implizit zum Ausdruck. Sind die wichtigen verhaltensbedingten Einflüsse auf die Gesundheit (Rauchen, Übergewicht, Bewegungsmangel) lediglich eine Frage individuellen Lebensstils, oder sind sie nicht auch soziokulturell bedingt, Ausdruck gesellschaftlicher Einflüsse und darin wirkender ökonomischer Interessen? Ist die Ressourcenverteilung innerhalb der Einzelbereiche des Medizinsystems nur Ausdruck einer falschen Medizinkonzeption, oder ist diese nicht auch das Resultat der mächtigen Interessen der entstandenen Gesundheitsindustrie (Medizintechnik und Pharmaindustrie)? Lassen sich diese ökonomischen Einflußfaktoren auf die Organisationsform des Gesundheitssystems durch reines Überdenken des Gesamtzusammenhangs beseitigen? Auch die Gesundheitsbeeinträchtigung durch die ökologischen Auswirkungen der nur am Profit orientierten industriellen Entwicklung (Luftverschmutzung, Gefährdung am Arbeitsplatz) werden nicht erwähnt. — In einem entsprechend McKeowns Schlußfolgerungen reorganisierten Medizinsystem würde allerdings der Charakter der angesprochenen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen als negativer Einfluß auf die Volksgesundheit unverhüllt zutage treten.

Wolfgang Bichmann (Heidelberg)

**Wambach, Manfred M. (Hrsg.): Der Mensch als Risiko.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (286 S., br., 14,- DM)

Das Buch handelt hauptsächlich von der Prävention in bezug auf Krankheiten, schließt aber andere sozialpathologische Phänomene (Kriminalität) ein. Den 16 Autoren geht es darum, die »Logik von Prävention und Früherkennung im Fokus des Risikobegriffs zu erfassen« (7), wobei »fachspezifische Streitigkeiten weniger interessieren und die praktischen Vorbeuge- und Vorsorgemaßnahmen völlig aus der Diskussion ausgeklammert sind« (9). Einzelne Krankheiten kommen daher (mit Recht?) nicht vor; es sei denn als psychiatrische Krankheiten im allgemeinen, die gesondert abgehandelt werden. Der Herausgeber schreibt in der Einleitung, daß künftig die beste Form von Prävention die sein wird, vor Prävention zu warnen, so würde der treffendste Untertitel des Buches lauten: **Vorsicht Prävention!**

Damit reiht sich der Band in die Illich-Nachfolge ein, bzw. er spezifiziert das Kapitel vom präventiven Stigma der medizinischen Nemesis. Vor Prävention zu warnen, dies bedeutet gesundheitspolitisch und ideologisch eine radikale Kehrtwende, war doch bisher die Forderung nach (mehr) Prävention — statt Kuration — wesentlicher Inhalt kritischer und fortschrittlicher Medizin. Die meisten Beiträge wenden sich gegen die Prävention von oben (also gegen das alte Konzept der medizinischen Polizei von J.P. Frank oder auch gegen die Heroldsche Rasterfahndung als Modell für das Gesundheitswesen). Die professionelle Medizin und das Krankenversicherungssystem erscheinen ihnen als

wichtige Komplizen zur Errichtung einer Herrschaft, die nicht mehr mit den Mitteln der Eugenik, dafür aber mit denen von Selektion und Risikobestimmung den totalen Präventionsstaat zur Folge hätte.

Das Individuum vor dem Zugriff durch das Herrschaftssystem schützen und eher auf die Politik der Selbstorganisation bauen: Auf diese fortschrittliche Utopie gründen die Autoren ihre Hoffnung. Es ist daher schwer zu verstehen, warum ihnen in der praktischen Ausführung genau das Gegenteil gelingt: nämlich zu Protagonisten konservativer Ideologie in fortschrittlichen Kleidern zu werden; aber konservative Ideologie muß in diesem Fall hinterlistig sich einschleichen, sogar so hinterlistig, daß der Vorwurf des Konservatismus in den Ohren der Autoren sicher ungeheuerlich klingt, weil doch das Gegenteil gemeint war. Um die Problematik zu verstehen, muß kurz auf die gesellschaftstheoretische Basis des Buches eingegangen werden. Diese ist schwer zu definieren, bzw. sie besteht mehr in einem nicht expliziten Gefühl, das »gute« Individuum gegen die »böse« Gesellschaft zu setzen. Da auf der einen Seite die technisch-professionellen Probleme der Prävention nicht behandelt werden und auf der anderen Seite die notwendige Vergesellschaftung der Individuen in ihrer historisch-politischen Konkretheit nicht thematisiert wird, bleiben die Beiträge (vor allem der deutschen Autoren) in einer oft schon fast komischen Mischung aus Alltagsdenken und Theoriebruchstücken stecken. Schülein schreibt z.B. in dem einleitenden Beitrag über Prävention im allgemeinsten, nämlich Prävention als bewußtes Handeln von Individuen und Gesellschaften. Da der Autor sich erst einmal zum Brockhaus begeben mußte, beginnt er entsprechend: »Wirft man einen Blick in das Lexikon, um sich über den offiziellen Sprachgebrauch des Begriffes zu informieren, so findet man ...«; und dann später: »Wenn ich das erreichen will, was ich mir vorgenommen habe, und wenn ich verhindern will, daß dadurch unerwünschte Folgeprobleme auftreten, muß ich zu entsprechenden Präventionen greifen [es geht um das Planen einer Reise]. Ohne eine soziale Bezugsgruppe habe ich wenig Chancen, jemanden zu finden, der mitfährt oder auf die Blumen aufpaßt. Und ohne entsprechende Institutionen wird aus meiner Reise nichts, genauer: ich käme überhaupt nicht auf die Idee, zu verreisen. Zu Fuß wäre es doch zu weit nach Griechenland, vor allem, wenn man einiges Gepäck dabei hat ... Der Linienflug nach Athen wird nicht extra für mich veranstaltet. Ich kann lediglich nutzen, was gesellschaftlich an Prävention geleistet wird, um potentiellen Benutzern ein Angebot zu machen. Und diejenigen, die sie treffen, tun dies kaum, um mir einen schönen Urlaub zu ermöglichen, sondern eher, um daran zu verdienen«. So geht das über mehrere Seiten. Wenn die Präventionsproblematik als bewußtes Handeln von Individuen und Gesellschaft thematisiert wird, weitet sich der Gegenstand auf die allgemeine Frage nach den Bestimmungen individuellen und gesellschaftlichen Handelns aus. Ohne Konkretisierung und Bezugnahme auf spezifische Theoriebildung bleibt die Analyse hoffnungslos stecken, wie es das Zitat — auf die Spitze getrieben — zeigt. Viele Beiträge setzen die notwendige Vergesellschaftung der Individuen und den Herrschaftsaspekt z.B. staatlicher Politik in eins. Da die jeweilige politische Dimension nicht thematisiert wird, bleibt in einem Zusammenhang, was doch kaum etwas miteinander zu tun hat. Der repressive Charakter von polizeilichen Maßnahmen erscheint als das gleiche Phänomen wie der monatliche Beitrag zur Krankenversicherung. Wenn Wambach schreibt: »In einer Gesellschaft von Pflichtversicherten entgeht niemand dem Zwang zur Anpassung an das gesetzte Mittelmaß« (217), aber unerwähnt läßt, daß die Katastrophe individueller Krankheit erst durch die Krankenversicherung finanziell zu bewältigen ist, so geraten solche Aussagen ideologisch und praktisch in die Nähe zu konservativsten Konzeptionen (philosophisch: des autonomen Individuums und praktisch: der Abschaffung der Krankenversicherung), daß sie davon kaum noch unterscheidbar sind. Der Angst der Autoren vor einem medizinischen Polizeistaat wird wohl von niemandem widersprochen werden. Was somit im allgemeinen banal ist, müßte daher auf

der konkreten Ebene in gesellschaftlichen Teilbereichen untersucht werden. Bei der Unterentwicklung sozialmedizinischer Praxis und Konzepte in der Bundesrepublik fällt dies natürlich schwer, und die Autoren geraten in Beweisnot, die auch durch einige beschwörende Zitate aus der Frankfurter Rundschau nicht gelöst werden kann. Begibt man sich nämlich konkret in die gesundheitspolitischen Auseinandersetzungen z.B. über Krebsregister, so wird das vorgeführte Schema in seiner Dürftigkeit überdeutlich. Staatlich organisierte Präventionen im Gesundheitswesen (z.B. Lebensmittelkontrolle, Umweltkontrolle, Gurte im Auto) sind eben nicht Vorboten der Apokalypse, und die bloße Verteufelung solcher Maßnahmen ist naiv.

Auch auf dem Gebiet der verhaltensbedingten Prävention wird auf einer anderen Ebene nicht besser vorgegangen. Wenzel möchte sich von denen abgrenzen, die unter Lebensstil ganz einfach Rauchen, Trinken, Essen, Sport, Freizeit und ähnliches verstehen. Er schreibt: »Ich schlage demgegenüber vor, daß unter Lebensstil das Ensemble normativer Orientierung und Handlungsstrukturen verstanden wird, das im Zuge von biographisch strukturierten Sozialisationsprozessen als Auseinandersetzung zwischen Subjekt und gesellschaftlich/natürlicher Umwelt entsteht; Lebensstile beschreiben Handlungschancen und -potentiale auf der strategischen Ebene und sind auf der subjektiven Ebene Ausdruck von Motivationskonstellationen ...« Ich weiß beim besten Willen nicht, wem solches Soziologie-Kauderwelsch helfen soll. Der Wissenschaft? Den Betroffenen? Der Band enthält einige Beiträge, denen diese Kritik Unrecht tut, z.B. zur Problematik von Prävention als Alibi in der Krise (Italien) von Battiston u.a., zur aktuellen Präventionsdebatte und Politik in den USA von Taylor und einen analytisch-durchdachten Beitrag von Castel zum Objekt von Prävention zwischen Individuum und Population.

Dieter Borgers (Berlin/West)

**Kühn, Hagen: Betriebliche Arbeitsschutzpolitik und Interessenvertretung der Beschäftigten.** Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1982, (184 S., br., 34,- DM)

Die Arbeitsbedingungen haben wesentlichen Anteil an der Verursachung von Krankheit und Tod. Von dieser Erkenntnis geleitet, setzten die Gewerkschaften zu Beginn der 70er Jahre große Hoffnungen in die gesetzliche Normierung des betrieblichen Arbeitsschutzes. Das in der Phase sozialdemokratischer Reformpolitik im Dezember 1973 verabschiedete Arbeitssicherheitsgesetz sieht die Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit vor, die entsprechende Arbeitsschutzvorschriften durchsetzen und »gesicherte arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Erkenntnisse zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung« verwirklichen sollen. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird gesetzlich vorgeschrieben. Schon bald nach Verabschiedung des Gesetzes zeigte sich, daß die Bestellung von Ärzten und Ingenieuren speziell für diese Aufgabe nicht ohne weiteres zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsschutzsituation in den Betrieben führen werde. Die Rolle der Belegschaft und betrieblicher Interessenvertretung trat so erneut in den Mittelpunkt des Interesses.

F. Hauß, H. Kühn und R. Rosenbrock führten 1979 eine empirische Untersuchung zur betrieblichen Arbeitsschutzpolitik durch, die sich detailliert mit ihrer Entwicklung und ihren Möglichkeiten als präventivmedizinischem Ansatz befaßt. Die Auswertung einer Befragung von 1400 Lehrgangsteilnehmern gewerkschaftlicher Seminare aus ca. 380 Betrieben liegt in drei Monographien vor. Der hier besprochene Band von H. Kühn konzentriert sich auf das individuelle Arbeitsschutzverhalten der Beschäftigten, die Arbeitsschutzfähigkeit gewerkschaftlicher Vertrauensleute, die von Betriebsräten initiierten Arbeitsschutzmaßnahmen, die Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Arbeitssicherheitsgesetz und die Zusammenarbeit der Interessenvertreter mit den professionellen Arbeitsschutzexperten im Betrieb.

Nach wie vor werden von den Beschäftigten — aber auch von ihren gewählten Interessenvertretern — Gesundheitsprobleme im Betrieb überwiegend als Probleme individueller Einstellung und Verhaltens angesehen, weniger dagegen als Problem der betrieblichen Arbeitsbedingungen. Deutlich wird diese Tendenz zur Individualisierung z.B. darin, daß Verhaltensfehler und Leichtsinn für einen großen Teil der Arbeitsunfälle verantwortlich gemacht werden. Probleme von Schutzkleidung und persönlichen Körperschutzmitteln machen daher einen überproportional wichtigen Anteil an den betrieblichen Arbeitsschutzaktivitäten aus. Darüber hinaus wird präventives Arbeitsschutzhandeln auch durch den Konflikt zwischen der Verbesserung von Arbeitsbedingungen und dem finanziellen Verlust durch den Wegfall von Erschwerniszulagen beständig behindert.

Die Untersuchung kommt jedoch nicht zu dem Schluß, daß von den betrieblichen Interessenvertretern keine wirksame Arbeitsschutzpolitik betrieben werde. Die Analyse von betrieblichen Vereinbarungen und Initiativen zeigt ein breit gefächertes Spektrum konkreter Arbeitsschutzmaßnahmen. Allerdings wird gerade von in diesem Bereich aktiven Interessenvertretungen die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften (z.B. der Unfallverhütungsvorschriften) mit der Vertretung der Gesundheitsinteressen der Belegschaft gleichgesetzt. Zweifellos leistet diese Strategie einen wichtigen Beitrag zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten, sie verengt aber gleichzeitig das Handlungsfeld auf den Ausschnitt der anerkannten arbeitsbedingten Krankheiten, so wie sie heute der Definition der etablierten Arbeitsmedizin entsprechen. Dieser auf Vorschriften und Experten fixierte Typ der Interessenvertretung im Betrieb erscheint als Hemmnis einer breiteren, von den Belegschaften getragenen Arbeitsschutzpolitik, die über den — durchaus in vielen Betrieben noch nicht umgesetzten — heutigen Stand der Normierung hinausweist.

Der Betriebsrat scheint mit einer umfassenden Wahrnehmung der Gesundheitsinteressen kapazitätsmäßig überfordert zu sein. Ausgehend von diesem Untersuchungsergebnis, wird vorgeschlagen, unterhalb der Betriebsratsebene in den Abteilungen und Arbeitsgruppen Vertretungsstrukturen zu entwickeln oder die teilweise bereits vorhandenen Vertrauensleute verstärkt für diese Aufgabe zu mobilisieren. Im Gegensatz zu den Expertengremien sollte ihre Aufgabe darin bestehen, individuell wahrgenommene Gesundheitsprobleme zu registrieren und daraus Ziele betrieblicher Interessenpolitik zu formulieren.

Der Wert der vorliegenden Untersuchung besteht neben der Darstellung des Funktionierens betrieblicher Arbeitsschutzpolitik im Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen vor allem in der Fülle des dargestellten Materials zu den Auffassungen der Beteiligten und zu konkreten Arbeitsschutzproblemen. Der Interessierte aus der Praxis wird sich Anregungen zur Lösung von Arbeitsschutzproblemen allerdings aus dem Text punktuell herausuchen müssen, leitendes Motiv der Darstellung ist nämlich die Analyse der Strukturen des betrieblichen Arbeitsschutzsystems. Trotz dieser Einschränkung ein Buch, das zur Pflichtlektüre des in der Praxis stehenden und angehenden Arbeitsschutzexperten gehört. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine auf allgemeinverständlichem Niveau formulierte Fassung der vorliegenden Ergebnisse, die in der Weiterbildung von Vertrauensleuten und Betriebsräten Verwendung finden könnte.

Claus Garbe (Berlin/West)

## Geschichte

**Nolte, Hans-Heinrich: Die eine Welt.** Abriß der Geschichte des internationalen Systems. Fackelträger-Verlag, Hannover 1982 (168 S., br., 15,- DM)

Angesichts einer drohenden weltweiten Katastrophe durch Krieg oder Umweltbelastung müsse so schnell wie möglich mit Verhandlungen über einen föderalistischen Weltstaat mit Minderheitenschutz begonnen werden. Dies ist Noltés Fazit aus seinem Abriß der Geschichte des Weltsystems, seine Schlußfolgerung für das politische Handeln, wenn jenes System noch weiter bestehen solle. Mit großem Engagement geschrieben, wirkt dieses Buch außerordentlich anregend. Nolte will »die Entstehung von Zentrum, Gegenzentrum und Peripherie erklären und die Rolle von Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus in diesem System aufzeigen« (7). Nicht die Details interessieren ihn, sondern die großen Linien, er versucht einen »Durchblick« zu erzielen. Zustatten kommt ihm, daß er seine Beispiele, mit denen er seine Thesen erläutert, häufig aus seinem engeren Arbeitsbereich, der osteuropäischen Geschichte, wählen kann: Osteuropa steht zwischen Zentrum und Peripherie, von dort aus kann beides samt vielfältigen Zwischenstufen besonders gut beleuchtet werden. Beeinflußt von Immanuel Wallersteins Theorie, hält Nolte eine mehr oder weniger gesetzmäßige Abfolge von Produktionsweisen und gesellschaftlichen Entwicklungsstufen, die zwar zu verschiedenen Zeiten, aber doch prinzipiell gleich in jedem Land eintrete, für falsch. Statt dessen habe man von Regionen mit ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausprägungen auszugehen, die jedoch im »Weltsystem« aufeinander bezogen seien. Deshalb könne man zu Recht von der »Einen Welt« sprechen. Die Sonderstellung Europas begründet Nolte damit, daß es hier durch die Konkurrenz der Nationen gelang, einen Kompetenzvorsprung — besonders im militärischen und ökonomischen Bereich — zu entwickeln, der die Expansion in außereuropäische Gebiete begünstigte. Der Kapitalismus sei schließlich der Höhepunkt des Kompetenzvorsprungs gewesen. Jetzt habe die Expansion in jeder Hinsicht ihre Grenzen erreicht, für die gegenwärtigen Zentren wie für die Peripherie. Der »innere Konkurrenzdruck« (149) könne deshalb kaum noch aufgefangen werden. Dies sieht er als Hintergrund der bisher schwersten Krise des Weltsystems.

Ein weltgeschichtlicher Überblick von 150 Seiten kann nicht von Verkürzungen und Mißverständlichkeiten frei bleiben. Der Fachmann wird auf seinem jeweiligen Arbeitsgebiet bei Nolte Ungenauigkeiten entdecken und Erklärungen für gesellschaftliche Verhältnisse vielleicht manchmal als zu sehr vereinfacht ansehen. Hin und wieder formuliert Nolte arg apodiktisch, z.B.: »Sowohl ihre [d.h. der Peripherie] Sozialstruktur wie ihre Wirtschaft diene der Lösung von Problemen der Zentren« (92). Die theoretischen Prämissen werden nicht immer deutlich genug offengelegt. So wendet sich Nolte gegen Auffassungen von einer gesetzmäßigen Folge von Entwicklungsstufen (9-10), spricht aber selbst von einer regelhaften, ja gesetzmäßigen Entstehung von Herrschaft (16). Kapitalismus versteht er im Anschluß an Hintze als »historisches Individuum« (11), das nicht mit Gesetzesbegriffen erklärt werden könne, wohl aber die »Kategorie historische Notwendigkeit« — insbesondere bei der Erklärung von Vorgängen nachholender Entwicklung — erfordere (90). Hier hätte man sich nähere Erläuterungen gewünscht. Bei einer zweiten Auflage sollte Nolte einige Seiten anhängen und solche Vorannahmen und manche Urteile ausführlicher begründen. Bei dieser Gelegenheit könnten dann auch einige Druckfehler und Flüchtigkeiten bereinigt werden.

Insgesamt kann das Buch für einen möglichst breiten Leserkreis nur empfohlen werden — unabhängig davon, ob man Noltés Ansatz teilt. Er hilft durch seine Hinweise auf regionale Differenzierungen denjenigen, die Regionalgeschichte betreiben wollen, ohne die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren. Vorgänge in der Welt werden deutlicher, unsere Fixierung auf Europa wird durchbrochen, indem

Nolte die untrennbare Verbindung von Zentrum und Peripherie aufzeigt. Der Weiterarbeit werden viele Anstöße gegeben. Nicht zuletzt macht Nolte deutlich, was Geschichtsforschung für das heutige politische Handeln bedeuten kann. Vielleicht wird mancher das Buch mit dem Gefühl aus der Hand legen, Noltes Schlußfolgerung sei angesichts des Zustandes der internationalen Organisationen und der Art, wie die Weltmächte derzeit miteinander umgehen, völlig utopisch. Die Vermittlungsschritte zwischen der Analyse der Entwicklung und dem angestrebten Ziel, wie die gegenwärtigen Gefahren bewältigt werden könnten, sind nicht sichtbar. Aber gerade dieser unvermittelte Appell, gegründet auf historischen Zusammenhängen, regt zum Nachdenken darüber an, wie man denn vorankommen könne. Je mehr es tun, umso größer wird die politische Wirkung sein.

Heiko Haumann (Freiburg i.Br.)

**Le Roy Ladurie, Emmanuel: Montaillou.** Ein Dorf vor dem Inquisitor. 1294 bis 1324. Aus dem Französischen übersetzt und bearbeitet von Peter Hahlbrock. Ullstein Verlag, Frankfurt/M., Berlin/W., Wien 1983 (413 S., br., 12,80 DM)

Geschichtsschreibung fängt an, interessant zu werden, wo sie sich mit dem alltäglichen Leben und den Haltungen der Menschen beschäftigt. Doch wie z.B. mittelalterliche Bauern lebten, vor allem wie sie fühlten und dachten, können wir meist nur sehr indirekt erschließen, weil sie kaum schriftliche Zeugnisse hinterlassen haben und in den Quellen der Herrschenden fast nur aus deren Sicht vorkommen, d.h. als ungehobelte, hinterhältige und manchmal renitente Arbeitstiere. Quellen wie die zwischen 1318 und 1325 erstellten Inquisitionsprotokolle des Bischofs Jacques Fournier, in denen die Bauern selbst zu Wort kommen, haben deshalb Seltenheitswert.

Jacques Fournier leitete die Untersuchungen gegen häretische Umtriebe innerhalb des südlichen, in den französischen Pyrenäen gelegenen Teiles der Grafschaft Foix. Er drängte seine Gefangenen zwar durch Exkommunikation und verschärfte Haftbedingungen zu Geständnissen, ließ sie aber nicht foltern. »Er verstand es, im Gespräch vor Gericht hinter die Geheimnisse der Vorgeladenen zu kommen: mit viel Spürsinn und großer Geduld.« Ergaben sich Widersprüche in den Aussagen, »ruhte er nicht, bis er sich diese Widersprüche zu seiner Zufriedenheit erklärt hatte; und er war anspruchsvoll, denn er wollte nur die Wahrheit wissen« (28-29). Durch diese gleichsam detektivische Haltung Jacques Fourniers bekommen die Inquisitionsprotokolle einen relativ hohen Grad an Glaubwürdigkeit. Le Roy Ladurie wertet zudem vor allem die eher beiläufigen Angaben aus, die sich auf das Alltagsleben beziehen und bei denen die Zeugen wenig Grund hatten, Falschaussagen zu machen.

Die grundlegende soziale Einheit des bäuerlichen Lebens in Montaillou bildete die 'Domus', womit »zugleich und undifferenzierbar das Haus und seine Bewohner« bezeichnet wurde (55). Die Bauern betrachteten sich nicht als unabhängige Individuen, sondern als Mitglieder eines solchen Hauses. Das Wichtigste für sie war — neben dem Seelenheil —, das eigne Haus zu erhalten und zu stärken. Die Häuser kämpften um Besitz, Macht und Prestige und schlossen untereinander Freundschafts- und Ehebindnisse. Montaillou war so in zwei rivalisierende Gruppen gespalten. Zum Dorf gehörten auch Wanderschäfer. Verwandtschaftlich noch an ihre Domus geknüpft, führten sie, die teils Lohnarbeiter, teils selbständige Geschäftsleute waren, doch ein ungebundeneres Leben. Interessant war der mit dem Gegensatz von unbeweglichem (Domus und Landbesitz) und beweglichem Eigentum (Schafe und Geld) einhergehende Mentalitätsunterschied. So beklagt sich ein gewisser Arnaud Sicre, daß er durch die Inquisition seine Domus verloren habe und nun ein armer Mann sei. Antwortet ihm der Schäfer Pierre Maury: »Mach dir nichts aus deiner Armut. Keine Krankheit ist leichter zu kurieren als die! Sieh mich an. Ich war schon dreimal vollkommen ruiniert, und doch bin ich jetzt reicher als je zuvor.« (151) Denn — so führt er weiter aus — »unsere so von Gott bestimmte Sit-

te ist die folgende: Hätten wir auch nur einen einzigen Heller, müßten wir ihn doch mit unseren armen Brüdern teilen.« (152) »Reichtum« bedeutet für Pierre nicht, an Besitz festzuhalten, sondern sein Geld zu teilen und sich damit Freunde zu machen. An anderer Stelle erklärt er einem Gefährten: »Ich verdiene mein Geld und Gut selbst und werde, was ich habe, ausgeben, wie es mir gefällt. Weder Ihr noch irgend sonst jemand werde mich davon abbringen, denn allerdings gewinne ich auf diese Weise viele Freunde. Viele Freunde will ich mir aber machen, weil ich meine, daß jedermann Gutes tun sollte. Wenn einer gut [er meint: häretisch] ist, werde ich belohnt werden; ist er schlecht, wird er doch wenigstens versuchen, das Gute, das er von mir erhält, zu erstatten.« (156) Mit dieser Haltung ist Pierre Maury — so Le Roy Ladurie — »um Welten entfernt von Leuten, die wie Pierre Clerque oder Arnaud Sicre hauptsächlich ihr Schäfchen ins Trockene bringen, ihre Domus erheben oder wiedergewinnen wollten — um jeden Preis« (150).

Die entscheidende Stärke des Buches liegt in dieser Verbindung von Sozial- und Mentalitätsgeschichte. Sie gelingt, weil Le Roy Ladurie Sozialverhältnisse »unterhalb der feudalen und grundherrschaftlichen Strukturen« (98) betrachtet. Der von ihm verwandte Begriff der Hauswirtschaft (380) ist näher am täglichen Leben der Bauern als etwa der der feudalen Produktionsweise. Ich denke, von marxistischer Seite sollte das zum Anlaß genommen werden, den geschichtstheoretischen Stellenwert und das Verhältnis der beiden Begriffe genauer zu überdenken. Eine zweite Stärke der Arbeit besteht darin, daß sie als Fallstudie angelegt ist. Die Möglichkeit, aus ihr »weitergehende Folgerungen« (380) zu ziehen, ergibt sich nach Meinung Le Roy Laduries daraus, daß die Verhältnisse in Montaillou als Beispiel einer bäuerlich-hauswirtschaftlichen Lebensform gelten können. Zugleich werden dem Leser die vielfältigen Seiten dieser Lebensform als Ganzes vor Augen geführt. Er erfährt nicht nur von den Arbeits- und Machtverhältnissen, sondern auch vom Liebesleben der Leute, ihren ehelichen Beziehungen und der Lage der Frau. Er nimmt teil an Gesprächen am Herdfeuer, wird konfrontiert mit einer »Morak«, die — für uns eher merkwürdig — bei den meisten Dorfbewohnern wie selbstverständlich mit ihren »Nutzen«-Erwägungen verbunden ist, erhält Einblick in ihre magischen und religiösen Praktiken, in ihre als real erlebten Phantasien vom Totenreich und in ihre Auffassungen von Raum und Zeit, Natur und Schicksal, Reichtum und Arbeit. Zu alledem schreibt Le Roy Ladurie in einem gut lesbaren, fast populärwissenschaftlichen Stil. Seine Arbeit verbindet auf vorbildliche Weise wissenschaftlichen Anspruch mit hoher Anschaulichkeit.

Lutz Krützfeld (Bremen)

**Pruss-Kaddatz, Ulla: Wortergreifung.** Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1982 (355 S., br., 16,- DM)

Im Unterschied zu und in Abgrenzung von einer nur analytisch-strukturell vorgetragenen Definition der Arbeiterklasse und einer daran orientierten Geschichtsschreibung setzt sich diese Arbeit zum Ziel, die »Selbsterzeugung« der Arbeiterklasse als proletarischer Gegenöffentlichkeit zur bürgerlichen Kultur anhand authentischen Materials zu rekonstruieren. Die hierfür ausgewerteten Zeitungen, Flugblätter, Flugschriften usw., in denen sich der herausbildende Arbeiterdiskurs unmittelbar artikuliert, lassen folgende These als gerechtfertigt erscheinen: »Aufgrund der 'Selbsterzeugung' der Arbeiterklasse als sozialer Bewegung läßt sich ein Klassenbegriff legitimieren, der 'Klasse' als einen historischen Handlungszusammenhang auffaßt, in dem disparate Erfahrungen auf einem gemeinsamen Lern- und Verstehenshorizont interpretiert und handelnd umgesetzt werden. 'Arbeiterklasse' als ein historisches Phänomen soll weder eine Struktur noch eine Kategorie benennen, sondern eine spezifische Form des sozialen Verhaltens und der sozialen Beziehungen.« (12) »Das 'vergessene Material' gibt Auskunft über eine Arbeiterkultur, wie sie während der Julimonarchie, der Regierungszeit Louis Philippes, entsteht. Unter Arbeiterkultur wird hier nicht primär ein System intellektueller und imaginativer

Arbeit verstanden. Kultur bezeichnet vielmehr eine Synthese aus Arbeiterideologien und -praxisformen, die das Bedürfnis der Arbeiterschaft verdeutlicht, ihre gesellschaftliche Lage in einer Situation kultureller, politischer und sozioökonomischer Umwälzungen zu klären und, wenn möglich, auch zu festigen.« (10)

Bestechend an der Arbeit von Pruss-Kaddatz ist, wie die in der methodischen Einleitung formulierten Orientierungen in der Anwendung auf das historische Material umgesetzt werden. Da hier nicht die reichhaltigen, umfassenden Belege für die Genese des eigenständigen Arbeiterdiskurses angeführt werden können, die den Weg der Selbstverständigung der Arbeiterklasse von der affirmativen Orientierung am bürgerlich-republikanischen Diskurs — hier formulieren noch stellvertretend die republikanischen Intellektuellen die Ziele für die Arbeiterklasse — über die negative Ausgrenzung bürgerlicher Leitvorstellungen bis hin zu eigenen, an den unmittelbaren Interessen und Bedürfnissen orientierten Diskursen, verbunden mit der Herausbildung adäquater Kampf- und Widerstandsformen nachzeichnen, möchte ich nur ein Beispiel vorstellen. Dieses verdeutlicht zum einen die Verschränkung von bürgerlichem Diskurs und Arbeiterdiskurs, zum anderen belegt es aber auch die Aktualität solcher historisch-genetischer Untersuchungen. Es geht zwar um die Reaktion der bürgerlichen Klasse auf das zunehmende Selbstbewußtsein und Artikulationsvermögen der Arbeiterklasse, welche damit vom bloßen Objekt bürgerlicher Politikformen (Sozialpolitik usw.) zum eigenständig handlungsfähigen Subjekt in der politischen Auseinandersetzung wird; zugleich aber scheint es den Grund dafür abzugeben, daß anstelle der Inanspruchnahme sozialpolitischer Maßnahmen bzw. der Forderung nach mehr Sozialpolitik gerade in Krisensituationen Selbsthilfeprojekte immer wieder einen großen Stellenwert im Arbeiterdiskurs hatten und noch haben. Es zeigt sich dann nämlich die Doppeldeutigkeit bürgerlicher Politikformen gegenüber den Betroffenen: Hilfe und zugleich Befriedigungsmaßnahmen bzw. in der Krise Diffamierung der Betroffenen (Arbeitslose = Arbeitsunwillige). »Die Stilisierung der Arbeiterschaft zu 'Banditen', 'fragwürdigen Existenzen', 'Terroristen', 'Vampiren' markiert den Anfang einer Tradition, die als systemgefährdend betrachtete Delinquenten mit rassistischen und kulturellen Typisierungen belegt, die in krassem Gegensatz zur erwünschten Norm stehen. Diese Form der stigmatisierenden Übertragung wird vorzugsweise in Krisenzeiten zur Basis des stereotypen Erklärungsmusters, das ökonomische, innenpolitische und sozialpolitische Konflikte einer bestimmten Gruppe ('Sündenbock-Phänomen') anzulasten sucht. In der zweiten Hälfte der Julimonarchie zentriert sich diese Übertragung auf 'den Kommunisten', 'den Roten', Anarchisten, Gleichmacher und Umverteiler. In den politischen Broschüren, die in den wohlhabenden Pariser Stadtteilen in diesem Zeitraum zirkulieren, wird der Kommunist als Brigant, Wüstling, Gottloser, Dieb, Brandstifter, Arbeitsscheuer, Säufer und Plünderer charakterisiert, der weder das geltende Rechtsprinzip noch die herrschenden kulturellen Normen akzeptiert. Indem das mit dem Emanzipationsabbruch erreichte bürgerliche System zur überhistorischen Größe und damit zur menschlichen Gesellschaft schlechthin hypostasiert wird, eröffnet sich die ideologische Möglichkeit, jeden Systemkritiker zum Un-Menschen zu erklären.« (183) Hier wird deutlich, daß das nachrevolutionäre Bürgertum einen unabhängig von bürgerlichen Werten systemtranszendierenden Diskurs nur als artfremd reartikulieren kann, die Teilnehmer am Arbeiterdiskurs so als Un-Menschen aus der Gesellschaft vernünftiger Subjekte ausgeschlossen werden. Genau hier dürfte der Ursprung des »Ratten«- und »Schmeißfliegen«-Geredes sein, wie überhaupt der biologischen Analogiebildung, die einen hohen Stellenwert in den konservativ-reaktionären Ideologien haben.

Weiter macht diese Untersuchung deutlich, daß zum einen die Vorgeschichte der marxistischen Theorie nicht linear zu denken ist, als hätte es einen geraden, großen Weg nur von der klassischen deutschen Philosophie, der politischen Ökonomie und des utopi-

schen Sozialismus (als Systeme intellektueller und imaginativer Arbeit) gegeben, und daß weiter der an Marx und Engels orientierte Kommunismus nur eine unter vielen anderen politischen Richtungen und Theorieformen in der damaligen Arbeiterbewegung war. Und für alle Richtungen gilt, daß erst sehr spät Intellektuelle in den Theoriebildungsprozeß der Arbeiterbewegung wirksam eingegriffen haben, daß vielmehr entscheidend die unmittelbaren Erfahrungen am Arbeitsplatz, in den Arbeiterwohnvierteln mit ihrer informellen Kultur und in den politisch-ökonomischen Auseinandersetzungen waren. Als Letztes ist festzuhalten, daß die politische Artikulation der Interessen der Arbeiter im Wesentlichen getragen wurde von der Gruppe der Facharbeiter bei weitgehendem Desinteresse der anderen Lohngruppen. Zu bedenken ist aber, was Pruss-Kaddatz zu diesem Sachverhalt notiert: »Nicht die Quantität der Systemgegner, sondern vielmehr die Systemgleichgültigkeit großer Bevölkerungsteile in Verbindung mit violenten Minderheiten bildet die Matrix der Systemlabilisierung.« (21)

Es bleibt nur zu wünschen, daß diese hervorragende und wichtige Arbeit Nachfolger findet, die solche Untersuchungen auch an anderen Ländern durchführen. Die gegenwärtige Arbeiterbewegung, aber auch die neuen sozialen Bewegungen können aus solchen Untersuchungen wichtige Erkenntnisse für ihre eigene, gegenwärtige politische Arbeit finden.

Michael Weingarten (Bodenheim)

**Otsuka, Hisao: *The Spirit of Capitalism*.** The Max Weber Thesis in an Economic Historical Perspective. Translated by Masaomi Kondo. Iwanami Shoten Publishers, Tokyo 1982 (181 S., br., ca. 40,- DM)

Aus dem zehnbändigen Werk des Begründers der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte in Japan stellt die vorliegende Übersetzung ins Englische die Arbeiten zur Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa vor, die von der Debatte über die Protestantismusthese Max Webers in den 20er Jahren ausgehen. Otsuka bestimmt drei wesentliche Entstehungszusammenhänge des — als welthistorisch einmalig begriffenen — Kapitalismus: 1. als Träger das »Industrial middle stratum«, wie er Webers Begriff »gewerblicher Mittelstand« aufnimmt, das sich in Unternehmer und Arbeiter aufteilt, 2. »Lokale Märkte und ländliche Industrialisierung« (dieser Aufsatz erschien im Original in den 40er Jahren und erinnert daran, wie alt die Protoindustrialisierungsdiskussion ist), 3. Entwicklung eines innerweltlichen Arbeitsethos (bei Unternehmern wie Arbeitern).

Otsuka legt großen Wert auf die Beweisführung, daß der moderne, in diesem Sinne industrielle Kapitalismus sich nicht aus dem Handelskapitalismus entwickelt hat. Das Argument wendet sich zu Recht gegen die Vorstellung bruchloser Kontinuität sowie undialektischen Übergangs und führt mit Selbstverständlichkeit zu der Frage, inwieweit die Veränderung der spätfudalen Gesellschaft durch das Handelskapital Voraussetzung für die Herausbildung der genannten Trias von Entstehungsbedingungen war. Die Frage wird jedoch in der vorliegenden Auswahl nicht aufgegriffen; auch nicht die nach den Gründen für den Aufstieg Japans im industriellen Kapitalismus — obgleich der nicht japanisch sprechende Leser ja gerade auf Antworten eines im komparativen Zugriff erfahrenen japanischen Wissenschaftlers gespannt ist. Insgesamt also ein spannendes Buch, das mit einem Band über Japans Weg in den Kapitalismus fortgesetzt werden sollte.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

**Mock, Wolfgang: *Imperiale Herrschaft und nationales Interesse*.** »Constructive Imperialism« oder Freihandel in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg, Klett-Cotta, Stuttgart 1982 (434 S., Ln., 128,- DM)

Mit seiner 1981 von der Universität Düsseldorf angenommenen Dissertationsschrift entwirft Mock ein breit angelegtes Bild einiger Seiten des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg. Wichtige Teile der englischen

Bourgeoisie versuchten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angesichts des Verlustes der politischen und ökonomischen Vormachtstellung des eigenen Landes in der Welt, der wachsenden internationalen Spannungen mit den erstarkenden kontinentalen Großmächten und den USA sowie der zunehmenden sozialen Konflikte im Innern besonders seit der sogenannten Großen Depression in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts als einen möglichen Ausweg, einen festen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Teile des Empire zu erreichen. Bekanntester Protagonist dieser Bestrebungen, die ab 1901 »Constructive Imperialism« genannt wurden, ist Joseph Chamberlain. Mock verfolgt minutiös auf der Basis nicht nur umfangreicher Literatur, sondern vor allem auch der Auswertung einer sehr großen Zahl ungedruckter Nachlässe in britischen Archiven und Bibliotheken die Entwicklung des Constructive Imperialism sowie der mit ihm untrennbar verbundenen Bewegung der »tariff reformers«, die Schutzzölle für die britische Industrie und Präferenzzölle, im günstigsten Fall Freihandel mit den Dominien forderten. Der Autor beschränkt sich jedoch nicht auf den ideengeschichtlichen Aspekt, sondern ist bemüht, sowohl die Motivationen der Träger des Constructive Imperialism aus ihrem sozialen Umfeld heraus zu erklären (z.B. findet sich von 386-390 eine Aufstellung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der Tariff Commission), als auch die tatsächliche Rolle und Bedeutung der von ihnen getragenen Bewegung im öffentlichen Leben Großbritanniens nachzuweisen. Die diesbezüglichen Ausführungen besitzen als wirtschaftshistorische Analysen eigenständigen Wert.

Mock begründet das Scheitern des Constructive Imperialism 1. aus den gegen eine Machstärkung Großbritanniens gerichteten Interessen der anderen Großmächte, 2. aus den inneren Widersprüchen zwischen den Kapitalisten Großbritanniens, die abhängig von ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Volkswirtschaftszweigen und deren Außenwirtschaftsbeziehungen sehr unterschiedliche Positionen zu der neuen Bewegung einnahmen, sowie 3. aus den Widerständen in den Dominions und auch in Indien gegen eine enge wirtschaftliche Empire-Zusammenarbeit im Sinne eines neomerkantilistischen »geschlossenen Handelsstaates«, der die entstehenden nationalen Bourgeoisien der britischen Konkurrenz ausgeliefert und jegliche eigenständige wirtschaftliche Entwicklung verhindert hätte. Bei der Argumentation ist jedoch auffallend, daß Mock entgegen seiner sonstigen Akribie kaum Vertreter der nicht-britischen Seite zu Wort kommen läßt, sondern deren Haltung aus den Reaktionen in England erschließt. Dadurch bleiben z.B. Aussagen von Vertretern der indischen nationalen Befreiungsbewegung nahezu unberücksichtigt, wie auch die zu diesem Problem ausgewiesene Sekundärliteratur im wesentlichen die der ehemaligen Kolonialherren ist.

In seiner Arbeit transformiert Mock, seinem Doktorvater Wolfgang J. Mommsen folgend, den in Großbritannien Ende des 19. Jahrhunderts geprägten Begriff des »imperialism« in den geschichtswissenschaftlichen Terminus »Imperialismus« als bürgerliche Scheinalternative zum Imperialismusbegriff der marxistisch-leninistischen Historiographie. Es muß jedoch gesagt werden, daß Mock in der Anerkennung der Bedeutung der ökonomischen Faktoren für die Entwicklung des Imperialismus etwas weiter als Mommsen geht und sich so von ihm in gewissem Maße emanzipieren kann.

Reinhold Zilch (Berlin/DDR)

**Lahme, Hans-Norbert: Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark (1871-1900).** Eine Studie zur Entwicklung von Theorie und Praxis in der frühen dänischen Sozialdemokratie — gleichzeitig ein Beitrag zur Diskussion der Agrarfrage in der europäischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Odense University Press, Odense 1982 (412 S., br., 180 dKr.)

Die Einstellung der sozialistischen Arbeiterbewegung zur Agrarfrage um die Jahrhundertwende hatte starke Wirkungen auf ihren politischen Aufstieg, war aber zugleich eine

der Wurzeln der tiefen Spaltung, der Entstehung des nicht-marxistischen Revisionismus. Die neue Bewegung vertrat die Forderungen der sich erhebenden Arbeiterklasse. Aber aus theoretischen und strategischen Gründen konnte sie die agrarische Bevölkerung — damals noch die Mehrheit — nicht ignorieren, die sozial sehr heterogen war. Die agrarische Schichtenbildung war jedoch in den Ländern Europas sehr unterschiedlich. Daher differierten auch die Antworten und Positionen der Sozialdemokraten von den Revisionisten um Vollmar und David über dogmatische Marxisten, wie Kautsky, bis zu Lenin, dessen Partei als einzige die ländliche Unzufriedenheit organisieren und in den erfolgreichen Angriff auf Feudalismus und Kapitalismus zugleich eingliedern konnte.

In seiner Arbeit über jüngere Agrargeschichte und ihre ideologischen Widerspiegelungen analysiert Lahme die spezifischen Formen und Ergebnisse der langen Diskussionen über die Agrarfrage in Dänemark. Die unteren Schichten waren nicht homogen; gegen eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern standen selbstarbeitende Mittelbauern, Klein- und Zwergbauern, landlose, unfreie und freiere Landarbeiter. Da die städtische Arbeiterklasse infolge später Industrialisierung schwach war, war es für die Sozialdemokratie nach 1871 entscheidend, ob sie größere Teile dieser unteren ländlichen Schichten für sich gewinnen konnte — trotz deren unterschiedlichen Interessen. Im allgemeinen folgten die dänischen Sozialisten in den Programmen ihren deutschen Genossen; in der Agrarfrage gingen sie jedoch ihren eigenen reformistischen Weg. So konnten sie auf dem Lande durch (recht prinzipienlose) Zusammenarbeit mit der »Linkspartei« (Venstre), die die Bauern — von den Großbauern mit mehreren Lohnarbeitern bis zu Arbeiterbauern, die für jene im Lohn arbeiteten — vertrat, einige Stützpunkte schaffen.

Lahme behandelt die Debatten der Parteitage, die Änderungen der Agrarprogramme und die darin implizierte reformistische Einstellung zum Staat. Zwar waren die Sozialdemokraten wegen des undemokratischen Wahlrechts kaum im Parlament vertreten; aber ihre Mehrheit glaubte schon um 1890 an den reformistischen Weg der kleinen Veränderungsschritte. Sie forderten Schaffung von Kleinbauernstellen auf den großen Gütern des Adels und der Kirche, die vom Staat übernommen werden sollten, und auf den vom Staat zu kultivierenden Ödlandflächen in Jütland. So entstand ein deutlicher Widerspruch zwischen den politischen Forderungen und der Praxis der Partei und ihrem formalen Bekenntnis zum Marxismus in den allgemeinen Programmaussagen. Die Debatten wurden 1890 beendet, und dann galt das Agrarprogramm bis 1913. Die wenigen theoretischen Marxisten um Gerson Trier, die sich dem Reformismus entgegenstellten, wurden ausgeschlossen.

Aus seiner Untersuchung schließt Lahme, daß das vereinfachende Bild von nur zwei Linien sozialistischer Agrarpolitik zu verfeinern sei. Lenin habe das revolutionäre Potential der agrarischen Massen neben dem revolutionären städtischen Proletariat erkannt; Kautsky verneinte dieses Potential, solange die Kleinbauern nicht proletarisiert seien. Die dänischen reformistischen Sozialdemokraten wurden »bedeutsam für die Fähigkeit der nordeuropäischen Arbeiterparteien, große Teile der Landarbeiter in die sozialistische Bewegung hineinzuziehen« (390). Aber die Behutsamkeit gegenüber den Mittelbauern führte auch dazu, daß die SP lange Zeit die Vertretung der Landarbeiter auf das politische Feld von Wahlen und Reichstag beschränkte und sich einer gewerkschaftlichen Organisation widersetzte. Objektive Faktoren wirkten nach Lahme in der gleichen Richtung. Vor der technischen Modernisierung der Landwirtschaft und der Abnahme der Landarbeiter war es schwierig, sie in einer Gewerkschaft zu erfassen, zu streiken usw. Um 1900 waren nach ihm ein Viertel aller Parteimitglieder Landarbeiter.

Einige Hypothesen und Angaben Lahmes werden von anderen dänischen Historikern angezweifelt oder bestritten (vgl. z.B. Gert Callesen, *Arbejderbevaegelsen og landarbejderne*. In: *Historie, Jyske Samlinger*, neue Folge XIV, 4/1983, 687-701). Dennoch ist das Buch eine wichtige Arbeit, die auf die internationale Bedeutung der dänischen Ar-

beiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg hinweist, auch auf die grenzüberschreitenden ideologischen Debatten jener Zeit. Es eröffnet neue Perspektiven und liefert neue Details zum Verhältnis von Arbeiterbewegung, agrarischer Bevölkerung und Agrarfrage. Es ist gut dokumentiert und eine wichtige Quelle für Forscher in Politologie, Agrarpolitik und vor allem in Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer theoretischen und strategischen Auseinandersetzungen. Theodor Bergmann (Stuttgart)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Betz, Joachim (Hrsg.): Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern.** Ursachen, Rückwirkungen, Lösungsansätze. Weltforum Verlag, München-Köln-London 1983

(311 S., Ln., 44,- DM)

Die Unterentwicklung der Dritten Welt findet heute ihren sichtbarsten Ausdruck in den »Verschuldungskrisen«. Die meisten Länder können ihre in den 70er Jahren aufgenommenen Schulden nicht mehr bezahlen. *Betz* benennt in seinem Beitrag die externen Bedingungen der Verschuldungskrisen: die Ölkrisen, die Rezession im Westen und die Verschlechterung der Kreditkonditionen. Zahlungs- und Handelsbilanzdefizite und ein Rückgang der Währungsreserven der Dritten Welt waren die Folge. Seit 1979 muß sie Schulden machen, um alte Schulden bezahlen zu können. Wie der Verschuldungsquotient ausweist, ist vor allem die Lage der ärmsten Entwicklungsländer gefährlich. Weltmarktorientierte Länder, so *Betz*, seien anpassungsfähiger als binnenmarktorientierte. Er weist den Banken ein hohes Maß eigener Schuld zu, da sie die Wirtschaftslage ihrer Schuldner nicht ausreichend durchleuchtet hätten. Drosselung des Binnenkonsums, stärkere Exportförderung und Abwertungen seien unumgänglich. Es müsse aber mit Augenmaß vorgegangen werden, um die Unternehmer und die Massen nicht zu ruinieren und zu radikalieren.

*Calcagnotto* beschäftigt sich mit Brasilien, das derzeit in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, in der infolge der Anpassungsmaßnahmen nur bei der Verbesserung der Handelsbilanz Erfolge zu verzeichnen seien. Nach der Ölkrise von 1974 setzte es auf eine massive Importsubstitution. Wegen langer Ausreifungszeit der entsprechenden Projekte stieg die Auslandsverschuldung unerwartet an. Eine Kehrtwende mit massiver Abwertung wurde schon 1980 nötig. Der Grund war ein enormes Handelsbilanzdefizit. Schließlich blieb nur noch der Weg in die Rezession mit gebremstem Geldvolumen, Importabgaben und Kürzungen sozialer Leistungen. Das nationale Unternehmertum wurde schwer geschädigt.

*Minkner* beschreibt die Antwort Costa Ricas. Die Regierung Carazo versuchte es zunächst mit neoliberalen Maßnahmen (Wechselkursfreigabe, Kapitalmarktliberalisierung). Sie erwies sich aber als anfällig für die Einflüsse mächtiger pressure groups und verspielte so jedes Vertrauen. Eine danach verhängte Austeritätspolitik ließ Inflation und Arbeitslosigkeit steigen, ohne daß sich die außenwirtschaftliche Situation besserte. — *Hofmeier* würdigt zwar das tansanische Modell wegen seiner Grundbedürfnisorientierung, kritisiert aber zugleich die Bürokratisierung und die vielen unrentablen Staatsbetriebe. Die staatliche Preispolitik habe die Bauern entmutigt, mehr zu produzieren. Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Abwertung und Sozialabbau kam Tansania nicht nach, sondern griff zu behutsameren Maßnahmen wie Exportanreizen, Energieeinsparung und Schließung mancher Staatsbetriebe. Erfolge sind noch nicht in Sicht. — *Acikalin* zeigt am Beispiel Türkei die Verschuldungswirkungen einer ehrgeizigen kapitalintensiven Importsubstitution auf. Zu lange wurden unrealistische Wechselkurse verteidigt, zu viel importiert und die Zinsen zu niedrig gehalten. Türkische Exporte wurden zu teuer. Das Militärregime griff zu Streikverboten, Dämp-

fung der Binnennachfrage und Kürzungen von Sozialleistungen. Gute Erfolge erzielte man mit der Förderung der Exporte — vor allem in die islamischen Nachbarländer. — *Machetzki* beschreibt die Anpassungsstrategien der Philippinen: sie blieben bisher punktuell und auf die Förderung von ausländischen Investitionen im Land beschränkt. Wirkungen stehen noch aus. — *Heimpel* beurteilt in seinem Beitrag die Möglichkeiten verstärkter Exporte in den Westen als sehr gering. Die ärmsten Länder hätten außerdem überhaupt keine Möglichkeiten zur Anpassung, wenn der Westen nicht mit Krediten und Entwicklungshilfe beistehe. *Tetzlaff* zeigt, daß die Rezepte des IWF an den spezifischen Bedingungen in der dritten Welt vorbeigehen. Der IWF trete lediglich als »Finanzpolizist des Westens auf«. Er verlangt eine Berücksichtigung der Bedürfnisse der untersten Schichten und weist den Staatsklassen und Bourgeoisien eine Hauptschuld an der Lage zu.

Von den Länderbeiträgen überzeugen hinsichtlich Stringenz, klarer Gliederung und Darstellung aller Aspekte am meisten die von Calcagnotto, Minkner, Hofmeier und Acikalin. *Tetzlaff* überzeugt durch seine Überlegungen zu weniger diskriminierenden und sozial prekären Anpassungspolitiken. *Betz* läßt sich zu vorschnellen Generalisierungen hinreißen. Sein Plädoyer für eine Exportorientierung überzeugt angesichts der Beiträge von Acikalin, Calcagnotto und Heimpel nicht. Er vernachlässigt die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Kosten einer Exportorientierung und geht zu wenig auf die spezifischen Länderbedingungen ein. Allgemein zu kritisieren ist, daß die Autoren nicht angeben, ob die Exportorientierung nur eine kurzfristige Anpassung darstellen soll oder — so anscheinend *Betz* — als Langzeitstrategie gefordert wird.

Lutz Meyer (Frankfurt/M.)

**Elwert, Georg, und Roland Fett (Hrsg.): Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus.** Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1982 (295 S., br., 38,- DM)

Bisher überwiegen bei den Beiträgen zur politischen Ökonomie Afrikas Arbeiten aus dem französischen und englischen Sprachraum. Zu den wichtigsten westdeutschen Publikationen müssen die Untersuchungen der »Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen« gerechnet werden, welche die Analyse der gesellschaftlichen *Reproduktion* zum Ausgangspunkt macht. Nachdem es in einem vorangehenden Werk der Arbeitsgruppe zu einer Darstellung des Paradigmas gekommen war, konnte man darauf gespannt sein, was dieser theoretisch interessante Ansatz, der gegen naive Modernisierungsvorstellungen die Notwendigkeit des Fortbestehens von Subsistenzproduktion dargelegt hatte, beim Verständnis konkreten empirischen Materials leisten würde.

Den konkreten Untersuchungen werden, gewissermaßen als Rekapitulation des theoretischen Ansatzes, zwei Aufsätze von *Claude Meillassoux* und *Tilman Schiel* vorangestellt. Interessant ist vor allem der Aufsatz von Meillassoux durch seine klaren Analysen der Bedeutung des familiären »Anhangs« beim Grad der Ausbeutung in unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Arbeitsorganisation: Arbeit in häuslicher Gemeinschaft, Sklavenarbeit, Arbeit als Knecht, Lohnarbeit. Gleichwohl wird man zögern, Meillassoux' Formulierungen als endgültige ökonomische Analysen der familiären Reproduktion anzuerkennen, denn er geht nicht darauf ein, daß Frauen und Kinder in Afrika auch Arbeitskräfte sind.

*Georg Elwert* entfaltet die Grundthese von der »Verflechtung« der modernen und traditionellen Produktionsformen in Form einer *Subvention* der Marktproduktion durch die Subsistenzproduktion. Unter Benutzung von Daten, die er selbst oder seine Mitarbeiter in einem Dorf in Benin erhoben haben, gelingt es Elwert nachzuweisen, daß es bei der — realistischen — Möglichkeit einer Mißernte rationaler ist, Mais für die eigene Subsistenz anzubauen als Kaffee für den Weltmarkt.

Zum Resultat einer größeren Krisenanfälligkeit bei der Weltmarktproduktion kom-

men auch zwei andere Arbeiten: *Roland Fett* und *Eleanor Heller* zeigen empirisch, daß die Ochsenanspannung als die wichtigste technische Innovation in einem anderen Dorf in Benin vor allem der Weltmarktproduktion zugutekommt. Mit dem damit erzielten Erlös werden Gegenstände des modernen Konsums oder aber moderne Pflüge gekauft, nicht aber Nahrungsmittelreserven angelegt. Genau diese fehlen aber im Fall einer wiederholten Mißernte, was sich besonders deshalb gravierend auswirkt, weil die moderne Landwirtschaft individuell ausgeführt wird und damit die »traditionelle Solidarität« in der Form ökonomischen Ausgleichs untergräbt. Am Ende dieses Prozesses steht die paradoxe Abhängigkeit traditioneller Agrarländer von amerikanischem Importweizen.

Für Ostafrika zeigt *Wissner*, wie die Privatisierung von Land zum Zusammenbruch der höchst flexiblen traditionellen Bewältigungssysteme von Dürren — die es immer gegeben hat — führt; die einzige Diversifikation, die unter diesen Bedingungen noch übrig bleibt, ist die Aussendung von Landbewohnern in die Stadt oder nach Südafrika, um von deren Überweisung zu überleben. — *Spittler* (»Kleidung statt Essen«) zeigt, wie in Gebieten, wo die Subsistenzproduktion durch kompliziertere Formen sozialer Abhängigkeit verdrängt wurde, das Bedürfnis nach gepflegter Kleidung als einem »Mittel der Eindrucksmanipulation« aufkommt.

Beiträge über afrikanische Migration zeigen, daß die Reproduktionskosten für das Aufwachsen (und übrigens oft auch für das Alter) des Migranten von der Herkunftsregion getragen werden, welche nun aber nicht mehr von seiner produktiven Lebenszeit profitiert. Die Aufsätze zeigen in eindrucksvoller Weise die Folgen dieser Tendenz, nämlich eine erschreckende Verelendung des ländlichen Raums. Es wird auch differenziert aufgezeigt, wie sich diese Verelendung gruppenspezifisch auswirkt, wenn sie etwa besonders die zurückbleibenden Frauen betrifft. Wenn diese schließlich selbst in die Stadt nachziehen, dann vor allem, so *Habermeier*, um dem verelendeten Land zu entkommen. Mit einer derartigen Sichtweise ist die alte, aber noch sehr verbreitete Modernisierungstheorie oder -ideologie überwunden, wonach die Migranten in die Stadt zögen, weil sie von ihr angezogen würden (»bright light theory«).

Alten Vorstellungen widerspricht auch *Michael Franke*, wenn er an einem nord-ghanaischen Dorf nachweist, daß keine nennenswerten Beträge von den in die Stadt emigrierten Dorfbewohnern in das Dorf zurückfließen. Der Aufsatz Frankes ist auch deshalb interessant, weil in ihm eine konkrete Beschreibung der Migrationsideologie gegeben wird, die sich bei den verbliebenen Dorfbewohnern findet.

Auch die Analyse von *Diana Wong* »Bauern, Bürokratie und Korruption« setzt sich zum Ziel, den Schein individueller Determination eines Verhaltens zu zerstören, indem sie die individuelle Korruptierbarkeit der Bürokraten in Benin auf eine »bürokratische Aneignungsweise« zurückführt. Gerade an diesem Begriff macht sich jedoch ein Manko schmerzlich bemerkbar, nämlich das Fehlen einer systematischen theoretischen und empirischen Analyse der Preispolitik in bezug auf die landwirtschaftlichen Produkte. Überdies hätte man sich empirisches Material darüber gewünscht, wie die Bauern die Korruption sehen.

Insgesamt scheint mir hier ein Buch vorzuliegen, das für alle diejenigen wichtig ist, die sich für neuere Versuche interessieren, zu einer vorurteilsfreien Sicht der ökonomischen Entwicklung Schwarzafrikas vorzudringen; es ist aber auch denen zur Lektüre anzuraten, die — etwa im Kontext der sogenannten Entwicklungshilfe — an diesen Veränderungsprozessen aktiv teilnehmen.

Friedhelm Streiffeler (Oldenburg)

**Himmelstrand, Ulf, Göran Ahrne, Leif Lundberg und Lars Lundberg: Beyond Welfare Capitalism. Issues, Actors and Forces in Societal Change.** Heinemann, London 1981 (370 S., Ln., 19,50 £)

Be findet sich Schweden im Übergang zum Sozialismus? Für Himmelstrand et al. weist

die schwedische Entwicklung »über den Wohlfahrtskapitalismus hinaus«, ebenso wie Großbritannien vor drei Jahrhunderten einen Weg jenseits des Feudalismus gewiesen hatte. In ihrer Analyse ist der Übergang zum Sozialismus ein Prozeß der Reifung, nicht des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems. Durch graduellen »Reformismus« zur »Revolutionierung« der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gelangen, erscheint den Autoren — dem Marxschen Ansatz getreu, nach dem der Sozialismus im Mutterleib des Kapitalismus heranwächst, angetrieben von den steigenden Widersprüchen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen — als ein »genuiner marxistischer Standpunkt« (24): der reformistische Weg ist objektiv revolutionärer als die Kämpfe subjektiv sich als revolutionär verstehender Gruppen.

Die Autoren holen weit aus zur Darstellung der inneren Widersprüche der schwedischen Gesellschaft. Umsichtig, aber auch streckenweise langatmig arbeiten sie die nach ihrer Ansicht größer werdende Kluft zwischen dem sozialen Charakter der Produktivkräfte und dem privaten Charakter der Produktionsverhältnisse heraus, untersuchen dazu unter anderem die steigende Unternehmenskonzentration, die Interdependenzen im System der Arbeitsteilung, die sozialen Kosten privater Produktion, wie Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit und unzureichende Arbeitsbedingungen, und die Strukturen wie kontraproduktiven Effekte wachsenden Staatsinterventionismus'.

Die Aufhebung der Widersprüche kann nur durch Arbeiter selbstverwaltung geschehen (134), die Basis ihrer Sozialismus-Definition, die über die Nationalisierung von Produktionsmitteln hinausgeht, den Markt als Regulativ beibehält und den osteuropäischen »bürokratischen Staatssozialismus« als Abirrung begreift (12, 127). Da die Autoren in manchmal störender pädagogischer Weise keine Frage unbeantwortet lassen wollen, fragen sie auch, warum denn nun die Lenkung wirtschaftlicher Aktivitäten durch die Arbeiterklasse dazu geeignet sein soll, die analysierten Widersprüche der kapitalistischen Marktwirtschaft zu überwinden. Als Antwort wird ein soziologisches Sprachungetüm vorgelegt: Die Arbeiterschaft besitze »maximum multi-dimensional satisfying capability« (134), könne ein größeres Spektrum produktiver und sozialer Anreize und Interessen integrieren.

Die Arbeiterklasse erhält nach genauen Berechnungen eine bequeme Dreiviertel-Mehrheit, indem ihr 40% der Angestellten zugerechnet werden. Die Definition geschieht mit Hilfe einer Kombination von Länge der Berufsausbildung und auf den Arbeitsprozeß bezogenen Daten, in Anlehnung an Bravenmans »Degradierungs«-Analyse. Das Schwergewicht wird auf die Homogenität der schwedischen Arbeiterschaft gelegt, ihre objektive Schlagkraft und Organisationsstärke. Darüber hinaus werden empirische Belege angeführt, die die These der Verbürgerlichung widerlegen und ein kritisches Bewußtsein über die Bedrohung durch die Herrschaft des Kapitals und — nicht ganz so eindeutig — die Notwendigkeit von dessen Überwindung belegen.

Demgegenüber sinkt die Macht der Klasse des Kapitals beständig. Sie unterminiert sich selbst durch die eigenen Krisenlösungsstrategien und wird auch subjektiv durch den Pessimismus der Kapitalvertreter geschwächt, die durchweg für die Zukunft einen sinkenden Einfluß des Kapitals in Schweden erwarten. Ja, die Selbstdemontage scheint so weit zu gehen, daß sie sich auf allen möglichen Gebieten — von der Investitionslenkung bis zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen — einen stärkeren Gewerkschaftseinfluß wünschen (236). Himmelstrand et al. gehen leider nicht stärker auf mögliche Widerstandsstrategien von Kapitalfraktionen gegen Ansatzpunkte sozialistischer Transformation (wie die Arbeitnehmerfonds) ein und berücksichtigen durchweg nicht in gebührendem Maße den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der die einmal errungene Macht des Kapitals perpetuiert und eine »Regierungsmacht« von Vertretern der Arbeiterschaft qualitativen Einschränkungen unterwirft.

Soweit die empirische Zustandsbeschreibung, die insgesamt ein abgerundetes Bild ent-

wirft: die gesellschaftlichen Widersprüche Schwedens verschärfen sich, die Arbeiterklasse ist als organisationsstarke und homogene Kraft in der Lage, dies zu erkennen und drängt auf Veränderung; der Zenit der Kapitalherrschaft ist überschritten. Bleibt zu fragen: was muß jetzt getan werden; und wer tut es? Die Antwort lautet: 1. die Lohnarbeiterfonds; 2. die schwedische Sozialdemokratie.

Die Lohnarbeiterfonds sind mit der erneuten Regierungsübernahme der Sozialdemokratie Ende 1982 wieder in der Diskussion; die Arbeitgeber führten im vergangenen Herbst eine nationale Mobilisierung gegen sie durch. Der Grundgedanke der Fonds ist der Transfer eines Teils der Unternehmensprofite an einen von der Gewerkschaft kontrollierten Kapitalfonds, der damit die Aktienmehrheit von Kapitalgesellschaften erwerben kann. Mittlerweile ist jedoch ein stark verwässerter Gesetzentwurf durch die Palme-Regierung eingebracht und im Reichstag verabschiedet worden. Es sollen jetzt fünf regionale Fonds eingerichtet werden; die Mindestprofitmarge, oberhalb derer erst Abgaben geleistet werden müssen, ist so hoch angesetzt, daß von 75000 Aktiengesellschaften nur etwa 5000 unter das Gesetz fallen würden; schließlich ist den Fonds untersagt, mehr als 50% der Aktien eines Unternehmens zu erwerben.

Diese Änderungen des Modells erfolgten erst nach Drucklegung des Buches; die Autoren gingen noch von der Möglichkeit aus, in 25 bis 30 Jahren die Aktienmehrheit der größten schwedischen Kapitalgesellschaften zu erwerben (266). Dieser Prozeß bedeutet für die Autoren einen wichtigen Schritt zur Arbeiterselbstverwaltung, d.h. zum Sozialismus. Das Management würde durch den Faktor Arbeit beschäftigt, die Produktion würde breitere Interessen befriedigen, auch Nebenwidersprüche wie inhumane Arbeitsbedingungen würden beseitigt werden können.

Die Arbeitnehmerfonds liegen also »jenseits des Kapitalismus«; was aber liegt jenseits der Arbeitnehmerfonds? Hier sind die Autoren ungerechtfertigterweise kurz; als Ziele werden der Kampf gegen die Entfremdung bei der Arbeit, eine humanere Technologie und eine »neue Morak« nur knapp angeführt; der Titel des Buches verspricht jedenfalls zuviel, wenn er den Leser neugierig auf Prozesse jenseits der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation macht und sie dann weitgehend mit einer Erörterung der Arbeitnehmerfonds abspeist.

Zur Sozialdemokratie als der vorantreibenden Kraft des Übergangsprozesses: Sie habe, so lautet die These, Schweden in ihrer langen Regierungszeit durch die effektive und sozial abgefederte Entwicklung der Produktivkräfte objektiv dem Sozialismus nähergebracht. Das Argument, sozialdemokratische Herrschaft verhindere eher eine sozialistische Entwicklung, qualifizieren die Autoren als »völlig undialektisch« (24). Natürlich wollen auch sie nicht übersehen, daß die vier Jahrzehnte sozialdemokratischer Regierungsmacht in Schweden solche der Kollaboration mit dem Kapital, des Klassenkompromisses gewesen sind, doch nun gebe es »breitgefächerte Lösungsvorschläge auf der Basis einer sich herausbildenden neuen sozialdemokratischen Identität« (204).

Die Argumentationskette erscheint überzogen optimistisch: zunächst ist die Partei, wenn auch klassenkollaborationistisch, objektiv revolutionär; schließlich wird sie es durch ihre Vorschläge systemüberwindender Reform auch subjektiv. Eine Evolution der Strategie durch den Klassenkompromiß zur Übergangsgesellschaft? Gut getan hätte dem Band eine intensivere Auseinandersetzung mit den Verfechtern der »völlig undialektischen« These, die Sozialdemokratie sei die reifste Form kapitalistischer Herrschaft und verhindere eher eine sozialistische Entwicklung, indem sie 1. auf Basis der Akzeptanz kapitalistischer Produktionsverhältnisse Politik macht (die Kuh nicht schlachten, die Milch gibt); 2. keynesianische Wirtschaftssteuerung betreibt; 3. Staatsinterventionismus nur zur Dämpfung sekundärer Widersprüche einsetzt; 4. die Legitimation des Gesellschafts-systems durch wohlfahrtsstaatlichen Ausbau erhöht; 5. durch Elektoralismus und Verrechtlichung die Mobilisierung vernachlässigt bzw. dämpft.

Trotz der Länge des Textes ergeben sich somit einige wichtige Lücken der Reflexion und Analyse. Andererseits führt die Länge und die zuweilen weitschweifige und pädagogische Argumentationsweise — zusammen mit einem nicht besonders flüssigem Englisch — zu Ermüdungen des Lesers. Methodisch ist anzumerken, daß die Krisenanalyse des Kapitalismus (vor allem in Teil II) nicht deutlich vom Sonderfall Schweden getrennt ist. Anzuerkennen ist der Versuch eines »großen Wurfes«, wie er nicht oft gewagt wird.

Peter Tergeist (Berlin/West)

**Boni, Manfred: Von den Gewerkschaften des Herbstes zum Herbst der Gewerkschaften.** Italien am Anfang der 80er Jahre. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1983 (126 S., br., 14,80 DM)

Der »Beginn eines Abschwungs der Gewerkschaftsbewegung« (17) läßt sich nach Boni auf das Jahr 1972 zurückdatieren: In diesem Jahr scheiterten die Versuche zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft; der 68er Kampfzyklus neigte sich seinem Ende zu. Immerhin war es mit der Gründung der Konföderation der drei Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL im Juli 1972 gelungen, über die politischen Gegensätze hinweg die Aktionseinheit zu sichern. Die ab 1972 einsetzende Krise der Gewerkschaftsbewegung war nach Boni nicht nur auf die »Strategie der systematischen Verschleppung« (20) der gewerkschaftlichen Forderungen durch die Mitte-Rechts-Regierung Andreotti zurückzuführen (in diesem Zusammenhang müßte allerdings auch die im Verlauf der rechtsradikalen »Strategie der Spannung« erfolgte Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen erwähnt werden), sondern gründete vor allem auf einer »Tendenz zur korporativen Interessenvertretung« (18): Zwischengewerkschaftliche Konkurrenz und parteipolitisch motivierte Obstruktion der Einheitsgewerkschaft eröffneten den angestellten Mittelschichten immer neue Möglichkeiten, ihre finanziellen Gruppeninteressen durchzusetzen und damit den Lohn- und Gehalts-Egalitarismus aufzuweichen (vgl. 18-19).

Die kommunistische Strategie des Historischen Kompromisses, die durch die Zusammenarbeit von PCI und DC »die politische Voraussetzung und Bedingung für eine reformerische Austeritätspolitik herstellen« und damit »eine Gelegenheit zum grundlegenden Wandel der wirtschaftlichen Strukturen bieten sollte« (23), erreichte in den Jahren der Regierungsbeteiligung des PCI (Juli 1976-Januar 1979) keines der von ihr angestrebten Ziele. Im Gegenteil. »Der PCI verlor an Glaubwürdigkeit bei der Arbeiterklasse, weil die staatliche Wirtschaftspolitik, weit davon entfernt, einen neuen Reformismus einzuleiten, statt dessen eine kapitalistische Krisenbereinigung über Rationalisierungsinvestitionen, Lohndruck und Freisetzungsprozesse bewirkte« (33). Leider fehlt an dieser Stelle eine genauere Kennzeichnung der Offensive des herrschenden Blocks, die diese Entwicklung auslöste. Daß sich der gewerkschaftliche Handlungsspielraum seit Mitte der 70er Jahre spürbar verengte, war nach Boni nicht nur auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückzuführen, sondern auch auf die Strategie des Historischen Kompromisses, die »das Gesetz des Handelns zu den politischen Parteien (verlagerte)« und die Gewerkschaften »in eine gegenüber dem Handeln der Parteien wieder eindeutig nachgeordnete Rolle« (53) brachte. Dabei standen die Gewerkschaften der PCI-Strategie durchaus nicht ablehnend gegenüber. Die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu beobachtende Umorientierung in der gewerkschaftlichen Politik kulminierte in der von der Gewerkschaftskonföderation im Februar 1978 beschlossenen »Linea dell' EUR«. Darin formulierten die Gewerkschaften ihre Bereitschaft, sowohl Kürzungen der Sozialausgaben als auch Einschränkungen der Lohnforderungen und einer beschränkten Mobilität der Arbeitskräfte zuzustimmen, wenn dafür konkrete Maßnahmen zur Sicherung und Erhöhung der Beschäftigung ergriffen würden. Der Prioritätenwechsel von den Lohn- zu den Beschäftigungsforderungen »war«, schreibt Boni, »selbst parteipolitischer Natur: den als Opfer verstandenen Vorleistungen der Gewerkschaften für die Beschäfti-

gungssicherung stand allein eine politische Garantie gegenüber, daß nämlich der PCI im Kreis der Regierungsparteien eine Durchsetzung der erwarteten Wirtschaftsentwicklung, des neuen Entwicklungsmodells, gewährleistete« (61). Wenn Boni allerdings schreibt, die Linea dell' EUR habe sich »in die Rationalisierung einer kapitalistischen Krisenstrategie ein(geordnet), ohne ihr eine vorwärtstreibende Reformforderung (...) entgegenzustellen« (66), so trifft das in dieser Form nicht zu. Zu erinnern sei hier nur an die auch und gerade von den Gewerkschaften vehement vorgebrachte Forderung nach Einführung einer staatlichen Wirtschaftsplanung.

Auch nachdem der PCI Anfang 1979 wieder in die Opposition zurückgekehrt war, blieben die gewerkschaftlichen Probleme weiter bestehen: 1. Durch die vom Kapital vorangetriebene Dezentralisierung der Produktion erhöhte sich die Zahl der gewerkschaftlich kaum organisierbaren Heimarbeiter/innen. Im Verlauf der industriellen Rationalisierungsmaßnahmen wuchs die Arbeitslosigkeit weiter an, während sich gleichzeitig die Tendenz zur Tertiärisierung der Beschäftigungsstruktur verstärkte. Diese Zersplitterung der Beschäftigung »überforderte die Gewerkschaften bündnispolitisch« (65) und brachte die Mängel einer überwiegend an der Industriearbeiterschaft orientierten Gewerkschaftsstrategie zum Vorschein. 2. Die problematische Verschiebung »vom lohnpolitischen Egalitarismus zugunsten einer wieder stärkeren Differenzierung der Löhne und Gehälter« (67) verstärkte sich aufgrund des gewachsenen Gewichts der Techniker und Angestellten. 3. Seit Mitte der 70er Jahre läßt sich eine Verlagerung der gewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse auf die nationale Ebene der Konföderation feststellen, die mit einer Häufung der Konflikte zwischen zentraler und Betriebsebene (vor allem in der Lohnfrage) einhergeht. »Verlust an innergewerkschaftlicher Demokratie, Mißtrauen zwischen Basis und Gewerkschaftsführung haben endgültig die Krise der italienischen Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt« (73).

Das Buch schließt mit der Analyse des Einzelfalls Fiat (1979-80) ab, in dem die Krise der Gewerkschaften plastisch hervortritt. Während der Automobil-Konzern die »Regierbarkeit der Fabrik« wiederherzustellen versuchte, »(scheiterte) der Versuch, gewerkschaftliche Gegenmacht zu entfalten« (106). Boni führt dies letztendlich auf die veränderte soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse in der Großindustrie als auch auf die damit einhergehenden Veränderungen in den Werthaltungen (Fabrikarbeit als »vorübergehendes Durchgangsstadium«, 95) zurück, deren Heterogenität von den Gewerkschaften bisher nicht positiv integriert wurde. »Der Bericht«, so Boni, »endet hier mit der bitteren Feststellung der vorläufigen Sanierung Fiats und des nachhaltigen Einflußverlusts der Gewerkschaftsbewegung« (112).

Auch wenn die Vermittlung zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung und der der Gewerkschaftsbewegung nicht immer ganz überzeugt, insgesamt eine kenntnisreiche und informative Darstellung der Problematik der italienischen Gewerkschaften der vergangenen zehn Jahre.

Rainer Spiss (Marburg)

## Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

- Bachorski, Hans-Jürgen*, 1950; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Geld und soziale Identität im »Fortunatus«* (1984). A: Literaturgeschichte 12.-16. Jh.
- Behrens, Ditta*, 1958; Studium der Kunstgeschichte, z.Zt. Promotion. A: Feministische Kunstrezeption.
- Berger, Renate*; Dr.phil., Kunsthistorikerin. V: *Malerinnen auf dem Weg ins 20. Jahrhundert* (1982).
- Berkel, Ans van*, 1946; Drs., wiss. Mitarbeiterin am Romanistischen Institut der Vrije Universität Amsterdam. A: Fremdsprachendidaktik, Legasthenie, Landeskunde.
- Bergmann, Theodor*, 1916; Prof.Dr.agr., zuletzt: Leiter der Abteilung International vergleichende Agrarpolitik, Universität Hohenheim, jetzt Rentner. V: *The development models of India, the Soviet Union and China* (1977); *Liu Shaoqi — Ausgewählte Schriften und Materialien* (Mithrsg. 1982); *50 Jahre KPD(-Opposition)* (1978). A: Agrarpolitik, Agrarsoziologie, Politikwissenschaft. M: GGLF.
- Bichmann, Wolfgang*, 1949; Dr.med., Mitarbeiter des Modellversuchs »Lehrangebot Medizin in Entwicklungsländern« am Inst. f. Tropenhygiene u. öffentl. Gesundheitswesen der Univ. Heidelberg. V: *Die Problematik der Gesundheitsplanung in Entwicklungsländern* (1979).
- Bollenbeck, Georg*, 1947; Dr.phil.habil., Privatdozent an der GHS Siegen. V: *Zur Theorie und Geschichte der Arbeiterlebenserinnerungen* (1976); *Armer Lump und Kunde Kraftmeier. Der Vagabund in der Literatur der Zwanziger Jahre* (1978); *Deutsche Literaturgeschichte 20. Jh.* (Mitauteur, 1981). A: Literaturgeschichte, Kulturtheorie. M: GEW, BdWi.
- Borgers, Dieter*, Dr.med., geb. 1947; Epidemiologe (M.P.H.), Mitarbeiter im Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes. A: Risikofaktoren für KHK bei Jugendlichen, Medizinalstatistik chronischer Krankheiten, Strukturforschung im Gesundheitswesen. Redakteur und Mitglied der Medizinredaktion des *Argument*.
- Brockner, Ulf-H.*, 1948; Dipl.-Pad., Bildungsreferent beim Berufsbildungswerk des DGB. A: Probleme der Arbeitslosigkeit, Nahverkehr, Bewußtseinsphänomene bürgerlicher Praxis, Wissenschaftstheorie. M: GEW, HBV; BdWi, Öko-Institut.
- Cockburn, Cynthia*, 1934; Sozialwissenschaftlerin, z.Zt. Forschungsauftrag am Department of Social Sciences and Humanities, City Univ. London. V: *The Local State* (1977); *In and Against the State* (1980); *Brothers: Male Dominance and Technological Change* (1983). A: Staatstheorie, geschlechtsspezifische Auswirkungen neuer Technologien. M: National Union of Journalists.
- Del Castillo, Rolando*; Mitglied der ORPA (Guerilla-Organisation) im Rahmen der »Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas« (URNG); lebt z.Zt. in Spanien.
- Fabian, Thomas*, 1955; Studium der Psychologie und Wirtschaftswissenschaft. A: Geschichte der Psychologie, Forensische Psychologie. M: ÖTV, DGV, DGSP.
- Garbe, Claus*, 1951; Dr.med., bis 1983 Inst. f. Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes, z.Zt. Arzt am Klinikum Steglitz.
- Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, <sup>8</sup>1983); *Bestimmte Negation* (1973); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, <sup>2</sup>1976); *Theorien über Ideologie* (Mitauteur, <sup>2</sup>1982); *Warenästhetik und kapitalist. Massenkultur I* (1980); *Der Zeitungsgroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980). A: Projekt Ideologietheorie. M: GEW.
- Haumann, Heiko*, 1945; Privatdozent am Hist. Seminar der Univ. Freiburg. V: *Arbeiteralltag in Stadt und Land*, AS 94 (Hrsg., 1982); *Kapitalismus im zaristischen Staat* (1979). A: Russische und sowjetische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Vergleichende Regionalgeschichte. M: GEW, BdWi.
- Hauser, Kornelia*, 1954; Studium der Soziologie. V: *Frauenformen 1 und 2*, AS 45 und 90 (Mitautorin, 1980 u. 1983); *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984). A: Ideologietheorie, Subjekttheorie, Frauenbewegung. M: SFB Hamburg.
- Herns, Dieter*, 1937; Dr.phil., Prof. f. Amerikastudien an der Univ. Bremen, »Gulliver«-Redakteur. V: *Upton Sinclair — amerikanischer Radikaler* (1978); *Polit. Volkstheater der Gegenwart*, SH 45 (Mitauteur, 1981); *Grundkurs Englisch/Amerikanistik*, SH 49 (1982). A: »Zweite Kultur«, USA. M: ÖTV, BdWi.
- Holler, Eckard*, 1941; Oberstudienrat. Mitarbeiter des Club Voltaire Tübingen und der LAKS Baden-Württemberg. V: *Programmabuch des 9. Tübinger Festivals 1983 »für Afrika — gegen Apartheid und Rassismus«* (Mithrsg., 1983). A: Jugendbewegung, Alternativkultur, Kulturpolitik.
- Jansen, Birgit*, 1958; Studium der Psychologie in Marburg. M: Argument-Frauenredaktion.
- Jung, Werner*, geb. 1955; M.A., Doktorand, Wiss. Angestellter. V: *Wandlungen einer ästhetischen Theorie — Georg Lukács' Werke 1907-1923*. A: Ästhetische Theorie (bes. im 19. Jh.); Geschichte des Hegelianismus. M: GEW.
- Keitel, Evelyne*, 1951; Dr.phil., Hochschulassistentin am J.-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin. V: *Frauen/Texte/Theorie* (in: *Argument* 142; 1983); *Psychopathographien — die Vermittlung psychotischer Phänomene durch Literatur* (1984). A: Literaturtheorie, Gegenwartsliteratur.
- Konersmann, Ralf*, 1955; Studienreferendär und Doktorand. A.: Philosophie der Subjektivität, deutsche Romantik. M: GEW.

- Kortz, Norbert**, 1956; Studium der Rhetorik, Germanistik, Empirische Kulturwissenschaften. A: Exilliteratur, DDR-Literatur, Kulturtheorie.
- Kuhn, Hansmartin**, 1939; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter. V: *Der lange Marsch in den Faschismus* (1974). A: Erziehungswissenschaft.
- Labica, Georges**, 1930; Philosophieprofessor an der Univ. Paris X, Leiter der Forschungseinheit pol., ök. und soziale Philosophie am CNRS. V: *Le statut marxiste de la philosophie* (1976); *Le marxisme-léninisme / Eléments pour une critique* (1984); *Dictionnaire critique du marxisme* (Hrsg., 1982). A: Marxist. Theorie.
- Lohmann, Karl-Ernst**, 1946; Dipl.Volkswirt, wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. A: Sozialistische Planung. Menges, *Annekatrein*, 1959; Studium der Psychologie in Marburg.
- Meyer, Lutz**, 1953; Dr.phil., Sozialwissenschaftler. V: *Ziele, Bedingungen und Konfliktbereitschaft der iranischen Erdölpolitik 1970-80* (1980); *Papiertechnologie und Dritte Welt* (Mitautor, 1983). A: Dritte Welt, Vorderer Orient, Weltwirtschaft.
- Meyer, Regine**, 1948; Dr.phil., Gewerkschaftssekretärin. V: *Streik und Aussperrung in der Metallindustrie* (1977); *Anmerkungen zur Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt*, in: *Bildung und Politik 4-5/80* (Mitautorin, 1980).
- Molte, Hans-Heinrich**, 1938; Prof. f. Geschichte an der Univ. Hannover. V: *Gruppeninteressen und Außenpolitik* (1979); *Die eine Welt. Abriss d. Geschichte des internationalen Systems* (1982). A: Osteuropäische Geschichte im Kontext. M: HDS, GEW.
- Peitsch, Helmut**, 1948; Dr.phil., wiss. Assistent an der FU Berlin. V: *Grundkurs 18. Jh.* (Mitautor, 1974); *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978); *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49*, AS 83 (Mithrsg., 1982). A: Literaturgeschichte 18. u. 20. Jh.
- Pinkert, Ernst-Ullrich**, 1944; Dr.phil., Dozent an der Univ. Aalborg (Dänemark), Leiter des Aalborger Universitätsverlages. V: *Heine und das neue Geschlecht*, Bd.1 (Mitautor, 1981); *Freiheit, die Brecht meinte* (1980); *Schriftsteller und Staatsgewalt in Deutschland* (1978). A: Heine, Junges Deutschland, Junghegelianische Literaturtheorie, Zensur im 19. u. 20. Jh. M: Georg-Büchner-Gesellschaft, Heinrich-Heine-Gesellschaft.
- Rehmann, Ruth**, 1922; Schriftstellerin, Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Musik (Konzertreihe in Geige). V: *Illusionen* (1958); *Die Leute im Tal* (1969); *Paare* (2<sup>1983</sup>); *Der Mann auf der Kanzel* (2<sup>1982</sup>). M: PEN-Club, VS und Friedensbewegung.
- Reichelt, Ursula**, 1953; Lehrerin. A: Literatur der BRD. M: GEW.
- Rose, Hilary**; Prof. f. Philosophie an der Universität Bradford (Großbritannien).
- Schade, Sigrid**, 1954; Dr.phil., Kunsthistorikerin, z.Zt. wiss. Volontärin. V: *Schadenzauber und die Magie des Körpers* (1983). A: Kulturtheorie, Aktdarstellungen, Nicht-repräsentative Kunst.
- Schäfer, Alfred**, 1951; Dr.päd., Jugendbildungsreferent und Lehrbeauftragter. V: *Zur gesellschaftlichen Formbestimmtheit schulischer Sozialisation* (1978); *Disziplin als pädagogisches Problem* (1981); *Systemtheorie und Pädagogik* (1983). A: Allgemeine Pädagogik/Metatheorie der Erziehung, Sozialisierungstheorie.
- Schelper, Sonja**, 1955; Dipl.-Psych., Psychologin in der berufl. Erwachsenenbildung. V: *Frauenformen 1*, AS 45 (Mitautorin, 1980); *Frauengrundstudium 1 u. 2*, SH 44 u. 57 (Mitautorin, 1980 u. 1982). A: Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. M: SFB Hamburg.
- Schmidt, Gerlinde**, 1958; Studium der Kunstgeschichte.
- Seelbach, Ulrich**, 1952; M.A. Germanistik, Doktorand. V: *Bibliographie zu Wernher der Gartenaere* (1981); *Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte im Kreis Gießen* (1983). A: Lokale Rätebewegung, Deutsche Literatur des Mittelalters. M: GEW.
- Spiss, Rainer**, 1956; Studium der Politikwissenschaften. A: Ökonomische und politische Entwicklung Italiens und der BRD.
- Streffeler, Friedhelm**, 1942; Dr.phil.habil., z.Zt. Forschungsprojekt. V: *Politische Psychologie* (1975); *Sozialpsychologie des Neokolonialismus* (1982). A: angewandte Sozialpsychologie; afrikanische Psychologie.
- Tergeist, Peter**, 1947; Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin. V: *Schwarze Bewegung und Gettoaufstände* (1982); *Arbeitspolitische Reformen in Industriestaaten* (Mitautor, 1983). A: Humanisierungspolitik; US-Gesellschaft.
- Weingarten, Michael**, 1954; Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie in Marburg. A: Geschichte der Physik und Biologie; Wissenschaftstheorie.
- Williams, Raymond**, 1921; Prof. für Theaterwissenschaft in Cambridge. V. in dt.: *Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen Semantik von »Kultur«* (1972); *Innovationen* (1977); *Die Politik der atomaren Abrüstung*, in: *Argument* 127 (1981); letzte in engl.: *Writing in Society* (1984).

# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

# kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

## 1 '84

DDR: Frauen für den Frieden

W. Bätzing: Der Mensch als Umweltzerstörer?

W. Preßmar: Defensiv Verteidigung. Neue Bücher.

### Schwerpunkt

M. Opielka: Von der sozialen zur ökosozialen Frage.

W. Heuler: Die alte deutsche Sozialdemokratie und die neue Gesellschaft.

### Diskussion

R. Bahro: Was soll die Rechnerei

## 2 '84

Y. Dağyeli: Die verfehlte Rechnung des Militärregimes und der zögernde Übergang zur Demokratie in der Türkei.

R. Fücks: Werften, alternative Produktion und Vergesellschaftung.

J. Kuhnert: Die Grünen-Hessen: Nur noch »Juniorpartner der SPD?«

D. Treber: Die Entscheidung von Usingen und der weitere Weg der Grünen-Hessen.

G. Schabram: Grün-alternative Kommunalwahlvorbereitung in NRW.

### Schwerpunkt: Die »deutsche Frage«

E. Weber: Warum über die deutsche Frage diskutieren

G. Koenen: Im Zentrum des Weltkonflikts — wir Wunderkinder.

AL Berlin: Zwischen Utopie und Pragmatismus — zwischen Basisinteressen und Herrschaftsstrukturen.

D. Schneider: 15 Punkte zur Diskussion über Deutschlandpolitik.

Redaktion: M. Ackermann, F. Bleicher, C. Falter, G. Heinemann, Th. Mehlem, J. Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 5 DM, Jahresabo 60 DM, Halbjahresabo 30 DM. — Kommune-Redaktion, Mainzer Landstraße 147, 6 Frankfurt 11. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postf. 11 11 62, 6 Frankfurt 11

## 1 '84

### Aufstehn fürs Leben

Friedenswoche Herbst 1983: Notizen, Berichte, Reden, Anzeigen

Ch. Götz: Gegen die »Wende von rechts«  
R. Kühnl: Rede zur Verleihung des Kriegspreises an C.S. Gray

G. Elsner: Der Dissident oder das Opfer eines Unrechtsstaates

W. Dürrson: Drei neuere Briefe zu Wielands »Aristipp«

S. Hennemann, K.H. Schneider, H. Opitz, G. Weiß, A. Knüpfner von Hirschheydt, K. Leitner, J.P. Stössel, B.M. Kloos, A. Arz, B. Donus, V. Jara, H. Friedmann, A. Tondern, P.O. Chotjewitz, M. Lamprecht, J. Claus, E. Schümmelfeder, M. Chobot, K. Taefler

P. Horvath: Luthers Bibel und seine Zeit  
E. Jöst: Neidharts Gastspiel auf Burg Runkelstein

F.P. Seitz: Geschichte des Mörders Jörg Ringer

G. Dallmann: Klabund — ein vergessener »Gebrauchslyriker«

S. Bierbichler: Wen kann Kunst erreichen?

E. Schöfer: Vom Nutzen des Zweifels

E. Schumacher: Brecht und der Frieden

B. Speth: Ost-Kunde für Gesamtdeutsche

E. Stöppler: Onkel Wilhelm aus Löhnberg und Thälmann

L. de Pellegrini: Rapallo im Programm

A. Rall: Zum Gedenken an Philipp Müller

Hrsg. Friedrich Hützer, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz. Redaktion: Friedrich Hützer (verantwortl.), Elvira Högemann-Ledwohn, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 8,50 DM, Jahresabo 32,— DM, Studentenabo 27,— DM. Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

# MODERNE ZEITEN

---

## 1-2 '84

### *MOZ-Kontrovers:*

Marx in der BRD

Bastian in Bonn

### *MOZ-Thema*

*Hessen vorn — Wende bei den Grünen?*

M.-L. Beck-Oberndorf: Politikfähigkeit ohne Basisarbeit wäre nicht genug!

J. Kuhnert: Wider dem Abschied von der Grünen Identität!

L. Beckmann: Keine Fortsetzung der alten Politik mit grüner Unterstützung

AG Hessischer Grüner: Zwischen opportunistischer Anpassung und sektiererischer Kraftmalerei

M. Stamm: Der »Pflasterstrand«, Emil Nichtsnutz und die hessischen Grünen

### *Friedensbewegung*

U. Klufmann: Die Heilbronner Erklärung und ihrer Kritiker

### *Gewerkschaften*

Der Kampf für die 35-Stunden-Woche

### *Frauenunterdrückung*

B. Arkenstette: CDU und §218

### *Osteuropa*

Gespräch mit Jenaer Friedensfrauen

1984/Neunzehnhundertvierundachtzig

### *Linke Medien*

H. Gremliza: Was KONKRET Sache ist!

4. Jg. 1984

---

Hrsg. von der Initiative Sozialistische Politik. Redaktion: R. Ascheberg, M. Barg, Th. Ebermann, R. Fenchel, W.K. Goltermann, D. Holloh, K. Nolle, J. Reents, P. Rieckmann, Chr. Schmidt, R. Schiller-Dickhut, M. Stamm, F.O. Wolf. — Erscheint monatlich im SOAK-Verlag, Hannover. — Preis: 5,- DM, Jahresabo: 60,- DM. — Anschrift: Moderne Zeiten, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

# positionen

---

## 47 '83

M. Darwisch: Auf dem zerbrochenen Schiff der Odyssee

R. Zeltner: Nationalstraßenbau: betonierete Irrtümer

P. Mattmann: Informationen zur geplanten Volksinitiative gegen den Bau weiterer Nationalstraßen und Autobahnen

C. Müller: Die Krise hat erst begonnen. Zum ökonomischen »Umfeld« einer alternativen Wirtschaftspolitik

F.O. Wolf: »Zukunft der Arbeit« und »ökologische Wirtschaftsweise«

---

## 48/49 '83

P. Hug: Lösungsvorschläge zum Verschuldungsproblem

T. Heilmann: Die POCH und die Dissensbewegungen. Zum Ausgang der Nationalratswahlen

A. Rieger: Der Marxismus: ein toter Hund?

E. Gräub: Reise durch die Sektionen der POCH: Basel-Stadt

### *Interview mit*

F. Witschi/C. Dressler: POB als Zünglein an der Waage

### *Interview mit*

H. Baumann (GBH): Ende der »Sozialpartnerschaft« — Ende der Gewerkschaften?

---

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3,50, Doppelheft Fr. 4,— — Abo: Schweiz Fr. 18,—, Ausland Fr. 21,— — Redaktion positionen, Postfach 539, CH-8026 Zurich

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik



53 '84

»Das Leben geht weiter!« — Verarbeitungsformen der kapitalistischen Krise

M. Schumann: Zum Krisenbewußtsein der Arbeiter

J. Bischoff/K. Maldaner: Alltagsbewußtsein und Lebenswelt

K. Priester: Über Arbeit und Arbeitslosigkeit — Essay über Frauen, Gefühle und Bürgerlichkeit

G. Schefer/R. Wielpütz: Frauenarbeitslosigkeit

A. Gamble: Der Thatcherismus in Großbritannien

M. Hartmann: Das Neo-Korporatismus-Theorem-Konzept

G. Pasquino: Herrschaftsformen und das korporative Modell

54 '83

*Gewerkschaftsbewegung am Ende? Eine internationale Bilanz*

W. Müller-Jentsch: Klassen-Auseinandersetzungen.

F. Steinkühler: »An Sachschwierigkeiten mangelt es uns wahrlich nicht ...«

R. Hyman: Die Krankheit der britischen Gewerkschaftsbewegung

A. Kjellberg: Die Entwicklung des »schwedischen Modells« industrieller Beziehungen in den achtziger Jahren

R. Erd/Ch. Scherrer: Amerikanische Gewerkschaften

M. Regini: Der italienische Weg zu einem Sozialvertrag

G. Groux/C. Levy: Gewerkschaftskrise und Unternehmeroffensive in Frankreich

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, G. Gensior, S. Heimann, K. Hübner, J. Hoffmann, Th. Hurtiene, U. Jurgens, B. Mahnkopf, W. Spohn, W. Suß, Ch. Watkinson, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 12,- DM, im Jahresabo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

# rote blätter

1 '84

*Titel: The Spirit of America*

US-Hochrüstung

Reagans Lieblingslektüre

Demokratische Partei: Ein Jein zu Reagan

The Day after

2-3 '84

Arbeitsbrigaden in Nicaragua

*Hochschule*

Wilms-Thesen

Bafög

Medien und Volksbefragung an Hochschulen

*BRD*

Stockholmer Konferenz

Air-Land-Battle und Rogers-Plan

Wörner im Milljöh

DKP-Parteitag

*Titel: 35-Stunden-Woche*

Die Stimmigkeit der Profitlogik

Betriebsbesetzung in Eibelstadt

Gewerkschaft und 35-Stunden-Woche

*Frauen*

Studieren mit Kind

*Internationales*

Putsch in Nigeria

*Kultur*

Rückkehr der Jedi-Ritter

Kabelfernsehen Ludwigshafen

14. Jg. 1984

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: J. Sommer (verantwortlich), E. Eckhardt, B. Hummler, H. Haller, D. Riechert (Gestaltung), O. Weber. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2,- DM, Jahresabo 19,50 DM — Redaktionsanschrift: rote blätter, MSB Spartakus, Postfach 2006, 5300 Bonn 1, Telefon (0228)222054. — Verlag: Weikreis-Verlags-GmbH, Bruderweg 16, 4600 Dortmund.

# SOCIALISM IN THE WORLD

---

## 38 '83

M. Nikolić: The Basic Results of the Development of Contemporary Marxism

A.G. Myslivchenko: The Problems of Development and Study of the Marxist Philosophy in the Present-Day World

V. Fay: Marx et Lassalle

B. Debenjak: On the Overcoming of Marxism of the II and III International and Evolution of the Present-Day Marxism

V. Leduc: Fondements du marxisme et mouvement ouvrier cent ans après la mort de Marx

## 39 '83

E. Altwater: Théories marxistes des crises versus théories bourgeoises de la conjoncture

K. Coates: Some Problems of Socialist Internationalism

L. Gruppi: Société civile et l'état

J. Fisera: État et autogestion

## special issue

*Marx and Our Time*

V. Mikecin, D. Albers, S. Bowles, H. Burger, C. Canev, V. Fay, A.G. Frank, A. Grlickov, L. Gruppi, C.H. Hermansson, I. Johannsson, J.R. Kississou-Boma, I. Kuvacić, M. Lebowitz, V. Leduc, H. Lefebvre, H. Magdoff, R. Mesa, C. Paris, M. Pecujlić, J. Petras, D. Plotke, M. Ribicic, Su Shaozhi, M. Telò, G. Therborn, P. Vranicki, O. Waiss

7. Jg. 1983

---

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Kommunist«, NIP Kommunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

# WECHSEL WIRKUNG

---

## 20 '84

*Schwerpunkt: 1984 — Die große Vereinfachung*

H. Sackstetter: Zu den Auseinandersetzungen um Personalinformationssysteme

Das neue Seerecht

Interview mit Betriebsräten

H. Sobetzko: Von der Sprachkritik zur Sprachtechnologie

R. Hohlfeld: Von Genen, Zygoten, Mäusen und Menschen

C. Schaap: Medikamente und Verhalten

B. Vitale: Die Rolle der Naturwissenschaftler im modernen Krieg

H. Badewitz, H. Kretschmar, M. Birkholz; Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung: Laserwaffe im Weltall

R. Klütting: Die Arbeiterbewegung lädt ein. Ingenieurkonferenz der IGM

Freies Radio in El Salvador

Menschen und Maschinen: Streitgespräch zwischen D. Hartmann und der Autorengruppe »Maschinen-Menschen Mensch-Maschine«

F. Schnurek: Schmalbandverkabelung

R. Klütting: Hier saniert die Bevölkerung

J. Lohse: Das internationale Wassertribunal

6. Jg. 1984

---

Redaktion: Klaus Bednarz, Reinhard Behnisch (verantwortl.), Paula Bradish, Imma Harms, Holger Hoffmann, Thomas Krist, Stefan Labbé, Norbert Lutz, Herbert Mehrtens, Bernd Meißner, Ralph Ostermann, Franz Plich, Reiner Raestrup, Rainer Schlag, Wilfried Schroeder, Franz Schulz, Wilfried Silbernagel, Rainer Stange, Ulrich Tietze. — Jahresabo DM 20,-; Einzelheft DM 5,-. Erscheint vierteljährlich im Verlag Reinhard Behnisch. Verlag/Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61. Bürozeiten: Mo-Fr 10-18 Uhr.

# WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im  
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

## 9 '84

### Ausländer

Widersprüche-Redaktion: Ausländer —  
oder wie Sündenböcke gemacht werden

R. Laux: Über die Heimatlosigkeit der  
Deutschen

S. Castles: Rollenveränderung der Arbei-  
teremigranten im westdeutschen Kapitalis-  
mus

D. Marzi: Politische Flüchtlinge («Asylbe-  
werber»)

Ö. Ayanoglu: Türken als »Supersünden-  
böcke«

E. Grundmann: Nationalität und kulturel-  
le Identität

## 10 '84

### Qualifikation

F. Grubauer: Gesellschaftliche Qualifika-  
tionsvorstellungen in der Krise

D. Axmacher: Politische Ökonomie des  
Ausbildungssektors — Schicksal und Erbe  
einer Theorie

F. Schütte: Dequalifikation im »Reich der  
Notwendigkeit« — Qualifikation fürs  
»Reich der Freiheit«?

R. Lehmann: Warum es die Erwerbslosen  
vor der öffentlichen Weiterbildung zu  
schützen gilt

H. Effinger: Zur Theorie und Praxis des  
Arbeitsdienstes nach dem BSHG

W. Völker: Der zweite Arbeitsmarkt

### Interview

Was tun die Grün-Alternativen gegen die  
Jugendarbeitslosigkeit? Gespräch mit der  
Fachgruppe Bildung der GAL Hamburg

Herausgeber: Sozialistisches Büro. Redaktion: W. Vol-  
ker, N. Diemer, E. Schmid, D. Rieser, C. Sonnenfeld,  
A. Hofmann, C. Schön, J. Gottschalk-Scheibenflug,  
P. Schmitt, Th. Kimmich, T. Kunstreich, F. Döchling,  
R. Laux, B. Rose, C.W. Macke, H. Dorn, M. Trinkl,  
K. Blanc, D. Hail, G. Pabst, A. Wagner. — Jährlich 3-  
4 Hefte. Jahresabo 39,- DM; Einzelheft zwischen 9,-  
und 15,- DM incl. Versand. — Redaktion Widersprü-  
che, G. Pabst, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Ver-  
trieb: Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

# wiener tagebuch

marxistische  
monatsschrift

## 1 '84

W. Seiffert

Die Bundesrepublik Deutschland nach  
dem Nachrüstungsbeschluss

M. Reimann: Nationale Elemente in den  
Reformbewegungen Osteuropas

K. Dixon und D. Perraud: Der Aufstieg  
der französischen Rechten

L. Spira: Neunzehnhundertvierundachtzig

C. Reinprecht: Literatur der Opfer

## 2 '84

W. Averell Harriman: Drei Jahre Ronald  
Reagan

T. Prager: Von Reaganomics zu Electio-  
nomics

G. Denicolò: Die Problematik der Groß-  
parteien. Diskussionen in der KPI

O. Raschauer/F. Höllinger: Naturmythen  
und Hainburg

E. Hackl: Kleine Stadt im Februar. Steyr  
1934

G. Eisler: Mein zwölfter Februar

K.-M. Gauß: Der Februar 1934 in der Li-  
teratur. Anmerkungen zur fehlenden und  
zur vorhandenen Literatur über den öster-  
reichischen Bürgerkrieg

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. —  
Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira — Er-  
scheint monatlich — Einzelpreis ÖS 20,-; Jahresabo ÖS  
200,- (Ausland ÖS 260,-/DM 38,-); Studenten ÖS  
130,- (Ausland ÖS 200,-/DM 28,-). — Verlags- und  
Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

ab 5. april

*Courage*

w ö c h e n t l i c h

statt

**COURAGE**

ja

Ich möchte die wöchentliche COURAGE kennenlernen und bestelle die ersten sechs Wochenausgaben der COURAGE zunächst im Probeabonnement für 10,- DM. Wenn ich nach Erhalt der dritten Zeitung nicht schriftlich beim Verlag kündige, bin ich mit dem Weiterbezug von COURAGE zum regulären 1/2-jährlichen Abo-Preis (DM 52,-) einverstanden. Ansonsten gilt die Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Ablauf des jeweiligen 1/2-Jahresabos.

COURAGE, Frauenverlags GmbH,  
Bleibtreustr. 48, 1000 Berlin 12.

Name: .....

Straße/Nr.: .....

PLZ/Ort: .....

Datum: ..... Unterschr.: .....

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von zwei Wochen widerrufen kann.

# DOLLARS & TRÄUME 8

Studien zu Politik  
Ökonomie  
Kultur der USA



Heft 8

## SOZIALE BEWEGUNGEN IN USA

Die Friedensbewegung · Ziviler Ungehorsam  
· Rüstungskonversion · Schwarze Frauen · Gay Poli-  
tics in San Francisco · Selbsthilfeprojekte der Indianer  
· Linke Kommunalpolitik · „9 to 5“: die Bewegung der  
Büroangestellten · Neue Obdachlosigkeit in Großstäd-  
ten · Populäre Mythen in der US Kultur  
168 Seiten mit Photos, DM 15,—

Heft 7/1983:

USA UND DRITTE WELT, 168 Seiten, DM 15,—

**Dollars & Träume im JUNIUS VERLAG**  
Von-Hutten-Straße 18 · D-2000 Hamburg 50

Heft 1/84

4.Jg.

GRÜNE · KONSERVATIVE · MARXISTEN

DISKUTIEREN ZUM THEMA

ABSCHIED VON DER ARBEIT ?

# WIDER- SPRUCH

Münchner Zeitschrift für Philosophie



Ist die Arbeit das Medium der Sinngebung  
des Menschen oder die Quelle seiner Ent-  
fremdung?

Kann die "Arbeitsgesellschaft" mit ihren  
sozialen und ökonomischen Folgen fertig  
werden oder müssen wir von ihr Abschied  
nehmen?

Zu diesem Thema diskutieren M.Maren-Gr-  
sebach, P.Koolowski, R.Marks, E.Treptow  
und A.v.Fechmann.

Weitere Beiträge zur ökonomischen Absur-  
dität industrieller Großprojekte (Wol-  
fgang Zingl), den Auswirkungen neuer Tech-  
nologien auf den Arbeitsprozeß (Frank  
Rehberg) sowie zum Arbeitsbegriff bei  
Marx (Konrad Lettner).

Wir veröffentlichen Resultate der Umfrage:

Warum PHILOSOPHIE STUDIEREN in München?

Red.: E.Letter, E.Mittermiller, R.Marks, A.v.Fechmann, E.Rech, M.Schraven,  
E.Treptow. - Anzeigen: G.Jonath. - Erscheint halbjährlich. - Einzelheft: DM 3.-  
WiderSpruch - Münchner Zeitschrift für Philosophie, Tomtestr.10, D München 40.

# Ästhetik und Kommunikation

Th. Ziehe, E. Knödler-Bunte  
(Hrsg.)

## Der sexuelle Körper

Mit Beiträgen u.a. von Hartmut Böhme, Jutta Brückner, Bernhard Dieckmann, Marina Fischer-Kowalski, Günter Franzen, Peter Gorsen, Andreas Huyssen, Elfriede Jelinek, Dietmar Kamper, Hans-Martin Lohmann, Gert Mattenklott.

240 S., über 100 Abb., 34,- DM

Gerburg Treusch-Dieter

**Wie den Frauen der Faden aus der Hand genommen wurde.** Mit einem Bildessay zur Industrialisierung des Spinnens von Werner Siebel.

176 S., über 70 Abb., 28,- DM

## Heft 52 Mythos Berlin

Der Berliner Sand – Materie, Metapher, Medium einer Stadt; Stadtmitte umsteigen; Berliner Mythen; Die Zerstörung von Berlin Mitte; Bauen am Raum – die Brachen in der Stadt; Der Reichstag – ein Symbol der Ratlosigkeit; Berlin – eine sozialdemokratische Stadt; Deutsche, Linke, Juden I.

## Heft 53/54 Gefühle

Das Gefühl der Bilder; Die Wonnen der Wehmut; Ehrlichkeitszwänge; Die Erregungen der Medien und unsere Gefühle; Traumatische Reisen; Tierliebe oder die Taktik des Gefühls.

Alexander Kluge: Die Macht der Gefühle – Materialien, Beiträge und Geschichten zu seinem neuen Film. Disk. Deutsche, Linke, Juden II. DM 25,-

## Heft 55 Abschied von Europa ?

Begrüßung Europas; Archimedes und Vatermord; Anti-Amerikanismus ? Der deutsch-französische Double Bind; Die deutsche Frage; Nach der Stationierung; Das Veralten der Kriegsbilder; Hier könnte der Dritte Weltkrieg beginnen.

Einzelheft 12,50; Jahresabo (4 Hefte) 38,-

Ästhetik und Kommunikation, Bogotastr. 27, 1000 Berlin 37

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Geier, Manfred: Methoden der Sprach- und Literaturwissenschaft (H.J. Bachorski/U. Reichelt)</i> .....	301
<i>Weinrich, Harald: Textgrammatik der französischen Sprache (A. v. Berkel)</i> .....	302
<i>Emrich, Wilhelm: Deutsche Literatur der Barockzeit (H.J. Bachorski/H. Peitsch)</i> .....	304
<i>Frey, Winfried, u.a. (Hrsg.): Einführung in die deutsche Literatur des 12. bis 16. Jahrhunderts (U. Seelbach)</i> .....	306
<i>Friedrich, Gerhard: Proletarische Literatur und politische Organisation (N. Kortz)</i> .....	307
<i>Andreasen, Dagmar: Teaterarbejder. Politisk teater (E.-U. Pinkert)</i> .....	308
<i>Böker, Uwe: Loyale Illoyalität. Politische Elemente im Werk Graham Greenes (D. Herms)</i> .....	309

**Kunst- und Kulturwissenschaft**

<i>Chicago, Judy: Durch die Blume. Meine Kämpfe als Künstlerin (R. Berger)</i> .....	310
<i>Breitling, Gisela: Die Spuren des Schiffs in den Wellen. Eine autobiographische Suche nach den Frauen in der Kunstgeschichte (R. Berger)</i> .....	310
<i>Rosenbach, Ulrike: Videokunst, Foto, Aktion/Performance, Feministische Kunst (D. Behrens)</i> .....	312
<i>Stelz, Ulrike: Hexendarstellungen in der Kunst um 1900 (S. Schade)</i> .....	313
<i>Finocchi, Matilde, Rosetta Froncillo und Alice Valentini: Ihre Mutter ist übrigens Malerin. Gespräche italienischer Lesben (G. Schmidt)</i> .....	315
<i>Kokula, Ilse: Formen lesbischer Subkultur. Vergesellschaftung und lesbische Bewegung (S. Schelper)</i> .....	316

**Erziehungswissenschaft**

<i>Jantzen, Wolfgang: Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesen (H. Kuhn)</i> .....	318
<i>Nevermann, Knut: Der Schulleiter. Juristische und historische Aspekte zum Verhältnis von Bürokratie und Pädagogik (A. Schäfer)</i> .....	320
<i>Zimmer, Gerhard (Hrsg.): Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter (Th. Fabian)</i> .....	321

**Medizin**

<i>McKeown, Thomas: Die Bedeutung der Medizin (W. Bichmann)</i> .....	323
<i>Wambach, Manfred M. (Hrsg.): Der Mensch als Risiko (D. Borgers)</i> .....	324
<i>Kühn, Hagen: Betriebliche Arbeitsschutzpolitik und Interessenvertretung der Beschäftigten (C. Garbe)</i> .....	326

**Geschichte**

<i>Nolte, Hans-Heinrich: Die eine Welt. Abriß der Geschichte des internationalen Systems (H. Haumann)</i> .....	328
<i>Le Roy Ladurie, Emmanuel: Montaillou. Ein Dorf vor dem Inquisitor. 1294-1324 (L. Krütfeldt)</i> .....	329
<i>Pruss-Kaddatz, Ulla: Wortergreifung. Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich (M. Weingarten)</i> .....	330
<i>Otsuka, Hisao: The Spirit of Capitalism. The Max Weber Thesis in an Economic Historical Perspective (H.-H. Nolte)</i> .....	332
<i>Mock, Wolfgang: Imperiale Herrschaft und nationales Interesse (R. Zilch)</i> .....	332
<i>Lahme, Hans-Norbert: Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark 1871-1900 (Th. Bergmann)</i> .....	333

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Betz, Joachim (Hrsg.): Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern (L. Meyer)</i> .....	335
<i>Elwert, Georg, und Roland Fett (Hrsg.): Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus (F. Streiffeler)</i> .....	336
<i>Himmelstrand, Ulf, Göran Ahrne, Leif Lundberg und Lars Lundberg: Beyond Welfare Capitalism (P. Tergeist)</i> .....	337
<i>Boni, Manfred: Von den Gewerkschaften des Herbstes zum Herbst der Gewerkschaften. Italien am Anfang der 80er Jahre (R. Spiss)</i> .....	340

## Summaries

### Hilary Rose: *The New International and Gender Division of Employment and Welfare*

Capital is relocating parts of production in different parts of the world. It is the superexploitation of women of the Third World which enables high profits for European capital, and often it is women's work in the industrialized countries that is moved to the Third World. At the same time new technologies are changing the work structure in Europe and the USA. Unemployment as well as the new role of women in production undermine the basis of Welfare state.

### Cynthia Cockburn: *Women's Appropriation of Technology*

Equal rights legislation has been in effect in Great Britain for some time, but it hasn't made any difference to job segregation. Of the already low percentage of women employed in the engineering industry, even fewer are qualified as technologists; most of them work in low-skilled jobs. The author argues that women do not fail, but rather refuse to enter the male world of technology. The few persevering women engineers are forced to adopt a male style in order to be successful, and have to deal with ostracism by other women.

### Kornelia Hauser: *Women — Power — Politics*

It is not possible to speak of *the* women's question in singular; looking at feminist fights for liberation you find a multiplicity of explanations about women's oppression. This variety goes along with a multiplicity of politics. Regarding the social relations of power, state's politics concerning reprivatization a.s.o. it seems rather urgent, that the various groups in the women's movement construct a sort of political network and intervene in all social areas without ceasing to change every day life.

### Regine Meyer: *Women's Politics in the Trade Unions*

Women are gaining ground in the trade unions. They were the ones who introduced themes like peace and the women's issue into trade unionists politics. They showed more strength and energy fighting for their rights (e.g. equal wages for equal work) than men did. Meyer proposes that women should contest for general demands such as the 35-hours week, because their fulfillment will also strengthen their power.

### Theodor Bergmann: *Thalheimer's contribution to Marxism*

The paper concentrates on Thalheimer's most significant contributions to Marxist theory and strategy, to the exclusion of his philosophical work. His analysis of fascism recognized early the nature and danger of the Nazis. Thalheimer developed a strategy of a united front of all working-class organisations, which recognized historical separation but was meant to help overcome it in the long run.

### Georg Bollenbeck: *On the Concept of »Culture« in Literary Criticism*

This essay is directed against conservative tendencies to locate art and literature in an outward area of »spiritual values« and to eliminate disturbing methodological reflections. The essay proposes a totality of cultural relations, within their domain the esthetic and finally the literary-esthetic »modes of behavior« are defined functionally and genetically as specifics. This leads to a distinction between the literary work of art, which is relatively closed and an open literary process between the »narrow« individuality of the work of art and the »broad« scope of contextual conditions.

### Raymond Williams: *Mobile Privatization*

Williams is centrally concerned to establish the potent popular appeal and true social cost of a phenomenon he terms »mobile privatization«. Mobile privatization offers the mirage of an enclosed private space at the price of widespread debt bondage, a ravaged physical environment and devastated communities. But in the short run, mobile privatization does involve elements of genuine freedom, choice, mobility and personal initiative for quite large numbers of people.

### Eckard Holler: *How Can Socio-Cultural Centres Survive?*

Since the 70s in West Germany a whole set of different cultural centres and initiatives developed. The economic crisis and the conservative »U-turn« puts them under pressure, especially by re-enforcing market mechanisms against collective forms of cultural activity. But now one of the weaknesses of the centres, their lack of support from the side of the state and official culture, could be an advantage: to keep independent.

# Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)  
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555  
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173  
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151  
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017  
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056  
Buchhandlung Klepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711  
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553  
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432  
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051  
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825  
Buchhandlung Klepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368  
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509  
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962  
Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001  
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518  
Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266  
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608  
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073  
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880  
bücherstube GmbH, Große Helmstr. 62; Tel.: 0231/103306  
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123  
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923  
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014  
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jögelstr. 1; Tel.: 0611/775082  
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4; Tel.: 0611/593989  
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303  
Fulda: SOFA, Friedrichstr. 24; Tel.: 0661/74934  
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128  
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778  
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801  
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572  
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173  
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633  
Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642  
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704  
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214  
Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916  
Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787  
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662  
München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522  
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414  
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926  
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036  
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949  
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033  
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287  
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929  
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218  
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674  
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755  
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221  
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtsstr. 20; Tel.: 0222/421234